Rostocker Dokumentenserver
Dieses Werk wurde Ihnen durch die Universitätsbibliothek Rostock zum Download bereitgestellt.
Für Fragen und Hinweise wenden Sie sich bitte an: digibib.ub@uni-rostock.de .
Das PDF wurde erstellt am: 13.03.2026, 08:06 Uhr.

Kurt Neumann

Die Rolle des Reichslandbundes bei der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland (1928-1933)

[1]

Maschinenschrift, [Meißen], 1977

https://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1950807371

Band (Druck) Freier Zugang All Rights Reserved OCR-Volltext

ARCHIV.

Die Rolle des Reichslandbundes bei der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland (1928 - 1933)

D I S S E R T A T I O N

im Promotionsverfahren A

zur Erlangung des akademischen Grades

doctor philosophiae (Dr. phil.)

vorgelegt der

Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät des
Wissenschaftlichen Rates

der Wilhelm-Pieck-Universität zu Rostock

Universitäts-
Bibliothek
Rostock

von

Kurt N e u m a n n

Dekan: Prof. Dr. sc. Ulrich Seemann

Gutachter: 1.Prof. Dr. sc. Martin Polzin
2.Prof. Dr. sc. Lothar Elsner
3.Prof. Dr. sc. Karl-Heinz Jahnke

eingereicht am: 24.01.1977

Tag der Verteidigung: 12.11.1977

Inhaltsverzeichnis

		Seite
	Vorwort	I
1.	Der Reichslandbund - ein Instrument der reaktionären Junker zur Untergrabung der Weimarer Republik	1
1.1.	Zur Stellung der Junker in der Weimarer Republik	1
1.2.	Der RLB - ein Interessenverband der Junker und Großgrundbesitzer	20
1.3.	Das reaktionäre Programm und die profaschistische Ideologie des RLB	34
2.	Die Taktik des Reichslandbundes in der Etappe zwischen den Reichstagswahlen 1928 - 1930	66
2.1.	Die Führungskrise im Landbund	66
2.2.	Der Landbund im Zeichen der Grünen Front	86
2.3.	Die Rolle des RLB bei der Vorbereitung und Bildung des präfaschistischen Präsidial-Kabinetts Brüning	115
2.4.	Die Auseinandersetzungen um die Taktik des RLB nach dem Eintritt M. Schieles in das Brüning-Kabinett	137
3.	Die taktische Einstellung des Reichslandbundes auf die offen profaschistische Linie der sogenannten nationalen Opposition	157
3.1.	Die Umorientierung des RLB von der verdeckten auf die offen systemfeindliche Linie des Kampfes gegen die Weimarer Republik	157
3.1.1.	Die Reaktion des RLB auf das Ergebnis der Reichstagwahl vom 14. September 1930	157
3.1.2.	Die Wahl des Grafen von Kalckreuth zum Präsidenten des RLB - ein Sieg der intransigenten ostelbischen Junker über die Landvolkpartei	164
3.1.3.	Der 10. Reichslandbund-Tag - das Signal zum Frontalangriff auf die Weimarer Republik	177
3.2.	Die zunehmende Verständigung zwischen dem RLB und der faschistischen Partei	192

		Seite
3.3.	Die Rolle des RLB beim Kampf der ultrareaktionären Kräfte um die Herrschaft in Preußen	212
3.4.	Der militante Antikommunismus - die politisch-ideologische Hauptwaffe des RLB in der Auseinandersetzung mit dem Bauernhilfsprogramm der KPD	225
3.5.	Der RLB in der "Harzburger Front"	239
3.6.	Nazis in der Führungsspitze des RLB	268
4.	Die Rolle des Reichslandbundes bei der unmittelbaren Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland	287
4.1.	Die Rolle des RLB beim Sturz der Brüning-Regierung	287
4.1.1.	Der Landbundappell an Hindenburg: Trennung von Brüning und Berufung einer entschlossenen "nationalen" Regierung	287
4.1.2.	Die Reichspräsidenten- und Landtagswahlen im Frühjahr 1932. Der RLB für Hitler	296
4.1.3.	Der Sturz der Brüning-Regierung	315
4.2.	Der RLB und die Papen-Regierung	325
4.2.1.	Die Stellungnahme des RLB zur Berufung Papens und zu den politischen Maßnahmen seiner profaschistischen Regierung	325
4.2.2.	Der RLB für wirtschaftspolitischen Systemwechsel	334
4.3.	Die aktive Rolle des RLB beim Sturz Schleichers und bei der Übertragung der Macht an die Faschisten durch Hindenburg	354
5.	Die Rolle des Reichslandbundes bei der Konsolidierung der faschistischen Diktatur auf dem Lande	374
5.1.	Die Stellungnahme des RLB zum Machtantritt des Faschismus in Deutschland	374
5.2.	Die Rolle des RLB bei der Gleichschaltung aller Berufsorganisationen auf dem Lande und der Vorbereitung des Reichsnährstandes	381
6.	Schlußbemerkungen	422
	Quellen- und Literaturverzeichnis	434

A b k ü r z u n g e n

BZG	-	Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
DNVP	-	Deutschnationale Volkspartei
DZA I	-	Deutsches Zentralarchiv (jetzt: Zentrales Staatsarchiv) Potsdam
DZA II	-	Deutsches Zentralarchiv (jetzt: Zentrales Staatsarchiv) Merseburg
GdA	-	Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
IML/ZPA	-	Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv
IPW	-	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft
Landvolkpartei	-	Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei
MdL	-	Mitglied des Landtages
MdR	-	Mitglied des Reichstages
MEW	-	Marx/Engels, Werke
ND	-	Neues Deutschland. Organ des ZK der SED
NSDAP	-	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (auch: Nazipartei)
RDI	-	Reichsverband der Deutschen Industrie
RGBl.	-	Reichsgesetzblatt
RLB	-	Reichslandbund
RLB/AWS	-	Reichs-Landbund, Agrarpolitische Wochenschrift
RMdI	-	Reichsministerium des Innern
RMfEuL	-	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
RN	-	Reichsnährstand
STA	-	Staatsarchiv
WAP	-	Wojewodschafts-Archiv
WZ	-	Wissenschaftliche Zeitschrift
ZdRLB	-	Zeitungsdienst des Reichs-Landbundes

Vorwort

Als der Reichspräsident Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933 den Führer der faschistischen Partei Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte, "erhielt jene Partei die politische Macht übertragen, deren Programm den Interessen der reaktionärsten Gruppen des Monopolkapitals, des Großgrundbesitzes und der Militärs am meisten entsprach."[1] Die offene, faschistische Diktatur schien den reaktionärsten imperialistischen Kräften die beste Gewähr dafür zu sein, nicht nur ihre durch die Weltwirtschaftskrise erschütterte politische Herrschaft nach innen zu stabilisieren, sondern auch ihre weitreichenden aggressiven außenpolitischen Ziele zu verwirklichen.[2] Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland war "ein schwerer Schlag nicht nur gegen die deutsche, sondern gegen die gesamte internationale Arbeiterbewegung. Der Faschismus wurde zur größten Bedrohung für den Frieden."[3]

Die tiefste ökonomische und politische Wurzel des Faschismus ist das Monopolkapital und sein Streben nach "Reaktion auf der ganzen Linie."[4] Wie das Monopolkapital selbst, ist auch der von ihm hervorgebrachte Faschismus keine spezifisch deutsche Erscheinung. Aber aus der Besonderheit des deutschen Imperialismus[5] ergab sich - neben dem Monopolkapital - noch eine spezifische Wurzel des Faschismus: das Junkertum. "Nächst dem reaktionärsten Teil der Großbourgeoisie waren die Junker die

---

1) Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S.443.
2) Vgl. E.Lewerenz, Zur Bestimmung des Wesens und der Funktion des Faschismus durch die Kommunistische Internationale, in: Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Sammelband, Berlin 1974, S.304 f.
3) Ebenda, S.282. Vgl. auch Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden (fortan: GdA), Bd. 4, Berlin 1966, S.386.
4) W.I.Lenin, Werke, Bd.22, Berlin 1960, S.292 u. 302; vgl. auch ebenda, Bd.23, Berlin 1960, S.34 u. S.103.
5) Der deutsche Imperialismus erhielt durch das Bündnis von Monopolbourgeoisie und Junkertum ein besonders reaktionäres und aggressives Gepräge; deshalb charakterisierte Lenin ihn als junkerlich-bürgerlichen Imperialismus. Vgl. ebenda, Bd.27, Berlin 1960, S.332; Bd.32, Berlin 1961, S.346.

wichtigste Stütze des Faschismus und seiner verbrecherischen Aggressionspolitik."[1]

Das Anliegen der vorliegenden Arbeit ist es, den spezifischen Anteil des Reichslandbundes, der bedeutendsten wirtschaftspolitischen Interessenorganisation der Junker, an der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland nachzuweisen. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht die Frage, welche taktischen Mittel und Methoden die junkerlichen Führer des RLB als Bundesgenossen der reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals anwandten, um das gemeinsame strategische Ziel zu erreichen. Dabei wird versucht, die profaschistische Politik des RLB als eine Komponente der Strategie und Taktik der herrschenden reaktionären Ausbeuterklasse[2] und des allgemeinen Faschisierungsprozesses sichtbar zu machen.

Dem Klassencharakter des RLB entsprechend, liegt das Schwergewicht der Untersuchung auf der Entwicklung der politischen Taktik der zentralen Führung des RLB und der politischen Haltung der von den Junkern beherrschten ostelbischen Landbünde, insbesondere derjenigen, die die Politik des RLB maßgeblich bestimmt haben, ohne jedoch eine umfassende und lückenlose Darstellung der Geschichte dieser Landbünde geben zu wollen. Auf die Landbünde mit überwiegend bäuerlicher Struktur im westdeutschen Raum wird nur insoweit eingegangen, als taktische Divergenzen im RLB sichtbar gemacht werden sollen. Die Wirtschaftspolitik des RLB wird nur unter Gesichtspunkten behandelt, die sich aus der gestellten Thematik ergeben; andere Komponenten seiner Politik, wie die Sozial- und Siedlungspolitik, bleiben weitgehend unberücksichtigt. Letzteres gilt auch für spezielle Verbände, die dem RLB korporativ angeschlossen waren, z.B. der Reichs-Junglandbund, der Reichslandarbeiterbund oder der Reichsverband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine.

---

1) E.Honecker, Bündnis war, ist und bleibt Eckpfeiler unserer Politik. Festansprache zum 30. Jahrestag der Bodenreform, in: Neues Deutschland v. 6./7.9.1975.

2) Vgl. D.Fricke, Strategie und Taktik der Bourgeoisie in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus, (Thesen), in:ZfG, 1968, H.9; ders., Strategie und Taktik der Bourgeoisie... (Referat im Arbeitskreis des IV. Historikerkongresses der DDR), ebenda, 1969, H.1/2.

Da die Grundlinien der Strategie und Taktik, wie sie sowohl von der herrschenden Ausbeuterklasse als auch von der Arbeiterbewegung während der Weimarer Republik angewandt wurden, bereits dargestellt sind,[1] konnte auf die ausführliche Behandlung oder Interpretation bekannter historischer Tatsachen und Zusammenhänge weitgehend verzichtet werden. Das gilt in bestimmtem Umfang auch für bürgerliche Parteien und Interessenverbände, die in der Nachbarschaft des RLB an der Faschisierungspolitik beteiligt waren und deren Entwicklung in dem von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke herausgegebenen Handbuch der bürgerlichen Parteien in Deutschland skizziert ist.[2]

Abgesehen vom ersten Kapitel, in dem der RLB als bedeutendste politische Interessenorganisation der Großgrundbesitzer vorgestellt wird, wird in den anderen Kapiteln die aktive Einwirkung des RLB auf den Faschisierungsprozeß in historisch-chronologischer Folge dargestellt. Bei der Herausarbeitung der Etappen dieser Politik, die sich in der Gliederung der Arbeit widerspiegeln, konnte der Verfasser weitgehend der in der marxistischen Geschichtsschreibung gebräuchlichen Periodisierung der deutschen Geschichte in den Jahren der Weltwirtschaftskrise folgen, ohne auf Besonderheiten, die sich aus der Spe-

---

1) Vgl. H.Karl/W.Ruge, Forschungen zur Geschichte der Weimarer Republik, in: Historische Forschungen in der DDR 1960 bis 1970, ZfG, Sonderband 1970; Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, a.a.O.,; GdA, Bde. 3 u.4, a.a.O.; R.Sonnemann/R.Sauerzapf, Monopole und Staat in Deutschland 1917-1933, in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Berlin 1966; W. Ruge, Deutschland von 1917-1933, Berlin 1967; ders. Weimar - Republik auf Zeit, Berlin 1969; ders. Zur Taktik der deutschen Monopolbourgeoisie im Frühjahr und Sommer 1919, in: ZfG, 1963, H.6; ders., Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" und die Brüning-Regierung, ebenda, 1968, H.1; J.Kuczynski, Die Barbarei - extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland, ebenda, 1961, H.7; F.Klein, Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie (1929-1932), in: ZfG, 1953, H.6; Kurt Gossweiler, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre, phil.Diss., Berlin 1963 (MS); S.Ittershagen/H.Karl/W.Wimmer, Zur Entwicklung der Strategie und Taktik der KPD von der Novemberrevolution bis zur Brüsseler Konferenz, in: BZG, 1953, H.1/2.

2) Vgl. Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. I u. II, Leipzig 1968 u. 1970.

zifik des untersuchten Gegenstandes ergeben, zu verzichten.

Die Frage, warum die bürgerlich-parlamentarische Weimarer Republik unterging, von welchen Kräften und mit welchen Methoden sie zerstört und durch die faschistische Diktatur ersetzt wurde, drängt sich nicht nur dem interessierten Historiker immer wieder auf, sondern ist auch von aktueller politischer Bedeutung, ein Anliegen der Klassenauseinandersetzung unserer Zeit. Ihre Beantwortung trägt dazu bei, die Strategie und Taktik der herrschenden Ausbeuterklasse weiter zu erforschen, im besonderen sichtbar zu machen, welcher Mittel und Methoden sie sich bedient, um aus tiefen Krisen ihrer Klassenherrschaft herauszukommen.[1)]

Der Faschismus ist ein "Produkt des Krisenzustandes des Kapitalismus",[2)] aber man darf sich seinen Machtantritt nicht vereinfacht, nicht als automatisches Ergebnis der Krise vorstellen. G. Dimitroff machte darauf aufmerksam, daß "vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel verschiedene Etappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus vorbereiten und unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsetappen nicht gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern."[3)]

Diese Mahnung müssen alle revolutionären und demokratischen Kräfte heute noch beherzigen. "Chiles Tragödie ... lehrt, dem heutigen Faschismus und den Intrigen der ausländischen Reaktion gegenüber wachsam zu sein... Die Erfahrungen der revolutionären Bewegung der letzten Jahre haben anschaulich vor Augen geführt: Wann immer sich eine reale Gefahr für die Herr-

---

1) Vgl. W.Ulbricht, Vergangenheit und Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1963, S.41.
2) A.A.Galkin, Die Ideologie des Faschismus und der Neofaschismus, in: Sowjetwissenschaft - Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin, 1975, H.12, S.1269. Vgl. auch W.Pieck, Über die Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 26.Juli 1935, in: VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin 1975, S.86.
3) G.Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, 2.August 1935, in: ebenda, S.94 f.

schaft des Monopolkapitals und seiner politischen Strohmänner ergibt, ist der Imperialismus zu allem bereit, wobei er selbst auf den geringsten Anschein von Demokratie verzichtet."[1] Insgesamt gesehen ist durch die Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus das Klima für die Errichtung faschistischer Diktaturen ungünstiger geworden,[2] und der Imperialismus ist gezwungen, seine Strategie und Taktik den veränderten Bedingungen des Klassenkampfes anzupassen. "Doch das bringt keinen Wandel im Wesen des Imperialismus, seiner Abenteuerlichkeit und Raubgier mit sich... Für seine gefährlichen aggressiven und reaktionären Pläne setzt er alle Potenzen ein, die ihm noch zur Verfügung stehen."[3] Auf dem Boden der politischen Instabilität der Monopolherrschaft und ihrer Regierungen verstärkt sich die dem Imperialismus innewohnende Tendenz der Wendung von der Demokratie zur Reaktion, nehmen rechtsradikale, profaschistische Aktivitäten und Bestrebungen zur Nutzung autoritärer Herrschaftsmethoden in den imperialistischen Ländern zu.[4] In der BRD äußert sich das u.a. darin, daß konservative Elemente, die sich in den Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Ausbeuterklasse

---

1) XXV. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik. Berichterstatter: L.I.Breshnew, Berlin 1976, S.38. Vgl. auch W.Pieck, Über die Tätigkeit..., a.a.O., S.24.

2) Vgl. M.Weißbecker, Wesen und Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus, in: IPW-Berichte, 1975, H.8, S.36.

3) Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976, S.15.

4) Vgl. ebenda, S.14; Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den IX. Parteitag der SED, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1976, S.24; B.Ponomarjow, Aktuelle Probleme der Theorie des revolutionären Weltprozesses, in: Der XXIV. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie, Berlin 1971, S.86 f.; A.I.Sobolew, Fragen der Strategie und Taktik des Klassenkampfes in der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, in: Sowjetwissenschaft - Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1975, H.7; A.Galkin, Der Faschismus erleidet Niederlagen, die Gefahr des Rechtsradikalismus bleibt, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Berlin, 1974, H.12; M.Weißbecker, Wesen und Erscheinungsformen..., a.a.O.; A.Adler/H.Pötschke, Neofaschistische Aktivitäten in Westeuropa, in: IPW-Berichte, 1974, H.12; E.Werner, Zur antidemokratischen "inneren Sicherheit" in der BRD, ebenda, 1975, H.7.

um die Stabilisierung und Effektivierung ihres Herrschaftsmechanismus zugunsten autoritärer Formen der Machtausübung engagieren,[1] auch in der Geschichtsschreibung wieder in den Vordergrund drängen und unter diesem Aspekt an geschichtsfälschende Darstellungen anknüpfen, die von führenden Historikern der BRD bereits in den 50er Jahren produziert worden sind.[2] Charakteristisch für solche Darstellungen auf dem Gebiet der Agrargeschichte ist, daß - sofern auf den Machtantritt des Faschismus im Bereich der Landwirtschaft überhaupt eingegangen wird - die Ursachen des Unterganges der Weimarer Republik und der Errichtung der faschistischen Diktatur sowie der Anteil der Großgrundbesitzer an dieser Entwicklung verschleiert, abgeschwächt oder gar geleugnet werden.

So nimmt Walter Görlitz die adligen Großgrundbesitzer vor dem Verdacht, die faschistische Diktatur in hohem Maße mitverschuldet zu haben,[3] wider besseres Wissen, aber ganz offen in Schutz. Dieser Anwalt der ostelbischen Junker[4] findet eine profaschistische Einstellung nur bei ausgesprochenen Einzelgängern, und er verharmlost sie obendrein, wenn er behauptet, daß vor 1933 "eigentlich nur etliche Querköpfe von Natur und etliche Leute, die...mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht fertig wurden", zur Partei Hitlers gefunden hätten, ansonsten "verzweifelte Idealisten oder ganz einfach Männer im Grundbesitz..., die glaubten, man müsse einem Mann wie Hitler doch mindestens die Chance geben, zu zeigen, ob er es besser machen könne als das alte System."[5]

---

1) Vgl. Autorenkollektiv, Widersprüche und Tendenzen im Herrschaftssystem der BRD (= Politik aktuell), Berlin 1973, S.19 ff. u. S.88 ff.; O.Seifert, Zur Wiederbelebung autoritärer Herrschaftskonzeptionen in der BRD, in: IPW-Berichte, 1974, H.10; W.Schreiber, Bürgerliche Staats- und Demokratiekonzeptionen von CDU/CSU und rechter Sozialdemokratie, ebenda, 1975, H.7.

2) Vgl. G.Lozek, Bürgerliche Geschichtsschreibung im Zeichen imperialistischer Politik, in: Einheit, 1975, H.12, S.1419 f.; ders., Neueste Tendenzen in der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung und -ideologie (Eine informatorische Analyse), in: Einheit, 1970, H.10; W.Kleinig/H.Pirsch, Der Neokonservatismus in der BRD, in: IPW-Berichte, 1975, H.6.

3) Vgl. W.Görlitz, Die Junker, Glücksburg/Ostsee 1965, S.IX ff.

4) Vgl. M.Polzin, Kapp-Putsch in Mecklenburg, Rostock 1966, S.253.

5) W.Görlitz, die Junker, a.a.O., S.371.

Heinz Haushofer, der in den Jahren der faschistischen Diktatur die psychologische Vorbereitung der Bauern auf den bevorstehenden imperialistischen Krieg aktiv unterstützte,[1] übersieht als einer der führenden Agrarhistoriker der Bundesrepublik geflissentlich die profaschistische Manipulierung der Bauern durch die reaktionären Kräfte vor 1933; er erklärt die Radikalisierung ihres politischen Denkens einfach und allein als Folge der Krise, und er sieht es als bewiesen an, "daß die Unzufriedenheit der Bauern so stark angestiegen war, daß die Zügel den Führern der bis dahin als legitim betrachteten berufsständischen Organisationen aus den Händen geglitten waren."[2]

Wer in der speziellen Untersuchung Hans Beyers über die Agrarkrise und das Ende der Weimarer Republik[3] eine Darstellung der Ursachen des Unterganges dieser Republik aus agrarhistorischer Sicht zu finden glaubt, wird ernüchtert resümieren, daß auch hier tiefere Ursachen und historische Zusammenhänge nicht aufgehellt, sondern verdunkelt werden. Beyer weist den Vorwurf Brachers[4] zu Unrecht zurück, daß die Grüne Front die schwierige Lage im Gefolge der Wirtschaftskrise ausgenutzt habe, um die Grundlagen der Republik zu unterwühlen; unter Hinweis auf A.Hermes' angeblich führende Rolle in der Grünen Front verficht er die unhaltbare These, "daß nicht ein mutwilliges Opponieren oder die Willkür einer pressure group, sondern der Mißerfolg der Obrigkeit in einer schließlich ausweg-

---

1) So forderte Haushofer die Aufrechterhaltung der Spannung zwischen Friedens- und Kriegszustand und dementsprechend Friedens- und Kriegswirtschaft im Bewußtsein des Volkes als seelische Voraussetzung einer wirklichen Kriegsbereitschaft. Unter diesem Aspekt schrieb er: "Fruchtbar wird das Bauerntum erst dann, wenn es mit seiner Eigenart in die Wehrwirtschaft eingebaut wird." H.K.Haushofer, das agrarpolitische Weltbild, Leipzig und Berlin 1939, S.6 u. S.12.

2) Heinz Haushofer, Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet, Bd.II, München, Bonn/Wien 1958, S.179.

3) Hans Beyer, Die Agrarkrise und das Ende der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Frankfurt/M. 1965, H.1, S.62 ff.

4) Vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 2.,verb.u.erw.Auflage, Stuttgart u. Düsseldorf 1957. Zu Brachers Standort in der westdeutschen Geschichtsschreibung vgl. die Rezension von Kurt Gossweiler in: ZfG, 1958, H.3, sowie die Annotation von Gerhard Becker zur 4.,unv. Aufl., ebenda, 1966, H.3.

los erscheinenden Situation für den Zusammenbruch überwiegend von Bedeutung war."[1] Beyer macht es sich also mit der Erklärung der Ursachen des Untergangs der Weimarer Republik aus agrarhistorischer Sicht sehr leicht: erstens begnügt er sich damit, einzelne Faktoren oder gar nur einen zu erwähnen (in diesem Falle die "Obrigkeit"), statt den ganzen Komplex von Ursachen (dazu gehört zweifellos auch eine solche wirtschaftspolitische Interessenorganisation wie die Grüne Front!) sichtbar zu machen; zweitens klagt er mit der anonymen "Obrigkeit" niemanden konkret an, zumal er den Klassencharakter der Regierungen der Weimarer Republik und ihrer Agrarpolitik nicht einmal andeutet. Auf den Anteil der Großgrundbesitzer an der profaschistischen Manipulierung der Bauern geht Beyer gar nicht ein, ja für ihn erübrigt sich eine solche Fragestellung überhaupt, zumal er schreibt, daß der von Th. Eschenburg gebrauchte "Begriff 'Großlandwirtschaft' politisch wenig faßbar" ist.[2] Sofern Bayer den nordwestdeutschen Raum im Auge hat, ist nach seiner Auffassung die Radikalisierung der Bauern dort nicht von den Berufsverbänden geschürt worden, deren Wortführer in der Grünen Front zusammenarbeiteten, sondern "vor allem auf eine Gruppe zurückzuführen..., die das Programm der Veredelungswirtschaft einseitig vertrat, parteipolitisch aber zur liberalen Mitte gehörte."[3]

In einer Untersuchung über die politische Willensbildung der Landbevölkerung in Schleswig-Holstein in den Jahren der Weimarer Republik führt Rudolf Heberle[4] die Hinwendung der

---

1) H.Beyer, Die Agrarkrise..., a.a.O., S.87.
2) Ebenda, S.89.
3) Ebenda, S.76. Gemeint ist offensichtlich der vom demokratischen Reichstagsabgeordneten u. ehemaligen oldenburgischen Ministerpräsidenten Tantzen geführte Wirtschaftsverband für bäuerliche Veredelungsarbeit e.V. (Bremen), der im Kampf gegen die Agrarpolitik des Großgrundbesitzes - folglich auch des Landbundes - die Interessen der bäuerlichen Veredlungswirtschaft, namentlich des nordwestdeutschen Raumes, vertrat. Vgl. Bauernpolitik oder Landbundpolitik? Brinkum/Bremen 1931; Der Bauer im Kampf gegen den Landbund. Bauernarbeit in Nordwestdeutschland, Brinkum/Bremen, 1931; Hans Kretschmar, Deutsche Agrarprogramme der Nachkriegszeit, Berlin 1933.
4) Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932, Stuttgart 1963.

schleswig-holsteinischen Bauern zur Nazipartei primär auf die Initiative und die Werbekraft der NSDAP zurück, die eine "totale Bewegung" verkörpert habe und das Erbe der "Schuldnerrevolte" bzw. der Landvolkbewegung antreten konnte; zum anderen aber auf die Bauern selbst, die in der politischen Sphäre Entscheidungen "aus Tradition oder aus dem Glauben an außerordentliche Führerpersönlichkeiten" getroffen hätten.[1] Hier wird die in der bürgerlichen Historiographie übliche Methode angewandt, die Wähler aus der Masse des Volkes, die auf Hitler gesetzt hatten, weitgehend für den Zusammenbruch der Weimarer Republik verantwortlich zu machen,[2] die Hauptverantwortlichen aus den herrschenden Klassen aber, die die politische Meinungsbildung in dieser Richtung jahrelang gesteuert und maßgeblich beeinflußt hatten, von jeder Schuld freizusprechen. Heberle konstatiert zwar, daß es in Schleswig-Holstein den Nazis auch durch den Land- und Bauernbund gelungen war, bis zum Sommer 1932 die Mehrheit der Landbevölkerung einschließlich des ländlichen Kleinbürgertums für sich zu gewinnen,[3] aber das war bereits "der stark nationalsozialistisch infiltrierte Land- und Bauernbund",[4] "nicht (mehr) das gefügige Werkzeug deutschnationaler Landbundführer..., sondern (der) Vortrupp des Nationalsozialismus auf dem Lande."[5] Wohl räumt Heberle ein, daß sich der Land- und Bauernbund unter den Bauernverbänden Schleswig-Holsteins in den Jahren 1930 - 1932 eine Monopolstellung gesichert hatte, und daß in dieser Organisation zwar "numerisch die Bauern, zunächst aber an Einfluß die Großgrundbesitzer und ihr Anhang unter den Großbauern führend waren",[6] aber er leugnet zugleich die aktive Beeinflussung der politischen Willensbildung der Bauern im profaschistischen Geiste durch eben diese Großgrundbesitzer und Großbauern. Um jede Mißdeutung auszuschließen, behauptet er, auf die faschistische Welle auf dem Lande bezugnehmend: "Abseits standen im Sommer 1932" - abgesehen von Teilen der ländlichen Arbeiterschaft - "eigentlich nur noch die

---

1) Ebenda, S.170.
2) Ihrer bedient sich auch die sozialdemokratische Geschichtsschreibung. Vgl. Friedrich Stampfer, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, 3.Aufl., Hamburg 1953, S.670.
3) Vgl. R.Heberle, a.a.O., S.167.
4) Ebenda, S.165.
5) Ebenda, S.162.
6) Ebenda, S.156.

ältere Generation der Großgrundbesitzer... und die reicheren und daher besonders angesehenen Großbauern."[1])

Andere bürgerliche Agrarhistoriker tragen zur Verschleierung der Ursachen des Unterganges der Weimarer Republik und zur Apologie der reaktionären herrschenden Ausbeuterklassen bei, indem sie die faschistische Bewegung auf dem Lande von ihren sozialökonomischen Wurzeln trennen und die Nazipartei als eine eigenständige offensive Kraft darstellen, die den Faschisierungsprozeß allein vorangetrieben habe und deren "dynamischem Einfluß" schließlich auch die Landbundorganisationen erliegen mußten. Sofern adlige Großgrundbesitzer und Großbauern überhaupt erwähnt werden, haben sie sich angeblich passiv verhalten, abseits vom Faschisierungsprozeß stehend und außerstande, der faschistischen Welle genügend organisierte Widerstandskraft entgegenzusetzen.

So schreibt Gerhard Stoltenberg in seiner Untersuchung zur politischen Meinungsbildung im schleswig-holsteinischen Landvolk[2]) eine profaschistische geistige Beeinflussung der Bauern allein der NSDAP zu, deren Propaganda schon seit 1928 darauf eingestellt gewesen sei, "daß nur ein radikaler Wechsel im politischen System die Gesundung der Wirtschaft bringen könne,"[3]) obwohl die reaktionärsten, junkerlichen Landbundführer solche Ideen propagierten, bevor die Nazipartei die ländlichen Gebiete überhaupt in ihre Propaganda einbezog.[4]) Auf der anderen Seite habe nach Stoltenberg die Ohnmacht der bürgerlichen Parteien und die scheinbar ausweglose Situation "die Widerstandskräfte gegen die ansteigende braune Flut mehr und mehr erlahmen" lassen, und die politischen Äußerungen und Reaktionen des Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbundes seien immer stärker dem dynamischen nationalsozialistischen Einfluß unterlegen."[5])

Solcherart historische Rehabilitierung der Großgrundbesitzer

---

1) Ebenda, S.167.
2) Gerhard Stoltenberg, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1962.
3) Ebenda, S.169.
4) Vgl. Abschnitt 1.3. der vorliegenden Arbeit.
5) G. Stoltenberg, a.a.O., S.169.

im allgemeinen und der junkerlichen und großbäuerlichen Landbundführer im besonderen durch bürgerliche Agrarhistoriker findet in der Dissertation von Horst Gies, die sich mit der nationalsozialistischen Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933 beschäftigt,[1] ihre bisherige Krönung. Trotz des Eifers, mit dem Gies im Vorwort sich selbst als einen unbelasteten Vertreter der jungen Historikergeneration vorstellt, der allein der Forderung nach unvoreingenommener Betrachtung und sachlicher Analyse folgen will, beweist er schließlich, daß auch er sich nur auf den ausgefahrenen Gleisen traditioneller bürgerlich-konservativer Geschichtsschreibung bewegt. Obwohl er von der richtigen Annahme ausgeht, daß eine Untersuchung des bäuerlich-landwirtschaftlichen Teilbereichs des politischen Lebens in der Endphase der Weimarer Republik mithelfen könne, "Antworten auf die seit 1945 immer wieder gestellte Frage zu geben, wie es zur nationalsozialistischen Machtergreifung kommen konnte",[2] trägt diese Darstellung - trotz des teilweise interessanten Tatsachenmaterials, das zur Agrarpolitik der NSDAP im untersuchten Zeitraum zusammengetragen wird - kaum dazu bei, die Ursachen der Ablösung der Weimarer Republik durch die faschistische Diktatur in ihrer Gesamtheit freizulegen; im Gegenteil, durch bewußte Untersuchung und Darstellung werden die tieferen Ursachen und Zusammenhänge en passant verdeckt.

Gies tut dies namentlich dadurch, daß er die Nazipartei als ein eigenständiges politisches Phänomen wertet, ihren Klassencharakter und ihre Funktion im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus und in der Klassenauseinandersetzung völlig außer acht läßt, und indem er die Erfolge der NSDAP auf dem Wege zur Macht auf dem Lande weitestgehend dem taktischen, organisatorischen und propagandistischen Geschick zuschreibt, durch das "sich der von Darré aufgebaute agrarpolitische Apparat der NSDAP im Kampf gegen das 'System' im nationalsozialistischen

---

1) Vgl. Horst Gies, R.Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930-1933. Phil.Diss. Frankfurt/M. 1966; ders., Die nationalsozialistische Machtergreifung auf dem agrarpolitischen Sektor, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, a.a.O., 1968, H.2. Bei diesem Artikel handelt es sich um den geringfügig geänderten Abschnitt des dritten Kapitels der oben angeführten Dissertation.

2) H.Gies, R.Walther Darré..., S.5.

Sinne auszeichnete."[1] Die politische Rolle des Junkertums wird gar nicht untersucht, eine profaschistische Aktivität dieser Kräfte nicht registriert. Das Verhältnis zwischen der NSDAP und dem RLB wird einseitig dargestellt: Gies sieht die Landbundführung nur in der Defensive, Darré und den agrarpolitischen Apparat allein in der Offensive, darauf eingestellt, die Landbundführung in Sicherheit zu wiegen und sie dann zu übertölpeln, um den Landbund von innen her zu erobern und ihn d a n n e r s t in die politische Stoßrichtung der Nazipartei zu lenken, die gegen die Weimarer Republik und ihre Regierungen zielt. Die Auslieferung des RLB an die Nazipartei wird nicht aus der profaschistischen Politik der Junker insgesamt erklärt, sondern aus "nationalsozialistischen Einflüsterungen", denen sein geschäftsführender Präsident, Graf Eberhard von Kalckreuth, erlegen sei.[2]

Neben den mehr oder weniger offenen Apologeten der Großgrundbesitzer gibt es auch solche, die die pseudoliberale Strömung in der Geschichtsschreibung der BRD vertreten und - dem Beispiel Brachers folgend - durchaus bereit sind, eindeutige historische Fakten anzuerkennen und - damit die Monopolbourgeoisie außerhalb des Schußfeldes bleiben kann - wenigstens den ostelbischen Junkern anzulasten, auf die Beseitigung der Weimarer Republik hingearbeitet zu haben.[3]

Als ein Vertreter dieser Richtung präsentiert sich Günter Franz in seiner kurzen "Politischen Geschichte des Bauerntums",[4] so vor allem, wenn er feststellt: "Gegen die von Hepp vertretene bäuerliche westdeutsche Landvolkrichtung setzte sich unter Graf Kalckreuth der agrarische Osten, der Großgrundbesitz, durch. Er führte den Reichslandbund in das Lager der 'Harzburger Front' und bereitete damit die Machtübernahme des Nationalsozialismus vor."[5] Diese These entspricht der historischen Wahrheit ebenso wie Franz' Feststellung, daß auch die vom RLB

1) Ebenda, S.162.
2) Ebenda, S.135.
3) Vgl. Kurt Gossweiler, Karl Dietrich Brachers "Auflösung der Weimarer Republik", in: ZfG, 1958, H.3, S.509 u. Anm. 91 auf S.536.
4) Günter Franz, Politische Geschichte des Bauerntums, Celle 1959.
5) Ebenda, S.20.

propagierte antiliberale und antisemitische berufsständische Ideologie[1] dazu beitrug, daß die NSDAP 1933 "einen wohlvorbereiteten Boden" vorfand.[2]

Doch bei genauerem Hinsehen erweist sich, daß G. Franz erstens die historische Schuld der ostelbischen Großgrundbesitzer einerseits anerkennt, wo er an historischen Tatsachen nicht vorbeisehen kann, um sie auf der anderen Seite um so wirkungsvoller zu entlasten, wo er es noch für möglich hält;[3] und daß er sich zweitens an das Prinzip hält, die halbe Wahrheit anzuerkennen, um die ganze zu verschweigen oder zu entstellen. Diese Methode wendet er zum Beispiel an, wenn er in einem Artikel über die Weimarer Republik[4] behauptet, daß das "Übermaß an Demokratie", das die Weimarer Verfassung angeblich bot, das stetige Regieren erschwerte, oder daß im Schatten der beginnenden Weltwirtschaftskrise keine parlamentarische Regierungsbildung mehr möglich war und s i c h die Weimarer Republik (nach Franz offenbar folgerichtig - K.N.) zur "Präsidial-Demokratie" umbildete; und wenn er schließlich verkündet, daß die Reichspräsidentenwahl 1932 gezeigt habe, "daß jetzt bereits die grundsätzlichen Gegner der W.R. (Kommunisten und Nationalsozialisten) der absoluten Mehrheit nahekamen und die W.R. s i c h innerlich auflöste."[5] So dient der "liberalisierende" Historiker G.Franz - wenn auch mit anderen Methoden als etwa W.Görlitz - dem gemeinsamen Anliegen der offiziellen bürgerlichen Geschichtsschreibung, der politisch motivierten Apologetik der Ausbeuterklasse, indem er den Untergang der Weimarer Republik nicht realistisch erklärt, von den reaktionären Interessen der herrschenden Ausbeuterklasse und ihren politischen Interessenvertretungen ausgehend, sondern mit fatalistischen Scheinargu-

---

1) Vgl. Abschnitt 1.3. der vorliegenden Arbeit.
2) G.Franz, a.a.O., S.22.
3) So schreibt er über die Haltung der Junker zur faschistischen Herrschaft nach 1933, das Wesen der beiderseitigen Beziehungen entstellend: "Ernüchtert war verhältnismäßig bald der ostelbische Großgrundbesitz, obgleich die NSDAP entgegen ihrem Programm mit der Siedlung nicht ernst machte. Seine Führer wurden zum Träger des Widerstandes und zahlten nach dem 20. Juli einen hohen Blutzoll." Ebenda.
4) Vgl. Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte, von H.Rössler und G.Franz, München 1952, S.1362. Franz verwendet hier die Abkürzung "W.R." für "Weimarer Republik".
5) Ebenda, S.1363 (Hervorhebung von mir - K.N.).

menten, wobei er sich der Totalitarismus-Doktrin[1] bedient und die Kommunistische Partei mit der Nazipartei auf eine Stufe stellt.

Auf einer solchen "liberalisierenden" Linie bewegt sich auch Thyge Thyssen,[2] der zwar in Übereinstimmung mit historischen Tatsachen ein kleines Sündenregister profaschistischer Aktivität des Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbundes zusammenstellt,[3] jedoch bei einigen historischen Erscheinungen stehen bleibt und - sicher auch nicht unbewußt - darauf verzichtet, das Wesen sowie die Klassenwurzeln und Triebkräfte dieser Faschisierungspolitik zu zeigen; und der sich statt dessen gleichfalls einer naiv-fatalistischen Diktion bedient, so z.B. wenn er das völlige Einschwenken des Land- und Bauernbundes auf die Linie der Nazipartei wohl registrieren muß, aber nicht erklären will, und es dann so ausdrückt: "Die 'Harzburger Front der nationalen Wehrverbände und der Deutschnationalen' wurde unterstützt, aber schrittweise m u ß t e m a n auch von den Deutschnationalen abrücken und sich in eine immer engere Bindung zur NSDAP begeben."[4]

Spezielle Untersuchungen bürgerlicher Historiker zur Geschichte des RLB reichen in die letzten Jahre der Weimarer Republik und die Anfänge der faschistischen Herrschaft zurück. Die einzige Darstellung, die auch die letzten Jahre seiner Entwicklung umfaßt, liegt in Form der Dissertation von Karl Heller[5] vor; sie stützt sich jedoch ausschließlich auf gedruckte Quellen, in der Hauptsache Periodika des RLB, registriert im wesentlichen auch nur äußere Erscheinungen seiner Entwicklung und Politik und trägt - zumal aus faschistischer Sicht betrachtend - ausgesprochen apologetischen Charakter.

---

1) Vgl. Gerhard Lozek, Genesis, Wandlung und Wirksamkeit der imperialistischen Totalitarismus-Doktrin, in: ZfG, 1966, H.4. Vgl. auch Katja Haferkorn, Das Ende der Weimarer Republik in der westdeutschen Geschichtsschreibung, ebenda, 1965, H.6.
2) Thyge Thyssen, Bauer und Standesvertretung. Werden und Wirken des Bauerntums in Schleswig-Holstein seit der Agrarreform, Neumünster 1958.
3) Vgl. ebenda, S.395 ff.
4) Ebenda, S.396 (Hervorhebung von mir - K.N.).
5) Karl Heller, Der Bund der Landwirte bzw. Landbund und seine Politik mit besonderer Berücksichtigung der fränkischen Verhältnisse, phil.Diss., Würzburg 1936.

Dagegen sind die von Erwin Topf - einem Redakteur des bürgerlich-demokratischen "Berliner Tageblattes" - verfaßten zeitgenössischen Artikel über einzelne bäuerliche Bewegungen[1] und agrarische Organisationen[2] sowie sein Buch über die Grüne Front[3] durchaus geeignet, Einsichten in die widersprüchliche Entwicklung dieser Organisationen und ihre gegenseitigen Beziehungen, im besonderen auch Aufschlüsse über die vom junkerlichen Interessenegoismus diktierte Wirtschaftspolitik des RLB zu vermitteln. Obwohl diese Arbeiten quellenmäßiger Belege entbehren, lassen sie doch die Handschrift eines scharfen Beobachters und Kritikers zeitgenössischer Entwicklungen im Bereich des landwirtschaftlichen Organisationswesens erkennen.

Interesse verdient auch eine zeitgenössische Untersuchung von Bernhard von Brentano,[4] der - obwohl als Berliner Korrespondent der großbürgerlichen "Frankfurter Zeitung" tätig - sich zeitweilig der Arbeiterbewegung angenähert hatte und recht aufschlußreiches Material über die katastrophalen Auswirkungen der Agrarpolitik des Finanzkapitals und des junkerlichen Landbundes auf die Lage der Bauern sowie deren politischen Mißbrauch durch eben diese Kräfte zusammentrug, wobei er sich auch auf Klassiker des Marxismus und marxistische Historiker stützte.[5]

Zum marxistischen Schrifttum, das grundlegende Einschätzungen zur Agrarpolitik des Imperialismus in der Weimarer Republik sowie zur Rolle der Junker enthält und in der vorliegenden Arbeit berücksichtigt wurde, gehören zeitgenössische Materialien der KPD,[6] vornehmlich auch verschiedene agrarpolitische Schrif-

---

1) Beispielsweise: "Die Bauerndemonstrationen - Eindrücke aus Schleswig-Holstein", in: Berliner Tageblatt, Nr.162 v. 29.2.1928; "Bauern-Revolte- Reiseeindrücke aus Schleswig-Holstein", ebenda, Nr.182 v. 18.4.1929.
2) Vgl. die von E.Topf unter dem Pseudonym Jan Bargenhusen verfaßten Artikelreihen "Die Grüne Front" und "Grüner Tisch und grünes Feld", in: Die Weltbühne 25. Jahrgang (1929) f.
3) Erwin Topf, Die Grüne Front. Der Kampf um den deutschen Acker, Berlin 1933.
4) B.von Brentano, Der Beginn der Barbarei in Deutschland, Berlin 1932.
5) Vgl. Willi Köhler, Vergessene Bücher: Der Beginn der Barbarei in Deutschland, in: ND - Literatur, Nr.4 (April) 1965.
6) Vgl. 4 Monate Brüning-Regierung, Berlin 1930; Zwei Jahre Brüning-Diktatur, Berlin (1932); Die Forderungen der Grünen Front vor dem Reichstag, Berlin o.J.

ten von Edwin Hoernle,[1] ferner wirtschaftsgeschichtliche Studien und Analysen von Jürgen Kuczynski[2] sowie agrarhistorische Untersuchungen von A. Petruschow,[3] G.G. Kotow[4] und Kurt Ritter.[5]

In den letzten Jahren haben sich marxistisch-leninistische Historiker verstärkt damit befaßt, den Anteil der Junker an der Untergrabung der Weimarer Republik und der Errichtung der faschistischen Herrschaft in Deutschland nachzuweisen.[6] Daß einige agrarhistorische Untersuchungen auch der Erforschung

1) Vgl. die Auswahl in: N.Steinberger/S.Graffunder/K.Herholz, Edwin Hoernle - Ein Leben für die Bauernbefreiung, Berlin 1965, u. in: Kollektiv u.Ltg.v. S.Graffunder, Edwin Hoernle - Zum Bündnis zwischen Arbeiter und Bauern, Berlin 1972.
2) Vgl. J.Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd.3, Berlin 1962, Bd.4 (1967), Bd.5 (1966), Bd.6 (1964); ders., Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Bd.I, Berlin 1948; ders., Monopolisten und Junker - Todfeinde des deutschen Volkes, Berlin o.J.
3) Vgl. A.Petruschow, Agrarverhältnisse in Deutschland und die Agrarreform, Berlin 1948.
4) Vgl. G.G.Kotow, Agrarverhältnisse und Bodenreform in Deutschland, Berlin 1959.
5) Kurt Ritter, Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im Kapitalismus, Erster Halbband, Berlin 1955.
6) Vgl. G.Heitz/H.Haack/S.Dillwitz/M.Polzin/H.G.Wilhelm, Forschungen zur Agrargeschichte, in: Historische Forschungen in der DDR 1960 - 1970, a.a.O. Im einzelnen seien noch genannt: Martin Polzin, Der Kampf des mecklenburgischen Landproletariats gegen Junkertum und Militarismus während des Kapp-Putsches 1920, Phil.Habil.Rostock 1962 (MS); ders., Kapp-Putsch in Mecklenburg, a.a.O.; ders., Junkerherrschaft - Militarismus - Landarbeiterfrage, in: WZ Rostock, 1962, G.3; ders., Zur ökonomischen und politischen Rolle der mecklenburgischen Großgrundbesitzer in der Periode von 1918 bis 1945, in: 20 Jahre demokratische Bodenreform in Mecklenburg, Rostock 1965; Bruno Buchta, Die Junker und die Weimarer Republik, Berlin 1959; K.Gossweiler/A.Schlicht, Junker und NSDAP 1931/32, in: ZfG, 1967, H.4; Horst Denecke, Die agrarpolitischen Konzeptionen des deutschen Imperialismus beim Übergang vom bürgerlich-parlamentarischen System zur faschistischen Diktatur (Frühjahr 1930 bis Herbst 1934), phil.Diss., Berlin 1972 (MS); G.A.Strasen, Zur ökonomischen und politischen Rolle des Großgrundbesitzes in Mecklenburg-Strelitz während der Weimarer Republik, phil.Diss.Rostock 1970 (MS); ders., Zur Zusammenarbeit von Großgrundbesitzern und Staatsapparat in den Jahren der Weimarer Republik, insbesondere in Mecklenburg-Strelitz, in: Beiträge zur deutschen Agrargeschichte von 1917 bis 1945, WZ Rostock, 1968, G 2/3; L. Elsner, Zur Funktion und Politik der "Herrengesellschaft Mecklenburg" (Deutscher Herrenklub), ebenda.

der spezifischen Rolle des RLB oder einzelner Landbünde gewidmet wurden,[1] zeugt von der zunehmenden Erkenntnis, daß die Junker ihre reaktionäre, antinationale Politik in der Weimarer Republik vornehmlich mit Hilfe dieser Interessenorganisationen verwirklicht haben. Besondere Beachtung verdient der von J.Cerny verfaßte Artikel über den RLB,[2] der eine zwar knappe und gedrängte, aber durchaus fundierte erste marxistische Gesamtdarstellung der Geschichte des RLB gibt. Indes ist auch durch diesen Beitrag eine speziellere Untersuchung zur Rolle des RLB bei der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur keineswegs überflüssig geworden.

Die vorliegende Arbeit stützt sich in der Hauptsache auf ein umfangreiches archivalisches Quellenmaterial, das zum Teil erstmalig ausgewertet wurde. Es handelt sich um Aktenbestände des Zentralen Parteiarchivs am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam und Merseburg, der Staatsarchive in Potsdam, Schwerin, Magdeburg und Dresden sowie der Wojewodschaftsarchive Szczecin und Bydgoczcz in der VR Polen. Als außerordentlich ergiebig erwies sich vor allem der Bestand "Reichs-Landbund" im Zentralarchiv in Potsdam. Außerdem wurde das umfangreiche zeitgenössische Schrifttum des RLB und einzelner Landbünde (vor allem Zeitungen und Zeitschriften) herangezogen, das entweder in Form einer thematisch geordneten Ausschnitte-Sammlung im Presse-

---

1) Vgl. Eberhard Voß, Revolutionäre Ereignisse und Probleme des Klassenkampfes zwischen Landarbeitern und Gutsbesitzern in den Jahren 1921 bis 1923 in Deutschland, phil.Diss., Rostock 1964 (MS); Horst Hildebrandt, Die Rolle der sogenannten "wirtschaftsfriedlichen" Landarbeiterbewegung in Ostelbien während der Weimarer Republik, phil. Diss., Rostock 1969 (MS). Zu verweisen ist auch auf Staatsexamensarbeiten, die an der Pädagogischen Hochschule Potsdam zur Geschichte des RLB bzw. einzelner Landbünde angefertigt wurden: H.Kohn, Der Reichslandbund und die Faschisierung Deutschlands 1929 - 1932 (1963); E.Schubert, Vom Bund der Landwirte zum Reichslandbund (1966); R.Becker, Der Reichs-Landbund 1921 - 1923 - ein Instrument der Junker und Großgrundbesitzer (1963); G.Döring, Der Brandenburger Landbund 1918 bis 1923 - eine reaktionäre wirtschaftspolitische Organisation der Agrarier (1965); H.Rosenbaum, Der "Landbund Provinz Sachsen" 1920 bis 1923 - eine reaktionäre Organisation der Großbauern (1965).

2) Jochen Cerny, Reichs-Landbund (RLB) 1921 - 1933, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd.II, Leipzig 1970.

archiv des RLB im Museum für deutsche Geschichte zu Berlin oder in geschlossenen Jahrgängen in verschiedenen Büchereien aufbewahrt wird; so daß insgesamt gesehen eine chronologisch geschlossene Darstellung der Entwicklung des RLB und seiner profaschistischen Politik im untersuchten Zeitraum durchaus möglich war.

An dieser Stelle sei allen gedankt, die mich bei der Anfertigung der Arbeit unterstützt haben. Besonderen Dank schulde ich Prof. Dr. Martin Polzin sowie meinen Mitarbeitern, die mit viel Verständnis und Geduld ermöglicht haben, daß die Arbeit zu Ende geführt werden konnte.

1. Der Reichslandbund - ein Instrument der reaktionären Junker zur Untergrabung der Weimarer Republik

1.1. Zur Stellung der Junker in der Weimarer Republik[1]

Infolge des Verrates der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hatte die deutsche Arbeiterklasse in der Novemberrevolution 1918 ihre historische Aufgabe nicht erfüllen und die Grundlagen der ökonomischen und politischen Macht des deutschen Imperialismus nicht beseitigen können. "Es gelang nicht einmal, die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zu Ende zu führen,"[2] so daß auch der Großgrundbesitz erhalten blieb. Der Anteil der Betriebe über 100 ha an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche hatte sich im Jahre 1925 im Vergleich zum Jahre 1907 nur unwesentlich verändert: im Reich um 0,4 %, in Preußen um 0,6 %.[3] In einigen Provinzen hatte er sich - wenn auch nur geringfügig-erhöht.[4]
So blieb in den preußischen Provinzen ein Viertel der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Betrieben über 100 ha konzentriert. In den ostelbischen Gebieten lag dieser Anteil wesentlich höher; er betrug in Niederschlesien 33,1 %, in Brandenburg 34,4 %, in Pommern 49,8 %, in Mecklenburg-Schwerin 58,2 % und in Mecklenburg-Strelitz 58,3 %. Zählt man den Anteil der großbäuerlichen Betriebe von 20 - 100 ha hinzu, so ergibt sich, daß in den ostelbischen Gebieten Junker und Großbauern zusammen weit mehr als die Hälfte, in beiden Mecklenburg sogar 82,3 % bzw. 87,4 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche besaßen, und sie damit nicht nur ihre ökonomische Machtstellung in der Landwirtschaft Ostelbiens, sondern auch ihre beherrschende politische Stellung unter der Landbevölkerung behaupten konnten.[6]

---

1) Vgl. B.Buchta, Die Junker..., a.a.O., S.18 ff u. die Rezension von Wolfgang Ruge in ZfG, 1960, H.6.
2) G.d.A., Bd.3, a.a.O., S.197.
3) Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1930, Berlin, S.56 f.
4) In Schleswig-Holstein um 0,1 %, in Ostpreußen um 1,3 %, in Brandenburg um 1,4 % (Vgl. ebenda).
5) Ebenda.
6) Vgl. G.A.Strassen, Zur Zusammenarbeit von Großgrundbesitz und Staatsapparat..., a.a.O., S.157 ff; Autorenkollektiv, Edwin Hoernle - Ein Leben..., a.a.O., S.40.

Obwohl der Großgrundbesitz unangetastet blieb, hatten sich im Ergebnis der Novemberrevolution die politischen Bedingungen für die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Junker in gewisser Hinsicht verändert. Die halbabsolutistische Monarchie war beseitigt. An ihre Stelle trat die bürgerlich-parlamentarische Weimarer Republik, "das Instrument der Monopolisten, Militaristen und Junker zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft, zur Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse, der gesamten Volksmassen zur Vorbereitung eines neuen Krieges."[1] Dieser Wechsel in der Herrschaftsform des deutschen Finanzkapitals war mit einem partiellen Rückgang der politischen Führungsrolle des Junkertums und der zunehmenden Festigung der politischen Hegemonie der Monopolbourgeoisie verbunden, so daß sich der junkerlich-bürgerliche Imperialismus in einen bürgerlich-junkerlichen verwandelte.[2] Die Junker verloren wichtige Positionen in der Exekutive des Reiches, das sie vor 1918 mitbeherrscht, vor allem aber im preußischen Staat, den sie beherrscht hatten,[3] an die Großbourgeoisie bzw. an deren rechtssozialdemokratische Koalitionspartner.

Dennoch blieb das Klassenkompromiß zwischen Monopolbourgeoisie und Junkertum, das sich in den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jh. herausgebildet hatte,[4] auch in den Jahren der Weimarer Republik erhalten. Es beruhte einerseits auf einer ökonomischen Interessengemeinschaft, die u.a. in folgenden Faktoren begründet lag:

Erstens hatten sich in zunehmendem Maße einflußreiche Finanzmagnaten in der Nachbarschaft der Junker "territorialisiert",[5] d.h. in ostelbischen Gebieten Güter gekauft.[6] Umgekehrt waren auch Junker, unter ihnen einflußreiche Landbundführer, durch geschäftliche Beziehungen, im besonderen durch Sitze in verschiedenen Aufsichtsräten, eng mit dem Finanzkapital liiert.

---

1) G.d.A., Bd.3, a.a.O., S.243.
2) Vgl. W. Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, a.a.O., S.106.
3) Fritz Klein, Deutschland von 1897/98 bis 1917. Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), Berlin 1961, S.28 f.
4) Vgl. J.Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd.3, Berlin 1962, S.179.
5) Vgl. W.I.Lenin, Werke, Bd.13, Berlin 1963, S.321.
6) Vgl. M.Polzin, Kapp-Putsch in Mecklenburg, a.a.O., S.259 ff.

Eberhard Graf von Kalckreuth, Präsident des RLB,[1] war u.a.: Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank, Mitglied des Verwaltungsrates und des Aufsichtsrates der Deutschen Rentenbank, Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt und der Deutschen Lichtbild-Gesellschaft e.V., Mitglied der Aufsichtsräte der Deutschen Bodenkultur AG, der Deutschen Getreide-Handelsgesellschaft, der Getreide-Industrie und Commission AG, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bank für Landwirtschaft AG und der Viehzentrale G.m.b.H. Berlin, Mitglied des Vorstandes des Reichsverbandes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen.[2] Der Vorsitzende des Landbundes der Provinz Sachsen, Tilo Frhr. von Wilmowsky, war stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Friedrich Krupp AG in Essen[3] und verschiedener anderer Konzernunternehmen, außerdem Vorsitzender des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft und des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland, sowie stellvertretender Vorsitzender des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des RLB.[4] Prätorius Frhr. von Richthofen, Vorsitzender des Schlesischen Landbundes, saß in den Aufsichtsräten der Bank für Landwirtschaft AG Berlin und der Schlesischen Boden-Kredit AG Breslau sowie im Reichskalirat. Zugleich war er Vorsitzender des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des RLB sowie Mitglied des Reichswirtschaftsrates und der Wirtschaftsenquete.[5]

Zweitens wuchs in der Periode der relativen Stabilisierung des

---

1) E.Graf von K a l c k r e u t h (1881-1941) trat 1904 dem Bund der Landwirte bei, wurde Mitglied seines engeren Vorstandes und noch vor dem ersten Weltkrieg stellvertretender Bundesvorsitzender. Von 1924-1928 war er neben Karl Hepp gleichberechtigter Präsident, von 1930-1933 geschäftsführender Präsident des RLB. Außerdem leitete er jahrelang die wirtschaftlichen Einrichtungen des RLB, z.B. als Vorsitzender des Genossenschaftsverbandes und der Genossenschaftlichen Zentral-Casse des RLB. Vgl. "Dem Reichs-Landbund-Führer. Zu Graf Kalckreuths 50. Geburtstag - 28. Oktober 1931", in: RLB/AWS, Nr.43 v. 24.10.1931.

2) Vgl. DZA I, RLB, Nr.135, Bl.20; Pressearchiv des RLB, Nr.7 Ka, Bd.2, Bl.81.

3) T.Frhr. von W i l m o w s k y war mit Barbara, Tochter von Friedrich Alfred Krupp verheiratet. Vgl. Tilo Frhr. von Wilmowsky, Rückblickend möchte ich sagen...An der Schwelle des 150jährigen Krupp-Jubiläums, Oldenburg u. Hamburg 1961.

4) Vgl. Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft, Zweiter Band, Berlin 1931, S.2040.

5) Ebenda, S.1527.

Kapitalismus, als sich die ausländische Konkurrenz verschärfte und das Problem der Verwertungsbedingungen des Kapitals akuter wurde, das Interesse der Herren der Industrie, vor allem der Kaliindustrie und des Landmaschinenbaues, an der Entwicklung eines aufnahmefähigen Binnenmarktes; deshalb unterstützten sie die Tendenzen zur Industrialisierung der Landwirtschaft, besonders durch Technisierung der großen Güter.[1)]

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise kam als drittes Moment hinzu, daß das Finanzkapital als Kreditgeber und Gläubiger der Landwirtschaft an einer Verschleuderung der stark verschuldeten Güter nicht interessiert war und sich deshalb an den Subventionierungsmaßnahmen aktiv beteiligte, durch die der Großgrundbesitz vor dem völligen Zusammenbruch gerettet werden sollte.

Für die Aufrechterhaltung des Klassenkompromisses zwischen dem Finanzkapital und dem Junkertum nach 1918 waren neben den ökonomischen auch folgende politische Gründe maßgebend, und die zweifellos noch schwerwiegender als die ökonomischen:

Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde die Interessengemeinschaft der Monopolisten und Junker vor allem von dem gemeinsamen Streben diktiert, einen Sieg der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland zu verhindern. Den Junkern fiel dabei die Aufgabe zu, die Landarbeiter und Bauern von den Arbeitern in den Städten zu trennen und dafür zu sorgen, daß sich Marx' Voraussage, eine Arbeiterrevolution in Deutschland würde siegen, falls sie durch eine Art zweiter Auflage des Bauernkrieges unterstützt würde,[2)] gerade in seinem Geburtslande nicht erfüllte. In der Tat hatten die Junker während der Novemberrevolution wesentlich dazu beigetragen, ihre und der Monopolkapitalisten Klassenherrschaft vor dem revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse zu retten.[3)]

---

1) Vgl. Edwin Hoernle, Die Industrialisierung der Landwirtschaft, Berlin (1928), S.6 ff.; Autorenkollektiv, Edwin Hoernle - Zum Bündnis..., a.a.O., S.14 ff.

2) Vgl. K.Marx' Brief an F.Engels vom 16.April 1856, in: Marx/Engels, Werke, Bd.29, Berlin 1963, S.47.

3) Dazu folgendes Beispiel: "Im Januar 1919 war es die Haubitzbatterie von Rohr (Otto, Trieplatzer Zweig) des 2.Garde-Feldartillerieregiments, die in Berlin unter schweren Verlusten das von 400 Spartakisten verteidigte Gebäude des 'Vorwärts' beschoß und dessen Erstürmung ermöglichte." Hans Olof von Rohr, Aus der Geschichte derer von Rohr, Görlitz 1932, S.42. Vgl. auch Elard von Oldenburg-Januschau, Erinnerungen, Leipzig 1936, S.25 ff.

Der RLB wurde nicht müde zu wiederholen, daß "die deutsche Landwirtschaft...den stärksten Halt im Dammbruch der Revolution gebildet" habe.[1)]

Auch in den Jahren nach der Novemberrevolution verfügten die Junker über bedeutende Positionen im Staats- und Justizapparat, die von Adligen durchsetzt waren und weitgehend übernommen wurden, sowie in der Reichswehr, der Kadertruppe der künftigen faschistischen Wehrmacht, in deren höherem Offizierskorps der Adel immer noch dominierte.[2)] Darüber hinaus konnten sie die vielfältigen Verbindungen und Erfahrungen sowie die Traditionen aus der monarchistischen Zeit für ihre reaktionären Ziele einsetzen. Im besonderen nutzten die Junker die Wahl des Monarchisten Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten dazu aus, um ihren Einfluß auf die Staatspolitik wieder zu erhöhen.[3)]

Unter den Bedingungen der Weimarer Republik gewann für die Monopolbourgeoisie die Frage der Massenbasis eine noch größere Bedeutung als zuvor. "Ist die Staatsordnung demokratisiert", schrieb Lenin, "so m ü s s e n die Kapitalisten in den Massen Rückhalt suchen, und dafür ist es erforderlich, sie unter den Losungen des Klerikalismus..., des Nationalismus, Chauvinismus usw. zu organisieren."[4)] Die Junker vermochten - gestützt auf das Bodenmonopol sowie auf zahlreiche politische und wirtschaftliche Organisationen bzw. Einrichtungen - große Teile der ländlichen Bevölkerung unter ihrem Einfluß zu halten.[5)] Auf eine

---

1) "1o Jahre Landbundgedanke", in: RLB/AWS, Nr.2 v.12.1.1929. Vgl. hierzu W.Ulbricht, Strategie und Taktik der SED, in: Einheit, 1946, H.5, S.264.
2) Vgl. D.Zboralski, Zur Stellung der Reichswehrgeneralität in den letzten Jahren der Weimarer Republik, in: ZfG, 1955,H.6.
3) Vgl. W.Ruge, Hindenburg. Porträt eines Militaristen, Berlin 1975, S.273 f., 300 ff., 313 ff., 324 f., 422 ff., 468 ff.
4) W.I.Lenin, Werke, Bd.36, Berlin 1962, S.218. Schon 1916 hatte Lenin, auf den Wirkungsmechanismus der politischen Demokratie im neuesten Kapitalismus bezugnehmend, festgestellt: "Ohne Wahlen geht es in unserem Zeitalter nicht; ohne die Massen kommt man nicht aus." Ebd., Bd.23, Berlin 1960,S.114.
5) Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung betrug in Deutschland etwa ein Viertel, in den Ostelbischen Gebieten aber mehr als 40%. Vgl. Edwin Hoernle - Ein Leben..., a.a.O., S.331; Niekammers landwirtschaftliche Güter-Adreßbücher, Bd.I, Pommern, Leipzig 1928, S.XXXII.

derartig bedeutende Massenbasis konnte die kleine Schicht der Monopolbourgeoisie nicht verzichten; denn sie "kann nicht über die Volksmassen herrschen, ohne sich bestimmter Teile der Volksmassen zu versichern."[1]

Schließlich waren die Junkergüter Stützpunkte des deutschen Militarismus und Brutstätten konterrevolutionärer Umtriebe,[2] und die ostelbischen Gebiete insgesamt bildeten die agrarische Basis des aggressiven deutschen Imperialismus.[3] Die Junker nahmen jede Gelegenheit wahr, um die besondere Förderung des agrarischen Ostens und damit ihrer eigenen Existenz mit dem Hinweis auf die Vorbereitung des nächsten Krieges, der die "Selbsternährung" des deutschen Volkes einschloß, zu begründen.

Die politische Liaison des Monopolkapitals und des Junkertums kam u.a. darin zum Ausdruck, daß sich beide Seiten in einflußreichen Parteien, Organisationen und Instituten zur Durchsetzung gemeinsamer politischer Ziele zusammenfanden, so z.B. in der Deutschnationalen Volkspartei, die - am sichtbarsten verkörpert in der Person Alfred Hugenbergs - die Interessen bestimmter Gruppen des Monopolkapitals (vorwiegend der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie) ebenso wie die des ostelbischen Junkertums vertrat;[4] oder in der Deutschen Herrengesellschaft, dem einflußreichsten und wirksamsten politischen Klub der herrschenden Klasse, der sich "vor allem in den letzten Jahren der Weimarer Republik...zu einem wichtigen politisch-ideologischen Führungsinstrument der aggressivsten Kreise des Finanzkapitals und der mit diesen eng verflochtenen Junkerkaste" entwickelte;[5] oder in den Bürgerblockregierungen der Weimarer Republik, die E.Hoernle als den stärksten politischen Ausdruck dieses Bündnisses in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus wertete.[6]

---

1) Manfred Weißbecker, Erste Bemerkungen zur Funktion politischer Parteien im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Sammelband 1-13/14, Erfurt/Arnstadt o.J., S.117.
2) Vgl. M.Polzin, Kapp-Putsch in Mecklenburg, a.a.O.
3) Vgl. Autorenkollektiv, Edwin Hoernle - Ein Leben..., a.a.O., S.348.
4) Vgl. W.Ruge, Deutschnationale Volkspartei, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch, Bd.I, a.a.O.
5) Gerhard Feldbauer, Deutscher Herrenklub, ebenda.
6) E.Hoernle, Die Industrialisierung der Landwirtschaft, a.a.O., S.13.

Aus den erwähnten Gründen blieb das politische Bündnis zwischen Monopolbourgeoisie und Junkertum, trotz einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der ersteren, auch nach 1918 das Rückgrat des aggressiven und räuberischen deutschen Imperialismus. Deswegen auch verzichtete die Monopolbourgeoisie nach wie vor darauf, die ökonomische Basis des Junkertums, den Großgrundbesitz, ernsthaft anzutasten;[1] vielmehr war sie - auch unter den Bedingungen des sich entwickelnden staatsmonopolistischen Kapitalismus[2] - in ihrer Gesamtheit durchaus bereit, durch neue Zollkompromisse und riesige Subventionen den gesellschaftlichen Anachronismus des ultraparasitären Junkertums am Leben zu erhalten.[3] Und deshalb überstieg der politische Einfluß der Junker "bei weitem bis in die Republik hinein die Stärke ihrer wirtschaftlichen Machtposition."[4]

Dabei konnten aber Reibungen zwischen Monopolkapitalisten und Junkern nicht ausbleiben. Sie traten, wie Edwin Hoernle treffend formulierte, in der Form eines mitunter "scharf tobenden Futterkrippenkrieges zwischen Industrie- und Agrarkapital",[5] vor allem die Schutzzollpolitik betreffend, auf. In einer rückschauenden Betrachtung des RIB über das Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft vor und nach dem Kriege heißt es:

> "Nach Kriegsende wurden die wenigen suspendierten industriellen Zölle wieder in Kraft gesetzt. Die Landwirtschaft mußte warten! Im Jahre 1922 erfolgte eine erhebliche Erhöhung von ungefähr 300 Positionen industrieller Zölle in recht bedeutendem Ausmaße. Die Landwirtschaft mußte weiter warten, bis endlich am 1.9. bzw. 1.10.25 für die Agrarprodukte höchst kümmerliche Zwischenzölle wieder eingeführt wurden, während die Industrie weitere Zollerhöhungen erhielt...Bei der politischen Konstellation nach dem Kriege, bei dem Überwiegen der Linken und der Freihändler im Reichstage und damit in der Regierung, braucht man sich über eine derartige Benachteiligung der Landwirtschaft nicht weiter zu wundern." 6)

---

1) Vgl. dazu auch W.I.Lenin, Werke, Bd.13, Berlin 1963, S.320 ff.
2) Vgl. Imperialismus heute, 5.Aufl., Berlin 1968, S.45 ff.; Der Imperialismus der BRD, Berlin 1971, S.40 ff.
3) Vgl. die treffende Charakteristik über die parasitäre Rolle der Junker ausgangs des 19.Jh. bei F.Engels, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, in: Marx/Engels, Werke, Bd.21, Berlin 1962, S.450; Hellmut Hesselbarth, Revolutionäre Sozialdemokraten, Opportunisten und die Bauern am Vorabend des Imperialismus, Berlin 1968, S.83 f.
4) J.Kuczynski, Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, a.a.O., S.283.
5) Autorenkollektiv, Edwin Hoernle - Ein Leben..., a.a.O., S.432.
6) "Freund oder Feind?" in: RIB/AWS, Nr.9 v.28.2.1931, S.113.

In solchen Äußerungen des ökonomischen Interessenstreites spiegelte sich wider: einerseits die Tatsache, daß die Großbourgeoisie bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen der Weimarer Republik das Primat ihrer ökonomischen Interessen gegenüber den Junkern durchzusetzen vermochte, und daß sie Agrarzölle nur insoweit zuzulassen bereit war, als ihre Exportinteressen dadurch nicht empfindlich beeinträchtigt wurden; andererseits die Tendenz bei den Junkern, ihre eigene "Benachteiligung" agitatorisch aufzubauschen, ihr Auftreten gegen die relative Vernachlässigung ihrer ökonomischen Sonderinteressen als Kampf für das Wohl der gesamten Landwirtschaft auszugeben und in dieser Agitation, ausgeübt vornehmlich durch den RLB, der Bourgeoisie gegenüber immer noch als eine Klasse aufzutreten.[1]

Bei Auseinandersetzungen über einzelne, besonders wirtschaftspolitische und politisch-taktische Fragen, war es aber durchaus nicht so, daß sich Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer jeweils in einem geschlossenen Block gegenüberstanden. Die Trennungslinie verlief nicht vertikal zwischen Industrie- und Agrarkapital, sondern quer durch beide Lager hindurch.[2] Den Kern der beiden divergierenden Gruppierungen bildeten die von der rheinisch-westfälischen Monopolgruppe Kohle-Stahl einerseits und die von der Gruppe Chemie-Elektro andererseits geführten Fraktionen der Monopolbourgeoisie, denen zwei taktische Varianten in der Politik entsprachen: die abenteuerlich-militaristische und die wendig-parlamentarische Linie.[3]

Die taktischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der herrschenden Klasse beruhten, wie schon angedeutet, letzten Endes auf den ökonomischen Sonderinteressen, die sich nach der Niederlage im ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution für die beiden Fraktionen der Monopolbourgeoisie ebenso wie für die Großgrundbesitzer ergaben.[4] Daraus resultierten schließlich

---

1) Vgl. J.Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd.4, Berlin 1967, S.112.
2) Vgl. E.Hoernle, Die Industrialisierung..., a.a.O., Anmerkung ++ auf S.11.
3) Vgl. Anm. 1 auf S.III der vorliegenden Arbeit.
4) Vgl. W.Ruge, Zur Taktik der deutschen Monopolbourgeoisie..., a.a.O., S.1092.

auch die Meinungsverschiedenheiten über bestimmte Fragen der Agrarpolitik, im besonderen über die Frage der Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen Landwirtschaft, die sich in dem Maße zuspitzte, wie sich die Wirtschafts- bzw. Agrarkrise verschärfte.

Die Auffassung der schwerindustriellen Monopolfraktion und der mit ihnen verbündeten Junker zu diesem Thema brachte Paul Bang, führendes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, zweiter Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes und geschäftsführendes Vorstandmitglied der "Deutschen Industriellenvereinigung"[1] auf der Grünen Woche in Dresden und auf der Haupttagung der vorpommerschen Landbünde Anfang des Jahres 1928 in bemerkenswerter Schärfe und Klarheit zum Ausdruck. Bang lehnte es kategorisch ab, die Ursachen des landwirtschaftlichen Unglücks in angeblicher Rückständigkeit, mangelnder Rationalisierung oder in Mißernten zu sehen; auch wandte er sich entschieden gegen die These von der "Reinigungskrise", die als "Zusammenbruch schwacher und unfähiger Elemente" und deren wirtschaftliche Ausmerzung verstanden wurde.[2] Statt dessen sah er die tiefste Ursache des landwirtschaftlichen Zusammenbruchs in der "undeutschen Wirtschaftsauffassung", die "international", d.h. auf die Forcierung der Ausfuhr und die "laufende Verschiebung der Ernährungsbasis von innen nach außen" eingestellt war, sowie in der "Disparität" der Zölle für Landwirtschaft und Industrie, so daß die Landwirtschaft "unter einem absolut minderwertigen Zollschutz leben (und folglich) unrentabel werden m u ß t e."[3] Die agrarpolitischen Forderungen, die die Deutschnationalen - namentlich unter der Führerschaft A. Hugenbergs - als Interessenvertreter der Schwerindustrie und des Junkertums unter der Parole der Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft erhoben, lauteten deshalb im wesentlichen:

1. Grundsätzliche Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik: vom "internationalen Wirtschaftswahn" auf "Nationalwirtschaft", d.h. von der Exportpolitik auf Stärkung des Binnenmarktes, statt der "laufenden Verschiebung der Ernährungs-

---

1) Vgl. Christa Thieme, Deutsche Industriellenvereinigung, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch, Bd.I, a.a.O.
2) (Paul) Bang, Bauernnot - Volksnot, Berlin (1928), S.16.
3) Ebenda, S.16 ff.

basis von innen nach außen" - "Politik der eigenen Scholle", der "Selbsternährung" bzw. "selbständigen Wirtschaftsrüstung";[1]

2. tiefgreifende Änderung der Handelspolitik zwecks Erhöhung der landwirtschaftlichen Einnahmen, Schutz vor der ausländischen Konkurrenz durch Erhöhung der Agrarzölle;[2]
3. staatliche Finanzhilfe zwecks Entschuldung bzw. Sanierung aller landwirtschaftlichen Güter, auch der total verschuldeten.[3]

Diese Grundforderungen bestimmten in der Endphase der Weimarer Republik die wirtschaftspolitische Agitation des RLB wie auch der einzelnen Landbünde.[4] Ihre eifrigsten Verfechter waren aus naheliegenden Gründen die ostelbischen Junker, im besonderen die rückständig wirtschaftenden Krautjunker, unter ihnen solche einflußreichen Landbundführer wie Eberhard Graf v. Kalckreuth[5]

---

1) Ebenda, S.19 ff.
2) Vgl. Rettet die Landwirtschaft! Entschließung des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei am 9.April 1929 in Berlin, Berlin (Deutschnationale Flugschrift Nr. 519).
3) Vgl. Entschuldung der Landwirtschaft! Das Hugenberg-Programm Berlin 1931; B. Buchta, Die Junker, a.a.O., S.78 f.; K. Gossweiler, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Römaffäre, Diss. (MS), Berlin 1963, S. 247, passim.
4) Hier als Beispiel die folgende Landbundstimme: Die "einseitige Einstellung zur Förderung des Exports ist zum größten Teil schuld an dem Daniederliegen der Landwirtschaft. Nicht nur aus diesem Grunde, sondern auch aus allgemein volkswirtschaftlichen Grundsätzen heraus hat sich die Landwirtschaft hiergegen gewehrt und die Umstellung der Volkswirtschaft- und Handelspolitik auf die Stärkung des Binnenmarktes gefordert." Hannoverscher Landbund, Nr.16 v. 19.4.1930.
5) E. Graf von k a l c k r e u t h auf Nieder Siegersdorf in Schlesien; entstammte niederschlesischem Uradel, war Mitglied der Deutschen Adelsgenossenschaft, eingetragen in die "Liste des reinblütigen deutschen Adels" und das "Eiserne Buch Deutschen Adels Deutscher Art (Edda)". (Vgl. Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Gräflichen Häuser, Teil A, 115. Jg. 1942, S.272 f.) Er war Besitzer der Rittergüter Nieder mit Ober Siegersdorf und Ober Zyrus, insgesamt 920 ha (vgl. ebenda) bzw. 816,5 ha (Schlesisches Güter-Adreßbuch, Vierzehnte Ausgabe, Breslau 1930, S. 410 u. 418). Die Differenz erklärt sich offenbar daraus, daß Kalckreuth in den Jahren der Weimarer Republik einen bedeutenden Teil seines Bodens an kleine Parzellenbauern verpachtet hatte, der bei der statistischen Erfassung seines Besitzes ausgeklammert wurde. Unter der Überschrift "Wer ist Kalckreuth?" erschienen in der "Welt am Abend" vom 7.1.1931 folgende bemerkenswerte Feststellungen über die Wirtschaftsweise des Landbundpräsidenten: "Kalckreuth bewahrt die Traditionen der preußischen Feudalaristokratie, die den Haupt-

und Hans Joachim von Rohr.[1]

Die Einstellung der Monopolgruppe Chemie-Elektro zu den Forderungen der Junker wurde durch das völlig entgegengesetzte ökonomische Anliegen - Erhöhung des Profits durch Steigerung

---

teil des Jahres mit Vergnügungen in der Residenz zubrachte... Rückständigkeit, wohin man blickt... Kalckreuth ist eben der Typ jenes konservativen feudalen Ostelbiers, der sich den Teufel um die Veränderungen der Produktionsbedingungen kümmert und...mit den alten f o u d a l i s t i s c h e n M e t h o d e n G e l d s c h i n d e n w i l l , der seine Betriebe nur wenige Male im Jahre bereist und dann vom Auto aus die Arbeiten auf den Feldern - durch den Feldstecher kontrolliert." Kalckreuth war skrupellos genug, die aus seinen hohen Ämtern resultierenden Verbindungen und Informationen für persönliche Geschäfte auszunutzen; so beteiligte er sich während der vom Reichsernährungsminister M. Schiele organisierten Roggenstützungsaktion an Getreidespekulationen, um staatliche Subventionsmittel in die eigenen Taschen zu leiten. (Vgl. DZA I, RLB, Nr. 10, Bl.1 ff.). Unter diesem Aspekt muß man die Führungsqualitäten werten, die der RLB seinem Präsidenten zu dessen 50. Geburtstag bescheinigte: "Alle Stellen, die für die deutsche Entwicklung verantwortlich sind, treibt er immer wieder als Mahner und Warner an. Alle für eine aktivistische Agrarpolitik in Betracht kommenden Wege werden von ihm gewiesen und beschritten. Für alle Mittel der Staats- und der Selbsthilfe ist er der überzeugende Vorkämpfer." (Dem Reichs-Landbund-Führer...", a.a.O.)

1) H.J. von R o h r auf Hans Demmin (1230 ha), Vorsitzender des Pommerschen Landbundes. Über das Gut Demmin, das Haus von Rohr, der Vater des Hans Joachim, 1881 gekauft hatte, heißt es in der Familiengeschichte: "Haus Demmin mit seinem Haupthof Vorwerk und 1200 ha leichten Bodens hat einen schweren Anfang. Billige Einfuhr drückt den Weizenpreis um ein Viertel und bewirkt eine Agrarkrise...Erst als Hans nach Althohenwulscher Rezept eine Kartoffelbrennerei baut, kommt er über den Berg." (H.O. von Rohr, Qui transtulit. Eine Stammreihe der von Rohr, Hannover 1963, S.238). Hans Joachim von Rohr empfahl den anderen Junkern eine von ihm verfaßte Anleitung für das betriebliche Rechnungswesen, um dieses "zu einer starken Waffe des Besitzers zu machen." (von Rohr - Haus Demmin, Eigene Betriebskontrolle, Stettin, o.J., S.21) Darunter verstand er vor allem die Ablieferung eines einwandfreien Abschlusses und einer fehlerfreien Steuererklärung. Diese Mittel setzte er ein, um für sich selbst Subventionsmittel aus der Osthilfe zu beantragen. Da seine Lage "vollkommen klar dargestellt werden konnte, wurde das für seinen Betrieb im Januar 1932 eingeleitete Umschuldungsverfahren "selbstverständlich schneller" als die anderen Fälle, und zwar durch Anwendung des Ferntaxverfahrens, behandelt. (Vgl. "Eine Erklärung des Reichskommisars für die Osthilfe", in: Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr.221 v. 12.5.1933.). H.J. von Rohr kleidete seine agrarpolitische Konzeption in die bezeichnenden Worte: "Auch die bestgeleiteten Betriebe werden der Einfuhr zum Opfer fallen. Es gilt

des Exports - stark beeinflußt. Ihre agrarpolitische Konzeption[1] kam in den Verlautbarungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und seiner prominenten Führer am prägnantesten zum Ausdruck. Auf dem Empfang einer Abordnung des RDI beim Reichspräsidenten von Hindenburg am 12. Dezember 1930 forderten Duisburg, Kastl und Silverberg, daß sich auch die Landwirtschaft der Gesamtwirtschaft ein- und unterordnen müsse. Sie wandten sich gegen das sehr einseitige Denken landwirtschaftlicher Organisationen und erklärten, daß die vom RLB geforderte Erhöhung der Agrarzölle zur Kündigung von etwa 10 Handelsverträgen und im weiteren Verfolg zu einer großen Erschwerung der deutschen Ausfuhr nach den betroffenen Ländern mit entsprechenden Auswirkungen führen würde. Mit Zöllen allein, so betonten sie, könne man der Landwirtschaft überhaupt nicht dauernd helfen. Die Industrie sei bereit, "auf anderen Gebieten der Landwirtschaft zu helfen, z.B. durch Bereitstellung der Mittel für die Modernisierung der Molkereiproduktion und zur Schaffung von landwirtschaftlichen Absatzorganisationen."[2]

Im Mai 1930 hatte der Reichsverband der Deutschen Industrie unter dem Titel "Beiträge zu einem Agrarprogramm" ein Gutachten über Maßnahmen, die zu einer dauernden Verbesserung der Lage der Landwirtschaft führen sollten, veröffentlicht.[3] Die dort festgelegte Grundorientierung sah vor, den sinkenden Einnahmen der deutschen Landwirtschaft statt durch erhöhte Zollforderungen durch andere Maßnahmen, die im Inlande ergriffen werden sollten, zu begegnen. Dazu gehörten die Senkung der Produktionskosten, die Verbesserung der Qualität und der Aufbau einer zeitgemäßen,

---

jedoch, den Tag des Zusammenbruchs so lange hinauszuschieben wie nur irgend möglich, in der Hoffnung, daß bald eine politische Wende kommt und uns eine Regierung gibt, die ihre Pflicht erfüllt." (von Rohr, Eigene Betriebskontrolle, a.a.O.)

1) Vgl. H. Denecke, Die agrarpolitischen Konzeptionen..., a.a.O., S. 105 ff.
2) DZA I, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 331, Bl.180 ff.
3) Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (fortan auch: RDJ), Nr.52, Berlin (1930).

leistungsfähigen Absatzorganisation. Als erstrangiges Ziel sollte nicht mehr wie bisher die Erhöhung der Produktion, sondern ihre Verbilligung gelten. Die Voraussetzungen dafür sah der Reichsverband in der Rationalisierung des ganzen Produktionsapparates und der Produktionstechnik der Landwirtschaft sowie in der "Ausmerzung leistungsunfähiger Teile."[1] Andrerseits befürwortete er eine sofortige finanzielle Hilfe, "um zu verhindern, daß lebensfähige, gut geleitete Betriebe durch Kapital- und Finanznot unter der Einwirkung vorübergehender katastrophaler Verhältnisse unnötig zugrunde gehen."[2] Damit bekräftigte der RDI den sog. Silverberg-Plan zur Finanzierung der Osthilfe,[3] "zum Zweck der Schuldenkonsolidierung für produktive und entwicklungsfähige landwirtschaftliche Betriebe."[4]

Der Reichsverband drängte auf die beschleunigte Verwirklichung seines Programmes zur Rationalisierung der deutschen Landwirtschaft; Deutschland müsse, so hieß es in dem erwähnten Gutachten, "in möglichst kurzer Frist nachholen, was das Ausland in den letzten 15 Jahren auf diesem Gebiet erreicht hat."[5] Diesem Programm lagen die primären ökonomischen Interessen bestimmter Gruppen des deutschen Finanzkapitals zugrunde:

1. wäre durch seine Verwirklichung die Landwirtschaft noch schneller und umfassender als bisher der Verfügungsgewalt des Finanzkapitals unterworfen und seinem Profitstreben dienstbar gemacht worden;
2. hätte die Rationalisierung bzw. Industrialisierung der deutschen Landwirtschaft den Binnenmarkt für bestimmte Industriezweige (Kaliindustrie, Landmaschinenbau usw.) erheblich erweitert;

---

1) Ebenda, S. 12
2) Ebenda, S. 4.
3) Vgl. H.Deneckе, a.a.O., S.111 ff.; B.Buchta, Die Junker, a.a.O., S.76 ff.
4) Paul Silverberg, Reden und Schriften, Köln 1951, S.135.
5) Veröffentlichungen des RDI, Nr. 52, a.a.O., S.10.

3. hätte die Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft, sondern auch die Exportchancen der deutschen Industrie (vor allem durch Verbilligung des Massenkonsums, folglich auch der Arbeitslöhne) erhöht.

Die vom RDI vorgelegte agrarpolitische Konzeption des Monopolkapitals ist Ausdruck einer widerspruchsvollen Entwicklungstendenz, die aus der Besonderheit des deutschen Imperialismus resultiert. Die eine Tendenz zeichnete sich in den zunehmenden Bestrebungen des "Reformflügels"[1] der deutschen Großbourgeoisie ab, einen Teil der junkerlichen Privilegien, die sich auf das kapitalistische Profitstreben und die Entwicklung der Produktivkräfte allzu hemmend auswirkten,[2] zu beschneiden. Hierzu gehörte die Absicht, die völlig bankrotten Junkergüter, die lediglich unproduktive Subventionsmittel verschlangen und der kapitalistischen Rationalisierung absolut im Wege standen, dem kapitalistischen Prinzip des Besitzerwechsels (der Wanderung des Bodens zum besten Wirt) zu unterwerfen oder der Aufsiedelung zuzuführen. Die andere Tendenz äußerte sich in der überwiegend politisch motivierten Bereitschaft der gesamten Monopolbourgeoisie, einschließlich ihres Reformflügels, die aus der monarchistischen Zeit stammende Tradition der Tributzahlungen an die Junker[3] auch unter den politischen Bedingungen der Weimarer Republik fortzuführen.[4] Hinzu kam die Entschlossenheit, die Gestaltung der Agrarpolitik auch künftig so zu beeinflussen, daß die bäuerlichen Interessen denen der ostelbischen Junker weitgehend untergeordnet oder gänzlich geopfert wurden.[5]

---

1) Vgl. K.Gossweiler, Die Röhm-Affäre von 1934 und die Monopole, in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Berlin 1966, S.154.

2) Dazu Lenin, in der Auseinandersetzung mit Eduard David: "Woraus folgt denn, daß die deutsche Landwirtschaft n i c h t auf die folgende 'wissenschaftlich-technische Stufe' g e h o b e n w e r d e n k ö n n t e, wenn nicht das Privateigentum an Grund und Boden, wenn nicht die aufgeblähte Rente, wenn nicht die Rechtlosigkeit, Verschüchterung und Bedrückung des Landarbeiters, wenn nicht die barbarischen mittelalterlichen Privilegien des Junkertums dem im Wege ständen??" W.I.Lenin, Werke, Bd.13, Berlin 1963, S.179.

3) "...der Adel betrachtet es als seine erste Pflicht, standesgemäß zu leben, und als die erste Pflicht des Staates, ihm das zu ermöglichen." F.Engels an Nikolai Franzewitsch Danielson in Petersburg am 5.Januar 1868, in: Marx/Engels, Werke, Bd.37, Berlin 1967, S.7.

Die bankrotten ostelbischen Junker, die sich mit ihren schwerindustriellen Bundesgenossen auf die grundsätzliche Änderung der Handels- und Zollpolitik sowie auf die staatliche Finanzhilfe versteift hatten, waren sehr wohl bereit, die Osthilfe zu akzeptieren und die dafür vorgesehenen Mittel vorrangig für sich selbst in Anspruch zu nehmen; aber die eigentlichen Vorschläge des RDI zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft (Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch Rationalisierung) lehnten sie prinzipiell ab, nicht ohne zu bemerken, "daß der Reichsverband immer mehr als einseitiger Vertreter der Exportinteressen sich entwickelt."[1)]

Im Unterschied zu den erzkonservativen, intransigenten Junkern gab es auch weitsichtigere, beweglichere, reformbereite Großgrundbesitzer,[2)] die den Entwicklungsstand ihrer Zeit realistischer einzuschätzen vermochten und durchaus bereit waren, in ihren agrarpolitischen Vorstellungen nicht nur die Interessen der Junker, sondern auch die der Exportindustriellen zu berücksichtigen und miteinander zu verbinden. In der Regel handelte es sich um Gutsbesitzer, die moderner, d.h. kapitalistisch rationeller zu wirtschaften verstanden und durch ökonomische, gesellschaftliche oder persönliche Beziehungen auch enger mit den vom Export abhängigen Industriekreisen verbunden waren.[3)] Zu ihren profilier-

---

4) Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang die Bemerkung Lenins über "das Verhältnis von bürgerlicher Republik (die im Vergleich mit anderen Staaten am meisten für die Entwicklung der Produktivkräfte ausgibt - Beispiel: Nordamerika) und bürgerlicher Monarchie (die jahrzehntelang den Junkern T r i b u t zahlt - Beispiel: Deutschland)," W.I.Lenin, Werke, Bd.13, Berlin 1963, Anmerkung + auf S.394.

5) Im Gutachten des RDI wurde unmißverständlich verkündet: "Sollte sich der deutsche Markt für eine erhöhte Gesamtproduktion an Schweinen nicht aufnahmefähig erweisen, so muß die Verstärkung des Schweinebestandes in den Hauptkartoffelgebieten eine entsprechende Verminderung in den übrigen Gebieten zur Folge haben." Veröffentlichungen des RDI, Nr.52, a.a.O., S.14.

1) "Freund oder Feind?" a.a.O.

2) Vgl. K.Gossweiler/A.Schlicht, Junker und NSDAP 1931/32, a.a.O., S.645.

3) Die politische Einstellung der Junker wurde weitgehend durch ihre ökonomische Position - jedoch nicht immer nur durch sie - bestimmt. Zu den Faktoren, die gleichfalls beeinflußten, gehörten: politische Entwicklung, gesellschaftliche und verwandschaftliche Beziehungen, traditionelle Bindungen (Erziehung) usw. Nicht selten wechselte ein Junker auch in dieser oder je-

testen Vertretern zählten die Rittergutsbesitzer Martin Schiele[1], Tilo Frhr. von Wilmowsky[2], Präterius Frhr. von Richthofen[3] und Hans Schlange-Schöningen[4]. Die charakteri-

---

1) Martin S c h i e l e (1870-1939) verkörperte den Typ eines modernen Agrarkapitalisten. 1895 hatte er von seinem Vater die Pachtung des Rittergutes Neuschollene ("charakterisiert durch eine stabile Unrentabilität") und die Leitung der Kartoffelstärkefabrik Schollene ("ein völlig verfahrenes Unternehmen") übernommen. Dem kaufmännisch geschulten M. Schiele gelang es in kurzer Zeit, durch eine rationellere Betriebsführung die Rentabilität der Gutswirtschaft zu sichern, die Stärkefabrik zu sanieren und ihre Kapazität um das Vierfache zu erweitern. Mit eigenem Dampfer und eigenen Schleppkähnen richtete M. Schiele zwischen Magdeburg und Schollene einen Pendelverkehr ein, der vornehmlich dem Handel mit Düngemitteln, Futtermitteln und Kohle diente. Es ist bezeichnend, daß im Jahre 1931 - als die Wirtschaftskrise ihrem Höhepunkt zustrebte und viele bankrotte Junkergüter nur noch durch riesige Osthilfe-Subventionen vor dem völligen Zusammenbruch gerettet werden konnten, M. Schiele sich das 620 ha große Rittergut Suckow am Ostufer des Plauer Sees kaufte, das bis zu seinem Tode sein Stammsitz blieb.
Die politische Entwicklung M. Schieles war durch folgende Stationen gekennzeichnet: Reichstagsabgeordneter als Mitglied der Konservativen Partei (seit 1914), Geschäftsführer der Konservativen Fraktion des Reichstages (1917), stellv. Landrat in Genthin (1917/18), Mitbegründer der Deutschnationalen Volkspartei (deren Name auf ihn zurückgehen soll), Geschäftsführer der neuen Fraktion, Fraktionsvorsitzender (1924), Vizekanzler und Innenminister in der ersten Bürgerblockregierung unter H. Luther (1925), Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in der zweiten Bürgerblockregierung unter W.Marx (1927/28), Leiter des landwirtschaftlichen Ausschusses der Wirtschafts-Enquete. M. Schiele galt als Landwirtschaftsexperte der Deutschnationalen. Vgl. "Martin Schiele 60 Jahre", in: Landbund Provinz Sachsen, Nr.3 v.18.1.1930; Deutsche Tageszeitung, Nr.171 v. 23.4.1931.

2) T. von W i l m o w s k y, Rittergutsbesitzer (1 116 ha) auf Schloß Marienthal bei Eckartsberga. Wilmowsky galt als "ein hervorragender Landwirt". Er hatte das französische Gymnasium in Berlin besucht, in München, Göttingen und Halle studiert und Reisen nach England, den USA, Frankreich und Rußland unternommen. Bis 1919 war er im aktiven Staatsdienst tätig, so auch als Landrat des Kreises Merseburg. Durch seine Ehe mit Barbara Krupp von Bohlen und Halbach war er mit großindustriellen Kreisen unmittelbar verbunden. Daraus erklären sich auch seine besonderen Bemühungen um den Interessenausgleich zwischen Exportindustriellen und Junkern, seine Rolle als "Mittler zwischen Technik und Landwirtschaft". Vgl. T. von Wilmowsky, Rückblickend möchte ich sagen..., a.a.O., S.107 ff., S.121 ff., S.187 ff.; Wilhelm Weber, Reichsregierung und Agrarpolitik in der Republik von Weimar 1920-1932, in: Berichte über Landwirtschaft - Neue Folge, Bd.IX, 1967, H.1, S.33 f.; Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft, Zweiter Band, a.a.O., S.2040.

stischen Besonderheiten, durch die sich die agrarpolitischen Vorschläge und Initiativen dieser reformbereiten Großagrarier[1]

3) F. von R i c h t h o f e n auf Boguslawitz bei Kattern (Bez. Breslau). Er besaß die Rittergüter Boguslawitz, Dürrjentsch, Barottwitz, Oderwitz und Schockwitz mit insgesamt 847 ha, vorwiegend auf Rübenbau und Milchwirtschaft orientiert. (Vgl. Schlesisches Güteradreßbuch, Vierzehnte Ausgabe, a.a.O.) Seine ökonomische und agrarpolitische Position beleuchteten folgende persönliche Ausführungen: "...wehe, wenn die Kredite zur Verschleierung von Verlusten und konsumtiven Ausgaben aufgenommen werden, ohne daß der ernstliche Wille dahintersteht, die Wirtschaft so zu gestalten, daß sie der Kredite würdig ist, daß für die Kredite auch wirklich Werte und zwar nicht nur produktive Werte, sondern auch rentable Werte geschaffen werden. Daraus folgt: Ist die Decke kurz, dann muß man sich ihr eben anpassen, auch wenn dies nicht angenehm ist. Wer mehr hat, ist wohlhabend. Wer aber mehr braucht, als er hat - gleich, wieviel -, ist ein Bankrotteur... Ich wirtschafte in einer Gegend, die seit etwa 70 Jahren als eine der intensivst bewirtschafteten Gegenden Deutschlands gelten darf. Ich frage mich nun stets, welchen Nutzen kann mir diese oder jene vom grünen Tisch empfohlene Maßnahme bringen?" Frhr. v. Richthofen-Boguslawitz, Landwirtschaft und Weltwirtschaft - Vortrag gehalten in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin am 11. Januar 1929, Breslau u. Schweidnitz 1929, S.12.

4) Hans S c h l a n g e, Rittergutsbesitzer in Schöningen bei Colbitzow (Bez.Stettin), hatte an einer landwirtschaftlichen Hochschule studiert. Er war ein Vertreter der intensiven und rentablen Landwirtschaft. Unter einem intensiven Betrieb verstand er zum ersten den abgerundeten Betrieb, in dem "sowohl Acker- als auch Viehwirtschaft eine aufeinander eingestellte möglichst gleichmäßige Berücksichtigung finden." (Schlange-Schöningen, Nationalwirtschaft und Nationalwirtschaft - Betrachtungen eines praktischen Landwirtes, Berlin o.J., S.33) Gerade darin erblickte er eine Bedingung für die Krisenfestigkeit eines landwirtschaftlichen Betriebes. (Vgl. ebenda, S.40) Zum anderen verstand er darunter - ähnlich wie Richthofen - strengste Sparsamkeit; dazu er selbst: "Angesichts des Wirtschaftsergebnisses der letzten Jahre kann es nur e i n e Intensität geben, die Intensität, ja, fast möchte ich sagen, die Brutalität der Sparsamkeit. Brutale Sparsamkeit ist etwas ganz anderes als falsche Sparsamkeit... Extensivierung auf der Basis falscher Sparsamkeit heißt Selbstmord für die Landwirtschaft. Man darf z.B. nicht am Kunstdünger so viel sparen, daß die auf die Hektarfläche verwandte Arbeit mangels ausreichender Düngung zu teuer wird... Brutale Sparsamkeit heißt rücksichtsloses Durchkalkulieren des Betriebes bis zum letzten Strohhalm. Der Rechenstift ist das augenblicklich am besten rentierende Produktionsmittel." (Ebenda, S.31 f.) Vgl. auch Reichshandbuch...Zweiter Band, a.a.O., S.1635.

1) Dieser in der vorliegenden Arbeit benutzte Terminus korrespondiert mit der bei H.Donecke (a.a.O., S.18 f.) verwendeten Bezeichnung "Großagrarier" als Sammelbegriff für die Junker und die übrigen Großgrundbesitzer.

von denen der erzkonservativen, intransigenten Junker unterschieden, bestanden u.a. in folgendem:

1. M. Schiele und seinesgleichen gaben eindeutig zu verstehen, daß die Zollpolitik kein Allheilmittel zur Behebung der landwirtschaftlichen Not, zur Bekämpfung der ausländischen Einfuhren (d.h. der qualitativ besseren Waren) sein könne.[1] Deshalb orientierten sie auf die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Agrarerzeugnisse. Und gerade hier sahen sie das Feld der Selbst- bzw. Organisationshilfe der deutschen Landwirtschaft.[2]
   Damit entsprachen sie offensichtlich den agrarpolitischen Vorstellungen des Reformflügels des Monopolkapitals.

2. Andererseits erklärten sie, daß auch die angestrebten Maßnahmen zur Modernisierung der deutschen Landwirtschaft - zumal unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise und der zunehmenden Verschuldung - nur Palliativmittel sein könnten; deshalb verbanden sie in ihren Vorschlägen Maßnahmen der Selbsthilfe mit der Staatshilfe, allmählich wirkende Maßnahmen (betreffend Umschuldung, Steuer- und Sozialpolitik, Rationalisierung, Melioration, landwirtschaftliche Berufsausbildung und -beratung) mit schnell wirkenden (Zollpolitik und zentrale Marktregulierung, verbunden mit einer Drosselung überflüssiger Einfuhren).[3] Insofern berücksichtigten sie

---

1) Vgl. Wie kann die Landwirtschaft wieder rentabel werden? Eine Rede von Reichsminister a.D. Dr. h.c. Schiele, Berlin 1929, S. 5; dsgl. H. Schlange: "Die deutsche Landwirtschaft a l l e i n durch Zölle und Handelsverträge schützen zu wollen, ist gewiß eine Illusion." (Schlange-Schöningen, Rationalwirtschaft..., a.a.O., S. 114.

2) M. Schiele unterscheidet zwischen der Selbsthilfe (die sich z.B. in der Schaffung moderner Handelsorganisationen ausdrücken könnte) und der Staatshilfe. H. Schlange spricht von drei Pfeilern, die den Bau der modernen Landwirtschaft gleichmäßig stützen müssen: "Selbsthilfe im Betriebe - organisatorische Hilfe - Staatshilfe." H. Schlange-Schöningen, Landwirtschaft von heute. - Unternehmergeist und zeitgemäßer Betrieb, dritte, neubearbeitete Auflage, Berlin 1931, S. 140.

3) Vgl. M. Schiele, Wie kann die Landwirtschaft wieder rentabel werden? a.a.O.

auch die traditionellen agrarpolitischen Forderungen der erzkonservativen Junker.

3. Die Einstellung der reformbereiten Großagrarier zur Osthilfeaktion entsprach wiederum den agrarpolitischen Vorstellungen des RDI, freilich mit unterschiedlichen Konsequenzen. Einig waren sie sich darüber, den Massenbankrott bäuerlicher Wirtschaften durch eine Umschuldungsaktion abfangen zu müssen, um ihre bäuerliche Massenbasis gerade in der Krise - und über diese hinaus - zu erhalten.[1] Gewisse Unterschiede gab es jedoch hinsichtlich der Frage, ob auch die heruntergewirtschafteten, völlig bankrotten Junkergüter saniert werden sollten oder nicht.[2] Unter den Großgrundbesitzern war H. Schlange-Schöningen bekanntlich der exponierteste und konsequenteste Verfechter der vom RDI ausgesprochenen Absicht, nur produktive und entwicklungsfähige landwirtschaftliche Betriebe zu sanieren,[3] die anderen aber dem Besitzerwechsel zu unterwerfen oder der Siedlung zuzuführen.[4]

---

1) Bemerkenswert ist die Feststellung von Richthofens: "Daß... entscheidende Maßnahmen getroffen werden müssen, geht aus der Veröffentlichung der Preußenkasse über die "Lage der Großbetriebe in den östlichen Landesteilen" hervor. Es handelt sich aber nicht um tausende oder einige tausend größere Betriebe, die gefährdet sind, wie die Denkschrift den Anschein zu erwecken sucht, sondern es handelt sich um viele zehntausende bäuerliche Betriebe zugleich, die in höchster Weise gefährdet sind." Frhr. von Richthofen-Boguslawitz, Landwirtschaft und Weltwirtschaft, a.a.O., S.23.

2) M.Schiele erklärte am 14.November 1928 auf einem Empfangsabend vor der Führertagung des RLB: "Wenn in normalen und geordneten Zeiten ein Landwirt sich nicht auf der Scholle halten kann, so möge er weichen und ein anderer, der besser wirtschaftet, seinen Betrieb übernehmen. Heute aber stehen wir vor einem allgemeinen Unglück, einem krisenbedingten Verschuldungszwang, bei dem kein einzelner Landwirt die Schuld trägt und bei dem kein Besitzwechsel eine bessere Wirtschaft verspricht." (RLB/AWS, Nr.46 v. 17.11.1928, S.520). Desungeachtet wandte er selbst das Prinzip der Wanderung des Bodens zum besseren Wirt gerade im schärfsten Krisenjahr (1931) praktisch an, als er sich - wie schon erwähnt - ein Rittergut kaufte.

3) Geradezu kategorisch postulierte er: "...nur d e r hat ein Recht auf Hilfe von draußen, der drinnen sich selbst nach besten Kräften regt." H.Schlange-Schöningen: Landwirtschaft von heute, a.a.O., S.140.

4) Vgl. Abschnitt 4.1.3. der vorliegenden Arbeit.

Bei aller Differenziertheit, die hier angedeutet wurde, darf indes nicht übersehen werden, daß die divergierenden Auffassungen unter den Monopolkapitalisten und Junkern über wirtschafts- bzw. agrarpolitische Fragen nicht Ausdruck prinzipieller Klassengegensätze, sondern lediglich taktische Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen und Schichten der einen herrschenden Ausbeuterklasse des Imperialismus um die jeweils höchste Verwertung des Kapitals waren; sie kräuselten, wie Edwin Hoernle zutreffend bemerkte, gewissermaßen nur die Oberfläche.[1] In der Verfolgung der grundlegenden politischen Ziele der herrschenden Klasse waren sich Monopolkapitalisten und Junker sowohl untereinander als auch miteinander einig.

1.2. Der Reichslandbund - ein Interessenverband der Junker und Großgrundbesitzer

Der RLB,[2] der am 1. Januar 1921 aus einer Fusion des Bundes der Landwirte[3] mit dem Deutschen Landbund[4] hervorgegangen war, war mit Abstand der größte und einflußreichste agrarpolitische Interessenverband in Deutschland.[5] Er umfaßte, eigenen Angaben über die Jahre 1928/29 zufolge,[6] 1,7 Millionen Vollmitglieder (d.h. vollzahlende, die Landwirtschaft hauptberuflich ausübende, also vorwiegend Grund und Boden besitzende Mitglieder), und mit den Zusatzmitgliedern (Landfrauen und -jugendliche, die nicht volle Beitragssummen entrichteten; dazu Mitglieder verschiedener, dem RLB kooperativ angeschlossener Berufsgruppen) eine Gesamtmitgliederzahl von 5,6 Millionen.[7] Die dem RLB angeschlossene Nutzfläche (ohne Forsten) wurde mit 11 Millionen Hektar beziffert. Das entsprach etwa einem Drittel der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland; in ostelbischen Provinzen wie Pommern, Brandenburg und Schlesien betrug dieser Anteil sogar die Hälfte.

---

1) E.Hoernle, Die Industrialisierung der Landwirtschaft, a.a.O., Anm. ++ auf S.10.
2) Vgl. J.Corny, Reichs-Landbund, a.a.O., S.521 ff.
3) Vgl. D.Fricke, Bund der Landwirte, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch, Bd.I, a.a.O., S.129 ff.
4) Vgl. J.Seeman, Deutscher Landbund, ebenda, S.483 ff.
5) Der Größe nach folgten: "Vereinigung der deutschen Bauernvereine" (vgl. den gleichnamigen Artikel von J.Seemann in:

Der föderative Aufbau des RLB entsprach der verwaltungspolitischen Einteilung des Reiches. Dem RLB angeschlossen waren dementsprechend 29 Landes- bzw. Privinzialverbände, ebensoviel Junglandbünde, ferner eine Anzahl Reichsverbände besonderer landwirtschaftlicher Berufsgruppen sowie ein Netz bedeutender wirtschaftlicher Einrichtungen.

Der RLB "erfaßte das Gros der Bauern im Reich und beherrschte das flache Land."[1] Die Landbundführung unterstrich das auf ihre Weise, indem sie betonte, daß der RLB mit seinen 31 Landesverbänden[2] nicht nur die einzig wirkliche Reichsorganisation der deutschen Landwirtschaft darstelle, sondern "zugleich die größte bäuerliche Organisation" sei; denn mit seinen 1,7 Millionen Mitgliedern umfasse er "nicht weniger als 75,6 v.H. der gesamten auf freier berufsständischer Basis organisierten Landwirtschaft."[3]

Die Mitgliedschaft des RLB war durch ihre eindeutig heterogene Zusammensetzung gekennzeichnet. Nach offiziellen Angaben repräsentierten von den 1,7 Millionen Mitgliedern des RLB

0,4 % den Großgrundbesitz (über 100 ha),
13,6 % den "Mittelbesitz" (20 bis 100 ha) und
86,0 % den Kleinbesitz (unter 20 ha).[4]

Im RLB überwog also zahlenmäßig eindeutig das bäuerliche Element. In den ostelbischen Landbünden kamen noch die Landarbeiter in sog. Arbeitnehmergruppen hinzu. Einer internen Statistik zufolge setzte sich beispielsweise der Pommersche Landbund im Jahre 1930 wie folgt zusammen:[5]

Die bürgerlichen Parteien..., Handbuch, Bd. II, S.763 ff.) und die "Deutsche Bauernschaft" (Artikel von W.Fritsch, ebenda, Bd.I, S.298).

6) Vgl. Bauern-ABC, Bearb. von der Pressestelle des RLB, Berlin 1928, S.13 ff u. S.161; Organisationsbuch des RLB 1929, Berlin, S.10.

7) Die hohe Gesamtmitgliederzahl, deren Realität schon Erwin Topf bezweifelt hat (ders., Die Grüne Front, a.a.O., S.121 f.), kam offenbar durch Mehrfachzählung vieler Mitglieder zusammen, die einmal als Vollmitglieder und - über die angeschlossenen Berufsgruppen - nochmals als Zusatzmitglieder erfaßt wurden.

1) J.Gerny, Reichs-Landbund, a.a.O., S.521.

2) Hier hat die Landbundführung den Danziger und den Österreichischen Landbund in die Agitation einbezogen.

3) Bauern-ABC, a.a.O., S.138 f.

4) Vgl. ebenda; "Reichs-Landbund und Kleinbesitz", in: Zeitungsdienst des Reichs-Landbundes, fortan: ZdRLB, Nr.17 v.13.4.1928

5) Vgl. DZA I, RLB, Nr. 236 a, Bl. 177.

Mitgliedergruppe	Zahl der Mitglieder	Anteil in %
Großgrundbesitz (Betriebe über 100 ha)	2 135	2,7
Bäuerlicher Besitz (Betriebe bis 100 ha)	32 525	41,1
Arbeitnehmergruppe (einschließlich Frauen)	38 293	48,4
Freie Berufe	3 054	3,9
Beamtengruppe	1 268	1,6
Junglandbund	1 816	2,3
	79 091	100,0

Aus der Tabelle geht hervor, daß der Landbund im Grunde genommen alle Klassen und Schichten der ländlichen Bevölkerung - auch den Größenverhältnissen etwa entsprechend - repräsentierte. Von den insgesamt 2 644 pommerschen Großgrundbesitzern[1] gehörten immerhin 81 % dem Landbund an; und obwohl ihr Anteil an der Gesamtmitgliederzahl merklich über dem Durchschnitt des RLB lag, bildeten sie auch im Pommerschen Landbund nur eine dünne Oberschicht, während die werktätigen Bauern und Landarbeiter die Masse der Mitglieder stellten. Selbst wenn man unterstellt, daß alle 10 941 pommerschen Großbauern (Betriebe von 20 bis 100 ha) dem Landbund angehörten, entfielen 76 % aller Landbundmitglieder allein auf Klein- und Mittelbauern sowie Landarbeiter.

Die Landbundführung verstand es, gerade diese Tatsache agitatorisch für sich auszunutzen, um den Klassencharakter ihrer Organisation zu verschleiern. Unter Hinweis auf die Mitgliederzahl und -struktur verfocht sie immer wieder die These vom RLB als der größten bäuerlichen Organisation. Andererseits wehrte sie sich gegen die "Behauptung", daß der RLB eine Organisation des ostelbischen Großgrundbesitzes sei. Dabei bediente sie sich des Argumentes, daß der Anteil der Großgrundbesitzer an der Gesamtzahl der Landbundmitglieder genau dem Anteil der Großgrundbesitzer an der Gesamtzahl aller landwirtschaftlichen Betriebe

1) Vgl. Niekammers landwirtschaftliche Güter-Adreßbücher, Pommern, a.a.O., S. XXXIII.

im Reich entspräche, nämlich nur 0,44 %.

Aber abgesehen davon, daß sich hinter dem geringen Anteil der Großgrundbesitzer an der Gesamtzahl der Besitzer landwirtschaftlicher Betriebe ein bedeutend größerer Anteil an der gesamten Nutzfläche verbarg; abgesehen auch davon, daß die Besitzer der landwirtschaftlichen Betriebe mit 20 bis 100 ha, die die Landbundführung dem "Mittelbesitz" zuordnete, nicht die Mittelbauernschaft, sondern zusammen mit den Junkern die großagrarische Ausbeuterklasse auf dem Lande repräsentierten, spiegelten die von der Landbundführung propagierten Zahlen nur die äußere Form, nicht aber das Wesen des RLB wider. Seiner sozialen Zusammensetzung nach war der RLB sehr wohl eine Bauernorganisation, denn Bauern und Landarbeiter bildeten das Gros seiner Mitgliederschaft; seinem Wesen nach war er jedoch ein Interessenverband der Großagrarier, namentlich der ostelbischen Junker, denn Großgrundbesitzer vor allem, gestützt auf die Großbauern, beherrschten die Organisation des RLB auf mehrfache Art und Weise.

Zunächst einmal hielten Großgrundbesitzer, Großbauern und Militaristen die entscheidenden Positionen in den Führungsgremien des RLB und der Landbünde besetzt. Unter den Vorsitzenden der 29 Landbünde, die zusammen mit den Präsidenten und den Direktoren der Zentrale des RLB den Bundesvorstand bildeten, waren 16 Guts- und Rittergutsbesitzer. An der Spitze der ostelbischen Landbünde - unter ihnen die größten und einflußreichsten Landbünde überhaupt - standen fast ausnahmslos Rittergutsbesitzer, z.B.:[1]

Brandenburg: Joan Nicolas in Rostin, Kr. Soldin, 775 ha;
Mecklenburg-Schwerin: Albrecht Wendhausen in Spotendorf, 502 ha;
Mecklenburg-Strelitz: Leuthold von Oertzen in Kotelow, 1 198 ha;
Ostpreußen: von Gehren (Landrat) auf Czychen, 1 032 ha;
Wilhelm Strüvy in Großpeisten, 1 042 ha;
Pommern: Hans Joachim von Rohr auf Haus Demmin, 1 230 ha;
Prov. Sachsen: Tilo Frhr. von Wilmowsky auf Marienthal, 1 166 ha;

---

1) Bei den jeweils Zweitgenannten handelt es sich um die Nachfolger im Amt des Landbund-Vorsitzenden.

Schlesien: Prätorius Frhr. von Richthofen auf Boguslawitz, 847 ha;
Kurt von Rohr auf Herrschaft Manze, 1 314 ha;
Ober-Schlesien: Eberhardt von Machui in Johnsdorf, 596 ha.
Zu den großbäuerlichen Landbundvorsitzenden gehörten:
Grenzmark: Kurt Wege in Follstein bei Deutsch-Filehne, 40 ha;
Kurhessen: Heinrich Nägel in Crumbach (Bez. Kassel), 60 ha;
Sachsen: Max Schreiber in Mischwitz bei Meißen, 50 ha;
Richard Schladebach, Freigut Steinhof (Wurzen), 38 ha;
Thüringen: Ernst Höfer in St. Bernhard bei Themas, 72 ha;
Württemberg: Karl Vogt (Ökonomierat) in Gochsen, 20 ha.[1]

Eine ähnliche Konzentration von Junkern und Großgrundbesitzern sowie Großbauern bestand im Hauptausschuß des Bundesvorstandes und bei den wichtigsten Ausschüssen für die einzelnen Fachgebiete, die die Wirtschafts- und Sozialpolitik des RLB entscheidend beeinflußten.[2]

Um jederzeit im Landbund ihre egoistischen ökonomischen Interessen und reaktionären politischen Ziele durchsetzen zu können, und um sich andererseits nicht den Forderungen der Mehrheit ihrer Mitglieder beugen zu müssen, hatten die junkerlichen Führer des RLB in die Satzungen der Organisation genügend Sicherungen eingebaut. Bei Abstimmungen in der Vertreterversammlung, dem wichtigsten beschließenden Organ des RLB, aber auch bei wichtigen Entscheidungen im Bundesvorstand verfügten die Landbünde mit hohen Mitgliederzahlen und Beitragssummen über entsprechend hohe Stimmzahlen, zumal in den Satzungen festgelegt war, daß auf jedes angefangene Tausend der Vollmitglieder eine Stimme und auf je angefangene 500 Mark der an die Zentrale abzuführenden Beitragssumme wiederum eine Stimme entfiel.[3] Diese Vorteile hatten die großen ostelbischen Landbünde von vornherein auf ihrer Seite, und so hatten sich die Junker und Großagrarier auf diese Weise das Übergewicht bei

---

1) Vgl. "Der neue Bundesvorstand", in: RLB/AWS, Nr. 31 vom 4.8.1928; Zu den Hektar-Angaben vgl. Niekammers landwirtschaftliche Güter-Adreßbücher (die Ausgaben für die einzelnen Länder und Provinzen im Literaturverzeichnis des Anhanges).
2) Vgl. Organisationsbuch des RLB, 1929, a.a.O., S. 11 u. S. 15 ff.
3) Vgl. ebenda, S. 13 f.

wichtigen Entscheidungen über die Politik des RLB gesichert. Wie die folgende Übersicht beweist, standen allein den sechs größten ostelbischen Landbünden nahezu zwei Drittel aller Stimmen, die den 29 Landbünden insgesamt zugesprochen waren, zur Verfügung.

Landbund	Abzuführende Beitragssumme für 1933 in RM 1)	Anteil an der Beitragssumme aller Landbünde in %	Zugesprochene Stimmzahl 2)	Anteil an der Gesamtzahl der Stimmen in %
Prov. Sachsen	80 000	13,64	330	16,73
Brandenburg	75 000	12,79	273	13,84
Pommern	63 000	10,74	258	13,08
Sachsen	45 000	7,67	175	8,87
Ostpreußen	50 000	8,53	101	5,12
Schlesien	60 000	10,23	91	4,61
	373 000	63,60	1 228	62,25
Alle Landbünde	586 500	100,00	1 973 3)	100,00

Auf diese Weise waren die von den Junkern beherrschten ostelbischen Landbünde in der Lage, die auf die Interssen der Bauern stärker verpflichteten Landbünde zu majorisieren. Ja, was für das Verhältnis zwischen großen und kleinen Landbünden galt, traf im Prinzip auf das Leben in den Lanbünden selbst zu, also auf das Verhältnis zwischen großen und kleinen, starken und schwachen Kreislandbünden. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein Brief des Rittergutsbesitzers von Killisch-Horn vom 25. Oktober 1929 an den Bauerngutsbesitzer Dermietzel in Luno, Mitglied des Arbeitsausschusses des Brandenburgischen Landbundes. Darin begründet von Killisch die Absicht, seinen

1) Vollständige Liste der "Verteilung des Beitrages für 1933" in: DZA I, RLB, Nr.146, Bl.144.
2) Vgl. Abstimmungsliste zum Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes des RLB vom 8.12.1932 (Abschnitt 3.6. der vorliegenden Arbeit), in: DZA I, RLB, Nr.145, Bl.21.
3) Es ist zu berücksichtigen, daß die hier angeführte Gesamtstimmenzahl relativ ist, weil nur auf die anwesenden Landbünde bezogen (es fehlten die Landbünde Württemberg, Freistaat Hessen, Braunschweig, Lippe und Waldeck). Dennoch vermittelt die Tabelle ein reales Bild vom Kräfteverhältnis im RLB, zumal hier kleinere ostelbische Landbünde nicht berücksichtigt wurden.

Posten als Vorsitzender des Kreislandbundes Spremberg niederzulegen, mit dem Hinweis auf die andauernde "Vergewaltigung der kleinen Verbände" durch die Führung des Brandenburgischen Landbundes.[1]

Wörtlich fügt er hinzu:

> "Allein durch die Art der Abstimmung bei allen einschlägigen Fragen, wie sie für den Brandenburgischen Lanbund satzungsgemäß festgelegt ist, eine Bindung, gegen welche von mir stets Einspruch erhoben wurde, sind die kleinen Kreisverbände wie z.B. Spremberg vollkommen entrechtet und werden jederzeit von den großen Verbänden, wie dies verschiedentlich geschehen, majorisiert. Die Unzufriedenheit mit diesem Verfahren hat mir der Kleingrundbesitz hiesigen Kreises bei den verschiedensten Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht. Ich habe immer versucht bisher zu applanieren. Da ich in Berlin kein Verständnis bei der Spitzenorganisation finde für diese Zurücksetzung des Kleingrundbesitzes, für dessen Interessen ich bisher restlos eingetreten bin, werde ich voraussichtlich für die Zukunft aus der Organisation des Landbundes ganz und gar ausscheiden." 2)

Die Junker bestimmten die Politik des RLB nicht nur durch ihre Vorherrschaft in den legislativen Organen, sondern auch mittels der Exekutive. In dem umfangreichen bürokratischen Apparat, ja gerade dort - in der Zentrale des RLB sowie in den Haupt- und Kreisgeschäftsstellen - hatten sich ehemalige Offiziere der kaiserlichen Armee eingenistet, die allein schon aufgrund ihrer militaristischen Erziehung und Gesinnung die Interessen der Junker, die den Militarismus am vollkommendsten verkörperten, verfochten und hohe, feste Gehälter kassierten. In der Zentrale waren dies z.B. die Direktoren des RLB Major a.D. Arno Kriegsheim[3] und Major a.D. Heinrich von Sybel.[4] In den Hauptgeschäftsstellen der Landbünde saßen beispielsweise: in Brandenburg

---

1) Vgl. DZA I, ELB, Nr.198, Bl.16.
2) Ebenda.
3) Arno K r i e g s h e i m war von 1898 bis 1919 aktiver Offizier, ab 1911 Mitglied des Großen Generalstabes der kaiserlichen Armee, ab 1.9.1918 bei der OHL. Seit 1919 war er Direktor des Deutschen Landbundes, nach der Fusion desselben mit dem BdL Chef der "Direktion K" des RLB (mit den Abteilungen Organisation und Finanzverwaltung, Pressewesen und Propaganda, Politik, Sozialpolitik). Vgl. Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft, Erster Band, a.a.O., S.1019; Organisationsbuch des RLB 1929, S.14.
4) Heinrich von S y b e l war von 1903 bis 1920 gleichfalls aktiver Offizier, während der letzten Jahre auch im Generalstab, danach Leiter der "Direktion S" des RLB (Abteilungen: Zoll- und Handelspolitik, Steuer- und Finanzpolitik, sonstige und allgemeine Wirtschaftspolitik). Vgl. Reichshandbuch... Zweiter Band, a.a.O., S.1884; Organisationsbuch..., a.a.O.

Korvettenkapitän a.D. Walter Lechler, in Schlesien Major a.D. Ludwig Höfler, in Oberschlesien Major a.D. Georg Baur,[1] in Schleswig-Holstein Major a.D. Scheel, in Braunschweig Major a.D. O. Blasius, im Landbund Grenzmark Posen-Westpreußen Major a.D. Günther Heine.

In den Kreislandbünden war es oft so, daß nicht ihre Vorsitzenden, zumal wenn es sich um Bauern handelte, sondern die Geschäftsführer, die ihrerseits durch die Hauptgeschäftsführer entsprechend eingestellt wurden, die Organisation und ihre Politik im Sinne der Großgrundbesitzer dirigierten. Wie ein solches System in der Praxis, beispielsweise im Brandenburgischen Landbund, funktionierte, geht aus dem bereits erwähnten Schriftwechsel zwischen Dermietzel und von Killisch-Horn hervor. In einem Schreiben vom 30.9.1930 nimmt Dermietzel Bezug auf die derzeitigen Vorbereitungen für eine Änderung der Satzung des Brandenburgischen Landbundes, die u.a. darin bestehen sollte, den bisherigen engeren Vorstand[2] um ein viertes, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, und zwar den Hauptgeschäftsführer Walter Lechler, zu ergänzen, und er äußerst die Befürchtung, daß fortan "der Vorsitzende mit seinem Hauptgeschäftsführer die beiden anderen Vorstandsmitglieder s t e t s majorisieren" könnte.[3] Dermietzel empfiehlt nun von Killisch, vor der beschlußfassenden Sitzung des Gesamtvorstandes[4] "die Kreisvorsitzenden o h n e G e s c h ä f t s f ü h r e r (zu) versammeln..., um ihnen die Gefahren vorzustellen, denn", so fügt er warnend hinzu, "in der Gesamtvorstandssitzung erreichen Sie nichts mehr, weil alle Kreisgeschäftsführer dafür sind und sehr viele Vorsitzende schon völlig von den Kreisgeschäftsführern bevormundet werden."[5]

---

1) Baur war Rittergutspächter (633 ha).
2) Zum engeren Vorstand des Brandenburgischen Landbundes gehörten: Rittergutsbesitzer Jean Nicolas als Vorsitzender; Willy Gauger, Landwirt in Beelitz, als 1.Stellvertreter; Albert Bethge, Bauerngutsbesitzer in Strega, als 2.Stellvertreter. Vgl. Geschäftsbericht des Brandenburgischen Landbundes für 1928 (gedr.), in: DZA II, Rep.87 B, Nr.20604, Bl.86 ff.
3) DZA I, RLB - Brandenburgischer Landbund - Nr. 198, Bl.18.
4) Unter den Vorsitzenden der 31 Kreislandbünde, die zusammen mit dem engeren Vorstand und dem Arbeitsausschuß den Gesamtvorstand des Brandenburgischen Landbundes bildeten, waren 13 Rittergutsbesitzer, 2 Domänenpächter, 4 Gutsbesitzer, 3 Bauerngutsbesitzer, 4 Landwirte, 1 Oberamtmann, 1 Gemeindevorsteher,

Der Schriftwechsel zwischen diesen beiden Landbundführern läßt den Widerspruch sichtbar werden, der zwischen dem junkerlich-großagrarischen Klassencharakter des RLB einerseits und seiner bäuerlichen Massenbasis andererseits bestand. Aus diesem Widerspruch, der von Anfang an bestand und sich in dem Maße zuspitzte, wie sich die Agrarkrise entwickelte und verschärfte, stand die Landbundführung vor der Frage, wie die heterogene Masse ihrer Mitglieder unter allen Bedingungen in den Reihen des RLB und damit unter dem vorherrschenden Einfluß der Junker und Großgrundbesitzer zu halten war. Um das Problem zu meistern, bediente sich die Landbundführung vielfältiger Mittel und Methoden.

Abgesehen davon, daß die Großgrundbesitzer ihre ökonomische und politische Vorherrschaft auf dem flachen Lande unmittelbar dazu ausnutzten, die Bauern in den Landbund zu dirigieren, um sie dort geistig zu manipulieren und politisch zu mißbrauchen, vermochte sich der Landbund auch als wirtschaftspolitische Interessenvertretung der Bauern zu empfehlen, auf deren Rat und Hilfe keiner von ihnen verzichten durfte. Unter der Fragestellung "Was bietet der Kreislandbund Westhavelland seinen Mitgliedern?" wurden den Mitgliedern beispielsweise folgende Vorteile ihrer Zugehörigkeit zum Landbund bewußt gemacht bzw. suggeriert:[1)]

1. Kostenlose Auskunft und sachgemäße Beratung in Rechts- und Prozeßangelegenheiten, Steuer-, Kauf-, Pacht-, Versicherungs-, Rente- und Unfallsachen im Verkehr mit den Behörden, in Wirtschaftsdingen, Geldangelegenheiten, Berufs- und Bildungsfragen;
2. Kostenlose Vorträge über politische, wirtschaftspolitische, landwirtschaftliche und allgemeine Dinge;
3. kostenlose Lieferung der Wochen-Zeitschriften des Kreis- und des Brandenburgischen Landbundes sowie des Amtsblattes der Landwirtschaftskammer;

---

1 Schmiedemeister, 2 Sonstige. Vgl. Geschäftsbericht des Brandenburgischen Landbundes für 1928, a.a.O.

5) DZA I, RLB, a.a.O.

1) Vgl. Landbundführer für den Kreislandbund Westhavelland in Rathenow, Meißen (1927), S.12.

4. zielbewußte und erfolgreiche Vertretung der Interessen des Landvolkes im Landtag sowie gegenüber den Behörden und anderen Verbänden.
Die Schlußfolgerung daraus wurde in der Losung zusammengefaßt: "Je stärker die Landbundorganisation anwächst, um so mehr kann sie für das Landvolk leisten!"[1]

Umgekehrt wurde säumigen und widerstrebenden Mitgliedern der Entzug dieser Vorteile und der Boykott durch die Organisation, im besonderen durch ihre wirtschaftlichen Einrichtungen, angedroht. So hieß es im Organ des ostpreußischen Landbundes, der sich "Landwirtschafts-Verband" nannte, daß diejenigen, die ihren Beitrag nicht pünktlich leisteten und sich nicht als "treue und bewußte Mitglieder" ausweisen konnten, selbst den Ast absägten, auf dem sie säßen. Warnend wurde darauf hingewiesen, daß auf Beschluß des Verbandsvorstandes und des Kreisführertages künftig "keine Beratung und Bearbeitung von Angelegenheiten säumiger Mitglieder mehr ausgeführt" würden.[2]
Schließlich bedienten sich die Landbundführer, um die junkerlich-großagrarische Politik auch gegen andersgerichtete Bestrebungen im Landbund durchzusetzen, des militarisch-profaschistischen Führerprinzips. Martin Schiele bezeugte das als Präsident des RLB in einer persönlichen Aufzeichnung vom Jahre 1930, in der es heißt: "...ich beuge mich in meinen Entschlüssen nicht vor den Wünschen der Landbundmitglieder, die kein Urteil haben können... Ich kenne meinen Weg und verlange die Disziplin der Gefolgschaft."[3] Ähnlich äußerten sich die pommerschen Landbundführer um H. J. von Rohr, die 1932 verkündeten:

> "Die Landbundführung muß auch in politischen Fragen eine klare Entscheidung treffen. Eine Führung, die ins Land hinaushorcht, was wohl die Mehrheit der Mitglieder will, und sich dann erst entscheidet, ist überhaupt keine Führung. Ja, die Führung muß u.U. sogar, um sich durchzusetzen, g e g e n die eigenen Mitglieder kämpfen." 4)

1) Ebenda.
2) "Die Mitgliedskarte", in: Landwirtschafts-Verband Ostpreußen, Nr.29 v. 19.7.1930.
3) DZA I, RLB Nr.18, Bl.215.
4) Der Pommersche Landbund, Nr.8 v. 20.2.1932.

Solche repräsentativen Äußerungen beweisen erstens, daß die Politik des RLB nicht von der Masse seiner bäuerlichen Mitglieder, sondern von seinen junkerlich-großagrarischen Führern bestimmt wurde. Sie zeigen zweitens, daß die Landbundführer Konzessionen an gewisse parlamentarische Gepflogenheiten lediglich dazu benutzten, um ihre Diktatur im RLB hinter einer bürgerlich-demokratischen Fassade zu verbergen und eine bäuerliche Interessenvertretung vorzutäuschen, im übrigen jedoch das Führerprinzip bevorzugten, um den von ihnen bestimmten politischen Kurs auch in kritischen Situationen beibehalten zu können. Das wurde noch dadurch begünstigt, daß viele Landbündler gleichzeitig militaristischen Wehrverbänden (vor allem dem Stahlhelm) angehörten und dort von Männern im militaristischen Geiste geführt und erzogen wurden, die auch auf den Rittergütern die Herren und im Landbund ihrer Führer waren - von Rittergutsbesitzern, Gutsinspektoren, Geschäftsführern u. dgl.[1]

Obwohl die Junker ihre antiparlamentarische Grundeinstellung nie verleugneten,[2] waren sie zugleich daran interessiert, sich mit Hilfe des Landbundes starke Positionen in der Legislative der Weimarer Republik zu sichern. In der Legislaturperiode 1924 bis 1928 vertraten insgesamt 276 Landbundabgeordnete, vornehmlich adlige und bürgerliche Großgrundbesitzer, Ökonomieräte, Großbauern u.dgl., die Interessen des Agrarkapitals.[3]

---

1) Der Brennmeister auf dem Rittergut des H.J.von Rohr, Laatsch, war längjähriger Führer der Stahlhelm-Ortsgruppe in Vorwerk bei Demmin; seine Tochter wiederum war die Sekretärin des Rittergutsbesitzers. Vgl. WAP Szczecin, Reg. Stettin, Polizeipräsidium, Nr.10, Politische und wirtschaftliche Vorgänge im Kreise Demmin 1931-1936.
2) Vgl. S.44 f. und S.51 der vorliegenden Arbeit.
3) Vgl. DZA I, RLB, Nr. 30 b, Bl.79 ff.; ebenda, Nr.117, Bl.28 ff.; ZPA/IML, Nr.3/101457, Bl.32 ff.

Vertretungskörperschaft	Gesamtzahl der Abg.	davon Landbundmitgl.	Anteil in %
Reichstag	493	71	14
Preußischer Landtag	485	58	12
Außerpreuß. Parlamente	1 114	106	9,5
Reichsrat	26	6	23
Preußischer Staatsrat	77	9	12
Reichswirtschaftsrat	68	12	18
Wirtschaftsenquete	50	6	12

Ihrer politischen Zugehörigkeit nach repräsentierten die Landbundvertreter ausschließlich bürgerliche Parteien, und zwar überwiegend die DNVP, aber auch schon die faschistische Partei, außerdem die DVP, vereinzelt auch das Zentrum.[1)]

Partei	Reichstag Abg. insges.	Landbundvertr.	Anteil in %	Preuß. Landtag Abg. insges.	Landbundvertr.	Anteil in %
DNVP	111	56	50	109	45	41
Natsoz. Freih. Partei	14	3	21	11	2	18
DVP	51	4	8	45	7	16
Zentrum	69	4	6	81	1	1
Wirtsch. Partei	21	4	19	17	3	18

Aus der Übersicht geht hervor, daß die Junker einerseits vornehmlich in der DNVP ihre politische Interessenvertreterin besaßen, andererseits die Politik dieser Partei mitbestimmten und ihr in den agrarischen Gebieten die Massenbasis sicherten. Indem die Landbundführer nach außen hin immerfort die parteipolitische Neutralität ihrer Organisation beteuerten, tarnten sie damit nur ihr offizielles Eintreten für die DNVP, später - in zunehmenden Maße - auch für die Nazipartei. Jean Nicolas gab das zu, als er, auf die Reichstagswahl 1928 bezugnehmend, schrieb:

---

1) Vgl. ebenda.

"Trotz der grundsätzlichen Überparteilichkeit haben wir... gerade während der letzten Wahl eine ganz ausgesprochen unterstützende Haltung gegenüber der Deutschnationalen Volkspartei eingenommen."[1]

Der Rittergutsbesitzer von Hoepfner unterstützte eine derartig getarnte wahltaktische Orientierung des Brandenburgischen Landbundes mit folgender Empfehlung: Gäbe man eine zwangsweise Wahlparole für die Deutschnationale Partei aus, "wäre alles verloren. Nur durch geschickte Überparteilichkeit, durch ein harmonisches Zusammenarbeiten mit anderen Richtungen und durch wohlüberlegte stille Arbeit in deutschnationalem Sinne hinter den Kulissen kann man Abtrünnige und Wankende wieder zu der Fahne zurückzugewinnen."[2] In Gebieten mit überweigend klein- und mittelbäuerlicher Struktur allerdings, wo man den Bauern großbürgerlich-junkerliche Parteien schwerlich als ihre Interessenvertreter präsentieren konnte, traten die Landbünde mit eigenen Listen auf. Aber auch dort kamen die bäuerlichen Wählerstimmen der DNVP zugute, zumal sich die direkte Landbund-Abgeordneten als Hospitanten der deutschnationalen Fraktion anschlossen.[3]

In der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus gab es im Wirkungsbereich des RLB folgende politische Einflußsphären:[4]

1. Wahlkreise, in denen die Landbünde ausschließlich die Deutschnationale Volkspartei unterstützten: Pommern, Frankfurt/O., Potsdam II, Magdeburg, Merseburg, Freistaat Sachsen, Westfalen-Nord, die bayrischen Wahlkreise (außer Pfalz);
2. Gebiete, in denen verschiedene Parteien als politische Interessenvertreter der Landbünde galten: Ostpreußen, Meckelenburg, Schlesien, Hannover, Holstein, Pfalz, Nassau;
3. Gebiete, in denen die Landbünde mit eigenen Listen auftraten: Thüringen, Hessen, Baden, Württemberg.

Sehr stark war der Einfluß der Großgrundbesitzer in den halb-

---

1) DZA I, RLB, Nr. 178, Bl. 60 ff.
2) Ebenda, Bl. 57.
3) DZA I, DNVP, Nr. 58, Bl. 84.
4) Vgl. DZA I, RLB, Nr. 68, Bl. 77.

staatlichen Landwirtschaftskammern und ihrer Spitzenorganisation, dem Deutschen Landwirtschaftsrat. Überall dort, wo der Landbund dominierte, waren auch die Landwirtschaftskammern ausgesprochene Domänen dieser Interessenorganisation der Großagrarier, wie die folgende Übersicht über die zahlenmäßige Vertretung des Landbundes in den preußischen Landwirtschaftskammern im Jahre 1927 zeigt:[1]

Provinz	Kammermitgl. insges.	Landbundvertr.	Anteil in %
Brandenburg	117	117	100
Prov. Sachsen	112	108	98
Pommern	63	61	97
Hessen-Nassau	32	29	90
Kurhessen	51	46	90
Hannover	69	53	77
Schlesien	89	64	72
Grenzmark	17	11	60
Schleswig-Holstein	73	29	40
Westfalen	91	35	38
Oberschlesien	30	8	27
Rheinprovinz	109	16	15

Allein in Schleswig-Holstein, Westfalen, Oberschlesien und der Rheinprovinz dominierte der christliche Bauernverein, sonst überall der Landbund. Die Frankfurter Zeitung kommentierte diese Tatsache mit den Worten:

> „In Wirklichkeit sind heutzutage die Landwirtschaftskammern im Reich mit wenigen Ausnahmen...(und) auch die Preußische Hauptlandwirtschaftskammer und der Deutsche Landwirtschaftsrat willfährige Unterorgane des R e i c h s - L a n d b u n d e s. Wer heute nicht auf den Landbund schwört, hat in den meisten Landwirtschaftskammern oder anderen Vertretungen landwirtschaftlicher Interessen keinen Platz." 2)

Eine solche Vormachtstellung des Landbundes in den Landwirtschaftskammern war für die Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Interessen der Großgrundbesitzer von größter Bedeutung, zumal es zu den Aufgaben der Landwirtschaftskammern gehörte,

---

1) Vgl. ebenda, Bl. 94.
2) Frankfurter Zeitung, Nr. 8 v. 5.1.1927.

durch Untersuchungen und Gutachten über Preis-, Absatzverhältnisse u.dgl. die Entscheidung staatlicher Behörden über notwendige Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft vorzubereiten sowie über die Verwendung staatlicher Zuschüsse zur Förderung der Landwirtschaft zu entscheiden. Kurt Ritter stellte durchaus berechtigt fest: "Obwohl sich die Staatsspitze und die Staatsform in Deutschland 1918 geändert hatten, war die 'Agrarpolitik' nach 1918 weiterhin ein Reservatrecht der herrschenden Klasse, der Junker geblieben;"[1] abgesehen von den bereits erwähnten Grenzen, die sich aus dem Profitstreben der Monopolbourgeoisie für die Realisierung der junkerlichen Interessenpolitik ergaben.

1.3. Das reaktionäre Programm und die profaschistische Ideologie des RLB

Seinem Klassencharakter entsprechend, stand der RLB auf dem äußersten rechten Flügel der herrschenden Klasse in der Periode der Weimarer Republik. Diese Tatsache spiegelte sich bereits in seinem Programm und seiner Ideologie deutlich wider. Das Programm entsprach völlig dem der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals und orientierte auf die Liquidierung der Weimarer Republik und die Vernichtung des "inneren Feindes" durch die Errichtung einer offenen Diktatur, auf die Korrektur der Ergebnisse des ersten Weltkrieges und die Schaffung eines Großdeutschen Reiches durch die "Neuordnung Europas". Im Kampf um die Verwirklichung dieses reaktionären Programms bediente sich der RLB einer Ideologie, die - weitgehend übereinstimmend mit der Propaganda des alldeutsch-völkischen Flügels der DNVP - in ihrem Grundton revanchistisch-restaurativ und antikommunistisch-profaschistisch war.

Unter der Ägide des "Arbeitsausschusses Deutscher Verbände"[2]

1) K. Ritter, Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im Kapitalismus, a.a.O., S. 60.
2) Vgl. M. Wolkowitz, Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, in: Die bürgerlichen Parteien..., Handbuch, Bd. I, a.a.O.

und im Rahmen der "Arbeitsgemeinschaft für Vaterländische Aufklärung"[1] beteiligte sich der RLB aktiv an der chauvinistischen Propaganda der deutschen imperialistischen Reaktion gegen den Versailler Vertrag.[2] Ausgehend von der These, daß der Artikel 231 die "Grundlage des Versailler Schandvertrages" sei,[3] konzentrierte auch der RLB seine demagogische Antiversailles-Propaganda auf die Widerlegung des Kriegsschuld-Paragraphen, und er verlangte von der Reichsregierung, "alle Schritte zu tun, um die endliche Beseitigung der Kriegsschuldlüge durchzusetzen."[4]
Anläßlich seines zehnjährigen Bestehens wußte der RLB mit Stolz von sich zu sagen, daß er "in der Aufklärung gegen die Sklavenketten und im Kampfe gegen die Kriegsschuldlüge... sich von niemand übertreffen ließ."[5] In diesem Kampf um die angeblich "deutsche Lebens- und Ehrenfrage" verfolgte er mit allen anderen reaktionären Verbänden "nicht nur das Ziel der moralischen Reinwaschung des deutschen Volkes von der ihm angedichteten Schuld,[6] sondern auch des Sturzes oder mindestens der Revision des Versailler Diktates."[7]

Als erklärte Militaristen setzten sich die Junker intensiv für die Beseitigung der dem deutschen Imperialismus auferlegten Rüstungsbeschränkungen ein, wobei sie das Prinzip der Gleichberechtigung demagogisch mißbrauchten, um den Weg für eine ungehemmte Aufrüstung freizukämpfen. In Übereinstimmung

---

1) Vgl. "Vaterländische Verbände, in: RLB/AWS, Nr.11 v.18.3. 1922.
2) Vgl. W.Ruge, Zur chauvinistischen Propaganda gegen den Versailler Vertrag 1919 bis 1929, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd.1, Berlin 1967.
3) "Kampf gegen die Kriegsschuldlüge", in: Bauern-ABC, a.a.O., S.99 f.
4) Schreiben des RLB-Direktors A.Kriegsheim vom 6.1.1931 an den Reichskanzler, DZA I, RLB, Nr.64, Bl.43.
5) "Zehn Jahre Reichs-Landbund", in: RLB/AWS, Nr.1 v.3.1.1931.
6) Dazu die folgenden Passage aus der Ansprache des Präsidenten Karl Hepp auf dem 9.Reichslandbund-Tag 1929 als Beispiel: "Das deutsche Volk hat nichts wieder gutzumachen, weil es nichts schlecht gemacht hat (Stürmisches Bravo! und Händeklatschen). Das deutsche Volk ist hinaus gegangen, um seine Grenzen zu schützen, um seine Heimat zu verteidigen, um die deutsche Ehre zu wahren - sonst nichts." RLB/AWS, Nr.5 v.2.2. 1929, S.52.
7) DZA I, RLB, Nr.64, Bl.11.

mit der strategisch-taktischen Konzeption des Monopolkapitals strapazierte die Landbundführung zunächst die Parole der a l l g e m e i n e n Abrüstung, um dann - zu gegebener Zeit - die unverhüllte Forderung nach gleichem Recht auf Sicherheit durch Wehrhaftigkeit, also auch für Deutschland, zu erheben. Auf eine solche taktische Umorientierung, die sich der RLB bereits zu eigen gemacht hatte, machte A. Kriegsheim in einem Schreiben vom 19.11.1931 den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung aufmerksam, wobei er ausdrücklich darauf hinwies, daß der Landbund mit einer geplanten Aktion internationaler Verbände zur Abrüstungsfrage unter keinen Umständen in Zusammenhang gebracht werden wollte. Indem er sich auf eine französische Abrüstungsnote vom Juli 1931 berief, derzufolge sich jeder Staat auch selbst schützen können müsse, erklärte Kriegsheim für den RLB: "Auch für uns muß die These gelten: 'Erst Sicherheit, dann Abrüstung'. Das taktische Festhalten deutscherseits an dem Abrüstungsversprechen des Versailler Vertrages ist...längst überholt."[1]

Als Interessenverband der Junker und Großgrundbesitzer kämpfte der RLB besonders aktiv für die Revision der durch den Versailler Vertrag festgelegten Grenzen, vornehmlich der Ostgrenzen.[2] Ausgerechnet die ostelbischen Großgrundbesitzer kolportierten die Zweckläge vom Raummangel, der sich in Deutschland angeblich eingestellt habe, und eine Ausdehnung, so gaben sie zu verstehen, sei "zur Zeit nur in der Richtung möglich, wo deutsche Volksgenossen den Boden beherrschen, nach Osten und Südosten."[3]
Damit brachten sie unverhohlen zum Ausdruck, daß, sobald Deutschland mit der "Neuordnung Europas" beginnen würde, die deutschen Minderheiten in den ost- und südosteuropäischen

---

1) Ebenda, Nr.63, Bl.166.
2) Vgl. W.Ruge, Zur chauvinistischen Propaganda..., a.a.O., S.102 ff.
3) "Der großdeutsche Gedanke (Anschlußfrage)", in: Bauern-ABC, a.a.O., S.62 f.

Ländern - vornehmlich ihre Grund und Boden besitzenden Teile - als 5. Kolonne wirken sollten. Deshalb entwickelten beispielsweise in den Westgebieten Polens die deutschen Großgrundbesitzer unmittelbar nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages eine hektische Initiative, um die deutsche Minderheit auf dem Lande zu organisieren. In Pommerellen warb der "Landbund Weichselgau" mit Hilfe seiner Kreisverbände Mitglieder mit der nachdrücklichen Betonung: Es wäre "ein Verrat an der deutschen Landwirtschaft, wenn sich heute nicht alle deutschen Landwirte dem Landbunde anschließen wollten."[1] In Posen wirkte als entsprechende Organisation der "Hauptverein deutscher Bauernvereine".[2]

Im Zusammenwirken mit der "Landesvereinigung des Schutzbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte" und der "Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat" waren diese Interessenverbände der deutschen Junker in Polen vor allem darum besorgt, den Großgrundbesitz ihrer deutschen Mitglieder vor den Auswirkungen der bürgerlichen Agrarreform-Gesetzgebung in Polen in Schutz zu nehmen.[3] Unter der Losung "Was man nicht aufgibt, hat man nie verloren!" richteten sie ihren Kampf gegen die Beschlüsse der polnischen Regierung, denen zufolge auch deutsche Großgrundbesitzer zur Landabgabe verpflichtet wurden, wobei sie nachzuweisen suchten, daß der deutsche Großgrundbesitz im Vergleich zum polnischen benachteiligt wurde, die Agrarreform folglich auf eine "nationale Enteignung" abziele. Indes ergab eine spätere Untersuchung über die Agrarstruktur der deutschen Volksgruppe in Posen und Pommerellen,[4] daß im

---

1) Vgl. WAP Bydgoszcz, Rep.28, Nr.714, Kreislandbund Tuchel-Zempelburg, Briefe an die Mitglieder bzw. Ortsgruppen (1919-1923), Nr.715, ders., Briefe vom und an den Landbund Weichselgau Thorn (1921-1923).
2) Vgl. ebenda, Nr.670, Dokumente "Bauernverein" (1920-1924) und Nr.395, Hauptverein deutscher Bauernvereine in Posen (1919-1923).
3) Vgl. ebenda, Nr.515, Landbund Weichselgau Thorn (1927-1929); Nr.652, Agrarreform (1926-1927).
4) Erwin Fritz, Die Agrarstruktur der deutschen Volksgruppe in Posen und Pommerellen, (MS), o.O., o.J., in: ebenda, Rep.15, Nr.13.

Jahre 1934 der Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung in diesen polnischen Gebieten zwar nur 10 %, ihr Anteil am Bodenbesitz jedoch immer noch etwa 25 % betrug. Wörtlich heißt es dort:

> "Die Betriebsgrößenstruktur des heutigen deutschen Besitzes entspricht also etwa derjenigen der reichsdeutschen Regierungsbezirke Köslin oder Breslau, und zwar für den Befreiungskampf der letzten Jahrzehnte trotz der Gefährdung des Gutsbesitzes durch die Agrarreform durchaus günstig. Wenn auch das deutsche Gutsland...dem Zugriff der Agrarreform ausgeliefert ist, sind doch die deutschen Gutsbesitzer und Großbauern im großen Durchschnitt durch ihre Leistungen, ihre politischen und volkspolitischen Führungsqualitäten ein außerordentlich wichtiger Teil der deutschen Volksgruppe."[1]

Diese Elite der potentiellen deutschen 5. Kolonne in Polen wirkte offensichtlich in Übereinstimmung mit der junkerlichen Reaktion in Deutschland und ihrem Interessenverband, dem RLB. Der vom deutschen Imperialismus 1925 entfesselte Wirtschaftskrieg gegen Polen[2] wurde von den Junkern durch ihren speziellen Kampf gegen die Einfuhr polnischer Agrarerzeugnisse nach Deutschland[3] wohl auch mit der Absicht verschärft, auf die polnische Regierung Druck auszuüben und sie zu veranlassen, auf eine schärfere Handhabung der Agrarreform-Gesetzgebung gegen den deutschen Großgrundbesitz zu verzichten. Der "Kurjer Poznánski" in der Ausgabe vom 8.5.1929 wußte zu berichten, daß sich in dem Maße, wie die deutsche Reaktion von der Defensive zur Offensive überging, die Großgrundbesitzer deutscher Nationalität in Polen ihren Widerstand gegen die vorgesehenen Landabgaben verstärkten und

---

1) Ebenda, S.6 der Denkschrift.
2) Vgl. B.Puchert, Der Wirtschaftskrieg des deutschen Imperialismus gegen Polen 1925-1934, Berlin 1963; Rezensionen von B.Buchta in ZfG, 1963, H.8, u. F.H.Gentzen in Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Bd.8, Berlin 1964.
3) In chauvinistisch-demagogischer Manier entfachten die ostelbischen Junker eine regelrechte Boykotthetze gegen "die polnischen Schweine", die "auch den kleinsten Bauern wirtschaftlich ruinieren" würden, dgl. gegen "die polnische Kartoffel", "das polnische Ei". Siehe das Flugblatt "Rettet den Osten! Schützt uns vor Polen", in: DZA I, RLB, Nr.18, Bl.271 f.

zuweilen auch polnischen Bürgern gegenüber bereits offen ankündigten, "daß die Zeit kommen werde, wo sie die deutsche Sprache (würden) lernen müssen."[1]

Der RLB hatte schon 1928 in bemerkenswerter Offenheit dargelegt, wie der "slawische Ring" zu durchbrechen und "Deutschland wieder Raum und Luft zu verschaffen" wäre.[2] Zur gegebenen Zeit sollte das "Selbstbestimmungsrecht" als Hebel angesetzt werden, um die "schlesische Halbinsel" aus der gefährlichen slawischen Zange zu befreien und den sich in den "geschlossenen Leib deutscher Volkssiedlung" hineinbohrenden "gepanzerten Keil der Tschechoslowakei" zu liquidieren. Außerdem sollte durch den Anschluß Österreichs ein wirksamer Druck auf die Tschechoslowakei ausgeübt und die Tschechei dann "auf das ihr gebührende Maß zurückgeführt" werden; zumindest sollte sie an Großdeutschland statt an Frankreich "Anschluß suchen und sich dessen erinnern, daß Böhmen immer geblüht hat, wenn das Deutsche Reich blühte, dem es angehörte."[3]

Was die Junker hier so frappierend konkret, die faschistische Politik der "Neuordnung Europas" vorwegnehmend, propagierten, war "eines der wichtigsten nationalen Ziele",[4] das der RLB schon in seinen programmatischen Leitsätzen vom Jahre 1921 verkündet hatte: die Schaffung eines "Großdeutschen Reiches". Deshalb setzte er auch fernerhin "der Allerweltsduselei...beharrlich den großdeutschen Standpunkt entgegen, der die Vereinigung aller Deutschen im deutschen Sprachgebiet zum einigen, wiederbefreiten, mächtigen Deutschen Reich zu erstreben" hatte.[5] Voller Genugtuung konstatierten die Junker, daß der großdeutsche Gedanke im Landbund bereits seine praktische Verwirklichung gefunden hatte, zumal die Landbünde Österreichs und Danzigs dem RLB korporativ angeschlossen und der Reichsjunglandbund mit dem Junglandbuch für Österreich sowie dem

---

1) "Wie weit schon der deutsche Hochmut geht." in: WAP Bydgoeczc, Rej.28, Nr.826.
2) Vgl. "Der großdeutsche Gedanke (Anschlußfrage)", a.a.O.
3) Ebenda.
4) Ebenda.
5) "Zehn Jahre Reichs-Landbund", a.a.O.

Reichsverband des Bundes der deutschen Landjugend der tschechoslowakischen Republik im "Verband germanischer Landjugendbünde" vereint waren.[1]

Zur revanchistischen Propaganda des RLB gehörte ferner sein Auftreten gegen einen endgültigen Verzicht auf die ehemaligen deutschen Kolonien. Graf Kalckreuth unterzeichnete beispielsweise als Präsident des RLB im November 1930 mit solchen Persönlichkeiten wie Ernst von Borsig, Carl Duisberg u.a. eine Erklärung,[2] die sich unter der Überschrift "Drohende Verletzung deutschen Rechts!" gegen die Absicht Großbritanniens richtete, die ehemalige Kolonie Deutsch-Ostafrika aus dem System der Mandatsverwaltung herauszulösen und seinem Imperium einzuverleiben.

Ein wesentlicher Bestandteil der revanchistischen Propaganda des deutschen Imperialismus war schließlich die Verbreitung der Dolchstoßlegende.[3] Die Landbundführer entwickelten eine spezifisch agrarpolitische Variante dieser politischen Zwecklüge, die besagte: Weil Deutschland im großen Kriege sich nicht aus eigener Scholle ernähren konnte, "weil der Hunger über uns hereinbrach, darum hat uns der Feind letzten Endes doch niedergerungen. Versailles, Dawesabkommen, Young-Plan wären uns erspart geblieben, wenn wir im Kriege genug zu essen gehabt hätten."[4] Die Junker gehörten zu jenen Kreisen der Reaktion, die aus der Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg Lehren und Schlußfolgerungen allein in der Richtung zogen, den neuen Eroberungskrieg langfristig, und zwar so gründlich vorzubereiten, daß er nunmehr gewonnen werden mußte.[5]

---

1) Vgl. "Großdeutscher Gedanke. Praktische Verwirklichung durch den Reichs-Landbund", in: Bauern-ABC, a.a.O., S.63 f.
2) Vgl. DZA I, RLB, Nr.63, Bl.62 f. Es unterzeichneten auch A. Hermes als Präsident der Vereinigung deutscher Bauernvereine, Ernst Brandes als Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats Graf Baudissin als Direktor der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer.
3) Vgl. Joachim Petzold, Die Dolchstoßlegende, Berlin 1963; Rezension von H.Weber in ZfG, 1963, H.5.
4) "Zehn Jahre Reichs-Landbund", in: Brandenburgischer Landbund-Kalender für das Jahr 1931, S.23.
5) Vgl. Rolf Melzer, Studien zur Agrarpolitik der faschistischen deutschen Imperialismus in Deutschland im System der Kriegsplanung und Kriegsführung 1933 bis 1941, Phil.Diss.(MS), Rostock 1966, S.2 ff.

Ihre agrarpolitische Version der Dolchstoßlegende gipfelte in der Schlußfolgerung: "Und darum ist auch die erste Voraussetzung für die Wiedergewinnung der äußeren Freiheit die Errichtung der Nahrungsfreiheit."[1] Hiervon ausgehend, begründeten die Landbundführer ihre Forderung nach Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik von der Exportpolitik auf die sogenannte Nationalwirtschaft,[2] d.h. die stärkere Orientierung auf dem Binnenmarkt, insbesondere die Landwirtschaft, nicht um sie schlechthin zu fördern, sondern um sie in den Dienst langfristiger Kriegsvorbereitungen zu stellen. Mit dem Hinweis auf eine derartig erstrangige "nationalpolitische Aufgabe" der deutschen Landwirtschaft begründeten die Junker auch die besondere Rolle der Ostprovinzen als agrarischer Überschußgebiete Deutschlands im allgemeinen sowie die Notwendigkeit des ostelbischen Großgrundbesitzes und seiner Erhaltung im besonderen.[3]

---

1) "Zehn Jahre Reichs-Landbund", a.a.O. Desgl. M.Schiele: "Nahrungsabhängigkeit bedeutet Unfreiheit. Nur über die Nahrungsfreiheit kommen wir zur politischen Freiheit." In: Wie kann die Landwirtschaft wieder rentabel werden? a.a.O., S.16. Ähnlich auch H.Schlange-Schöningen:Deutsche Nahrungsfreiheit aber ist Vorbedingung für neue deutsche Freiheit überhaupt! In: Nationalwirtschaft und Nationalwirtschaft, a.a.O.,S.114. Vgl. auch "Nahrungsfreiheit - Vorbedingung nationaler und wirtschaftlicher Freiheit", in:Bauern-ABC, a.a.O.,S.114 ff.

2) Zur strategischen Konzeption der junkerlichen Landbundführung gehörte die Vorstellung, daß durch die auf die Vorbereitung des Revanchekrieges eingestellte "Nationalwirtschaft" erst die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Exportoffensive geschaffen werden sollten. So ausgedrückt durch die Landbundzentrale:"Die Welt als der freie Tummelplatz ihrer Kräfte ist der deutschen Wirtschaft so lange verschlossen, als hinter dem deutschen Kaufmann nicht mehr die gewappnete Macht des Reiches steht, die entschlossen ist, im Notfalle das verschlossene Tor der Weltwirtschaft mit der gepanzerten Faust zu öffnen."("Weltwirtschaft oder Nationalwirtschaft?"in: Bauern-ABC, a.a.O.,S.191) Und so durch M.Schiele:"Die Möglichkeiten für einen deutschen Export dürfen aber nicht nur wirtschaftlich betrachtet werden...Sie werden letzten Endes entschieden durch die Überlegenheit der politischen Macht... Diese Macht der Tatsachen zwingt das deutsche Volk zur stärkeren Beachtung eines einheimischen Marktes." Rede auf dem Empfang am Vorabend der Führertagung des RLB am 14.11.1928, a.a.O., S.522).

3) "Die von manchen Seiten grundsätzlich erstrebte Zerschlagung des gesamten Großgrundbesitzes würde...die dauernde Abhängigkeit Deutschlands vom Auslande im Gefolge haben. Eine dieser Tatsache Rechnung tragende zweckentsprechende Mischung von

Es versteht sich gewissermaßen von selbst, daß die Junker als eine der Säulen des deutschen Imperialismus die langfristig angelegte Vorbereitung des Revanchekrieges in ihrer ganzen Komplexität unterstützten. Neben der militärischen Vorbereitung, die besonders in ihrem Kampf für die deutsche Rüstungsfreiheit zum Ausdruck kam, und der ökonomischen Vorbereitung, die sich vor allem in ihrem Eintreten für die Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik auf die Autarkiwirtschaft und die Sicherung der Ernährungsbasis für den nächsten großen Krieg äußerte, waren die Junker in hohem Maße auch an der politisch-ideologischen Kriegsvorbereitung aktiv beteiligt. Das Kernstück ihrer reaktionären Ideologie war der militante, hemmungslose Antikommunismus, sowohl mit außen- als auch innenpolitischer Stoßrichtung. Die Junker haßten die Sowjetunion, sahen sie doch in diesem ersten Land des Sozialismus den Ausgangspunkt der "großen Enteignungsbewegung", die den Bauern Land gegeben hatte, nicht durch Eroberungskriege und auf Kosten anderer Völker, sondern durch Enteignung der Großgrundbesitzer, und die auch in benachbarten Ländern eine Agrarreform-Bewegung auslöste. In ihrer Agitation gegen diese Bewegung berücksichtigten die borniertenJunker nicht einmal den Umstand, daß es sich bei den bürgerlichen Agrarreformen in den osteuropäischen Ländern[1] lediglich um eine Reaktion der Bourgeoisie auf die Große Sozialistische Oktoberrevolution handelte, deren Ziel es war, einer konsequenten Lösung der Agrarfrage durch eine revolutionäre Bewegung von unten her vorzubeugen. Die antisowjetische Hetze, die in der Landbundpresse immer militanter betrieben wurde und in den Jahren der Weltwirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreichte,[2] ließ erkennen, daß die Junker bei der Verwirklichung ihrer Absicht, den "slawischen Ring

---

Groß-, Mittel- und Kleinbesitz...ist daher für Deutschland gegeben." M.Schiele, Wie kann die Landwirtschaft wieder rentabel werden? a.a.O., S.9.

1) Vgl. Horst Fruck, Zur Lösung der Bodenfrage in den sozialistischen Ländern, in: Beilage zur WZ der HUB zu Berlin, 1968, Mat-nat. Reihe, S. 14 ff.

2) Vgl. Abschnitt 3.4 der vorliegenden Arbeit.

zu durchbrechen, um Deutschland wieder "Raum und Luft" zu verschaffen, keineswegs vor den Grenzen der Sowjetunion haltmachen würden.

Grundsätzlich gingen die Junker davon aus, daß ihre weitreichenden außenpolitischen Ziele nur verwirklicht werden konnten, wenn der "innere Feind" überwunden, d.h. die parlamentarische Republik beseitigt, die terroristische Diktatur errichtet und die Arbeiterbewegung niedergeschlagen war. "Solange der innere Feind aber nicht überwunden ist", schrieb Walter Lechler, "wird Deutschland die Schmach und die Fessel der äußeren Feinde nicht abschütteln."[1] Unter dem "inneren Feind" verstanden die Junker in erster Linie die revolutionäre Arbeiterbewegung, die sich von den Ideen und Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten ließ. Deshalb richteten sie den Hauptstoß ihres politisch-ideologischen Kampfes nach innen gegen die Kommunistische Partei, deren Politik sie als "im Solde Moskaus stehend" verleumdeten. Ihre antikommunistische Hetze gipfelte in der Behauptung, daß die KPD eine bauernfeindliche Partei sei. Um diese Lüge glaubhaft erscheinen zu lassen, unterstellte die Landbundpropaganda dem Marxismus im allgemeinen und der KPD im besonderen eine prinzipiell eigentumsfeindliche Haltung, die nicht nur den Großgrundbesitz, sondern angeblich auch den bäuerlichen Besitz treffen sollte.[2]

Im Unterschied zu taktisch wendigeren Kreisen der Bourgeoisie, die zwischen der revolutionären und der reformistischen Arbeiterbewegung sehr wohl zu differenzieren und letztere als soziale Stütze auszunutzen wußten, lehnten die borniertenJunker - über die KPD hinaus - jede selbständige Arbeiterbewegung, einschließlich der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, ab. Für sie war, wie Edwin Hoernle treffend formulierte, alles marxistisch, spartakistisch, kommunistisch, was

---

1) W.Lechler, Der Kampf des deutschen Bauern um die Zukunft der deutschen Heimat, in: Brandenburgischer Landbund-Kalander für das Jahr 1928, S.24.
2) Vgl. Bauern-ABC, a.a.O., S.108, S.129 ff.,S.153 ff.

nicht in ihren Kram paßte.[1]

Obwohl die deutsche Arbeiterklasse in der Novemberrevolution eine Niederlage erlitten und die Grundaufgaben der Revolution nicht zu lösen vermocht hatte, beschimpften die Junker den 9. November 1918 als "die ruchloseste und sinnloseste Tat der deutschen Geschichte", durch die ihr Staat verschwunden war.[2] Sie wollten es nicht hinnehmen, daß sie nunmehr - unter den Bedingungen der parlamentarischen Republik - einen größeren Aufwand betreiben mußten, um sich gesellschaftlich zu behaupten und ihre frühere privilegierte Stellung wieder zu erlangen. "Vor dem Kriege und der Revolution", so hieß es in der agrarpolitischen Wochenschrift des RLB, "war die wirtschaftspolitische Interessenvertretung des landwirtschaftlichen Berufsstandes durch die Einwirkung auf die Zentralstellen der Gesetzgebung und Verwaltung...möglich und nötig. Nach der Revolution genügte diese Zentralisation der wirtschaftspolitischen Vertretung nicht mehr."[3] Deshalb bekämpften die Junker mit nicht versiegendem Haß die Weimarer Republik, und sie stellten ein umfangreiches Register ihrer "Übel" und "Sünden" zusammen, um die Notwendigkeit der Überwindung des Weimarer "Systems" allseitig zu begründen. "Die Landbünde ließen jedenfalls nie einen Zweifel darüber", bestätigte 1930 der RLB, "daß sie von dem Kampf gegen das System, wie es sich in der nachrevolutionären Zeit lange entwickelt hat, unter keinen Umständen ablassen. Kampf gegen das System war ihnen Kampf für Erneuerung und Kurswechsel auf allen in Betracht kommenden Teilgebieten."[4]

Das Grundübel des Weimarer Systems sahen die Junker und Landbundführer im "übertriebenen Parlamentarismus", der nicht die "Elite der Nation" sondern "die Straße zum beherrschenden politischen Faktor macht(e)".[5] In dem von der Landbund-Zentrale herausgegebenen "Bauern-ABC" wird die Verachtung der Volksmassen und die antidemokratische Grundeinstellung der Junker

1) Vgl. Autorenkollektiv, Edwin Hoernle - Ein Leben..., a.a.O., S. 251
2) "10 Jahre Landbundgedanke", a.a.O.
3) Ebenda
4) "Der Kampf gegen das System", in: RLB/AWS, Nr.17/1930, S.193.
5) P.Bang, Bauernnot..., a.a.O., S.24.

unverhohlen zum Ausdruck gebracht. "Die atomisierte Wählerschicht", heißt es dort, "die große Masse, ist ein unorganisches, völlig unberechenbares Gebilde. Es herrscht die D i k t a t u r d e r Z a h l. Abgeordnete und Parteien sind damit abhängig von der schnell wechselnden Gunst und Laune dieser Masse, von den Gelüsten des Tages, also letzten Endes von der Straße."[1]

Als negative sozialpolitische Auswirkung einer solchen "Herrschaft der plumpen Majorität"[2] beklagten die Junker die "leichtfertige" staatliche Ausgabenpolitik, unter der sie bezeichnenderweise auch die Arbeitslosenversicherung verstanden, durch die das "organisierte Faulenzertum" gezüchtet" würde;[3] und sie ließen keinen Zweifel daran, daß für sie die Beseitigung des Parlamentarismus gleichbedeutend war mit der restlosen Beseitigung jener sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, auf die die herrschende Klasse unter den Bedingungen der parlamentarischen Republik noch Rücksicht zu nehmen gezwungen war.

Ebenso hatte die wirtschaftspolitische Agitation des RLB gegen die "Mißwirtschaft des Systems", die die Axportindustrie einseitig bevorzugte und die Landwirtschaft zum Aschenbrödel herabdrückte, eine eindeutige politische Stoßrichtung. "Verbreitet die Erkenntnis", rief Paul Bang auf den erwähnten Landbund-Versammlungen Anfang 1928 aus, "daß, wer der Wirtschaft helfen will, beim Staate einsetzen muß."[4] Und Ludwig Höfler, der Hauptgeschäftsführer des Schlesischen Landbundes, erläuterte in einem Schreiben vom 11. Januar 1929 an den Kreislandbund Freystadt das Wesen des von den Landbünden zu führenden "Endkampfes der Landwirtschaft", wobei er ausdrücklich und unmißverständlich betonte: "Der Kampf für (sic! -KN) die Not der Landwirtschaft ist lediglich ein p o l i t i s c h e r M a c h t k a m p f, d.h. der Kampf um die Macht im Staate."[5]

---

1) Bauern-ABC, a.a.O., S.41 f.
2) W.Lechler, Der Kampf des deutschen Bauern..., a.a.O., S.26.
3) Vgl. Schreiben des P. Frhr.v.Richthofen vom 4.4.1928 an den Exreichskanzler Luther, in: DZA I, RLB, Nr.22a, Bl.391.
4) P.Bang, Bauernnot..., a.a.O., S.24.
5) DZA I, RLB, Nr.22 a, Bl.287. (Hervorhebung von mir -KN)

Als ein weiteres Übel des Weimarer Systems beklagten die Junker die Tatsache, daß sich die Sozialdemokratie entsprechend den Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus in einigen deutschen Ländern und Provinzen, vornehmlich in Preußen, als dominierende Regierungspartei etablieren und relativ lange behaupten konnte. Paul Bang war sich der ungeteilten Zustimmung der Junker sicher, als er gegen die Fortdauer dieses Zustandes wetterte und ausrief:

> "Nicht unsere Waffenlosigkeit, sondern das Bestehen dieser inneren Entente, die manche noch dazu für 'koalitionsfähig' halten, ist die eigentliche Fessel an unseren Füßen...Denn heute ist g a n z D e u t s c h l a n d ein v o n d e n a n d e r e n b e s e t z t e s G e b i e t, b e s e t z t v o m 'D e u t s c h e n' M a r x i s m u s...Ehe wir d a v o n nicht geheilt werden, ist an eine Rettung nicht zu denken." 1)

Die "schwarz-rote", d.h. die Weimarer Koalition zu sprengen, die "Vorherrschaft des Marxismus", d.h. die Regierung der Sozialdemokratie in Preußen zu beseitigen, war das erklärte Ziel der junkerlichen Landbundführung. "Landvolk, du bist das Salz im deutschen Volke," rief H.J. von Rohr auf der Generalversammlung des Pommerschen Landbundes anläßlich seines 10jährigen Bestehens aus, "handle in deiner Art, die Art macht Preußen frei! "H e r u n t e r m i t d e r r o t e n F a h n e, daß soll die Parole im deutschen Freiheitskampfe sein!"[2]

Zu den Sünden der Weimarer Republik auf außenpolitischem Gebiet gehörten, der Propaganda des RLB zufolge, "Allerweltsduselei", Machtverzicht, Wehrlosigkeit, Erfüllungswahnsinn, Preisgabe des deutschen Ostens u.dgl.[3] Indem die Junker das "System" mit der Verantwortung für den imperialistischen Frieden von Versailles belasteten, verbanden sie ihre revanchistisch-chauvinistische Propaganda auf raffinierte

---

1) P.Bang, Bauernnot..., a.a.O., S.8.
2) "Zehn Jahre Pommerscher Landbund", General-Anzeiger Nr.19 v. 19.1.1929, in: WAP Szczecin, Regierung Stettin, Polizei, Nr.172.
3) Vgl. W.Lechler, Der Kampf des deutschen Bauern..., a.a.O.

Weise mit dem Kampf zur Überwindung der Weimarer Republik und für die Errichtung der uneingeschränkten Diktatur der äußersten Reaktion.

Wie sollte aber die andere politische Staatsmacht beschaffen sein, die die Junker an die Stelle der ihnen so verhaßten Weimarer Republik setzen wollten? Im Prinzip waren sie aus den erwähnten naheliegenden Gründen restaurativ-konservativ eingestellt und erstrebten - in Übereinstimmung mit der programmatischen Zielsetzung der DNVP - als Endziel die Widerherstellung der Monarchie.[1] Das schloß die Wiederherstellung der Vormacht der Junker in Preußen, der Vormacht Preußens im Reich und somit die Wiederaufrichtung der militaristischen Säbelherrschaft ein. Über die konkrete Gestaltung der monarchistischen Staatsform gab es in den Reihen der Junker und der Landbünde freilich differenzierte Vorstellungen.

Die altkonservativen (monarchistisch-konservativen) Junker und Landbündler - vornehmlich solche Vertreter des alten Adels wie Kuno Graf von Westarp und Elard von Oldenburg-Januschau - erstrebten die einfache Restauration der Hohenzollermonarchie; ihr Ideal blieb das deutsche Kaiserreich der Bismarckzeit.

Die jungkonservativen (profaschistisch-konservativen) Junker und Landbundführer - so ewa H.J. von Rohr und W.Lechler - propagierten, beeinflußt von Schriften eines Edgar Julius Jung[2] oder Moeller van den Bruck[3] u.a. jungkonservativen Wortführern[4] und geistigen Wegbereitern des Faschismus, als

---

1) "Das weiteste, fernste Ziel ist die Monarchie, ist der Kaisergedanke". So Kuno Graf von Westarp am 28.März 1928 anläßlich einer Schulungswoche der DNVP.
2) Vgl. die Annotation von J.Petzold zu Bernhard Jenschke:Zur Kritik der konservativ-revolutionären Ideologie in der Weimarer Republik. Weltanschauung und Politik bei Edgar Julius Jung, Münschen 1971, in: ZfG, 1973, H.5, S.621 f.
3) Vgl. J.Petzold, Zur Funktion des Nationalismus. Moeller van den Brucks Beitrag zur faschistischen Ideologie, in: ebenda, 1973, H.11, S.1285 ff.
4) Vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, Freyburg i.B. 1960, S.148 ff.

Endziel

"das kommende neue Reich,...das verwoben ist mit der Tradition großer vergangener Zeiten, das den Klassenkampf beseitigt,...das nur die freiwillige Unterordnung und Nachfolge unter die Führung der tüchtigsten Volksgenossen kennt." 1)

Seinem Wesen nach sollte dieses dritte Reich eine "moderne", eine faschistische Diktatur sein, die das Führer-Gefolgschaftsprinzip verwirklichte,[2] seiner Form nach eine monarcho-faschistische Diktatur, in der junkerlich-preußischer Geist und faschistischer Herrschaftsmechanismus zu einer neuen staatspolitischen Einheit verschmolzen waren.[3] Die ostelbischen Junker und Landbundführer entwickelten eine spezifische Ideologie von der "nationalen Sendung des deutschen Ostens", womit sie im Grunde genommen bekundeten, daß sie und die von ihnen beherrschten Provinzen bei der Herbeiführung des staatspolitischen Systemwechsels und der Schaffung des profaschistischen dritten Reiches eine führende Rolle zu spielen gedachten. W. Lechler z.B. formulierte ihre Maxime so: "Vom deutschen Osten allein kann und wird das neue Reich kommen...Der deutsche Osten muß die Keimzelle für Deutschlands Wiederaufstieg werden, das ist die große Aufgabe des deutschen Landvolkes, seine geschichtliche Mission."[4] Zu ihrer"Begründung" führte er aus, daß das Bürgertum der großen Städte in seiner Masse eine staatspolitische Änderung nicht herbeiführen werde; aber aus der

---

1) W.Lechler, Der Kampf des deutschen Bauern..., a.a.O., S.31.
2) "Haben die Führer im Landvolke...erst einmal die gemeinsame Front hergestellt,...dann wird die Bahn geebnet sein für den g r o ß e n F ü h r e r, der das Deutsche Reich zum deutschen Bauern-, zum wahren Volksstaat machen wird." Ebenda, S.34 (Hervorhebung von mir -KN).
3) "Mussolini selbst hat es ausgesprochen, daß Faschismus und Preußentum nur verschiedene Bezeichnungen für denselben Begriff, den Dienst am Volke seien, und daß bei vielen Maßnahmen das altpreußische Vorbild ihn leitete. Hieraus mögen wir Zeichen und Beweise nehmen, daß der von uns getragene und gepflegte Gedanke des Preußentums...keine tote oder sterbende Idee oder Kraft ist, sondern daß diese, auch auf ihrem eigenen Boden gepflegt und gehegt, zur n e u e n B l ü t e gelangen kann." E.F.Heuer, der Faschismus in Italien, in: Brandenburgischer Landbund-Kalender für das Jahr 1931, S.37. (Hervorhebung von mir -KN)
4) W.Lechler, Der Kampf des deutschen Bauern..., a.a.O., S.37.

Schicksalsverbundenheit des Ostens werde "der Wille zur Macht wieder erstehen."[1)]

H.J. von Rohr hielt auf dem 10. Reichsparteitag der DNVP am 20. September 1931 in Stettin eine Rede,[2)] in der er die deutsch-nationale Kampfparole "Der deutsche Osten" und damit zugleich die junkerliche Ideologie von der "nationalen Sendung des deutschen Ostens" interpretierte, deren Grundthesen am prägnantesten in folgenden Sätzen zum Ausdruck kommen:[3)]

(1) "Hier (im Osten -KN) wuchs ein kärgliches Brot, aber es wuchs hier zugleich die b e s t e S t a a t s i d e e der Welt."

(2) "Hier wehte ein rauher Wind, aber es wuchs unter ihm zugleich der b e s t e S o l d a t der Welt."

(3) Die besten Männer aller deutschen Stämme hätten in der Geschichte ihre Aufgabe darin gesehen, Preußens Diener zu sein und sich auf den Osten zu orientieren. Unter Hugenbergs Führung sei der Kampf der "nationalen Opposition" entsprechend eingestellt und - wie selbstverständlich - stünden "hier im Osten seine s t ä r k s t e n B a t a i l l o n e."[4)]

(4) Hier würde "die Machtergreifung durch die nationale Opposition etwas anderes als nur ein Wechsel von Ministersitzen", hier würde sie "zur n a t i o n a l e n R e v o l u t i o n" führen.

Letzteres unverblümt ausgedrückt hieße: hier würde die von den ostelbischen Junkern postulierte Machtergreifung durch die extreme Reaktion zur radikalen Ablösung der parlamentarischen Republik, zur Errichtung der uneingeschränkten Diktatur junkerlich-preußischer/monarcho-faschistischer Prägung führen.

Diesen "Systemwechsel" kündigten die Landbundideologen zugleich als den Beginn für Deutschlands angeblichen Wiederaufstieg an. Aufgabe derjenigen Landbündler, die Führer sein

---

1) Ebenda
2) (H.J.) von Rohr-Demmin, Der deutsche Osten (Deutschnationale Flugschrift, Nr.355), Berlin (1931)
3) Ebenda, S.2 und S.8. (Hervorhebung von mir -KN)
4) Die Mehrheit der Junker orientierte sich zunächst auf die

wollten, erklärte W.Lechler, sei es, dem deutschen Bauern des Ostens die unerschütterliche Hoffnung und den felsenfesten Glauben an den Sieg des deutschen Ostens und damit ganz Deutschlands, an Deutschlands Wiederaufstieg ins Herz zu pflanzen. Der Wiederaufstieg sollte aber keineswegs durch friedliche und schöpferische Arbeit erreicht werden, sondern - ganz nach altpreußischem Vorbild - durch Anwendung militärischer Gewalt, durch Raub- und Eroberungskrieg. Lechler ließ keinen Zweifel daran, "daß der neue Staat, das neue Reich nur allein aus Blut und Eisen geboren,"[1] und das Großdeutsche Reich vornehmlich über die Ostexpansion geschaffen werde.[2]

Der Kernpunkt der taktischen Differenzen im Lager der herrschenden Klasse, also auch unter den Junkern, war die Frage, wie sie ihr "Endziel", die uneingeschränkte Diktatur, erreichen konnten, welches Tempo sie dabei einschlagen und welche Methoden sie anwenden sollten. Vor die Frage, auf welche Weise diese Diktatur so schnell und zugleich so risikolos wie möglich errichtet werden konnte, sah sich die herrschende Klasse in aller Schärfe erstmalig nach dem gescheiterten Kapp-Putsch gestellt, und dann - in zunehmendem Maße - in den Jahren der Weltwirtschaftskrise.

Der Kapp-Putsch, an dessen Vorbereitung und Durchführung prominente ostelbische Junker und Landbundführer maßgeblich beteiligt waren,[3] war der bedeutendste Versuch ultrareaktionärer Kräfte, die Weimarer Republik schon in ihrer Anfangs-

---

DNV als potentielle staatstragende Partei und sah in deren Führer Hugenberg auch das Haupt der angestrebten monarchofaschistischen Diktatur. Bemerkenswert ist, daß die oben skizzierte junkerliche Ideologie in Pommern und Brandenburg besonders aktiv entwickelt und propagiert wurde, d.h. in Kernprovinzen des ostelbischen Krautjunkertums, die zugleich Hochburgen der DNVP, des Stahlhelms u.a. reaktionärer Verbände waren.

1) W.Lechler, Der Kampf..., a.a.O., S.37.

2) "Dann wird dieses deutsche Landvolk im Osten nichts mehr zurückzuhalten vermögen, wenn der Führer zu den Waffen ruft, um Polen in seine Schranken zurückzuweisen, um unser altes deutsches Siedlungsland wiederzuholen. Wie ein Mann wird dann der deutsche Osten aufstehen, wenn der Ruf ertönt: 'Gen Ostland wollen wir reiten!'" Ebenda, S.36.

3) Vgl. M.Polzin, Kapp-Putsch in Mecklenburg, a.a.O., S.92 ff; W.Ruge, Weimar- Republik auf Zeit, a.a.O., S.51 ff.

phase in einem Frontalangriff zu beseitigen und über eine offene Militärdiktatur die Monarchie wieder einzuführen. Die Niederlage der antirepublikanischen Verschwörer, der Vorhut der abenteuerlich-militaristischen Fraktion der herrschenden Klasse,[1] vermittelte auch diesen Kräften die Lehre, daß sie nicht mit einem Schlag und ohne Massenbasis ihre Gewaltherrschaft errichten konnten. So setzte sich nach dem Mißlingen des Kapp-Putsches in der Politik der herrschenden Klasse zunächst die wendig-parlamentarische Linie durch.

Das trifft in bestimmtem Maße auch auf die Politik des RLB in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zu. Daß der Landbund trotz der antiparlamentarischen Grundeinstellung der Junker in der Weimarer Republik nicht absolut parlamentarische Abstinenz übte, war sowohl politisch als auch ökonomisch begründet. Zum politischen Motiv äußerte sich andeutungsweise Kurt von Rohr-Manze auf der Führertagung des Schlesischen Landbundes am 4. Oktober 1928, als er sagte: Bekämpfen können wir den Parlamentarismus nur dadurch, daß wir ihn für uns ausnutzen, soweit das eben möglich ist."[2] Georg Schiele, Vorsitzender des Landesverbandes Halle-Merseburg der DNVP, hatte es in der Vorstandssitzung des Provinzsächsischen Landbundes am 20. Juni 1928 noch deutlicher erklärt. Indem er die gedankenlos unpolitische, nur gefühlsmäßige Ablehnung des Parlamentarismus kritisierte, führte er aus:

> "Aber damit wird der Parlamentarismus als Prinzip nicht besiegt. Im Gegenteil, man überläßt das Kampffeld dem Gegner. Was denkt man sich eigentlich dabei? Will man auf den D i k t a t o r warten? D e r k o m m t n i c h t o h n e u n s e r Z u t u n vom Himmel...Unsere einfache verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist es, den Gegner mit denselben Waffen, die er hat, zu besiegen: mit diesem radikalsten aller Wahlrechte...Mir gefällt der Parlamentarismus auch nicht. Aber ich sehe keinen anderen Weg, als durch ihn hindurch zu gehen, ihn zu erobern." 3)

1) Vgl. W.Ruge, a.a.O., S.52.
2) Kurt von Rohr-Manze, Das sozialistische Agrarprogramm. Schriftenreihe des Schlesischen Landbundes, H.15, Breslau und Schweidnitz 1928, S.14.
3) DZA I, RLB, Nr.50, Bl.110. (Hervorhebung von mir -KN)

Solche aufschlußreichen Erklärungen zeigen, wie auch im Lager der militaristisch-profaschistischen Reaktion politisch beweglichere Kräfte bemüht waren, taktische Engstirnigkeiten unter den Landbündlern zu überwinden und sie darauf zu orientieren, alle Wege und Methoden zu nutzen, die zur Errichtung der faschistischen Diktatur führten: nicht nur den kürzeren aber offenen und waghalsigen Weg eines direkten Staatsstreiches, sondern auch den langwierigen, aber verdeckten und weniger riskanten Weg, der mit freien Wahlen "gepflastert" war.

Das ökonomische Motiv einer derart widerspruchsvollen Einstellung zum Parlamentarismus erläuterte der RLB in seiner agrarpolitischen Wochenschrift wie folgt:

> "Das politische Machtinstrument des Parlamentarismus darf nicht dem Gegner überlassen werden. Es gibt kaum ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz, das keine Rückwirkungen auf die Verhältnisse der Landwirtschaft hätte. Daher sucht der Reichs-Landbund aus dem Parlament herauszuholen, was sich herausholen läßt." 1)

Aus dem gleichen Grunde, d.h. um ihre wirtschaftspolitischen Interessen besser durchsetzen und die neue staatliche Zoll- und Steuergesetzgebung direkt beeinflussen zu können, gab die Landbundführung vor den Reichstagswahlen im Dezember 1924 die Parole "Hinein in den Staat!" aus; und sie verkündete, daß nur eine bürgerliche Regierung mit "gebührender Vertretung des ältesten und wichtigsten Berufsstandes, der Landwirtschaft", in der Lage und berufen sei, "die Geschicke des Reiches...zu leiten."[2] Ausdruck dieser politischen Idnie war die Beteiligung solcher führender Landbundvertreter wie M.Schiele und W. v. Keudell an den Bürgerblockregierungen Luther (1925) und Marx (1927/28).[3]

Charakteristisch für die vom RLB in dieser Periode verfolgte Taktik war also das Bestreben der Junker und Agrarkapitalisten, sich zunächst auf den Boden der Realitäten zu stellen

---

1) "10 Jahre Landbundkampf", in: RLB/AWS, Nr.3 v.19.1.1929.
2) "Kabinettsbildung und Landwirtschaft",in: RLB Nr.51/52 v. 19.12.1924; K.Hepp, Zum neuen Jahr,in: Deutsche Tageszeitung Nr. 1 v. 1.1.1925.
3) Vgl. W.Ruge, Weimar - Republik auf Zeit, a.a.O.,S.203 ff.

und die Rechtsstaatlichkeit der parlamentarischen Republik äußerlich zu respektieren, ohne sie jedoch anzuerkennen, um sie vielmehr in einer längeren Frist, schrittweise und von innen her, auszuhöhlen und schließlich zu beseitigen.

In dieser taktischen Konzeption der Junker nahm Paul von Hindenburg einen zentralen Platz ein. Schon Anfang 1922 hatte dieser pommersche Junker und kaiserliche Generalfeldmarschall die Ehrenpräsidentschaft des RLB übernommen.[1] Die Versammlung der "Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands", in der die Kandidatur Hindenburgs für die Reichspräsidentenwahl 1925 beschlossen wurde, hatte im großen Sitzungssaal des Reichslandbund-Hauses stattgefunden. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten wurde als "ein starker Landbunderfolg" gefeiert,[2] und die Junker knüpften daran große Hoffnungen hinsichtlich der Verwirklichung ihrer taktischen Konzeption, zumal ihnen Hindenburgs politische Grundeinstellung nicht unbekannt war. Während sich solche erzkonservativen Junker wie Elard von Oldenburg-Januschau bemühten, Hindenburg zu einer unverzüglichen Beseitigung des Parlamentarismus und zur Errichtung einer monarcho-militaristischen Diktatur zu bewegen,[3] wollten die geistig und taktisch beweglicheren Junker ihre langfristige Konzeption zur Beseitigung der Weimarer Republik wohl auch mit Hindenburgs Hilfe, aber schrittweise, und zwar auf dem Wege einer Reform der deutschen Reichsverfassung verwirklichen

1) Vgl. RLB/AWS Nr.8 v. 25.2.1922.
2) Vgl. ebenda, Nr.4 v. 23.1.1926.
3) "Allgemein kann ich...sagen, daß mein Versuch der Einflußnahme auf Hindenburg getreu meiner alten Linie auf eine Beseitigung des Parlamentarismus und Herstellung einer Diktatur abzielte. Diese Versuche waren in den ersten Jahren zum Scheitern verurteilt. Erst später, als die Entwicklung sich selber ihren Weg gesucht hatte und die Beschlüsse des Reichstages durch Notverordnungen abgelöst waren, war das erste Eis gebrochen."
Elard von Oldenburg-Januschau, Erinnerungen, a.a.O., S.218 f.

Schon in Erwartung der Wahl des neuen Reichspräsidenten forderte die Vertreterversammlung des RLB am 21. Februar 1925 in einer Entschließung zur politischen Lage[1] eine Reform der deutschen Verfassung, insbesondere durch den Ausbau der gesetzgebenden Funktionen. Im einzelnen sollten folgende wesentliche Änderungen herbeigeführt werden:[2]

1. eine Umgestaltung der Führungsorgane des Reiches, d.h. eine Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten, vor allem durch Änderung des Artikels 54, der den Reichskanzler und die Reichsminister in ihrer Amtsführung abhängig machte vom Vertrauen des Reichstages. Nunmehr sollte der Reichskanzler und seine Minister lediglich dem Reichspräsidenten verantwortlich sein. Zugleich wurde das Vetorecht des Finanzministers oder der Regierung in Finanzfragen und die Selbstbeschränkung des Parlaments gefordert;
2. die Schaffung von Gegengewichten gegenüber dem "Einkammerabsolutismus", vor allem durch Schaffung einer nach berufsständischen Gesichtspunkten gegliederten zweiten gleichberechtigten Kammer (Herrenhaus);
3. die Neugestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern, wodurch vor allem die Vorherrschaft Preußens im Reich wiederhergestellt werden sollte.

Die Führertagung des RLB am 7. und 8. November 1927 beschäftigte sich erneut und ausschließlich mit verfassungspolitischen Vorstellungen. Dort wurden Wege und Möglichkeiten zur Rationalisierung des Verhältnisses von Reich und Ländern im Rahmen der Weimarer Verfassung und durch ihre Weiterentwicklung untersucht sowie "Lehren aus der deutschen Vergangenheit, insbesondere der Bismarckzeit, für den künftigen Aufbau des Reiches" abgeleitet.[3]

---

1) DZA I, DNVP, Nr.24, Bl.39.
2) Vgl. auch die von der Direktion K des RLB verfaßte Denkschrift "Kurzer Überblick über die deutsche Verfassungsfrage (Material zur Vorstandssitzung des RLB im Januar 1928)" ebenda, B.17 ff.
3) Vgl. RLB/AWS, Nr.42 v. 22.10.1927.

Als am 6. Januar 1928 in Berlin der "Bund zur Erneuerung des Reiches"[1] gegründet wurde, gehörten auch prominente Großgrundbesitzer und Landbundführer wie E. Graf v. Kalckreuth und T. Frhr. v. Wilmowsky zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufes. Wilmowsky, der zugleich als stellvertretender Vorsitzender fungierte, beklagt in seinen Erinnerungen, daß die Projekte des Lutherbundes an der "politischen Unreife der Radikalen des rechten wie des linken Flügels" scheiterten.[2] Damit ist angedeutet, daß es im Lager der herrschenden Klasse taktische Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Herangehens an die Überwindung des Parlamentarismus gab.

In der Tat zeichnete sich im Jahre 1928 bereits deutlich ab, daß sich die Rechtskräfte in den bürgerlich-junkerlichen Parteien und Verbänden wieder in den Vordergrund drängten und ihre Frontalangriffe gegen die Weimarer Republik aktivierten. Der alldeutsch-völkische Flügel in der DNVP und im RLB setzte der parlamentarisch-wendigeren Linie, der Taktik der "positiven Mitarbeit" im Staat der Weimarer Republik erneut und in zunehmender Schärfe die intransigente Obstruktionspolitik entgegen.[3] Er oppornierte auch gegen die vom Lutherbund propagierten Unitarisierungspläne,[4] im besonderen die Projekte zur Überwindung des sogenannten Dualismus Reich - Preußen, weil sie das "Grundübel" des Weimarer Systems nicht radikal beseitigten, sondern "den parlamentarischen Unterbau des Reiches und Preußens in irgend einer Form erhalten woll(t)en,"[5] auch weil gerade die ultrareaktio-

---

1) Vgl. Die bürgerlichen Parteien..., Handbuch, Bd.II, a.a.O., S.195 ff.
2) T. Frhr. v. Wilmowsky, Rückblickend..., a.a.O., S.120.
3) Vgl. S. 87 der vorliegenden Arbeit.
4) So Paul Bang: "Laßt Euch den Blick nicht ablenken vom Wesentlichen durch die Vorgänge, die man jetzt auf die Tagesordnung gesetzt hat, durch Erörterung von Unitarisierung und Ähnliches...Die Quelle des Übels liegt in einem übertriebenen Parlamentarismus...Unser Volk ist zugrunde gegangen an der unbefriedigten Sehnsucht, regiert zu werden." In: Bauernnot, a.a.O., S.23 f.
5) Vgl. RLB-Denkschrift "Kurzer Überblick über die deutsche Verfassungsfrage", a.a.O., Bl.32.

nären Junker nicht ein Aufgehen Preußens im Reich, sondern die völlige Wiedereroberung Preußens und damit des Reiches erstrebten.

Zugleich bekundeten diese Kräfte wieder wachsendes Interesse für den Faschismus[1] als einer vielversprechenden Variante der von ihnen angestrebten Gewaltherrschaft. Anfang November 1928 reiste eine Studienkommission pommerscher und brandenburgischer Landbundführer nach Italien,[2] um den Prototyp des faschistischen Staates persönlich in Augenschein zu nehmen und sein Wesen zu erforschen. Über die Impulse, die die Landbündler dort für ihren Kampf um die faschistische Diktatur in Deutschland empfangen hatten, schrieb H.J. v. Rohr: "Am Anfang aller Hoffnung...steht für uns ein starkes Deutschland. Wir glauben - auf Grund dessen, was wir drüben sahen - um dieses letzte Ziel den Kampf des Pommerschen Landbundes noch besser leiten zu können als bisher."[3] Indem sie das Resumé ihrer Italienreise zogen, bekannten die pommerschen Landbundführer in aller Offenheit, daß sie "keine größere Aufgabe" sähen als die, "dem Wirken wirtschaftlicher Unvernunft in Deutschland ein Ziel zu setzen und den Marxismus zu überwinden." Hier glaubten sie, "in Italien, dem beides gelang, die Rückkehr zur wirtschaftlichen Vernunft und zur Zerschmetterung des Marxismus, manche Anregung gefunden zu haben."[4] In einer Nachlese zu den Ergebnissen der Italienreise bekräftigte der Landbundideologe von Eickstedt ihre Bedeutung für den Kampf des Landbundes auch unter

---

1) Schon 1922 hatte die Führung des Brandenburgischen Landbundes ihre Sympathien für den Faschismus öffentlich bekundet. Diesen Stoßseufzer sollten all ihre Mitglieder vernehmen: "Herrgott, wenn doch Deutschland auch einen Mussolini hätte!" Brandenburgischer Landbund, Jg.1922, Nr.42, Zit. bei Rolf Becker, a.a.O., S.30.

2) Leiter der Kommission war H.J. v. Rohr. Ihr gehörten außerdem an: Landbunddirektor v. Oertzen-Stettin, der Vorsitzende des Reichslandarbeiterbundes Johannes Wolf-Stettin, Major v. Bonin-Gülzowshof und v. Wedemeyer-Plätzig (letzterer für den Brandenburgischen Landbund). "Aus Italien zurück", in: der Pommersche Landbund, Nr.46 v. 1711.1928.

3) (H.J.) von Rohr, Schimpft nur!, ebenda, Nr.51 v.22.12.1928.

4) "Aus Italien zurück", a.a.O.

dem Aspekt künftiger deutscher Agrarpolitik. "Bei aller notwendigen Zurückhaltung", schrieb er, nötigt doch die systematische und zielbewußte italienische Wirtschaftspolitik Bewunderung ab, und unsere Führer könnten in dieser Beziehung viel vom heutigen Italien lernen!...Faschistische N a t i o n a l w i r t s c h a f t zeigt uns, wo auch einmal bei uns der Hebel anzusetzen ist."[1)]
Zunächst aber mußten sich auch die intransigenten, ungeduldig auf den Übergang zur faschistischen Gewaltherrschaft drängenden Junker mit den Realitäten der parlamentarischen Republik auseinandersetzen und der Erfahrung Rechnung tragen, daß sie diesen Übergang risikolos nicht ohne Massenbasis vollziehen konnten. In Übereinstimmung mit dem schwerindustriellen Flügel der DNVP waren die Junker auf eine kleinbürgerlich-chauvinistische Massenbasis eingestellt,[2)] wobei sie es als ihre ureigenste Aufgabe betrachteten, die potentiellen Bundesgenossen des Proletariats auf dem Lande von der revolutionären Arbeiterbewegung zu trennen und alle Klassen und Schichten der Landbevölkerung unter ihrem Einfluß und ihrer Herrschaft zu sammeln.

Im RLB besaßen die Junker ihr wichtigstes und zugleich wirksamstes Instrument dafür, eine derartig heterogene Massenbasis der Reaktion nicht nur organisatorisch, sondern auch ideologisch zusammenzuhalten. Alle Sammelparolen des RLB gingen von der Landvolkidee aus, die in den verschiedensten Varianten propagiert wurde. Schon im Programm des RLB heißt es:

> "Der Reichs-Landbund will ohne Rücksicht auf Besitzgröße, auf Parteizugehörigkeit und Glaubensbekenntnis alle Landbewohner sammeln und damit die deutsche Landwirtschaft stark machen zur Erfüllung ihrer Pflicht, das deutsche Volk aus eigener Kraft zu ernähren." 3)

---

1) "Faschistische Agrarpolitik", ebenda, Nr.18 v. 4.5.1929.
2) Vgl. W.Ruge, Deutschnationale Volkspartei, a.a.O., S.717.
3) Organisationsbuch des RLB, 1929, a.a.O., S.10. Vgl. auch Auszug aus den Satzungen, ebenda, S.9.

Und in den Leitsätzen des RLB wird dem noch hinzugefügt: "Wir Bewohner des platten Landes und Bearbeiter der deutschen Scholle bilden eine unlösbare Lebens-, Arbeits- und Schicksalsgemeinschaft. Wir sind auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Jeder einzelne gehört in unsere Reihen."[1)]

Es versteht sich, daß die Junker, die den RLB selbst als "die größte Bauernorganisation" priesen, in der es unter den 1,7 Millionen besitzenden Mitgliedern nur 20 000 Großgrundbesitzer gab,[2)] zuallererst darum besorgt sein mußten, die Bauern, im besonderen die Masse der werktätigen Bauern, fest und dauerhaft in diese "Einheitsfront" zu integrieren. Deshalb knüpften sie ganz bewußt an den ausgeprägten Eigentumssinn der Bauern an, um sich immer wieder als ihre Beschützer zu empfehlen und die Schicksalsgemeinschaft aller Grundbesitzer, der großen wie der kleinen, zu beschwören. Im Organ des Schlesischen Landbundes wurde nicht von ungefähr erklärt: "Wer an die Seele des Bauern herankommen will, muß auf dessen seelische Verbundenheit mit der eigenen, noch so kargen Scholle bedacht sein."[3)]
Unter diesem Aspekt verfaßte Graf Kalckreuth persönlich einen Artikel für die landbundeigene Presse,[4)] in welchem er betonte, daß der Privateigentumsgedanke einer der Pfeiler sei, auf dem die gesamte Landwirtschaft ruhe. Von der antikommunistischen Kolportage ausgehend, daß durch den Marxismus zuerst "die Großen erledigt" werden sollten, "um die Bauernschichten alsdann leichter betören, beherrschen und ausbeuten zu können," zog er den Schluß, daß sich in der Abwehr der marxistischen Tendenz gegen das Privateigentum an Grund und Boden das gesamte deutsche Landvolk unter dem schirmenden Dach des RLB zu einer "Kampfes- und Schicksalsgemeinschaft" zusammenschließen müsse.[5)] Damit bekräftigte

---

1) DZA I, RLB, Nr.42 a, Bl.287. Vgl. auch "Der landwirtschaftliche Einheitsgedanke", in: RLB/AWS, Nr.11, v.16.3.1929.
2) "Reichs-Landbund, die größte Bauernorganisation, in: Bauern-ABC, a.a.O., S.138 f.
3) Schlesischer Landbund, Nr.46 v. 12.11.1931.
4) (E.) Graf(v.) Kalckreuth, Warum muß der Großgrundbesitz zum Reichs-Landbund halten? In: DZA I, RLB, Nr.60, Bl.12 ff.
5) Ebenda.

der junkerliche Landbund-Präsident die antikommunistische Stoßrichtung der Landvolkideologie, und er bestätigte auf seine Weise Marx' Feststellung, daß der Eigentumstitel des Bauern der "Talismann" sei, "womit das Kapital ihn bannte, der Vorwand, unter dem es ihn gegen das industrielle Proletariat aufhetzte."[1)]

Um jegliche Aufgeschlossenheit der Bauern gegenüber revolutionären oder Reformbestrebungen im Keime abzutöten, suchten die Junker die konservativ-reaktionären Bewußtseinselemente unter der Bauernschaft zu erhalten und zu festigen. Deshalb propagierten sie einen speziellen Mythos vom "Bauernstand als Wurzel und Stamm der Deutschen."[2)] Es sei ein Unglück und Unheil für das Volk, so argumentierten sie, wenn sein Leben sich immer mehr in die Großstädte verlagere. Das Land aber sei der Jungbrunnen des Volkes, der Hort der Volkskraft, die Landwirtschaft die Mutter aller wirtschaftlichen Kultur, die Bauernkultur die Quelle jeder echten völkischen Kultur. Im deutschen Landvolk lägen die stärksten Wurzeln deutscher Art und Kraft. Der Bauer sei traditionsgebunden; durch die Jahrhunderte sei er geblieben, was und wie er war. Er sei Rassenerhalter, Arterhaltung und Gesunderhaltung der Rasse seien ihm eine natürliche Pflicht; Mischehen mit Blutsfremden kämen im Bauerntum nicht vor. Grundlage eines jeden Staatsgebildes sei der Stand, der den Boden bebaue, der Bauer also des Vaterlandes erster Sohn. Vom willensstarken Bauerntum werde schließlich der Wille zur "völkischen Erneuerung" ausgehen.[3)]

Nächst den Bauern waren es die Landarbeiter, um deren Einordnung in die reaktionäre landwirtschaftliche Einheitsfront sich die Junker aus naheliegenden Gründen besonders bemühten. "Das Schicksal der Landwirtschaft", schrieb H.J. von Rohr, "trifft...den Landarbeiter ebenso wie den Bauern. Sie gehören also beide gleicherweise in die Kampffront des Landvolks

1) K.Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1859, in: Marx/Engels, Werke, Bd.7, Berlin 1960, S.84.
2) Vgl. "Bauernkultur als Quelle echter völkischer Kultur" u. "Bauer, Volk und Staat", ins Bauern-ABC, a.a.O., S.15 ff.
3) Ebenda.

hinein."[1] Bei der theoretischen Begründung dieser These der Landvolkideologie und ihrer praktischen Umsetzung stützten sich die Junker auf die reaktionär-patriarchalische Stände- bzw. Berufsstandsideologie. Seinem ersten Programmpunkt zufolge erstrebte der RLB den "Aufbau des Staates auf berufsständischer Grundlage bei Erhaltung des Privateigentums und unter Verpflichtung zu Werte schaffender Arbeit."[2]
H.J. von Rohr war unter den Junkern zweifellos der profilierteste Verfechter der Stände- bzw. Berufsstandsideologie. Im Sommer 1926 gründete er die "Berufsständische Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landwirtschaft",[3] um den berufsständischen Gedanken zu verbreiten und "die Umstellung der vorhandenen Landvolkorganisationen auf eine berufsständische Grundlage durchzusetzen."[4] Der von der Arbeitsgemeinschaft propagierten und organisierten "berufsständischen Bewegung" lagen die folgenden Ausgangsthesen zugrunde:

1. Da 70 % des deutschen Volkes Arbeiter seien, würde nur eine solche Bewegung den Marxismus überwinden, die auch den Arbeiter zum wesentlichen, vielleicht sogar zum ersten Träger ihres Kampfes machte. Konservative Staatskunst, die Bauer und Bürger zu Stützen des Staates gemacht habe, sei jetzt dem Arbeiter gegenüber vor eine ähnliche Aufgabe gestellt. Es ginge um "die E i n o r d n u n g d e s A r b e i t e r s i n S t a a t u n d V o l k."[5]

---

1) Hans Joachim von Rohr, Entproletarisierung (Sonderdruck aus der Wochenschrift "Der Ring", H.36 v.2.9.1928), in: STA Schwerin, Mecklenburg-Schwer. MdI, Nr.21259, Bl.193.
2) Organisationsbuch des RLB, 1929, a.a.O., S.9.
3) Vgl. H.J. von Rohr, Berufsständisches Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landwirtschaft - Jahresbericht v. 1.7.1927 bis 30.6.1928, in: Schriften des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Berlin 1930; S.46 ff., DZA I, RLB, Nr.30 a, Bl.18 f. u.25.
Die analoge Organisation bestimmter Kreise der Schwerindustrie war die 1924 von P.Bang, E.Stadtler u.a. Exponenten des alldeutsch-völkischen Flügels der DNVP gegründete "Deutsche Industriellenvereinigung", 1926 umbenannt in "Bund für Nationalwirtschaft und Werkgemeinschaft". Vgl. den entsprechenden Artikel von Christa Thlame, a.a.O.
4) H.J. von Rohr, Berufsständische Arbeitsgemeinschaft..., a.a.O., S.52.
5) Ders., Entproletarisierung, a.a.O.

2. Der Versuch, "eine wahre Volksgemeinschaft zu schaffen," sei bisher niemals geglückt, "solange man um den Boden der Wirtschaft selbst herumging."[1] Wo sich in der Wirtschaft Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Arbeiter und Unternehmer getrennt gegenüberstünden, könne die "soziale Frage" nicht gelöst, die "wahre Volksgemeinschaft" nicht dauerhaft begründet werden; denn "v o m g e w e r k s c h a f t l i c h A b g e s p e r r t e n z u m K l a s s e n k ä m p f e r i s t e s n u r e i n S c h r i t t, (und) hinter dem H a ß gegen das Unternehmertum steht der Ruf nach der D i k t a t u r d e s P r o l e t a r i a t s."[2] Aus eben diesem Grunde vertrat der junkerliche RLB "im Verhältnis von Arbeitgebern zu Angestellten und Arbeitnehmern...schärfste Ablehnung des Klassenkampfgedankens."[3]

Wie stellten sich nun die Junker die "Überwindung" des Klassenkampfes und die Schaffung ihrer "wahren Volksgemeinschaft" vor? "Wer eine deutsche Volksgemeinschaft und einen deutschen Staat aufbauen will," hieß es im Pommerschen Landbund, "muß sich freimachen von der Gewerkschaftsideologie der Vor- und Nachkriegszeit und muß sich ganz einsetzen für den Gedanken der Zusammenarbeit auch in der Wirtschaft."[4] Es war das erklärte Ziel der Berufsständischen Arbeitsgemeinschaft, "durch eine berufsständische Organisation der Landwirtschaft die Aufspaltung des Volkes in Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zu beenden, den Arbeiter dadurch wieder zur Gemeinschaft mit der Wirtschaft zu führen und so den Ausgangspunkt für Klassenkampf und Marxismus zu zerstören."[5] Die berufsständische Organisation sollte also "die verlorengegangene Gemeinschaft aller in der Wirtschaft Arbeitenden

---

1) "Stand und Klasse", in: Der Pommersche Landbund, Nr.19 v. 9.5.1931.
2) H.J. von Rohr, Entproletarisierung, a.a.O.
3) "Reichs-Landbund, Aufbau - Gliederung", in: Bauern-ABC, a.a.O., S.138.
4) "Stand und Klasse", a.a.O.
5) H.J. von Rohr, Berufsständische Arbeitsgemeinschaft..., a.a.O., S.46.

wieder herstellen" und somit die soziale Frage "lösen", jedoch nicht durch materielle Besserstellung des Arbeiters, denn sie sei "im Kern ein s e e l i s c h e s P r o b l e m", sondern durch seine "g e i s t i g e und w i r t s c h a f t l i c h e E n t p r o l e t a r i s i e r u n g."[1] Eine solche angebliche Entproletarisierung würde durch die Einordnung der Landarbeiter in das werksgemeinschaftliche Verhältnis erreicht, das die Junker nach dem Führer-Gefolgschafts-Prinzip auf ihren Rittergütern praktizierten. Um die Einordnung der Landarbeiter in eine solche Art reaktionärer "Volksgemeinschaft" waren junkerliche Arbeitgebergruppen und wirtschaftsfriedliche Landarbeiterorganisationen[2] gleichermaßen bemüht. Den nichtfriedlichen, klassenbewußten Landarbeitern aber wurde die Verfolgung durch die Landbund-Organisation angedroht. "Diese Arbeiter müssen wissen," hieß es in einem Schreiben der Arbeitgebergruppe des Pommerschen Landbundes vom 15.4.1929 an die Kreisgruppen, "daß sie, solange sie mit den Arbeitgebern nicht werkgemeinschaftlich zusammenarbeiten wollen, in keinem Betrieb heimisch werden."[3]

H.J. von Rohr wies ausdrücklich darauf hin, "daß der Gedanke der Werksgemeinschaft a l l e i n die völkische Gemeinschaft nicht schaffen" könne, weil nicht sichergestellt sei, daß ein übergeordnetes Gericht in Streitfällen Recht spräche. Unbedingt notwendig sei folglich "ein Überbau über den Werksgemeinschaften, wie er im berufsständischen Aufbau des Pommerschen Landbundes geschaffen ist."[4] Also verkörperte der Landbund die berufsständische Organisation, die alle von der Rentabilität des gleichen Wirtschaftszweiges (der Landwirtschaft) Lebenden umfaßte.[5] Und von Rohr verkündete:

---

1) Ders., Entproletarisierung, a.a.O.
2) Vgl. H.Hildebrandt, a.a.O.
3) DZA II, Rep.87 B, Nr.330, Bl.2 ff. Das Schreiben war vom Rittergutsbesitzer v. Flemming unterzeichnet, der zugleich Vorsitzender der Arbeitgebergruppe des Pommerschen Landbundes und Präsident der Pommerschen Landwirtschaftskammer war.
4) "Stand und Klasse", a.a.O.
5) H.J. von Rohr, Berufsständische Arbeitsgemeinschaft, a.a.O., S.47.

"In dem Augenblick, wo an die Stelle der h o r i z o n t a l e n Klassenschichtung die v e r t i k a l e G l i e d e r u n g d e r W i r t s c h a f t t r i t t, sind Arbeitertum und gesinde Oberschicht wieder verbunden."[1] "Eine solche Organisation erzieht ihre Mitglieder zur Überwindung des nackten Einzelinteresses und zum Dienste an der Gemeinschaft."[2] In ihr wird "der Unternehmer zum ersten Diener der Wirtschaft und der Arbeiter zum verantwortlichen Mitträger erzogen. Aus Feinden werden Kampfgefährten. Die soziale Frage findet ihre Lösung...Der Weg zur Volksgemeinschaft ist frei."[3]

Die anachronistische Wiederbelebung der Ständeideologie durch die Junker in den Jahren der Weimarer Republik war die ideologische Reaktion der herrschenden Ausbeuterklassen auf das Wachstum und die zunehmende Emanzipationsbewegung der Arbeiterklasse seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Novemberrevolution in Deutschland. Die Junker um H.J. von Rohr[4] sahen in der angestrebten "Entproletarisierung des Arbeitertums" durch die berufsständische Organisation nicht nur ein geeignetes Mittel, die Landarbeiter im Rahmen ihrer betrieblichen "Werksgemeinschaft" durch Anwendung des militaristisch-faschistischen Führer-Gefolgschafts-Prinzips bequemer niederzuhalten und auszubeuten, sondern in der berufsständischen Bewegung auch den "Wegbereiter staatspolitischer Machtbildung",[5] die sie als

---

1) Ders., Entproletarisierung, a.a.O.
2) "Stand und Klasse", a.a.O.
3) H.J. von Rohr, Berufsständische Arbeitsgemeinschaft, a.a.O., S.48.
4) Die Liste der Förderer der Berufsständischen Arbeitsgemeinschaft, die nach den Angaben vom Jahre 1928 durch Geldbeiträge die Bewegung unterstützten, zählte insgesamt 251 Großgrundbesitzer, meist adliger Herkunft. Davon entfielen 17 auf Brandenburg, 22 auf Mecklenburg und 212 allein auf Pommern. Vgl. ebenda, S.56 ff.
5) H.J. von Rohr, Entproletarisierung, a.a.O. Als v. Rohr in seiner Eigenschaft als Leiter der erwähnten Arbeitsgemeinschaft zu einem Vortrag über "Die geistigen Grundlagen der österreichischen Heimatschutzbewegung" einlud, der am 6. Februar 1930 im Saale des RLB stattfinden sollte, wies er darauf hin: "Die (berufsständische) Bewegung ist...zu einem Teilstück der zum Kampf gegen Liberalismus und Marxismus angetretenen nationalen Bewegung geworden." DZA I, RLB, Nr. 30 a, Bl.25.

Errichtung einer preußisch-faschistischen Diktatur auf berufsständischer Grundlage verstanden. "Später mag an die Stelle des Berufsstandes der Staat treten", erklärte der Pommersche Landbund, "aber der Staat im preußischen Sinne, der Staat, vor dem alle Sonderinteressen zurücktreten, in dem die Verbundenheit aller Schichten und Berufe ihren Ausdruck findet. Das ist sicher auch das Ziel des Nationalsozialismus, in dessen Programm sich durchaus berufsständische Grundzüge finden."[1)]

Übrigens galt das besondere Interesse der erwähnten Studienkommission, die H.J. von Rohr 1928 nach Italien führte, vor allem der Frage, wie die Stände- bzw. Berufsstandsideologie im faschistischen Italien verwirklicht wurde. Eine solche Annahme stützt sich nicht nur auf die Tatsache, daß Johannes Wolf als Vorsitzender des RLAB der Kommission angehörte, sondern auch auf die - teilweise schon zitierten - Publikationen des Pommerschen Landbundes über die Ergebnisse der Reise. Dort ließen die Landbundführer durchblicken, was sie als "Zerschmetterung des Marxismus" empfanden. Sie feierten den Faschismus als "eine völlig neue Staats- und Gesellschaftsordnung ..., die mit dem Marxismus, dem Individualismus und anderen 'Ismen' gründlich aufgeräumt" und auf allen Gebieten der italienischen Wirtschaft die Einheit des Handelns durch einen berufsständischen Aufbau hergestellt habe ."[2)] H.J. von Rohr bekannte auf einem Empfang bei Mussolini am 7. November 1928, daß "der Sieg der einigenden faschistischen Idee über den spaltenden Klassenkampfgedanken in Italien" der Kommissionsmitglieder "stärkster Eindruck war", und er versicherte, daß die Landbundführer ihrerseits "Vorkämpfer in Deutschland für die Überwindung des Klassenkampfes durch den berufsständischen Gedanken und die berufsständische Organisation" seien.[3)]

---

1) "Stand und Klasse", a.a.O.
2) "Faschistische Agrarpolitik", a.a.O.
3) "Aus Italien zurück", a.a.O.

In einer rückschauenden Betrachtung vom Jahre 1935 verwies derselbe H.J. von Rohr ausdrücklich auf bestimmte historische "Verdienste" der Junker im Sinne der faschistischen Diktatur, die darin bestünden, schon in den Jahren der Weimarer Republik durch die Propagierung und Organisierung der berufsständischen "Einheitsfront" des Landvolkes im Rahmen der ostelbischen Landbünde ideologische und organisatorische "Pionierarbeit" für die Errichtung des faschistischen Reichsnährstandes geleistet zu haben.
Wörtlich führte er aus:

> "Eine Organisation ganz besonderen Inhaltes wurde im Kerngebiet des Großgrundbesitzes, der Provinz Pommern, und anschließend in den Nachbargebieten Brandenburg, Mecklenburg und Grenzmark geschaffen...(Es) wurden in den Landbünden nicht nur Großgrundbesitzer und Bauern, sondern auch die Landarbeiter erfaßt...Die Gewerkschaften wurden ebenso wie die Arbeitgeberverbände ausgeschaltet und alle Lohnauseinandersetzungen im 'eigenen Hause', d.h. im Landbund erledigt...So wurde in einer noch völlig feindlichen Umwelt damals in Ostelbien das e r s t e B e i s p i e l e i n e r w a h r e n ständischen O r g a n i s a t i o n geschaffen."[1]

H.J. von Rohr hielt es an gleicher Stelle noch für geboten, ausdrücklich zu betonen, "daß gerade die L a n d b ü n d e d e r G r o ß g r u n d b e s i t z g e b i e t e die k ä m p f e r i s c h V o r w ä r t s d r ä n g e n d e n waren."[2] Aus zeitgenössischer Sicht - damals noch in Übereinstimmung mit den historischen Tatsachen - bestätigte dieser profilierte Vertreter des Junkertums, daß die von ihm und seinesgleichen beherrschten ostelbischen Landbünde und damit auch der RLB insgesamt schon in den Jahren der Weimarer Republik dem deutschen Faschismus auf dem Lande in jeder Hinsicht - politisch, ideologisch und organisatorisch - aktiv den Weg gebahnt haben.

---

1) (H.J.) von Rohr-Haus Demmin, Staatsdienst, in: Großgrundbesitz im Umbruch der Zeit (Sammelband), dritte, verb.Auflage, Berlin 1935, S.61.
2) Ebenda.

2. Die Taktik des Reichslandbundes in der Etappe zwischen den Reichstagswahlen 1928 - 1930

2.1. Die Führungskrise im Landbund

War es dem Reichslandbund in den Jahren der revolutionären Nachkriegskrise gelungen, unter der Losung der "Einheitsfront der Landwirtschaft" große Teile der Landbevölkerung in seiner Organisation zu erfassen, so mußte er bereits in der Periode der relativen Stabilisierung lavieren, um die heterogene Masse seiner Mitglieder zusammenzuhalten.

Schon in dieser Periode litten die werktätigen Bauern unter den Auswirkungen einer permanenten Agrarkrise, die in einem wachsenden Mißverhältnis zwischen ihren sinkenden Verkaufserlösen einerseits und den steigenden Betriebsaufwendungen andererseits zum Ausdruck kam. Während die Preise für Agrarerzeugnisse bereits in den Jahren 1927/28 sanken, stiegen sie für Industrieerzeugnisse bzw. bäuerliche Produktionsmittel bis 1929 weiter an, so daß sich die Preisschere noch weiter zu Lasten der Bauern öffnete.[1] Ihren sinkenden Einnahmen standen gleichbleibende oder wachsende Pachten, Steuern und Zinslasten gegenüber. Ende 1927 hatte die Verschuldung der Landwirtschaft die enorme Summe von 10 Milliarden RM annähernd wieder erreicht, die Zinslast dieses Jahres betrug etwa 800 Mill. RM.[2] Durch die untragbaren fianziellen Verpflichtungen wurden viele Bauern in ihrer Existenz bedroht. Wurden 1924 409 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Gesamtfläche von 2 146 ha versteigert, so waren es im Frühjahr 1927/28 bereits 2 123 Betriebe mit 37 066 ha.[3] Die Unzufriedenheit unter den Bauern wuchs, und innerhalb des Landbundes schwand ihr Vertrauen zur junkerlichen Führung, denn "der Kapitalismus treibt, indem er die Kleinbauernschaft ruiniert und immer mehr niederdrückt, den Kleinbauern die reaktionären Vorurteile, man kann sagen, mit Gewalt aus."[4]

---

1) Vgl. Edwin Hoernle, Agrarkrise und Brotwucher, in: Der Rote Aufbau, 3. Jg., (1930), H.6, S.332.
2) Vgl. B. Buchta, Die Junker, a.a.O., S.30.
3) Vgl. Tausend Jahre Kampf der deutschen Bauern um ihre Freiheit, Berlin 1961, S.119.
4) W.I. Lenin, Werke, Bd.19, Berlin 1962, S.260.

Indes nutzten die Führer des RLB die Erregung der Bauern über die katastrophalen Auswirkungen der staatlichen Agrar- und Steuerpolitik für die Aktivierung ihrer großagrarischen Interessenpolitik aus. Eine von ihnen organisierte - oder zumindest gelenkte - "Bauern-Notbewegung...in allen Teilen des Deutschen Reiches... (sollte) die ernste Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erzwingen."[1] Angesichts der bevorstehenden Etatsberatungen wollten die Junker die Bereitstellung hoher staatlicher Subventionen für ein landwirtschaftliches Hilfsprogramm beschleunigen. Dabei nahmen sie die Vertragsverhandlungen mit Polen zum Anlaß, um ihre These von der lebensgefährlichen Bedrohung des deutschen Ostens durch Polen und die Notwendigkeit einer umfassenden Osthilfeaktion zu begründen. Zugleich waren sie bestrebt, das wahltaktisch bedingte Interesse der bürgerlichen Parteien an der Landbevölkerung für die Durchbringung der von ihnen geforderten Agrargesetze im Reichstag auszunutzen. Unter diesen Aspekten legte die Landbundführung ihre Politik für das bevorstehende Jahr 1928 fest. In seiner agrarpolitischen Wochenschrift kündigte der RLB an:

> "Das Jahr 1928 wird ein Großkampfjahr sein. Im Reich und in zahlreichen Ländern werden N e u w a h l e n notwendig. In Bereitschaft sein ist alles...So erwartet das neue Jahr ein zum äußersten Kampf entschlossenes und ein...geschlossenes deutsches Landvolk!" 2)

Dieser Oreintierung entsprechend, entfalteten die Landbünde eine lebhafte Aktivität, um die Kampfentschlossenheit und Geschlossenheit des Landvolkes zu demonstrieren. Der Pommersche Landbund beispielsweise führte im Rahmen einer landwirtschaftlichen Woche zahlreiche Kreisversammlungen sowie drei Generalversammlungen in Stettin, Stralsund und Stolp durch, auf denen die Landbündler zunächst auf die vorgegebenen Ziele "festgemacht" wurden.[3] "Es ist anzunehmen", kündigte der Landbund vielsagend an, "daß die verzweifelte Stimmung der

---

1) "Die Bauern-Notbewegung", in: Zd. RLB, Nr.12 v.13.März 1928.
2) "Die Landwirtschaft am Jahresbeginn", in: RLB/AWS, Nr.1 v. 7.Januar 1928.
3) H.J. v. Rohr, Wo stehen wir? In: Der Pommersche Landbund, Nr.13 v. 31.März 1928.

Bauernschaft dort elementar zum Ausbruch kommen wird... Wir halten uns für verpflichtet, über den Ernst der Lage keinen Zweifel zu lassen."[1]

Am 19. Januar 1928 versammelten sich west- und mitteldeutsche Landbundführer in Kassel[2] und am 23. Januar Führer nord- und mitteldeutscher Landbünde in Berlin,[3] um auf die "verfehlte und ungerechte" Handels-, Zoll- und Steuerpolitik sowie auf die "überspannte" Sozialpolitik als Ursachen der landwirtschaftlichen Not zu verweisen und anzukündigen, die landwirtschaftlichen Betriebe fortan auf "die einfachste Form umstellen" sowie "gegen eine zwangsweise Befriedigung aus der Substanz...(die) notwendig erscheinenden Maßnahmen ergreifen" und in ihren Landbünden durchführen zu wollen.[4]

Am 26. Januar marschierten in Oldenburg 30 000 und am 28. Januar in 17 Kreisstädten Schleswig-Holsteins 140 000 Bauern zu Protestkundgebungen gegen die Regierungspolitik auf. Zum Anliegen dieser bäuerlichen Massenaufmärche gehörte zweifellos auch die psychologische Vorbereitung des 8. RLB-Tages. Schon im voraus hatte die Lenbundzentrale angekündigt, daß der RLB-Tag im Zeichen eines bedrohlichen Notstandes eindringlich "zu mahnen", für die kommenden Entscheidungen "zu sammeln" und "Richtlinien für die Rückgewinnung eines lohnenden landwirtschaftlichen Schaffens" zu geben hätte.[5] Höhepunkt des Landbund-Tages waren zwei Massenversammlungen am 30. Januar in Berlin mit dem Minister Martin Schiele als Hauptredner. Schiele verstand es, sich auf die ernste Stimmung in der Landbevölkerung zu berufen, und er verkündete, vom stürmischen Beifall der Landbündler begleitet, daß es nun an der Zeit sei, aus Entschließungen und Worten heraus-

---

1) "Zur landwirtschaftlichen Woche 1928", ebenda, Nr.2 v. 14.Januar 1928.
2) Vgl.Der Thüringer Landbund, Nr.7 v. 25.Januar 1928.
3) Vgl. "Notmaßnahmen der Landwirtschaft. Ein Beschluß der Landbundführer",in: Der Pommersche Landbund,Nr.5 v.4.2.1928.
4) Ebenda.
5) "Die Landwirtschaft am Jahresbeginn", a.a.O.

zukommen und dafür zu kämpfen, den Hebel in der Wirtschaftspolitik herumzuwerfen.[1]

Am Tage zuvor hatte die Vertreterversammlung einen "Aufruf des RLB"[2] beschlossen. Darin wurde verkündet: "Jetzt ist der Bauer am Ende seiner Kraft", und die Öffentlichkeit wurde zur Hilfeleistung aufgefordert. An die Bauern aber erging der Ruf: "Kauft nichts, was ihr nicht bezahlen könnt. Nehmt keinen Pfennig neue Schulden auf. Steuerzahlung aus der Substanz lehnen wir ab. Haltet zum Landbund!"[3] Zugleich beschloß die Vertreterversammlung ein "Notprogramm des RLB",[4] das Forderungen auf den Gebieten der Zoll-, Handels-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik sowie der Siedlung und dem Bodenrecht enthielt, die, zur Durchführung gebracht, der Landbund für geeignet hielt, "die Notlage des Berufsstandes zu beheben."[5] Zu 22 Punkten zusammengefaßt und präzisiert, wurden sie am 9. Februar als "Sofortprogramm des RLB"[6] der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten überreicht, letzterem "mit der dringenden Bitte, sich mit ganzem Nachdruck...seines hohen Amtes gegenüber Reichskabinett und Öffentlichkeit für die Erfüllung der von der gesamten Landwirtschaft als notwendig anerkannten Sofortmaßnahmen einzusetzen."[7]

Der RLB selbst verlieh seinen Forderungen den notwendigen Nachdruck, indem er den erwähnten Massenaufmärschen und Notkundgebungen der Bauern im Januar eine Reihe weiterer im Februar folgen ließ, so in den Städten Schwerin, Stendal, Rudolstadt, Bayreuth, Braunschweig, Stralsund und Stuttgart sowie im Rheinland.[8] Wie Landbund-Direktor A. Kriegsheim in einem Brief vom 14. Februar der Rittergutsbesitzerin

---

1) RLB/AWS, Nr.6 v. 11.Februar 1928, S.74.
2) DZA I, RLB, Nr.132 a, Bl.227.
3) Ebenda
4) RLB/AWS, Nr.5 v. 4.Februar 1928.
5) Ebenda, Nr.7 v. 18.Februar 1928.
6) DZA I, RLB, Nr.113, Bl.71 ff.
7) Ebenda, Bl.69 f.
8) Vgl. "Die Bauern-Notbewegung", a.a.O.

Tony von Zieten erklärte, kam es der Landbundführung darauf an, "durch den Druck der großen Agrarbewegung auf dem Lande bei den Regierungsstellen und bei den Parteien die Widerstände gegen eine der Landwirtschaft gerechte Wirtschaftspolitik Schritt für Schritt zu beseitigen,"[1] also die Annahme des Not- bzw. Sofortprogramms des RLB im Kabinett und im Reichstag zu erreichen.

Am 19. Februar brachte die Regierung das sogenannte Schielesche (landwirtschaftliche) Notprogramm[2] ein, das jedoch nach Ansicht des RLB erheblich hinter den Forderungen seines Sofortprogramms zurückblieb. Obendrein schien es ihm unsicher, ob das Notprogramm im Reichtag Annahme finden würde; deshalb hielten es das Präsidium und der erweiterte Bundesvorstand des RLB für opportun, durch einen Beschluß vom 28. Februar die Bauern in allen Teilen des Reiches für den 11. und 12. März 1928 erneut zu öffentlichen Massenkundgebungen aufzurufen.[3]

Dieser Beschluß war auch von der Sorge der Junker diktiert, sich als Anwälte der bäuerlichen Interessen zu empfehlen und ihre Massenbasis auf dem Lande in der Hand zu behalten. Graf Arnim-Boitzenburg motivierte die Haltung der Junker zur bäuerlichen Notbewegung in einem Schreiben vom 26. Februar an den Landbundpräsidenten Graf Kalckreuth mit den folgenden Worten: "Wir haben uns durch die starke Betonung dieser selben Forderungen an die Seite der Bauern gestellt und ich spreche es hier ganz offen aus, daß...auch die Notgemeinschaft der Gegenwart uns Großgrundbesitzer zu diesem Zusammengehen zwingt, das auch aus rein politischen Gründen notwendig wird, um einem Abgleiten einer Bauernbewegung in das radikale Fahrwasser entgegen zu wirken."[4] Am 4. Februar hatten der Rittergutsbesitzer v. Goldacker und

---

1) DZA I, RLB, Nr.132 a, Bl.132 f.
2) Vgl. W.Weber, Chronik der deutschen Agrarpolitik 1914-1932, in: Deutsche Agrarpolitik (=Veröffentlichungen der F.List-Gesellschaft, 6.Bd., Teil II), Berlin 1932, S.110.
3) Vgl. Geschäftsbericht des Brandenburgischen Landbundes für 1928, a.a.O., S.1.
4) DZA I, RLB, Nr.132 b, Bl.239 ff.

andere Führer des Landbundes Bezirk Erfurt dem Bundesvorstand mitgeteilt:

> "Die Lage der Landwirtschaft im hiesigen Bezirk gestaltet sich immer verzweifelter, und es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Bewegung in Richtung auf gewaltsame Lösung der Notfragen nicht mehr aufzuhalten ist, sondern über die Führer hinweg geht...Wir sind uns mit der gesamten Mitgliederschaft unseres Bezirks-Landbundes darüber völlig klar, daß unbedingt sofort etwas geschehen muß, um einer katastrophalen Entwicklung vorzubeugen, die auch den Bestand des Landbundes zweifellos stark erschüttern würde." 1)

Schließlich gab der Vorsitzende des Sächsischen Landbundes dem Landbund-Direktor A.Kriegsheim in einem Schreiben vom 23. Februar zu bedenken, daß der RLB in den vergangenen Wochen wohl als "Generalanwalt für die Interessen der Landwirtschaft" gegolten habe, daß aber "eine schwere Enttäuschung eintreten würde, wenn die Bewegung nicht zum Erfolg führte und es dann an der erforderlichen Tatkraft mangelte, sie weiterzutreiben."2)

Die zweite Welle bäuerlicher Massendemonstrationen wurde von den ostelbischen Landbünden eingeleitet. Schon am 3. März versammelten der Pommersche Landbund mehr als 100 000 und am 5. März der Grenzmärkische Landbund annähernd 10 000 Landwirte zu Massenaufmärschen und Großkundgebungen. An den vom Bundesvorstand festgesetzten Tagen folgten Massenkundgebungen der Landbünde Schlesien mit 50 000, Brandenburg mit 110 000, Sachsen mit 80 000 Teilnehmern, ferner Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz, Anhalt u.a. Überall wurde eine gleichlautende Entschließung angenommen,3) die identisch war mit einer den Landbünden übermittelten Erklärung des Bundesvorstandes des RLB vom 28. Februar, und in der es hieß:

---

1) Ebenda, Nr.132 a, Bl.229 f.
2) Ebenda, Bl.38 ff.
3) Vgl. internes Rundschreiben des Reichslandbundes vom 19.3.1928 an die Kreislandbünde, in: DZA I, RLB, Nr.132 b, Bl.183 ff.

"Die Reichsregierung hat in ihr Arbeitsprogramm nur einen Bruchteil der vorgeschlagenen Maßnahmen aufgenommen. Die Preußische Regierung hat in diesem Arbeitsprogramm sogar noch Bedingungen entgegengestellt, die direkt auf eine Sabotage der vom Reich geplanten Maßnahmen hinauslaufen... Starke Parteien des Reichstages setzen der Durchführung des Regierungsprogramms nachhaltigen Widerstand entgegen. Eine derartige Behandlung der deutschen Landwirtschaft ist Verrat an den Wurzeln des deutschen Volkstums und an der Lebensfähigkeit eines Wirtschaft und Staat tragenden Berufsstandes! Die deutschen Bauern und Landarbeiter wollen nicht länger Ausbeutungsobjekt des gegenäwrtigen Systems der organisierten Verantwortungslosigkeit sein. Weitere Verschleierung und Verschleppung des gegenwärtigen Notstandes ist ein Verbrechen an der deutschen Zukunft. Aus vaterländischem Pflichtgefühl heraus erklären die in höchster Not befindlichen deutschen Landwirte in voller Einmütigkeit: Wir können und werden keine weiteren Zahlungen an die öffentliche Hand leisten. Wir können und werden keine weiteren Käufe tätigen. Wir sind nicht gewillt, Zwangsmaßnahmen weiterhin zu ertragen...Nur sofortige Rettung der deutschen Landwirtschaft kann das deutsche Volk vor dem Chaos bewahren." 1)

Der vorgegebene Text der Entschließungen beweist die Absicht der Junker, die Landbund-Demonstrationen auch zu benutzen, um die Bauern gegen das parlamentarische System,[2] im besonderen aber gegen die von der Sozialdemokratie geführte Preußenregierung aufzubringen. Als der Pommersche Landbund den preußischen Ministerpräsidenten darum ersuchte, am 16.März eine Abordnung pommerscher Bauern anzuhören, lehnte es Otto Braun unter Hinweis auf "die mit unwahren Behauptungen gegen die preußische Regierung inszenierte demagogische Hetze des Landbundes" ab, die Deputation zu empfangen.[3] In einem Kommentar des amtlichen Preußischen Pressedienstes hieß es, daß der RLB selbstverständlich genau wisse, daß die preußische Regierung für die Landwirtschaft alles nur Denkbare

---

1) DZA I, Büro des Reichspräsidenten, Nr.329, Bl.11 f.
2) Auf Versammlungen in Langburkersdorf und Neustadt, die der Sächsische Landbund am 29. Februar im Anschluß an Bauerndemonstrationen durchführte, erklärte der Landtagsabgeordnete Grellmann: Nicht an den Führern liege die Schuld, sondern am ganzen System. Durchgreifende Besserung sei nur nach einer Revision der Verfassung und des Parlamentarismus möglich. STA Dresden, MdI, Nr.11126/2, Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen im Februar 1928, S.28 f.
3) "Die Landbunddemonstrationen", in: RLB/AWS, Nr.11 v. 17.3.1928.

und im Rahmen ihrer Arbeitsmöglichkeiten Liegende tun würde. Wenn sich der RLB trotzdem mit seinen Anträgen und Forderungen nicht an die dafür zuständige Reichsregierung wende, sondern die preußische Regierung zum Sündenbock zu stempeln suche, so beweise das nur, daß durchsichtige partei-politische Gründe das Handeln des RLB bestimmten.[1] Das war durchaus richtig, aber die rechtssozialdemokratischen Führer waren weder fähig noch bereit, eine echte Alternative zur junkerlich-großagrarischen Interessenpolitik zu entwickeln, und so blieben sie auch gegenüber dem RLB Gefangene ihrer eigenen opportunistischen Politik. Der RLB indes fuhr fort, seine bäuerlichen Mitglieder darauf hinzuweisen, "daß in erster Linie für die Notlage und daraus sich ergebende Erregung der Landwirtschaft das Versagen der preußischen Regierung verantwortlich" sei.[2]

Seitens der Reichsregierung, die sich gleichfalls angegriffen sah, teilte Reichskanzler Marx in einem Schreiben vom 19. März dem RLB mit, daß die oben zitierten Sätze der vom Bundesvorstand verbreiteten Erklärung seine "schärfste Mißbilligung" fänden, da solcheart Erklärungen geeignet seien, aufreizend zu wirken und den Steuerstreik herbeizuführen.[3] Der erweiterte Bundesvorstand des RLB beschloß am 21. März ein Antwortschreiben, in dem es hieß:

> "Eine Fortsetzung der seit Jahren gehandhabten Gesamt-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in Reich, Ländern und Gemeinden muß...in absehbarer Zeit zu einem Spannungszustand in der Landwirtschaft führen, der es der Führung der landwirtschaftlichen Organisationen unmöglich macht, Erschütterungen der öffentlichen Ordnung zu verhindern." 4)

Dennoch hatte die bürgerliche Reichsregierung keinen Grund zu ernsthafter Besorgnis. Obwohl Landbundführer vereinzelt schon von der drohenden "Bauernrevolution" oder vom "Kampf um die

---

1) Rundschreiben des RLB v. 19.3.1928, a.a.O., Bl.190 f.
2) Ebenda, Bl. 192.
3) DZA I, Büro des Reichspräsidenten, Nr.329, Bl.13 f.
4) DZA I, RLB, Nr.132 b, Bl.41.

Macht" gesprochen hatten,[1] war sehr bald erwiesen, daß die Junker mit ihren scharfen Entschließungen keineswegs beabsichtigten, die Grundlagen der bürgerlichen Ausbeuterordnung anzutasten. Die Massenaufmärsche der Bauern benutzten die Junker einmal als Druckmittel gegenüber Regierungen und Parlamenten zur Durchsetzung ihrer und großbäuerlicher Interessen, die als Forderungen der gesamten Landwirtschaft vorgetragen wurden, zum anderen als Ventil, um die im Prozeß der zunehmenden politischen Radikalisierung anklingenden revolutionären Potenzen der Bauern[2] sich in den Grenzen der Ausbeuterordnung abreagieren zu lassen. Deshalb war die Landbundführung geradezu ängstlich darum besorgt, die Bauernbewegung im Rahmen der bürgerlichen Ordnung zu halten[3] und zur gegebenen Zeit zu stoppen. Dieser Zeitpunkt war gekommen, als der Reichstag bereit war, dem Druck des Landbundes nachzugeben[4] und - noch am Vortage seiner Auflösung - das Schielesche Notprogramm anzunehmen. Am 30. März 1928 konnte Landbund-Direktor H. von Sybel vor der Vertreterversammlung des RLB zum "Arbeitsprogramm der Reichsregierung" erklären:

---

1) So etwa Graf Arnim-Boitzenburg in dem erwähnten Brief vom 26.2.1928 an Graf Kalckreuth: "Damit wird der Kampf der Landwirtschaft auch ein Kampf um die politische Macht, und ohne diesen Kampf kann eine klare Entscheidung über Deutschlands Zukunft nicht gefällt werden." (a.a.O., Bl.239 Rs.) Vgl. auch "Der Kampf um die Macht", in: Der Pommersche Landbund, Nr.2 v. 14.Januar 1928.

2) Wie die junkerlichen "Bauernführer" über Bauern wirklich dachten, beliebte Arno Kriegsheim auszusprechen. Als eine Deputation schlesischer Bauern am 23.Februar 1928 in der Landbund-Zentrale ihr Anliegen dem Präsidenten Kalckreuth vortrug, entschuldigte Kriegsheim Kalckreuths Fehlen an anderer Stelle am Telefon mit den Worten: "Graf Kalckreuth kann leider nicht erscheinen, er wird von einer Horde Bauern belagert." DZA I, RLB Nr.22 a, Bl.288 ff.

3) In einer den Haupt- und Kreisgeschäftsstellen übermittelten Erklärung des Bundesvorstandes vom 21.März 1928 heißt es: "Der Reichs-Landbund stellt mit Genugtuung fest, daß die örtlichen Führer stets und zumeist auch mit Erfolg mäßigend auf die erregten Landwirte eingewirkt haben. Die verantwortlichen Organe der Landbünde werden aufgefordert, wie bisher, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß Blutvergießen vermieden und Gesetzesverletzungen unterlassen werden." DZA I, RLB Nr.132 b, Bl.42 f.

4) H.J. von Rohr konstatierte: "Hatten wir bisher Erfolge? - Einen bestimmt: das Schielesche Notprogramm wäre im Reichstag nicht angenommen worden, hätte das Landvolk nicht auf der Straße gestanden.", "Wo stehen wir?", a.a.O.

"Die endgültige Entscheidung wird im Reichstag heute nachmittag erfolgen. Das Arbeitsprogramm wird vom Reichs-Landbund nach wie vor als nicht ausreichend zur Herstellung und Sicherung der Rentabilität der Landwirtschaft angesehen. Trotzdem sind wir für die Annahme desselben, da es eine Reihe von erfreulichen Fortschritten, die mitgenommen werden müssen, enthält." 1)

Nachdem im Etat des Reichskabinetts 60 Mill. und der Preußischen Regierung 15 Mill. RM Subventionsmittel für die Landwirtschaft bewilligt waren, über deren Verteilung in erster Linie ostelbische Junker und Großagrarier entscheiden konnten,[2] hielt die Landbundführung die von ihr gelenkte Bauernbewegung wieder an.

Ein anderes politisches Resultat der Bauernbewegung im Frühjahr 1928 war die Gründung der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkspartei.[3] Sie wurde unmittelbar veranlaßt durch zwei Ereignisse, die zeitlich zusammenfielen: das Auftreten einer vom Bayerischen Bauernbund ins Leben gerufenen "Deutschen Bauernpartei" im Reichstag[4] sowie Diskussionen über die Auflösung des Reichstages und eine eventuelle Änderung des Wahlgesetzes, die der weiteren politischen Zersplitterung im bürgerlichen Lager vorbeugen sollte.[5] Daraufhin traten am 17. Februar die Reichstagsabgeordneten Döbrich, Hänse und Dorsch aus der deutschnationalen Fraktion aus, schlossen sich zu einer selbständigen Gruppe im Reichstag zusammen und deklarierten diesen Schritt als ersten Akt der Gründung der Christlich-nationalen Bauernpartei,[6] damit entsprechende Listen in den Wahlkreisen aufgelegt werden konnten.

---

1) DZA I, RLB Nr.175, Bl. 2 f.
2) Vgl. B.Buchta, Die Junker, a.a.O., S.43 ff.
3) Vgl. den gleichlautenden Artikel von W.Methfessel, in: Die bürgerlichen Parteien..., a.a.O., Bd. I, S.241 ff.(Fortan, sofern nicht wörtlich zitiert: Landvolkpartei)
4) Vgl. H.Gottwald/W.Fritsch, Bayerischer Bauernbund, ebenda, S.75.
5) Vgl. Döbrich, Zur Gründung der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, in: Der Thüringer Landbund, Nr.32 vom 21.April 1928.
6) Vgl. "Christlich-nationale Bauernpartei", ebenda, Nr.15 v. 22.Februar 1928. Das Organ des Thüringer Landbundbundes schrieb: "Der andere (Name) 'Deutsche Bauernpartei' - übrigens von dem 1.Vorsitzenden des Thüringer Landbundes schon vor längerer Zeit geprägt -, ist uns weggeschnappt worden." ("Endlich!", ebenda, Nr.24 v. 24.März 1928).

Die Landvolkpartei entstand von vornherein als ein politischer Ableger des RLB, über dessen primäre Funktion im Organ des Thüringer Landbundes offen und unmißverständlich zugleich formuliert wurde: "Wir haben in der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei d a s V e n t i l zu sehen, durch das sich eine gefährliche Spannung in gesunde Bahnen lenken läßt."[1] Was bedeutete das im einzelnen?

Aus der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft auf preußischem Wege hatte sich in Deutschland ergeben, daß hier eine ausgesprochene Bauernpartei fehlte.[2] Aber die zunehmende Enttäuschung und Erbitterung der Bauern über die Agrarpolitik der Regierungen sowie der junkerlich-großbürgerlichen Parteien und Verbände verstärkten ihre Bestrebungen zur Bildung eigener Organisationen[3] und auch das Verlangen nach direkter Vertretung ihrer Interessen durch eine Bauernpartei.[4] Zumindest die weitsichtigeren Landbundführer hielten es für geboten, diese Entwicklung in ihrem taktischen Kalkül zu berücksichtigen. Als gar Mitte Februar 1928 im Reichstag die erwähnte republikanische Deutsche Bauernpartei auftrat und im Reichsgebiet zu werben begann,

---

) Die endgültige Konstituierung der neuen Partei erfolgte auf ihrer zweiten Vertreterversammlung am 8.März 1928 in Weimar unter dem Namen Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei (Vgl. "Die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei steht." In: ebenda, Nr.20 v. 10.März 1928)

1) "Endlich!", a.a.O. (Hervorhebung von mir -KN)

2) Vgl. Jenaer Beiträge..., Sammelband 1 - 13/14, a.a.O.,S.9.

3) Erwähnt seien z.B.: Mecklenburgischer Bauernverein,Verband mittlerer und kleiner Landwirte (vgl. Mecklenburgische Nachrichten, Nr.148 v. 29.6.1925); Mitteldeutsche Bauernschaft; Preußisch-thüringischer Bauernverein, Schleswig-Holsteinischer Bund "Landvolk", Wirtschaftsverband für bäuerliche Veredlungswirtschaft e.V. - Bremen (vgl. S.VIII, Anm.3 .

4) Im Bericht über die 2. Vertreterversammlung der Landvolkpartei wird bestätigt: "Durchweg wurde betont, daß das Landvolk die politischen Parteien satt habe und die V e r t r e t u n g d u r c h e i n e e i g e n e P a r t e i s t ü r m i s c h v e r l a n g e." ("Die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei steht.", a.a.O.).

gründeten sie - förmlich im Gegenzug - die Landvolkpartei, um, wie Karl Hepp erklärte, diesem Versuch, "die Notbewegung der deutschen Bauern in den Linkslager hinüberzuleiten", die Spitze abzubrechen.[1] Dabei bedienten sie sich der Taktik, mit der der Landbund in Thüringen bisher gut gefahren war und die sich nun auch im Reich bewähren sollte: "Den Bauern versteht bis ins Letzte hinein nur der Bauer. Also müssen die Bauernführer an die Front."[2] Die großbäuerlichen Führer des Thüringer Landbundes, Ernst Höfer und Erwin Baum, waren dann auch die eigentlichen Initiatoren und ersten Führer der Landvolkpartei. Zu ihnen gesellte sich alsbald Karl Hepp, Präsident des RLB und Vorsitzender der Bezirksbauernschaft Nassau, der "auf Verlangen seines Wahlkreises" aus der Deutschen Volkspartei austrat und sich der Landvolkpartei anschloß.[3] Indem diese Landbundführer dem Streben der Bauern nach Bildung einer e i g e n e n Partei formell Rechnung trugen, verhinderten sie zugleich die Bildung einer s e l b s t ä n d i g e n, vom Großgrundbesitz abgegrenzten Bauernpartei. Ausdrücklich wurde im "Thüringer Landbund" zur Bildung der Landvolkpartei festgestellt: "Wer aber zwischen den Zeilen einen Gegensatz zwischen Großen und Kleinen herauslesen wollte, ist gewaltig auf dem Holzwege."[4] Folgerichtig gehörten zur Führungsspitze der neuen Partei außer Großbauern bald auch Rittergutsbesitzer, z.B. Albrecht Wendhausen und Hans Schlange-Schöningen.[5]

Die weltanschauliche und politische Übereinstimmung der Landvolkpartei mit dem RLB kam nicht nur im Programm der neuen Partei[6] zum Ausdruck, das fast wörtlich vom RLB

---

1) "Präsident Hepp über die Ziele der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei", in: Der Thüringer Landbund, Nr.36 v. 5.Mai 1928.
2) "Endlich!", a.a.O.
3) Vgl. "Die Chrsitlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei steht.", a.a.O.
4) "Endlich!", a.a.O.
5) A.Wendhausen wurde im Mai 1928 auf der Liste der Landvolkpartei in den Reichstag gewählt. H.Schlange-Schöningen wechselte 1930 von den Deutschnationalen zur Landvolkpartei hinüber.
6) Vgl. "Die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei steht.", a.a.O.

übernommen wurde, sondern mehr noch in anderen Verlautbarungen über ihre Ziele. "Die Ziele der Chrsitlich-nationalen Bauernpartei", so hieß es z.B. im Organ des Thüringer Landbundes, "sind durch ihren Namen klar gekennzeichnet. Sie decken sich mit denen des Reichs- Landbundes."[1] Mit dem RLB wollte die Landvolkpartei "selbstverständlich" an der Seite der anderen bürgerlich-nationalistischen Parteien stehen und damit auch deren Ziele "in der Praxis in gemeinsamer Arbeit" verwirklichen.[2] In diesem Sinne gab die Führung der Landvolkpartei zu verstehen, daß ihr Anliegen nicht etwa die Durchsetzung spezifisch bäuerlicher Interessen im Kampf gegen die Großgrundbesitzer war, sondern, wie Ernst Höfer schrieb, "die Sammlung der völkisch und sittlich starken Kräfte des Landvolkes im Kampf um die politische Macht" im Sinne ihrer Weltanschauung.[3]

Das bedeutete, daß die Landvolkpartei mit dem RLB und den anderen nationalistischen Parteien das gleiche strategische Ziel, die Ablösung der parlamentarischen Republik durch die offene Gewaltherrschaft, verfolgte. Das aber schloß die Ausschaltung aller demokratischen Kräfte, insbesondere die Niederschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung, ein, und die Führer der Landvolkpartei versäumten nicht, zu bekennen: "Gemäß ihrem Ziele der Sammlung der bürgerlichen Seite ist die Kampffront der neuen Partei ausschließlich gegen links gerichtet, und die neue Partei hofft ehrlich, daß ihr keine andere Abwehrfront aufgezwungen wird."[4]

Deshalb sollte die Landvolkpartei auch verhindern, daß die enttäuschten Bauern bei der bevorstehenden Reichstagswahl den Wahlurnen fernblieben und "damit den Linksparteien

---

1) "Christlich-nationale Bauernpartei", a.a.O.
2) "Endlich!", a.a.O.
3) E.Höfer, Zur Gründung der Christlich-nationalen Bauernpartei, in: Der Thüringer Landbund, Nr.23 v. 21.März 1928.
4) "Vertreterversammlung der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei in Weimar", ebenda, Nr.24 v. 24.März 1928.

Helferdienste leist(et)en."[1] Die taktisch wendigeren Landbundführer wollten, wie Ernst Höfer sagte, "die nationale und christliche Mehrheit im Parlament erhalten" und dazu war ihnen "jeder Weg recht."[2] Den einzig richtigen Weg glaubten sie gefunden zu haben, indem sie das sogenannte Thüringer System, d.h. das dort schon seit 1920 erprobte Auftreten mit eigenen Landbund-Listen bei Parlamentswahlen, nunmehr auf das ganze Reich ausdehnten.[3] Dieser Taktik entsprechend, gedachte die Landvolkpartei als "das agrarische Gewissen des künftigen Reichstages" zu fungieren,[4] d.h. sie wollte dem Verlangen der Bauern nach einer wirksameren Vertretung im Reichstag formell entsprechen und zugleich stärkeren Druck auf die anderen bürgerlichen Parteien ausüben, damit sie sich "schärfer als bisher für die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Landwirtschaft" einsetzten.[5]

So erfüllte die Landvolkpartei ihre Hauptfunktion, als politisches Ventil zu wirken, nach zwei Seiten hin: einerseits sollte sie die bäuerlichen Emanzipationsbestrebungen paralysieren und verhindern, daß die auf dem Boden der beginnenden Agrarkrise sich entwickelnde politische Radikalisierung der Bauern zu ihrer Revolutionierung an der Seite der Arbeiterbewegung führte; andererseits sollte sie die enttäuschten Bauern unter einer neuen politischen Flagge wieder fester an den RLB binden, um die Massenbasis der großbürgerlich-junkerlichen Reaktion auf dem Lande für die Verwirklichung ihrer Pläne zur Errichtung der offenen Gewaltherrschaft zu erhalten.

Aus all dem erklärt sich die offizielle Stellungnahme der RLB-Führung zur Gründung der Landvolkpartei. Einerseits hätte sie - politisch konsequent - unter Berufung auf die These von der parteipolitischen Neutralität des RLB die Bildung einer Landvolkpartei, die von Landbund-Organisationen ge-

---

1) "Endlich!", a.a.O.
2) E.Höfer, Zur Gründung..., a.a.O.
3) Vgl. ebenda.
4) "Präsident Hepp über die Ziele..., a.a.O.
5) Ebenda.

tragen und Landbündlern geführt wurde, ablehnen müssen. Andererseits zwangen die erwähnten Gründe die Landbundführung, die Bildung der neuen Partei nicht nur von einer passiven Position aus zu dulden, sondern ihre wendigeren Vertreter dabei sogar eine aktive Rolle spielen zu lassen. Der erweiterte Bundesvorstand trug dieser widerspruchsvollen Situation mit seiner Erklärung vom 18. Februar 1928 Rechnung, derzufolge die These von der parteipolitischen Neutralität des RLB auch der neuen Partei gegenüber bekräftigt und den Landbünden für die kommenden Reichstagswahlen das "technische Vorgehen" freigestellt wurde; allerdings sollten sie "die stärksten Mittel ergreifen, um die gebührend machtvolle Vertretung des Landbundes und damit der Landwirtschaft in den Parlamenten zu erzwingen."[1]

Demgegenüber hatte die Führung der DNVP Grund genug, die Bildung der neuen Partei zu bedauern und die Landvolkpartei selbst zu bekämpfen, zumal sie dadurch einen beträchtlichen Teil ihrer ländlichen Wähler und Mandate verlor. Der Parteivorsitzende, Kuno Graf von Westarp, bekräftigte am 28. März 1928 vor Teilnehmern der erwähnten deutschnationalen Schulungswoche sein Bestreben, das er in Schreiben an verschiedene Landbundführer, an den Landbund selbst, in Versammlungen und Besprechungen immer wieder zum Ausdruck gebracht habe, "gerade die provinziellen Landbünde bei der Partei, bei der Stange zu halten," bei der DNVP also, die er als "das stärkste machtpolitische Instrument" der Landwirtschaft pries.[2] Westarp teilte mit, daß die Parteileitung Grundsätze aufgestellt habe, deren erster laute: "Wo die Bauernpartei auftritt, entschiedener agitatorischer Kampf gegen sie, nicht mit persönlicher Schärfe, aber sachlich entschiedener Kampf."[3]

---

1) "Reichs-Landbund und Christlich-nationale Bauernpartei", in: RLB/AWS, Nr.8 v. 25. Februar 1928.
2) DZA I, DNVP Nr.58, Bl.84 f.
3) Ebenda.

Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl wurden die Auseinandersetzungen um die Frage "Deutschnationale Volkspartei oder Landvolkpartei?" im RLB mit zunehmender Schärfe geführt. Im Ergebnis der Wahl gewann die Landvolkpartei auf Anhieb 10 Mandate.[1] An der Spitze ihrer Wahlergebnisse rangierten folgende Wahlkreise:[2]

Wahlkreis	Stimmenanteil in %
Hessen-Darmstadt	13,4
Thüringen	11,5
Hessen - Nassau	7,6
Koblenz - Trier	6,4
Osthannover	6,4
Mecklenburg	5,9

Es kamen 5 Abgeordnete hinzu, die auf besonderen Landbundlisten gewählt wurden.[3]

Landbund-Liste	Stimmenanteil in %	Abgeordnete
Württemberg. Bauern- und Weingärtnerbund	17,3	3
Sächsisches Landvolk	5,9	2

In einem Kommentar der Landbund-Zentrale zu diesem Wahlergebnis hieß es:

> "Die Zweckmäßigkeit einer eigenen Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei war in Landbundkreisen umstritten. Nachdem die neue Bewegung aber gegründet worden ist und sich in diesem Wahlkampf die ersten Sporen verdient hat, wird man mit der Anerkennung nicht zurückhalten können... Erst wenige Wochen vor der Wahl ins Leben gerufen,...hat sich die junge Bewegung...in bemerkenswerter Stärke durchgesetzt." 4)

1) Nicht berücksichtigt sind 3 Abgeordnete der Deutsch-Hannoverschen Partei, die über Listenverbindung mit der Landvolkpartei gewonnen wurden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 49. Jg. (1930), S.562 f.
2) Vgl. ebenda.
3) Vgl. ebenda.
4) "Nach der Wahl", in: RLB/AWS, Nr.21 v. 26. Mai 1928.

Das bemerkenswerteste Ergebnis der Reichstagswahl war jedoch, daß die DNVP - die politische Hauptstütze der ostelbischen Großgrundbesitzer - im Vergleich zu den Wahlen vom 7. Dezember 1924 30% ihrer Wähler und Mandate verlor, während die SPD die Zahl ihrer Mandate um 17% und die KPD gar um 20% erhöhen konnte.[1] Diese klare Niederlage verschärfte die Führungskrise in der DNVP.

Im Zusammenhang damit spitzten sich auch die politischen Auseinandersetzungen im RLB zu einer akuten Führungskrise zu. Deutschnationale Parteiführer und Junker führten die Wahlniederlage auf die "heillose Zersplitterung" zurück, die - begünstigt durch das Aufkommen der Landvolkpartei - "wesentlich zum Erfolg der Sozialdemokraten und Kommunisten beigetragen" und "die landwirtschaftliche Stoßkraft...erheblich geschädigt" habe;[2] und sie forcierten den Kampf gegen die Landvolkpartei innerhalb des RLB. Georg Schiele z.B. führte in der Vorstandssitzung des Provinzsächsischen Landbundes am 20. Juni 1928 aus, daß die Idee einer eigenen Landvolkpartei "bei diesem Wahlgang schon zersplitternd, auflösend, zersetzend gewirkt" habe.[3] Landbundkandidaten der DNVP und der Landvolkpartei kämpften um die Wählerstimmen, aber nicht mehr wie bisher nur über die Fragen der Außenpolitik, sondern direkt über bäuerliche Fragen. Wörtlich, geradezu beschwörend, erklärte G. Schiele in diesem Zusammenhang:

> "Und da taucht die Gefahr auf, welche die größte für die deutsche Bauernschaft und das Prinzip des Eigentums überhaupt ist, die nämlich der S p a l t u n g z w i s c h e n G r o ß b e s i t z u n d K l e i n b e s i t z... Auf die jetzige DNVP müßte eine solche Landvolkpartei natürlich zerstörend wirken. Im preußischen Osten haben beide nebeneinander keinen Platz. Die Folge wäre, daß die restierende DNVP einen westlichen und zugleich städtischen Charakter einer Partei von Arbeitern und Angestellten annehmen würde." 4)

---

1) Vgl. ebenda; dgl. Statistisches Jahrbuch 52. Jg.(1933), S.539.
2) "Landvolk merke auf!", Flugblatt Nr.507, Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle.
3) DZA I, RLB Nr.50, Bl.111.
4) Ebenda.

Diese Ausführungen G. Schieles lassen deutlicher als die weiter vorn zitierten Äußerungen des Grafen Westarp erkennen, daß die Gründung der Landvolkpartei zu einer Art politischer Elblinie im RLB geführt hatte, die - ebenso wie die Bildung der neuen Partei selbst - ihre tiefste Wurzel in seiner heterogenen Zusammensetzung hatte. Das kam in den politischen Auseinandersetzungen zum Ausdruck, bei denen sich jene großbäuerlich-agrarkapitalistischen Landbundführer, die auf die Landvolkpartei setzten und im wesentlichen die taktisch wendigere Linie verfolgten, und die überwiegend junkerlichen Landbundführer, die nach wie vor zur DNVP hielten und den abenteuerlich-aggressiven Kurs steuerten, gegenüberstanden. Dabei ging es auch um die Frage, wer den entscheidenden Einfluß auf die Masse der bäuerlichen Landbund-Mitglieder ausübte, die durch geistige Manipulierung - ausgehend von der Eigentümerideologie - zu einer wesentlichen Komponente jener Massenbasis formiert werden sollte, die die Reaktion zur Verwirklichung ihrer strategischen Ziele brauchte.

Die deutschnationalen Parteiführer und Großgrundbesitzer machten für die Wahlniederlage auch die unentschlossene Führung des RLB verantwortlich, die, wie es hieß, während der Wahlkampagne "völlig versagt", weil den Schwung der Bauernbewegung nicht ausgenutzt habe, so daß die Bauern, die im Frühjahr "unbedingt für alles zu haben" waren, nun den "greifbaren Erfolg" vermißt hätten und den Wahlurnen z.T. ferngeblieben wären. So sei die Wahl nicht nur ein Fiasko für die Deutschnationalen gewesen, sondern "auch ein Mißtrauensvotum für die Führung des Reichs-Landbundes."[1] "Bestimmte, der Deutschnationalen Volkspartei angehörende führende Persönlichkeiten des östlichen Großgrundbesitzes"[2] setzten nunmehr die Landbundführung unter Druck und strebten eine ihnen genehme Umgestaltung der Führungsorgane des RLB an.

Die erforderlichen Vorstöße besorgte der Brandenburgische Land-

---

1) DZA I, RLB Nr. 175, Bl. 13 ff.
2) "Was ist im Reichs-Landbund vor sich gegangen?" In: Der Thüringer Landbund, Nr. 86 v. 25. Oktober 1930.

bund. In der Vorstandssitzung desselben am 27. Juni wurden gegen die Leitung des RLB "die schwersten Vorwürfe" erhoben, die darin gipfelten, daß der parteipolitische Widerstreit der Meinungen in den Führungsorganen für die Organisation völlig untragbar sei und zum Ruin führen müsse. Um dies zu unterstreichen, wurden entsprechende Stimmungsberichte verschiedener Kreislandbünde vorgelegt.[1] Es wurde im Interesse der Aufrechterhaltung der Organisation für unerläßlich gehalten, sofort eine Umorganisation des RLB vorzunehmen, die sicherstellen sollte, daß künftig "nur ein e i n h e i t l i c h e r starker Führerwille" zum Ausdruck käme.[2] In diesem Sinne forderte der Vorstand des Brandenburgischen Landbundes:[3]

die Beseitigung des unerträglichen Dualismus[4] im Präsidium des RLB;

die Ernennung e i n e s Präsidenten, der in gemeinsamer Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand die Hauptrichtung für die Arbeit festlegen sollte;

einen diesem Präsidenten verantwortlichen Generaldirektor[5] zur einheitlichen Zusammenfassung des bürokratischen Verwaltungsapparates im Sinne der Anordnungen des Präsidenten.

Im Ergebnis der folgenden Auseinandersetzungen wurde in einer abschließenden Sitzung der Landbund-Vorsitzenden am 31. Juni beschlossen, der Vertreterversammlung eine Satzungsänderung zwecks Umbildung der Führungsorgane des RLB zu empfehlen.[6] Demzufolge sollte Hepp im Präsidium des RLB verbleiben, Graf Kalckreuth dagegen ausscheiden. An seine Stelle sollte Martin Schiele treten, der aber - offensichtlich in Übereinstimmung mit den deutschnationalen Parteiführern und Großgrundbesitzern - eine übergeordnete Stellung zur Bedingung seines Eintritts in das Präsidium machte. Das rief E.Höfers Widerspruch hervor,

1) DZA I, ebenda.
2) Ebenda, Bl.12.
3) Vgl. ebenda, Bl. 20.
4) Er hatte seinen besonderen Akzent für die Junker erhalten, als K.Hepp, der gleichberechtigt neben Graf Kalckreuth amtierte, zugleich die Landvolkpartei zu repräsentieren begann
5) Offensichtlich war bedacht worden, daß einer der Direktoren, H.v.Sybel, auf der Liste der Landvolkpartei in den Reichstag gewählt worden war.
6) Vgl. DZA I, RLB Nr. 50, Bl.105 a ff.

der zum Ausgleich einen "zweiten Bauernpräsidenten" verlangte,[1] und der dann auch vom Brandenburgischen Landbund mit Albert Bethge als einem Repräsentanten der ostelbischen Bauernschaft gestellt wurde. Der Pommersche Landbund, der die in seiner Organisation praktizierte Ständeideologie auch in der Organisation des RLB verwirklicht sehen wollte, konnte seinen Vorschlag, einen vierten Präsidenten aus den Reihen des wirtschaftsfriedlichen Reichs-Landarbeiterbundes zur Wahl zu empfehlen, allerdings nicht durchbringen und stimmte deshalb gegen die Empfehlungen.

Den Empfehlungen der Landbund-Vorsitzenden folgend, beschloß die Vertreterversammlung am 1. August 1928 "einmütig" die Satzungsänderungen und damit die Umgestaltung des Präsidiums und des Bundesvorstandes des RLB, auch in ihrer personellen Zusammensetzung.[2] Bezüglich der Umgestaltung des Präsidiums waren die Vorstellungen der ostelbischen Großgrundbesitzer nicht so absolut verwirklicht worden, wie der Brandenburgische Landbund sie vorgetragen hatte. Das Ergebnis war insofern eine Kompromißlösung, als einerseits statt nur eines allein bestimmenden Präsidenten ein dreiköpfiges Präsidium gewählt wurde, das satzungsgemäß "kollegialisch" tätig sein sollte, und außerdem die Einflußnahme "bäuerlicher Mitpräsidenten" (deren einer obendrein die Landvolkpartei repräsentierte) auf die Führung des RLB akzeptiert werden mußte; auf der anderen Seite aber durch die Wahl eines geschäftsführenden Präsidenten das bisher von zwei gleichberechtigten Präsidenten geübte Prinzip der kollegialischen Leitung weitgehend eliminiert wurde, zumal der geschäftsführende Präsident die Verantwortung tragen und bei Meinungsverschiedenheiten durch seine Stimme den Ausschlag geben sollte.

In Martin Schiele glaubten die deutschnationalen Parteiführer und Großgrundbesitzer jenen geeigneten Mann gefunden zu haben, der auf diesem Posten die Politik des RLB maßgeblich in ihrem

---

1) Vgl. "Höfer tritt aus dem Bundesvorstand des Reichs-Landbundes aus", in: Der Thüringer Landbund, Nr.88 v.1. Nov. 1930.
2) Vgl. DZA I, RLB Nr.42a, Bl.2 ff.; ZdRLB, Nr.39 v. 2.8.1928.

Sinne bestimmen würde, und dessen zurückliegende Ministertätigkeit sie zugleich als eine "wirksame Bauernpolitik"[1] - auch unter Berufung auf das "Schielesche" Notprogramm - darzustellen bemüht waren. Unter diesem Aspekt schien ihnen die vollzogene Umgestaltung der Führungsorgane des RLB geeignet zu sein, "die für den berufsständischen Kampf gebotene Geschlossenheit und Stoßkraft in noch höherem Maße als bisher sicherzustellen."[2] Daß die Junker mit dieser Lösung ihre Pläne zur Bereinigung der Führungskrise im RLB weitgehend verwirklicht zu sehen glaubten, bezeugte auch der Pommersche Landbund, der die Wahl M. Schieles zum geschäftsführenden Präsidenten mit dem folgenden Kommentar begrüßte: Wir können

> "doch nicht warten, bis durch irgend einen Zufall dieses System platzt, sondern es gilt erst recht im Parteien-Staat, den wichtigsten Berufsstand geschlossen und entschlossen in den politischen Kampf zu führen...Der eine Führer, dem alle folgen, das hat das Landvolk jetzt in Schiele. Für die nötige Entschlossenheit der Führung bietet uns seine kampferprobte Persönlichkeit Gewähr."[3]

2.2. Der Landbund im Zeichen der Grünen Front

Die Wahlniederlage der bürgerlichen Parteien im Mai 1928, insbesondere der großbürgerlich-junkerlichen DNVP, hatte die Bedingungen für die künftige Agrarpolitik des RLB verändert. "Beim vorläufigen Fortbestehen der weimarischen Verfassung geht angesichts des diesmaligen Wahlausfalles die Landwirtschaft schwersten Kämpfen entgegen",[4] hieß es in einer Betrachtung des RLB zum Wahlergebnis. Die prinzipiell antiparlamentarisch eingestellten Junker und anderen Großgrundbesitzer standen vor der Frage, wie sie ihre wirtschaftspolitische Maxime, aus dem Parlament herauszuholen, was sich herausholen ließe, nunmehr - zumal unter den Bedingungen der sich entwickelnden Agrarkrise - realisieren und für welche politische Linie sie sich entscheiden sollten: für die intransigente "Katastrophenpolitik", be-

---

1) Vgl. W.Koenen, Krisenerscheinungen in den Parteien der deutschen Bourgeoisie, in: Internationale Presse-Korrespondenz, Berlin, Nr.73 v. 27.7.1932, S.1316 f.
2) "Die Umbildung der Führungsorgane des Reichs-Landbundes", in: RLB/AWS, Nr.31 v. 4. August 1928.
3) "Reichsminister a.D. Schiele Präsident des Reichslandbundes", in: Der Pommersche Landbund, Nr.32 v. 11.8.1928.
4) RLB/AWS, Nr.21 v. 26. Mai 1928.

triehen auf der Linie der kompromißlosen antiparlamentarischen Opposition, derzufolge ökonomische Interessen gegenüber der politisch-strategischen Zielsetzung absolut zurückzustehen hatten und der Bankrott zahlloser Betriebe von vornherein einkalkuliert war, oder für die konstruktivere "Realpolitik", durchgeführt auf der Linie einer gemäßigten Opposition, die - unter Ausnutzung aller Möglichkeiten, auch der des parlamentarischen Systems - schnellere Staatshilfe erwarten ließ und den drohenden Zusammenbruch landwirtschaftlicher Betriebe aufhalten sollte.

Unter diesem Aspekt entwickelten und vertieften sich die taktischen Auseinandersetzungen im RLB in dem Maße, wie sich die Agrarkrise und die politische Krise in der DNVP entwickelte und zuspitzte. Dabei ging es im einzelnen vornehmlich um folgende vier Fragen, die mehr oder weniger wechselseitig miteinander verbunden waren: wie das Verhältnis zwischen politischer Zielsetzung und ökonomischen Interessen bestimmt werden sollte, ob und unter welchen Umständen man sich an einer neuen Regierung beteiligen wollte, mit welchen politischen Kräften man zusammenarbeiten dürfte, und wie man schließlich die bürgerlich-junkerliche Massenbasis am sichersten erhalten und am wirksamsten einsetzen könnte.

Die Entscheidung für die eine oder andere taktische Variante wurde nicht nur von den Erfolgschancen der derzeitigen Landbundführung, sondern auch vom politischen Verhalten der DNVP beeinflußt. Der ultrareaktionäre Flügel, zu welchem auch die intransigenten Junker gehörten, wollte sowohl die Partei als auch den Landbund auf die Linie der kompromißlosen Opposition festlegen. P. Bang hatte als einer ihrer Exponenten schon auf den erwähnten Landbundversammlungen in Dresden und Stralsund zu Beginn des Jahres 1928 gefordert, die Taktik der "positiven Mitarbeit" im System-Staat, die nur negativ wirken könne und lediglich mit untragbarer Verantwortung belaste, aufzugeben und sich für eine Wirtschaftspolitik aus der "grundsätzlichen Oppositionsstellung" zu entscheiden.[1] Durch die Wahlniederlage fand sich dieser Flügel darin bestärkt, die taktische Umorientierung der Partei und des Landbundes auf die intransigente Opposition gegenüber der parlamentarischen Weimarer Re-

1) P.Bang, Bauernnot..., a.a.O., S.16.

publik zu fordern. Zunächst war diese politische Linie aber weder in der Partei noch im Landbund bestimmend.

Das begann sich zu ändern, als A. Hugenberg an die Spitze der DNVP gestellt wurde. Derselbe hatte seine Auffassung vom Charakter der DNVP unter der Parole "Block oder Brei"[1] in der Richtung interpretiert, daß sie nicht als eine parlamentarische Partei, nicht als eine Interessengemeinschaft, sondern immer als eine Gesinnungsgemeinschaft zu sehen sei.[2] Was das im einzelnen zu bedeuten hatte, erklärte Hugenberg kurz nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden in Begrüßungsansprachen vor verschiedenen berufsständischen Vertretungen. Am 5. November 1928 begründet er beispielsweise vor Vertretern der deutschnationalen Arbeiterschaft seine Abwehrstellung gegenüber allen Wirtschaftsverbänden, welche die Partei und damit die "nationale Bewegung" in die Gefahr hineinzögen, die "große deutsche Zukunft" dem "Linsengericht der Augenblickspolitik" zu opfern. Eine Wiedergesundung könne, wie er betonte, nur im Rahmen der politischen Grundauffassungen der Partei erreicht werden.[3] Sich auf Hugenberg orientieren sollte also heißen, weltanschaulich fundierte Parteipolitik über berufsständische Interessenpolitik, weitreichende politische Zielsetzungen über naheliegende ökonomische Interessen zu stellen.

Jene Großagrarier indessen, die solche Interessen nicht unbedingt politischen Fernzielen zu opfern bereit waren, entschieden sich für die "Realpolitik" und somit für die taktisch wendigere Linie. P. Bang charakterisierte diese taktische Gruppierung als "die andere Richtung", die von dem "Irrtum" ausginge, "daß nicht die Politik, sondern die Landwirtschaft das Schicksal sei" und die zum "Träger eines falsch verstandenen berufsständischen Gedankens" werde.[4] Als deren Exponent postulierte M. Schiele vor dem Landwirtschaftlichen Reichsausschuß der DNVP am 30. November 1928 in Kiel die realpolitische Variante der Agrarpolitik des RLB, wobei er ausführte:

---

1) Vgl. W.Ruge, DNVP, a.a.O., S.741.
2) Vgl. DZA I, DNVP, Nr.16, Bl.56 f.
3) Ebenda, Bl.57 f.
4) P.Bang, Für Wahrheit und Freiheit Deutschnationale Flugschrift, Nr.345),Bln.1930, S.6.

"Unser Ziel muß sein, im Rahmen des parlamentarisch M ö g l i c h e n unsere Agrarpolitik zum Erfolge zu führen; deshalb müssen wir...das Rückgrat der großen Front der nationalen Einigung sein."1)

In ähnlichem Sinne hatte am 4. Oktober K. von Rohr-Manze darauf orientiert, den Parlamentarismus dadurch zu bekämpfen, daß der Landbund ihn so weit wie möglich für sich ausnutze und innerhalb des Parlaments eine "große christlich-nationale Front" bilde.[2] Von der nüchternen Überlegung ausgehend, daß im Parlament mindestens 250 Stimmen erforderlich waren, um ein Agrargesetz durchzubringen, bewogen die Anhänger Schieles die DNVP, "trotz ihrer Oppositionsstellung die Tuchfühlung mit den anderen staatsbürgerlichen Parteien auf dem Gebiete der Agrarpolitik aufrecht zu erhalten"[3] und seine Idee der "Querverbindungen" zu den anderen großbürgerlichen Parteien, im besonderen zur Zentrumspartei, im Parlament zu unterstützen. Da aber das Gewicht der "landwirtschaftsfreundlichen" Gruppen im Reichstag selbst nicht ausreichte, um alle Abgeordneten dieser Parteien - zumal bei ihrer heterogenen Zusammensetzung - bei Debatten und Abstimmungen über Agrargesetze zu einem einheitlichen Auftreten zu bewegen, sollte der Druck auf den Reichstag auch von außen her mit den von den Großagrariern für geeignet erachteten Mitteln organisiert werden; und deshalb ergriff M. Schiele als Präsident des RLB die Initiative zur Bildung der Grünen Front.[4] Rückblickend erklärte er später:

"Als wir nach dem ungünstigen Ausgang der Wahl im Mai 1928 zur Opposition gezwungen waren, hat sich die Landwirtschaft zur Grünen Front zusammengefunden, um sich ihr Lebensrecht auch gegenüber einer unter sozialistischem Einfluß stehenden Regierung zu erkämpfen."5)

Diese Initiative ergab sich aber noch aus einer anderen taktischen Überlegung Schieles und seiner Anhänger im Landbund. In einem Brief an den deutschnationalen Rittergutsbesitzer Karl von Stünzner ging der Vorsitzende des Brandenburgischen Land-

1) Deutsche Tages-Zeitung, Nr.533, v. 10.Nov. 1928 (Hervorhebung von mir - K.N.).
2) Vgl. Anm. 2 auf S.51 der vorliegenden Arbeit.
3) Unsere Partei, Sondernummer 9. Reichsparteitag, Berlin, Nr.23 v. 1. Dezember 1929, S.407 ff.
4) Vgl. J.Seemann, Grüne Front 1929-1933, in: Die bürgerlichen Parteien...,Bd.II; S.183 ff.; H.Denecke, a.a.O., S.64 ff.
5) Neuer Görlitzer Anzeiger v. 12. Sept. 1930.

bundes auf die Frage ein,

> "warum der Landbund mit dem heutigen System gewissermaßen um wirtschaftlicher Vorteile willen verhandelt und eventuell paktiert, während seine Mitglieder aus nationalpolitischen Gründen das System auf das heftigste bekämpfen."[1]

J. Nicolas erklärte, daß der Kernpunkt dieser Frage darin liege, ob die Massen des Landvolks "heute schon" bereit seien, "um letzter nationaler Ziele willen persönlich wirtschaftlichen Schaden oder vielleicht sogar Verfall auf sich zu nehmen." Dies werde, fuhr er fort, von allen Kennern der Bauernpsyche verneint. Also müsse der Landbund in der Zwischenzeit, bis die Zeit für die Beseitigung der bestehenden Verhältnisse "reif geworden" sei, "kleinere und größere Vorteile für die Landwirtschaft von dem heutigen System erkämpfen, wenn er die Wirtschaft für den Endkampf...erhalten" wolle. Diese Zwangslage führe offenbar dazu, stellte Nicolas mit Bedauern fest, daß die Grundeinstellung des Landbundes gelegentlich verkannt werde.[2]

Worum es hier im Grunde genommen ging, war die die Großgrundbesitzer bewegende und in führenden Kreisen der DNVP und des RLB umstrittene Frage, wie ihre bäuerliche Massenbasis unter den Bedingungen der Agrarkrise zusammengehalten und im Sinne des politischen "Endkampfes" manipuliert werden sollte. Der ultrareaktionäre Flügel, der die offene Gewaltherrschaft ungeduldig und im Frontalangriff anstrebte, wollte aus der versteiften antiparlamentarischen Oppositionsstellung heraus und mittels der intransigenten Katastrophenpolitik seine Anhängerschaft vergrößern und chauvinistisch anpeitschen. Die taktisch wendigere Gruppierung jedoch, welche die schrittweise Ablösung der Weimarer Republik für gefahrloser hielt, stellte nicht nur in Rechnung, daß die Bauernschaft für den sogenannten politischen Endkampf, wie Nicolas bemerkte, noch nicht reif sei. Noch mehr befürchtete sie, daß die zunehmende Ruinierung der Bauern infolge der Agrarkrise nicht nur zu ihrer physischen, sondern auch zu ihrer geistigen Proletarisierung, zu einer für die Ausbeutergesellschaft gefährlichen Radikalisierung, d.h. zu ihrer Revolutionierung führen würde. Auf der Jahresversammlung des Landbundes Schleswig-Holstein am 30. November 1928

---

1) DZA I, RLB, Nr.178, Bl.60 ff.
2) Ebenda.

gab M. Schiele zu bedenken:

> "Schlimmer aber als die materiellen Verluste ist die seelische Not, die Verzweiflungsstimmung. Man begegnet auf dem Lande fast ohne Einschränkung einer Stimmung der Hoffnungslosigkeit, die die ärgste Gefahr der Proletarisierung des Bauerntums in sich trägt."1)

Ihre Furcht vor einem Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern bekundeten die Präsidenten des RLB auf den Empfängen sowohl beim Reichspräsidenten P. von Hindenburg am 9. Januar[2] als auch beim Reichskanzler H. Müller am 13. Januar 1929. K. Hepp warf vor dem Reichskanzler und seinen Ministern die Frage auf, was es bedeuten würde, wenn neben den ungeheuren politischen Bewegungen in den Großstädten nunmehr auch die Masse des Landvolkes in eine für den Staat gefährliche Bewegung hineingeriete, wenn diese Bewegung den Händen ihrer Führerschaft entglitte, wenn eine "unverantwortliche Führerschaft" versuchte, sie in ihre Hände zu nehmen.[3] Auch einflußreiche Landbundführer, die den östlichen Großgrundbesitz repräsentierten, unter ihnen Tilo von Wilmowsky,[4] Hans Schlange-Schöningen,[5] Richard von Flemming-Paatzig,[6] Prä-

---

1) Deutsche Tages-Zeitung, Nr.567 v. 1. Dezember 1928.
2) Vgl. DZA I, Büro des Reichspräsidenten, Nr.329, Bl.80 ff.
3) Vgl. "Der 9. Reichs-Landbund-Tag", in: RLB/AWS, Nr.5 v. 2. Febr. 1929.
4) In einem Bericht des von W i l m o w s k y geführten Provinzsächsischen Landbundes über die Lage der Landwirtschaft in der Zeit von April 1928 bis März 1929 heißt es unter dem Abschnitt "Die Gefahren, die sich aus der Lage der Landwirtschaft ergeben": "Die Landwirtschaft...droht durch die Verhältnisse in stärkerem Umfange radikalisiert zu werden. Aus den Industriekämpfen der letzten Jahrzehnte ist bekannt, daß zu Gewaltmaßnahmen, zu Streiks und ähnlichem nur greift, der nichts mehr zu verlieren hat und der bei einem derartigen Unternehmen nur gewinnen kann...Vorfälle, wie sie in Kyritz, in Schleswig-Holstein und anderswo vorgekommen sind, sind nicht mit entsprechenden Gerichtsverhandlungen abgetan, sie sind als Symptome der Radikalisierung der Landwirtschaft und als Gefahrzeichen zu werten."
DZA I, RLB, Nr.14 b, Bl.217.
5) "Schon finden jene Propheten auf dem platten Lande williges Gehör, die uns glauben machen wollen, wir müßten durch ein völliges wirtschaftliches und politisches Chaos hindurch, um dann erst zu gesunden...Das sind doch Phantasien, die allerdings in entsetzlichster Weise verwirklicht werden könnten. Aber dann ganz anders: die Männer und Frauen des deutschen Landvolks, deren Fäuste das Chaos überwinden sollten, werden längst im Grabe liegen oder...sie sind Bolschewisten geworden...Eine Opposition, welche die Vernichtung der Existenz ihrer eigenen Gefolgschaft - wenn auch nur als

torius von Richthofen[7] und Jean Nicolas, lehnten es ab, eine solche potentielle Gefahr für die bürgerlich-junkerliche Ausbeutergesellschaft durch eine Katastrophenpolitik gar noch zu forcieren. Auf die Frage, was dann zur Abwehr der Gefahr in den eigenen Reihen geschehen müsse, verlangte M. Schiele auf der erwähnten Jahresversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landbundes die Schaffung einer sogenannten Reichsagrarfront; denn der Zusammenschluß auf berufsständischer Basis allein verbürge noch nicht den Erfolg. Der RLB müsse darüber hinaus "eine geschlossene und starke A g r a r f r o n t q u e r d u r c h d i e p o l i t i s c h e n P a r t e i e n zu bauen bestrebt sein."[8]

Der 9. Reichslandbund-Tag am 28. Januar 1929 stand ganz im Zeichen einer solchen Orientierung. Beide Hauptredner, M. Schiele und K. Hepp, beriefen sich auf die Gefahr der Proletarisierung des Bauerntums, auf die im Steigen begriffene Verzweiflung unter den Bauern, die bereits die Deiche überspüle. Für den Staat und für die Regierung solle das ein Menetekel sein, rief M. Schiele aus; für die Landwirtschaft aber ergäbe sich daraus die Folgerung: "Man gewahrt die Sturmzeichen und begibt sich auf die Deiche!"[9] Hiervon ausgehend, begründete Schiele aus

---

theoretische Übergangsstufe - zulassen will, weil die schrittweisen Maßnahmen ja nichts hülfen, kann nicht verlangen, daß man sie ernst nimmt...Also keinen übertriebenen Radikalismus, der mit dem Gedanken einer Katastrophe spielt."
Hans S c h l a n g e - Schöningen, Landwirtschaft von heute, a.a.O., S.149.

6) "Ich bin und bleibe der Ansicht, daß es besser ist, die Stellung stückweise zu erobern und aufzurollen, als Monate vor ihr zu liegen, die Mannschaften zu erschöpfen und doch nichts zu erreichen." F.v. F l e m m i n g am 24.11.1931 an die "Pommersche Tagespost", Stettin, in: DZA I, RLB, Nr.241, Bl.234 ff.

7) "Und doch gibt es noch Führer, die erst über ein Chaos die Gesundung sehen. An sie sei die Frage gerichtet:...Wer aber übernimmt die Gewähr, daß über ein 'Chaos' nicht viel schlimmere Zustände bei uns...eintreten würden, als in Rußland?... Es gibt (eben) eine ganz bestimmte Grenze der Opposition."
Frhr.v. R i c h t h o f e n, Speckzölle über Nationalpolitik - Aufklärung und Klärung, Schweidnitz o.J. (1930), S.5 f., S.15.

8) Deutsche Tages-Zeitung, Nr.567 v. 1. Dezember 1928.

9) "Der 9. Reichs-Landbund-Tag", a.a.O., S.46.

der Sicht der taktisch wendigeren Führungsgruppe die "realpolitische" Variante der These des RLB vom Kampf gegen das bestehende System, die darauf beruhte, den langfristigen politischen Kampf um die offene Gewaltherrschaft mit der unmittelbaren Aktivierung des agrarpolitischen Kampfes zu verbinden. Er führte aus:

> "Nicht resigniertes Abwarten kann uns helfen, uns helfen nur noch R e a l i t ä t e n...Durch verantwortliche und verantwortungsbewußte Arbeit im Staate gilt es auch für uns, den Staat durch Kampf zurückzugewinnen und in unserem Sinne umzugestalten."1)

Als einzigen Weg, der notwendige und schnelle Hilfe mit Sicherheit verbürge, nannte L. Schiele die Drosselung der überflüssigen Einfuhr durch zweckentsprechende Maßnahmen der Zollpolitik in Verbindung mit der "zentralen Einflußnahme auf die maßgebenden heimischen Märkte unter starker Hilfestellung des Staates."2) Damit dieses Ziel für die nächsten Monate schleunigst in die Tat umgesetzt werden konnte, gab er auf dem Landbund-Tag die Parole aus:

> "Alle Bauern in die Front bis auf den letzten Mann! Schafft die Reichsbauernfront! Nur dann werden wir stark genug sein, um die politischen Parteien mit bäuerlichem Geiste zu durchdringen...Quer durch alle nationalen Parteien gilt es im Parlament die Kampfes- und Abwehrstellung zu bilden."3)

Offensichtlich an die Adresse der Regierung gerichtet, gab K. Hepp zu verstehen, daß der "wirtschaftspolitische Bauernblock" oder, wie er auch sagte, die "Notgilde" der Bauern ein Instrument sein werde, über dessen Einsatz, bedrohlich oder gebändigt, die Landbund-Führung gleichermaßen entscheiden würde. Wörtlich erklärte er:

> "Meine Herren, in unserem Landvolk ist soviel innere Bewegung vorhanden, daß wir nicht die Aufgabe haben, die Bewegung vorwärts zu treiben, daß wir heute nur eine Aufgabe sehen: bis zu einem entscheidenden Augenblick, über den w i r zu bestimmen haben werden, die Bewegung zurückzuhalten. (Wiederholte lebhafte Zustimmung und Beifallsklatschen)"4)

Unter der Überschrift "Die Großagrarier klagen" kommentierte das Zentralorgan der KPD den RLB-Tag mit der treffenden Be-

---

1) Ebenda, S.47 (Hervorhebung von mir - K.N.).
2) Ebenda. Schon am Tage zuvor hatte die Vertreterversammlung des RLB die wirksame Zollpolitik und die hierdurch erst mögliche zentrale Marktregulierung als die entscheidende aktuelle Forderung bezeichnet. Vgl. RLB/AWS, Nr.7 v. 16.2.1929, S.77.
3) "Der 9. Reichs-Landbund-Tag", a.a.O., S.47.
4) Ebenda, S.51.

merkung: "Es ist interessant, wie ausgezeichnet es die Großagrarier verstehen, die tatsächliche Notlage der kleinen Bauern und Landwirte als ihre, der Junker eigene Notlage auszugeben. Wo aber auch immer eine Hilfsaktion für die Landwirtschaft eingeleitet wurde, immer waren die Nutznießer jene im Landbund führenden Kreise, die es am allerwenigsten nötig hatten."[1]

Auf Initiative M. Schieles veröffentlichten am 20. Februar die Führer des RLB, der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, der Deutschen Bauernschaft und des Deutschen Landwirtschaftsrates einen gemeinsamen Aufruf, in welchem sie "zur gemeinsamen Abwehr einer Katastrophe in letzter Stunde" von der Reichsregierung unverzüglich außerordentliche Hilfsmaßnahmen erwarteten.[2] In Kürze wollten die Unterzeichner des Aufrufes der Reichsregierung gemeinsame Vorschläge für die Behebung der dringendsten Notstände und darüber hinaus für die Sicherung der Existenzfähigkeit der Landwirtschaft unterbreiten, die vier Wochen später als Programm der Reichsbauernfront, bald auch Grüne Front genannt, dem Reichskanzler Hermann Müller überreicht wurden.[3] Das Charakteristische, das Neue am Programm der Grünen Front war die Forderung nach Staatshilfe über bisherige Grenzen hinaus: nicht nur, wie bisher, auf dem Gebiete der Zollpolitik, sondern auch in der Absatzregulierung und der Preispolitik.[4]

Insgesamt gesehen verfolgten die Repräsentanten der Grünen Front das Ziel, im Rahmen des parlamentarischen Systems, wie es sich nach der Wahlniederlage der bürgerlichen Parteien im Mai 1928 konkret darstellte, die ökonomischen und politischen Auswirkungen der Agrarkrise abzuwenden oder einzuschränken, durch verstärkten Druck auf Reichstag und -regierung von außen her den Staat beschleunigt zu immer weitergehenden agrarprotektionistischen Maßnahmen zu veranlassen, so daß die Forderungen der Großgrundbesitzer und Großbauern nach realen Subventionen befriedigt, die Klein- und Mittelbauern aber durch Schein-

1) Die Rote Fahne, Nr.24 v. 29.1.1929.
2) RLB/AWS, Nr.8 v. 23. Februar 1929.
3) Ebenda, Nr.12 v. 23. März 1929.
4) Vgl. H.Kretschmar, Deutsche Agrarprogramme..., a.a.O., S.66.

konzessionen und neue Illusionen[1] vom Zusammengehen mit der Arbeiterklasse abgehalten wurden.

Die Führer der Grünen Front entwickelten einen kompletten Funktionsmechanismus ihrer wirtschaftspolitischen Aktionsgemeinschaft, "um den spröden parlamentarischen Boden", wie Kalckreuth schrieb, "für Taten zur Rettung der Landwirtschaft vorzubereiten."[2] Dazu gehörten vornehmlich:[3] die Veröffentlichung programmatischer und spezieller Forderungen, Vorsprachen beim Reichspräsidenten und bei Regierungsstellen,[4] öffentliche Kontroversen zwischen Repräsentanten der Grünen Front und dem Reichsernährungsminister, Verdichtung der agrarpolitischen Forderungen zu Gesetzesvorlagen, Einbringung der Vorlagen im Reichstag durch jene bürgerlichen Parteien, die hinter den in der Grünen Front vereinten Organisationen standen.

Im Juni und im Dezember 1929 war das Programm der Grünen Front Gegenstand der Verhandlungen des Reichstages. Um den Vorlagen den gewünschten Nachdruck zu verleihen und die "zwei Agrarschlachten" im Parlament zum Siege zu führen, war die Landbund-Führung außerdem bemüht, ihre bäuerlichen Mitglieder aufzubieten und sie unter der Parole der Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft zur Durchführung eines Käuferstreiks zu veranlassen. Der Bundesvorstand des RLB hatte schon am 23. Februar 1929 folgendes Gebot aufgestellt:

> "Alle Kräfte einsetzen zur Behauptung auf der Scholle durch Einschränkung aller Käufe bis zur Grenze des für die Betriebe Tragbaren. Umgestaltung der Betriebsorganisation mit dem Ziele weitgehendster Verhinderung des Risikos und Herabdrückung des Bedarfs an Betriebskrediten."[5]

---

1) Vgl. Zwei Jahre Brüning-Diktatur, a.a.O., S.60.
2) 1) "Der Lorbeer will verdient sein! Ein offenes Wort an Minister Dietrich", in: Deutsche Tages-Zeitung, Nr.613 v. 28.12.1929.
3) Vgl. Geschäfts-Bericht des Schlesischen Landbundes für 1929, S.6, in: DZA I, RLB, Nr.22 a; Geschäftsbericht des Landbundes Anhalt E.V. für das Geschäftsjahr 1928/29, S.3, in: ebenda, Nr.14 b.
4) Vgl., über schon erwähnte Beispiele hinaus: DZA I, Büro des Reichspräsidenten, Nr.330, Bl.166 ff., 193 ff.
5) Zit. in: Geschäftsbericht des Brandenburgischen Landbundes e.V. für das Jahr 1929, S.2, in: DZA I, RLB, Nr.18.

Demzufolge gab auch die Vertreterversammlung des Brandenburgischen Landbundes am 10. April im Zusammenwirken mit einer Reihe anderer Landbünde[1] die "Kaufenthaltungsparole" aus, die als das derzeit gegebene berufsständische Kampfmittel propagiert wurde. Den tieferen Sinn dieser Aktion enthüllte Walter Lechler auf einer Sitzung des Frauenausschusses des Brandenburgischen Landbundes mit den Worten:

> "Durch die Arbeit der Reichsagrarfront allein kann für die Landwirtschaft aber ein voller Erfolg nicht erreicht werden. Die große Masse der Landwirte muß selbst zur Unterstützung der von den Zentralstellen erhobenen Forderungen Mittel und Wege anwenden, die nach außen stark zum Ausdruck bringen, wie schlecht es heute der Landwirtschaft geht und die gleichzeitig das nötige D r u c k m i t t e l auf Staat und Regierung sowie auf andere Wirtschaftskreise ausüben. Alle Mittel, die den Bauern in Konflikt mit der Staatsgewalt bringen können, sind für den Bauernstand nicht anwendbar. Man kann aber eine starke Wirkung in unserem Sinne durch weiteste Einschränkung des Einkaufs von Bedarfsgegenständen herbeiführen."[2]

Mit Blickrichtung auf die Juni-Debatte im Reichstag nahm der Gesamtvorstand des Brandenburgischen Landbundes am 29. Mai eine Entschließung an, mit der er sein volles Vertrauen darin setzte, daß die Führung des RLB ihrerseits "mit äußerster Energie die ultimativen Forderungen der Reichsbauernfront durchdrücken"[3] werde. Falls der Erfolg ausbleiben sollte, wurde erwartet, daß das Präsidium des RLB "die hinter ihm stehende gewaltige Macht des Landvolkes dann rücksichtslos benutzt und voll in die Waagschale" werfe. Der Vorstand erklärte von vornherein, daß in diesem Falle der ganze Brandenburgische Landbund vom ersten bis zum letzten Mann bereit stünde, "jedweden Befehl der Führung in ge-

---

1) Zuvor hatte Cord Cordes, Vorsitzender des Hannoverschen Landbundes der brandenburgischen Vertreterversammlung die Erfahrungen seiner Organisation vermittelt, die in dieser Bewegung als führend galt. Vgl. ebenda, S.2 und 18.

2) DZA I, RLB, Nr.50, Bl.26 f. Daß der Druck "auf andere Wirtschaftskreise" durchaus wirkte, bestätigte L. K a s t l in einem Schreiben vom 20. Juni 1929 an den Reichslandbund. Darin teilte er mit, daß der Vorstand des RDI in seiner Sitzung am 20. Juni eine Entschließung angenommen habe, in der die Industrie den Anträgen der Landwirtschaft" in weitem Umfange entgegengekommen" sei, allerdings auch nur nach Zurückstellung erheblicher Bedenken. Bei der Erörterung dieser Frage sei der Wunsch geäußert worden, "daß die landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen, die in einzelnen Landesteilen immer noch betriebene Propaganda für den Käuferstreik oder die Kaufenthaltung nachdrücklich bekämpfen" sollten. DZA I, RLB, Nr.225, Bl.85.

3) DZA I, RLB, Nr.50, Bl.37.

schlossener Massenaktion auszuführen."[1]

Obwohl die Kaufenthaltungsparole in einigen Gebieten des Brandenburgischen Landbundes nur zögernd befolgt und in einzelnen Provinzen kaum unterstützt wurde,[2] konnte die Landbund-Führung rückblickend dennoch konstatieren, daß nach außen hin zumindest schon bald erreicht war, daß die Notlage der Landwirtschaft auf das lebhafteste debattiert wurde, und daß diese Parole im übrigen nicht wenig dazu beigetragen habe, "den Boden für die parlamentarischen Forderungen der Landwirtschaft im Jahre 1929 vorzubereiten."[3]

Schon das Ergebnis des ersten Jahres der Grünen Front bewies, daß diese wirtschaftspolitische Arbeitsgemeinschaft keine Bauernfront war, zu deren Schaffung M. Schiele aufgerufen hatte, sondern in erster Linie ein Instrument zur Durchsetzung der Interessen der Junker und anderer Agrarkapitalisten. Die agrarpolitischen Maßnahmen, die der Reichstag in dieser Zeit beschloß und die Hermann-Müller-Regierung durchführte, betrafen vorrangig die Getreide- und Futtermittelpolitik. Dazu gehörten u.a.:[4] Zollerhöhungen für Weizen von 6,50 auf 9,50, Roggen von 6 auf 9, Braugerste von 5 auf 9 und Hafer von 6 auf 8 RM;[5] Einfuhrregelungen für Importgetreide, Vermahlungszwang für Inlandweizen, die erste Roggenstützungsaktion, Drosselung der Futtermitteleinfuhr, Prämierung gekennzeichneten Roggens (Eosinroggen) für Zwecke der Viehverfütterung. Ziel der kombinierten Getreide- und Futtermittelpolitik war die zwangsweise Verwendung der Getreideüberschüsse aus den ostelbischen Gebieten des Großgrundbesitzes in den westdeutschen, d.h. überwiegend bäuerlichen Viehmastgebieten.[6]

---

1) Ebenda.
2) Der mit Krupp verschwägerte F.v.Wilmowsky beispielsweise lehnte, wie schon angedeutet, solche Streikmethoden ab.
3) Geschäftsbericht des Brandenburg. Landbundes für das Jahr 1929 a.a.O., S.2.
4) Vgl. W.Weber, Chronik der deutschen Agrarpolitik 1914-1932, a.a.O., S.11 ff.
5) Schon die ersten Agrargesetze vom Juni 1929 bewogen den RLB zu der optimistischen Feststellung: "Der grundsätzliche Wandel der deutschen Wirtschaftspolitik ist angekurbelt.""Reichsbauernfront und Parteien",in: RLB/AWS, Nr.27 v. 6.7.1929. Mit dem Jahre 1929 war das Niveau der Vorkriegszölle annähernd wieder erreicht, die erste Etappe der Zollpolitik der Nachkriegszeit damit im wesentlichen abgeschlossen.W.Weber,a.a.O.
6) Vgl. W.Weber, a.a.O.

Selbst der von Großgrundbesitzern beherrschte Brandenburgische Landbund konnte nicht umhin festzustellen, daß das erste Jahr des von der Grünen Front geführten zoll- und handelspolitischen Kampfes zu einem "eigenartigen Ergebnis" geführt hatte: einerseits zu Erfolgen, die in der Tat nicht gering zu nennen seien; andererseits aber zu praktischen Auswirkungen für den Landwirt, die "in schreiendem Mißverhältnis hierzu" stünden.[1] Das Programm der Reichsbauernfront vom 20. März 1929 sei wohl als Gesamtprogramm aufgestellt worden, indes wurden von der Regierung "lediglich Teile der Zoll- und Handelspolitik herausgeschnitten, die übrigen Fragen (aber) fast völlig unbeachtet gelassen."[2] Im Herbst setzte aber der Druck der Gläubiger auf die landwirtschaftlichen Produktenmärkte ein, und der Bauer, der kurzfristige Verbindlichkeiten zu erfüllen hatte, konnte nicht warten, mußte zu ungünstigen Preisen abstoßen,[3] war also der Leidtragende dieser Politik der Grünen Front.

Mit unverhohlener Genugtuung stellte der RLB in einer Betrachtung zum Ergebnis der zweiten Agrardebatte besonders heraus, daß auch die Sozialdemokratie sich zu Zollmaßnahmen bereit erklärt habe, die vor wenigen Wochen jeder für undenkbar gehalten hätte. Ohne den starken Druck, den die Tatsache der Grünen Front für die Regierungskoalition bedeutete, wäre dieses Entgegenkommen undenkbar gewesen.[4]

Schon die im ersten Jahr der Grünen Front geforderten und eingeleiteten agrarprotektionistischen Maßnahmen waren also ein sichtbarer Ausdruck für das Funktionieren des Klassenkompromisses zwischen Monopolbourgeoisie und Junkertum sowie für die Weiterentwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter den Bedingungen der sich entwickelnden Agrarkrise. Eine derart interessenpolitisch orientierte aktivistische Agrarpolitik, mittels der Grünen Front realisiert, bot den Junkern noch mancherlei taktische Vorteile. Erstens konnten sie ihre egoistischen Forderungen nach Staatshilfe in komplexe Programmforderungen der gesamten Landwirtschaft - gewissermaßen getarnt - einbauen; die Schwerpunkte, auf die es ihnen ankam, wurden dann "heraus-

1) Geschäftsber. des Brandenb. Landbd. für das Jahr 1929, S.6.
2) Vgl. ebenda.
3) Vgl. ebenda.
4) "Bilanz der Agrardebatte", in: ZdRLB, Nr.55 v. 21.12.1929.

geschnitten". Ferner konnten sie ihre Forderungen nach realen Subventionen befriedigen, ohne sich selbst und ihre politischen Vertretungen mit der Verantwortung für gar nicht oder nur unzureichend erfüllte Wünsche der Klein- und Mittelbauern zu belasten; solche Versäumnisse konnten sie vielmehr der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien anlasten. Zugleich konnten sie in dem Maße, wie sich die Krise verschärfte, die Diskreditierung des Parlamentarismus forcieren und unter den Bauern die Sehnsucht nach dem rettenden Systemwechsel stimulieren. Schließlich konnten sie die These von der parteipolitischen Neutralität des RLB sowie die von ihm propagierte Idee der Berufsgemeinschaft in der Praxis stärker ins Spiel bringen und seine Einflußnahme auf andere bürgerliche Parteien, besonders das Zentrum, verstärken, um das deutsche Volk, wie die Landbund-Zentrale formulierte, "zu einen im Kampfe gegen die äußeren Feinde und im Innern gegen den Marxismus."[1]

Solcherart flexible Politik, wie sie von M. Schiele und seinen Anhängern betrieben wurde, forderte die ultrareaktionär-deutschnationalen Gefolgsleute A. Hugenbergs in der Partei und im Landbund zum Widerspruch heraus. Sie warfen der Schiele-Gruppe vor, mit ihrer Orientierung auf die Grüne Front nicht nur agrarpolitische Nahziele über das politische Fernziel (den Sturz des parlamentarischen Weimarer Systems) gestellt zu haben, sondern darüber hinaus mit bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten, die zu den politischen Trägern dieses "agrarfeindlichen" Systems gehörten. Unmittelbar nach Bildung der Grünen Front setzte der Landesverband Frankfurt/O. der DNVP eine Broschüre[2] in Umlauf, in der diese politische Linie der Landbundführung unter ausführlicher Begründung abgelehnt wurde. Wenn die Reichsbauernfront die Erhaltung der Landwirtschaft anstrebe, heißt es dort, dann müsse sie sich unbedingt darüber klar sein, daß dies nur möglich sei durch Erreichung der politischen Macht. Diese könne aber bestimmt nicht erreicht werden durch eine "falsch verstandene Neutralität", durch ein "unbedingt falsches System der Querverbindungen", dessen Anwendung zu dem befremdlichen

1) "Warum parlamentarische Betätigung des Reichs-Landbundes?", in: Bauern-ABC, a.a.O., S.120.
2) Reisner: Stahlhelm, Landbund und Deutschnationale Volkspartei, hrsg. von der DNVP. Landesverband Frankfurt/O., Landsberg, o.J.

Ergebnis geführt hätte, daß der Landbund auch solche Parteien begünstige, die als Träger der Koalition mit den Sozialdemokraten die Wirtschaftsfeindlichkeit der letzten Jahre ermöglichten und unterstützten.[1]

Die sich entwickelnden Differenzen zwischen den beiden taktischen Gruppierungen fanden eine politische Konsequenz darin, daß M. Schiele vom ultrareaktionären Flügel in der DNVP immer offensichtlicher desavouiert wurde. Das Organ des Thüringer Landbundes stellte rückblickend fest: Hatten 1928 deutschnationale Führer die Berufung Schieles durchgesetzt, verloren sie alsbald das Interesse an seiner Persönlichkeit, als der Kampf in der DNVP einsetzte und sich zu einer Auseinandersetzung Hugenberg - Schiele zuspitzte.[2] Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete und spätere RLB-Präsident Heinrich Lind wies in einer Niederschrift[3] darauf hin, daß Hugenberg von Anfang an M. Schiele als Führer der Grünen Front in keiner Weise unterstützt habe. Besonders empörend sei gewesen, daß Hugenberg ein neues Agrarprogramm der Partei[4] von Akademikern und pensionierten Militärs aus seiner engeren Umgebung ausarbeiten ließ, ohne daß M. Schiele "als der größte Vertrauensmann der Landwirtschaft" zu einer derartig wichtigen Parteimaßnahme gehört wurde, ja sich sogar acht Tage lang persönlich bemühen mußte, um überhaupt Einblick in das Programm zu bekommen.[5] H. Lind beklagte es auch, daß weder in der Entschließung des Parteivorstandes vom 9. April 1929 zur Rettung der Landwirtschaft[6] noch in der von Hugenberg beeinflußten Presse zum Gemeinschaftsprogramm der Reichsbauernfront auch nur ein Wort der Zustimmung geäußert wurde.[7]

Einen ersten Höhepunkt erreichten die taktischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppierungen in der DNVP wie

---

1) Ebenda, S.8, S.10.
2) "Was ist im Reichs-Landbund vor sich gegangen?" a.a.O.
3) H.Lind an A.Kriegsheim am 2. Mai 1930, in: DZA I, RLB, Nr.99, Bl.4 ff.
4) Vgl. D.Huge, DNVP, a.a.O., S.742.
5) H.Lind an A.Kriegsheim, a.a.O., Bl.7 f., Bl.10.
6) Rettet die Landwirtschaft. Entschließung..., a.a.O. Die darin formulierten Grundsätze lassen die politische Linie A.Hugenbergs erkennen, in diesem Falle: die Agrarpolitik der strategisch-taktischen "Katastrophen"-Konzeption unterzuordnen.
7) H.Lind, a.a.O., Bl.11 f.

auch im RLB während der Hugenberg-Kampagne gegen den Youngplan. Aus seinem Klassencharakter, seinem Programm und seiner ganzen bisherigen Entwicklung ergab sich für den RLB folgerichtig, daß er sich in die gemeinsame Front der bürgerlich-nationalistischen Parteien und Verbände zur Durchführung der Kampagne "gegen Youngplan und Kriegsschuldlüge" einreihte. So nahmen im Präsidium des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren, der auf der Herrenhaus-Tagung am 9. Juni 1929 gebildet wurde, neben Hugenberg, Hitler, Seldte, Düsterberg, Thyssen und Claß mit M. Schiele, K. Hepp und F. Döbrich auch Repräsentanten des RLB ihren Platz ein.[1] M. Schiele erklärte dort, daß die Landwirtschaft alle Veranlassung habe, sich entschieden gegen die Annahme des Youngplanes zu wenden und daß es gegenüber dem neuen Versklavungsversuch nur eine Antwort geben könne: "ein eisernes Nein."[2]

Bald aber mußten sich die Landbund-Führer davon überzeugen, daß Anti-Youngplan-Kampagne und Grüne Front sich nicht unbedingt miteinander vereinbaren ließen. Als der Reichsausschuß am 11. September den Entwurf eines sogenannten Freiheitsgesetzes veröffentlichte, dessen § 4 Reichsminister und -bevollmächtigte, die Verträge über neue Verpflichtungen auf der Grundlage der Anerkennung der Kriegsschuld zeichneten, wegen Landesverrates mit Strafen bedrohte, deutete sich im bürgerlichen Lager eine Spaltung an. Zentrum und Bayerische Volkspartei werteten das eingeleitete Volksbegehren als einen verhängnisvollen Schritt zur weiteren Zerreißung des deutschen Volkes und als Ausnutzung des deutschen Freiheitswillens für eine einseitige Parteiagitation. Landbündler, die sich zum Zentrum bekannten, erklärten ihren Austritt aus der Organisation, aus dem Schlesischen Landbund beispielsweise der Reichstagsabgeordnete Dr. Perlitius u.a.[3]

Um die Funktionsfähigkeit der Grünen Front zu erhalten und den Erfolg ihrer bürgerlich-junkerlichen Interessenpolitik nicht zu gefährden, sah sich die Landbund-Führung zur Demarche veranlaßt. M. Schiele hatte in einer Unterredung mit A. Hugenberg

1) Vgl. DZA I, RLB, Nr.163, Bl.48.
2) Ebenda, Nr.120 a, Bl.191 f.
3) Vgl. Geschäftsber. des Schles.Landbundes für 1929, a.a.O., S.9.

am 5. September wohl zugesagt, sich dafür einsetzen zu wollen, daß der gesamte Landbund grundsätzlich "mit der erforderlichen Begeisterung" in die Kampffront einträte, zugleich aber Bedenken gegen eine Verquickung der Kampagne gegen den Youngplan mit dem Kampf gegen die "Kriegsschuldlüge" angemeldet.[1] Auch der Bundesvorstand bekräftigte in einer Sitzung am 11. September die Auffassung, daß sich der RLB "auf den Boden des energischsten Kampfes gegen den Tributplan und die Kriegsschuldlüge" stelle, sprach sich jedoch gegen die Aufnahme des § 4 in den Entwurf des "Freiheitsgesetzes" aus.[2] Da letzterer ohne Rücksicht auf diese Debatte und Stellungnahme veröffentlicht wurde, übersandte das Präsidium des RLB eine politisch und juristisch begründete Stellungnahme gegen den § 4 des Gesetzentwurfes,[3] deren abschließende Passage deutlich genug die Sorge der Landbund-Führung erkennen ließ, ihrem Vertrauensmann M. Schiele als führendem Partner in der Grünen Front die Verhandlungsfähigkeit und auf diese Weise die direkte Einflußnahme auf die agrare Gesetzgebung zu erhalten.[4] Als das Präsidium des Reichsausschusses am 21. September die endgültige Fassung des "Freiheitsgesetzes"[5] mit dem umstrittenen § 4 annahm, versicherten die Landbund-Vertreter zwar, daß RLB und Landvolkpartei "Schulter an Schulter mit den anderen Verbänden im Reichsausschuß für die gemeinsame Sache kämpfen" würden,[6] hielten aber gleichzeitig ihre grundsätzliche Stellungnahme gegen den § 4 aufrecht.

Diese äußerlich widerspruchsvolle politische Haltung der Landbundführung reflektierte ihr Bestreben, sowohl dem Klassencharakter des RLB und seinem politischen Programm als auch den Anforderungen der Großagrarier an eine "aktivistisch-konstruktive" Agrarpolitik sowie dem Vorhandensein zweier taktischer

---

1) Vgl. DZA I, RLB, Nr.120 b, Bl.320.
2) Ebenda, Bl.322.
3) Ebenda, Bl.324 ff.
4) "Da die (durch § 4 bedrohten - K.N!) Minister solidarisch mit der Fraktion bzw. mit der Partei sind, so bedeutet ihre Infamierung eine Brüskierung aller Gruppen, auf die sie sich stützen. Das führt dazu, daß die Gruppen, die hinter dem § 4 stehen, für alle diejenigen Kreise, die durch § 4 infamiert oder brüskiert werden, das Maß der Verhandlungsfähigkeit verlieren, dessen sie noch als Oppositionsparteien bedürfen, um Einfluß auf die materielle Gesetzgebung zu gewinnen." Ebenda, Bl.328.
5) Vgl. ebenda, Nr.163, Bl.41.
6) Ebenda, Nr.120 a, Bl.126.

Gruppierungen Rechnung zu tragen. Als Vertreter des rechtsextremen Flügels in der DNVP und ganz im Sinne der intransigenten Junker hatte Georg Schiele seinen Onkel, den Landbund-Präsidenten, in einem Schreiben vom 20. September 1929 beschworen, den RLB als "stärkstes Zugpferd" vor den Wagen des Volksentscheides zu spannen, denn in diesem liege der "einzige, wirklich starke Aktivismus."[1] Dagegen bestärkte T. von Wilmowsky als Repräsentant der taktisch wendigeren Gruppierung den Landbund-Präsidenten in dem Bemühen, sich für Weiterführung der aktiven agraren "Realpolitik" mit Hilfe der Grünen Front den Rücken freizuhalten. In einem Schreiben vom 11. Oktober an A. Hugenberg[2] erklärte Wilmowsky demonstrativ seinen Rücktritt aus dem Reichsausschuß für das Volksbegehren. Seine Begründung ging von der Prämisse aus, daß die dem § 4 des "Freiheitsgesetzes" zugrunde liegende Auffassung eine Gefährdung des gesamten landwirtschaftlichen Berufsstandes bedeute. Eine Rettung aus der Agrarkrise sähe er nur in einer planmäßigen Durchführung der Arbeit der Reichsagrarfront. Es sei klar, so schlußfolgerte Wilmowsky, daß diese Arbeit erschwert oder gar unmöglich gemacht würde, "wenn von einem Teil der in der Reichsbauernfront vereinigten Persönlichkeiten der andere Teil öffentlich als Landesverräter gebrandmarkt" werde.[3] Es war folglich kein Zufall, wenn wenige Tage später die Vertreterversammlung des Provinzsächsischen Landbundes dem Landbund-Präsidenten eine von Wilmowsky und dem Hauptgeschäftsführer Burchard unterzeichnete Grußadresse übermittelte, in der die Auffassung bekräftigt wurde, daß die Rettung der Landwirtschaft nur denkbar wäre, wenn die von H. Schiele geschaffene Reichsbauernfront nicht nur weiter zusammenhielte, sondern gefestigt würde.[4]

Nachdem das Ergebnis der Eintragungen für das Volksbegehren vorlag (mit 10,2% waren die erforderlichen 10% denkbar knapp überschritten), kam es am 1. November 1929 im Bundesvorstand zu prinzipiellen Auseinandersetzungen um das Volksbegehren und das politische Verhalten des RLB. Als zentraler strittiger Punkt er-

1) Ebenda, Nr. 14b, Bl.576 ff.
2) Ebenda, Nr.120 a, Bl.48 f.
3) Ebenda.
4) Ebenda, Nr.14 b, Bl.463.
5) Niederschrift in: DZA I, RLB, Nr.120 a, Bl.125 ff.

wies sich die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Ökonomie, deren unterschiedliche Beantwortung die Vorstandsmitglieder als Anhänger A. Hugenbergs oder M. Schieles erkennen ließ. Die Parteigänger A. Hugenbergs postulierten die Unterordnung der wirtschaftspolitischen Aktivität des RLB unter die "nationalpolitischen Ziele der Hugenberg-Front, so z.B. Kloetzer, der zum Ausdruck brachte, daß die Grüne Front, die ihren Erfolg in der parlamentarischen Querverbindung und ihre Hoffnung in der gemeinsamen Forderung wirtschaftspolitischer Wünsche erblicke, niemals zu einer Gesundung der deutschen Landwirtschaft führen könne; denn die deutsche Agrarfrage sei eine politische Frage und als solche nur im festen Zusammenstehen innerhalb der "nationalen" oder Hugenberg-Front zu lösen.[1] Die gleiche Linie vertrat A. Wendhausen, indem er verkündete: Der Landbund gehöre seinen Satzungen nach in das nationale Lager. In diesem System könne die Landwirtschaft nicht gesunden; deshalb müsse der Systemwechsel als die Hauptfrage vorangestellt werden.[2] Demgegenüber erklärte M. Schiele, daß der RLB die nötige Bewegungsfreiheit zu gewinnen trachten müsse, um "zwei...Aufgaben n e b e n e i n a n d e r zu lösen...,... die Aufgaben der Grünen Front u n d der Nationalen Front, die es zu v e r e i n e n" gälte.[3] Und er fügte ausdrücklich hinzu:

> "Wir lassen uns in nationaler Beziehung von niemand übertreffen. Die primäre Aufgabe unserer Organisation ist es aber, der deutschen Landwirtschaft zu dienen,...durch die Grüne Front die Lage der Landwirtschaft zu verbessern."[4]

K. Hepp verteidigte diese Linie mit der lapidaren Feststellung: "Wir müssen die agrarischen Kräfte sammeln, um die wichtigsten Lebensfragen der Landwirtschaft zu lösen, denn von diesen Fragen leben wir doch schließlich."[5]

Auf der Sitzung des Bundesvorstandes zeichnete sich also deutlich ab, daß sich im RLB zwei taktische Linien und Gruppierungen herausgebildet hatten, die sich dann immer stärker ausprägten. Einerseits die taktisch orthodoxe Linie der junkerlich-bürgerlichen Gruppierung, die von den erzreaktionären,

---

1) Ebenda, Bl.137.
2) Ebenda.
3) Ebenda, Bl.129 (Hervorhebung von mir - K.N.)
4) Ebenda, Bl.133.
5) Ebenda, Bl.135.

bornierten Junkern und ihren schwerindustriellen Bundesgenossen angeführt wurde und politisch der DNVP unter der Ägide A. Hugenbergs folgte. Das war die starre, militant abenteuerliche Linie der intransigenten "Katastrophenpolitik", die von der absoluten Priorität der politisch-strategischen Zielsetzung gegenüber den ökonomischen Interessen ausging und darauf orientierte, das strategische Ziel aus der Stellung der kompromißlosen Opposition im Frontalangriff anzusteuern. Andererseits die taktisch wendigere Linie der bürgerlich-junkerlichen Gruppierung, die von den kapitalistisch rationeller wirtschaftenden Großgrundbesitzern und Großbauern mit ihren Exponenten M. Schiele und K. Hepp angeführt wurde und sich politisch vornehmlich auf die Landvolkpartei stützte. Es war dies der Kurs einer konstruktiveren "Realpolitik", deren Verfechter Politik und Ökonomie nicht abstrakt und absolut einander entgegenstellten, sondern auf ihre Weise miteinander verbanden, indem sie sich auf eine beweglichere, vorsichtigere Taktik orientierten, die sowohl die unmittelbare Berücksichtigung ökonomischer Interessen als auch die Erreichung des strategischen politischen Zieles ermöglichen sollte.

Jean Nicolas, der auf der Vorstandssitzung die Auffassung M. Schieles gleichfalls verteidigt hatte,[1] sah sich eine Woche später veranlaßt, diese taktische Konzeption in einem Schreiben an den Landbund-Präsidenten nochmals ausführlicher zu begründen. Nur in einer Verstärkung der wirtschaftspolitischen Aktivität des RLB in allernächster Zeit sah Nicolas noch Möglichkeiten, "schweren Erschütterungen in der östlichen Landwirtschaft und damit auch im Landbund zu begegnen."[2] Mit leerem Magen könne der RLB keine Politik machen; deshalb müsse er endlich die Wirtschaftspolitik in den Vordergrund stellen, seine Handlungsfreiheit zurückgewinnen und sich nicht von "reinen Politikern" ins Schlepptau nehmen lassen. Nicolas faßte seine politischen Vorstellungen im wesentlichen in folgenden Empfehlungen zusammen: Konzentrierung aller bürgerlichen Kräfte in einer breiten Front (über die Grüne Front hinaus) zur Rettung der Landwirtschaft und zum Kampf gegen den Marxismus sowie Findung jener

1) Vgl. ebenda, Bl.130 f.
2) Ebenda, Bl.277 f.

Mittel und Wege, die geeignet wären, die Landbund-Mitglieder auf den "Endkampf gegen den Marxismus" einzustellen, z u - g l e i c h aber ihr Vertrauen zur Führung zu erhalten.[1] Hier handelt es sich augenscheinlich um eine Komponente der taktisch wendigeren Gruppierung, deren "realpolitische" Orientierung auch von der Sorge der ostelbischen Großgrundbesitzer diktiert war, unter den Bedingungen der Agrarkrise sowohl die optimale Realisierung eigener wirtschaftspolitischer Interessen zu gewährleisten als auch durch minimale Berücksichtigung bäuerlicher Forderungen ihre Massenbasis bis zum "Endkampf" um die offene Gewaltherrschaft zu erhalten.

Auf der anderen Seite war A. Hugenberg bemüht, seine politische Konzeption in der DNVP durchzusetzen. Am 21. November 1929 entwickelte er vor dem Parteivorstand die "Grundsätze des Parteiführers",[2] die in seine Rede auf dem 9. Parteitag in Kassel[3] einflossen. Jene Thesen, welche die taktische Linie A. Hugenbergs besonders deutlich kennzeichnen, lauteten:

(1) Das Ziel einer Änderung der inneren Machtverteilung sei so wertvoll, daß man dafür "auch kleine Augenblicksvorteile opfern" müsse. Entscheidende Hilfe für den deutschen Bauern werde erst kommen, wenn die "marxistische Vormachtstellung gebrochen" sei.[4]

(2) Die DNVP sei "zu jeder Zusammenarbeit mit denjenigen bereit, die g l e i c h z e i t i g i m R e i c h u n d i n P r e u ß e n in eine bewußte und klare Kampfstellung gegen den Marxismus" einträten. Der "Begriff der positiven Arbeit" könne so lange nicht realisiert werden, wie bürgerliche Parteien mit der Sozialdemokratie statt mit seinesgleichen regierten. Dem Schaukelspiel, welches das jetzige Koalitionssystem am Leben erhielte, müsse "im Interesse aller deutschen Stände eine klare und deutliche Absage" erteilt werden. Dies sei "keine negative, sondern eine im höchsten Grade fruchtbare Opposition."

Das war die orthodoxe Linie der kompromißlosen nationalistischen Opposition, die ein Zusammengehen mit jenen bürgerlichen Parteien ausschloß, welche das Weimarer Koalitionssystem stützten und somit die "Vormachtstellung" der Sozialdemokratie verlängerten, und die deswegen vor allem die Orientierung der Schiele-

1) Ebenda.
2) DZA I, DNVP, Nr.15, Bl.20 ff.
3) Hugenberg, Klare Front zum Freiheitskampf. Rede gehalten auf dem 9. Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Kassel am 22. November 1929, Berlin (=Flugschrift 339, XI/1929)
4) Ebenda, S.7, S.10.
5) Ebenda, S.10.

Gruppe auf die Grüne Front negierte. M. Schiele verteidigte indes auf dem 9. Parteitag die Linie der taktisch wendigeren Gruppierung und ihr Festhalten an der Grünen Front, weil gerade in ihrem Rahmen durch das System der parlamentarischen Querverbindungen eine "aktivistische, konstruktive" Agrarpolitik ermöglicht wurde, zumal die Landwirtschaft, wie er betonte, schnelle Hilfe brauche, weil sie nicht warten könne und "durch Oppositionspolitik allein diese schleunige Hilfe nie" erreichbar sei.[1] Auf der Führertagung des RLB am 22./23. November bekräftigte M. Schiele diese Haltung nicht nur, sondern er brachte auch die Entschlossenheit der Landbund-Führung zum Ausdruck, daraus politische Konsequenzen zu ziehen, als er betonte:

> "Wir können den harten Realitäten unserer gegenwärtigen Lage nicht länger mehr ausweichen. Sie zwingen uns eine g r u n d s ä t z l i c h e U m s t e l l u n g u n s e r e r P o l i t i k auf, wenn wir dem Untergang entgehen wollen."[2]

Anläßlich der Abstimmung über das "Freiheitsgesetz" im Reichstag am 3./4. Dezember wurde die Spaltung der DNVP offensichtlich. 24 ihrer Abgeordneten, unter ihnen M. Schiele und Hans Schlange-Schöningen, enthielten sich der Stimme. K. von Westarp stellte den Posten des Fraktionsvorsitzenden zur Verfügung. 12 Abgeordnete traten aus der Partei aus, schlossen sich zunächst zu einer deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft zusammen und bildeten mit den Abgeordneten der Landvolkpartei eine lose Fraktionsgemeinschaft.

Die Sezession einer so bedeutenden Gruppe deutschnationaler Abgeordneter erleichterte es Schiele und seinen Anhängern, die angekündigte Umorientierung des RLB zu vollziehen. Am 11. Dezember 1929 faßte der Bundesvorstand Beschlüsse, die erkennen lassen, daß die weitere Teilnahme des RLB an der Hugenberg-Kampagne nur noch formaler Natur war, während Schiele für die "zweite Agrarschlacht" und weitere Initiativen der Grünen Front genügend Spielraum erhielt. Im Aufruf zum bevorstehenden Volksentscheid[3] versicherte der Bundesvorstand zwar, daß sich der RLB mit aller Energie dafür einsetzen wolle, daß die Beteiligung des Landvolkes dabei "zur stärksten Wirkung" komme, aber er erweiterte

---

1) Unsere Partei, Sondernummer 9. Reichsparteitag, a.a.O.
2) Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 70.Band, 1929, München, 1929, S.204 (Hervorhebung von mir - K.H.).
3) DZA I, RLB, Nr.60, Bl.234 f.

die Stoßrichtung der Aktion. Die Stimmabgabe des Landvolkes sollte zugleich ein Protest gegen die Mißachtung der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Landvolkes zum Ausdruck bringen. Den vom Bundesvorstand einstimmig beschlossenen Richtlinien zur Frage der weiteren politischen Betätigung des RLB nach dem Volksentscheid[1] zufolge wollte der Landbund jede Unternehmung fördern, die der "Sammlung der nationalen und christlichen Kräfte im Gesamtvolke" - über den Zusammenschluß des Landvolkes hinaus - diente. Dabei sollten die "volle parteipolitische Unabhängigkeit" sowie die "völlige Handlungsfreiheit" des RLB "zur Durchführung seiner eigenen satzungsmäßigen Aufgaben" gewahrt werden. Eben das war die von der Schiele-Gruppe begründete "grundsätzliche Umstellung" der Politik des RLB: einerseits charakterisiert durch die Absage an den parteipolitisch motivierten Zwang, der intransigenten Oppositions- bzw. Katastrophenpolitik folgen zu müssen, andererseits durch den Gewinn der notwendigen Bewegungsfreiheit, um die unaufschiebbaren wirtschaftspolitischen Interessen der Großagrarier und Großbauern schneller und wirksamer realisieren zu können.

Damit hatte sich im RLB die beweglichere Taktik der Schiele-Gruppe weitgehend durchgesetzt, die nicht nur von westelbischen Landbünden mit überwiegend bäuerlicher Struktur unterstützt wurde, sondern auch von so bedeutenden ostelbischen Landbünden wie dem Provinzsächsischen, dem Brandenburgischen und dem Schlesischen, also ausgesprochenen Domänen der Großagrarier. Das kam auch darin zum Ausdruck, daß sich der Bundesvorstand in einer besonderen Entschließung vom Pommerschen Landbund distanzierte, der die Vorbehalte der RLB-Führung gegenüber dem § 4 des "Freiheitsgesetzes" öffentlich verurteilt hatte.[2] Der Pommersche Landbund verblieb jedoch in der politischen Gefolgschaft Hugenbergs und beantwortete die Kritik an seiner Haltung damit, daß er mit Schreiben vom 19. Dezember 1929 seine Mitgliedschaft im RLB vorsorglich zum Ende des Jahres 1930 aufkündigte.[3]

Insgesamt gesehen endete Hugenbergs Anti-Youngplan-Manöver mit einem Mißerfolg. Beim Volksentscheid am 22. Dezember erreichten

---

1) Ebenda, Bl.230.
2) Vgl. ebenda, Bl.235 f.
3) Vgl. ebenda, Bl.258.

die hinter der Aktion stehenden Parteien mit nur 5,8 Millionen Ja-Stimmen nicht einmal die Stimmzahlen der letzten Reichstagswahl. Schon am nächsten Tag teilte das Landbund-Präsidium in einem Schreiben an A. Hugenberg[1] mit, daß der RLB seine Mitgliedschaft im Reichsausschuß für das Volksbegehren als beendet ansehe. Es betonte ausdrücklich, daß sich der Landbund "mit äußerster Energie" für den Erfolg des "Freiheitsgesetzes" eingesetzt habe, obwohl dadurch die Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben erheblich erschwert, in einigen Gebieten sogar der innere Bestand der Organisation gefährdet worden sei. Die bei dem Einsatz gesammelten Erfahrungen hätten die Notwendigkeit erwiesen, den Kampf nunmehr auf breiterer Basis fortzusetzen. Das war die eindeutige und endgültige Absage an die nationalistisch-intransigente Oppositionspolitik in der Gefolgschaft A. Hugenbergs und das entschiedene Bekenntnis zur Fortsetzung der Politik der Grünen Front unter der Führung M. Schieles.

Die Anhänger A. Hugenbergs in der DNVP und im Landbund nahmen den offiziellen Austritt des RLB aus dem Reichsausschuß zum Anlaß, um die Opposition gegen die politische Linie der Schiele-Gruppe und der sie stützenden Landvolkpartei in Gang zu bringen. In einem im Deutschen Schnelldienst vom 9. Januar 1930 veröffentlichten Artikel unter der Überschrift "Welches sind die Folgen der Annahme und Erfüllung des Youngplanes für die Landwirtschaft?"[2] bezeichnete Georg Schiele den Trennungsschnitt, den der RLB zwischen sich und dem "Reichsausschuß der nationalen Opposition" zu ziehen für nötig befunden hatte, als unverständlich und befremdend. Die dafür verantwortlichen Männer wollten damit, wie G. Schiele sich ausdrückte, die Fortsetzung der Erfüllungspolitik ermöglichen und zugleich "Trinkgelder für die Landwirtschaft,...eine Art Pudding aus Zöllen, Valorisationen, Monopolen, Krediten,...allenfalls Steuererleichterung" einhandeln. Die Parole, die da umging: 'Wir wollen Realpolitik machen, von Idealen wird die Landwirtschaft nicht fett', wertete er als sehr bedenklich, schädlich, töricht und kurzsichtig zugleich; "denn das Fettmachen" ende "mit dem Schlachten."

---

1) Ebenda, Nr.120 a, Bl.104.
2) Abschrift in: ebenda, Nr.120 b, Bl.185 ff.
3) Ebenda, Bl.187.

Das Vorgehen der Hugenberg-Anhänger gegen den Kurs M. Schieles war auch von der Überlegung beeinflußt, sich bei der Handhabung des Nationalismus als eines entscheidenden Instrumentes zur Manipulierung der kleinbürgerlichen Massenbasis nicht von der Nazipartei übertrumpfen zu lassen. Georg Schiele hatte in dem erwähnten Brief vom 20.9.1929 an seinen Onkel[1] nicht von ungefähr darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Vorgänge von 1924, als Landbundführer und andere deutschnationale Abgeordnete dem Dawesplan zugestimmt hatten, nicht wiederholen dürften; sonst würden die Landbund-Parteien von "aktivistischen Parteien, z.B. den Nazi, im nächsten Wahlkampf zerfetzt werden." In der Tat zeigten bereits die Landtags- und Kommunalwahlen Ende des Jahres 1929, daß viele Wähler von der DNVP zur Nazipartei abschwenkten und daß in der Tendenz schon in diesen Wahlen "das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1930 vorweggenommen" wurde.[2] Das Hugenberg-Manöver gegen den Youngplan war für die Nazipartei eine willkommene Gelegenheit, sich sprunghaft nach vorn in das Rampenlicht der Öffentlichkeit zu schieben, ihre nationale Demagogie mit zunehmendem Erfolg unter den Massen zu verbreiten und ihre Positionen auch auf Kosten ihres Seniorpartners auszudehnen. Die hitlerfaschistischen Agitatoren verwiesen immer wieder darauf, daß die Deutschnationalen für die Younggesetze mitverantwortlich seien; denn ohne ihren Umfall bei der Abstimmung über den Dawesplan im August 1924 würde es nun auch keinen Youngplan geben.

Während der Anti-Youngplan-Kampagne kamen auch die Landbund-Führungen nicht umhin, sich mit der expansiven Entwicklung der Nazibewegung auseinanderzusetzen. Ein Jahr zuvor, etwa während der Reichstagswahl-Kampagne 1928, hatten sie sich noch überlegen unbesorgt gegeben. Von der Landbundpresse wurde die NSDAP als eine "ausgesprochene Arbeiterpartei" mit "sozialistischer" Zielstellung hingestellt, die sich von der Sozialdemokratie allerdings durch einen "gewaltigen Unterschied" abhöbe, daß sie auf "nationalem Boden" stünde.[3] Gerade dieser Eigenschaft, ihres

---

1) Vgl. Anm.3 auf S.103 der vorliegenden Arbeit
2) K. Mammach, Der Übergang des deutschen Finanzkapitals zur Vorbereitung seiner offenen, terroristischen Diktatur, Phil. Diss. Berlin 1963, S.96 f.
3) "Die Ziele der Nationalsozialisten", in: Der Pommersche Landbund, Nr.20 v. 19.5.1928.

extremen Nationalismus wegen wurde der Nazipartei in den strategisch-taktischen Überlegungen der zunächst deutschnational orientierten Landbundführung eine "Übergangs"funktion zugedacht und damit "eine gewisse Existenzberechtigung" zuerkannt, nämlich "Internationale auf nationalen Boden zurückzuholen",[1] was heißen sollte, auch bestimmte Teile der Arbeiterklasse zusammenzutrommeln und auf diese Weise die Massenbasis der bürgerlich-junkerlichen Parteien zu erweitern. Indessen war während der Hugenberg-Kampagne eine lebhafte Agitation der NSDAP vor allem in den ländlichen Gebieten zu beobachten, die weder die DNVP und die Landvolkpartei noch die Landbund-Führungen unberührt lassen konnte. Auf einer Vorstandssitzung des Reichsjunglandbundes am 11. Juni 1929 wußte die Mehrzahl der Junglandbund-Führer über eine regelmäßige, energische und geschickte Propaganda der Nazipartei unter der Dorfbevölkerung zu berichten, die wegen ihres Radikalismus vor allem auf die Jugend ihre Wirkung nicht verfehle. In Pommern und Ostpreußen, so hieß es dort, bestünde "ein freundschaftliches Verhältnis" zwischen Naziorganisationen und Landbünden. Wo das anders wäre, richteten sich die Angriffe der Nazis nicht gegen die Landbundorganisation, die man erhalten und mit eigenem Führergeist durchsetzen wolle, sondern gegen die Landbundführer.[2] Die Vorwürfe gegen letztere betrafen u.a. die Mitverantwortung für den Dawesplan, das "Versagen im deutschen Freiheitskampfe" und die Schlappheit in der Führung, welche die Nazis vornehmlich im Hin- und Herpendeln des RLB zwischen "nationaler" Opposition einerseits und Grüner Front andererseits erblickten. Im Völkischen Beobachter hieß es:

> "Wenn der Landbund helfen wollte, dann müßte er dem System den Kampf ansagen, müßte (er) seine Gefolgschaft in die aktive antiparlamentarische Front stellen...Die Vertreter des Landbundes aber sitzen in den Fraktionen, die aus einem stürmischen Drang zur Futterkrippe immer wieder an diesem System positiv mitarbeiten wollen."[3]

Den Austritt des RLB aus dem Reichsausschuß für das Volksbegehren kommentierte die Nazipresse als "charakterlose Politik",[4]

---

1) Ebenda.
2) Vgl. DZA I, RLB, Nr.163, Bl.58.
3) "Landvolk in die NSDAP!", in: Völkischer Beobachter, Nr.137 v. 16./17. Juni 1929.
4) "Verrat der Bauern durch die 'Führer' des Reichslandbundes", in: ebenda, Nr.16 v. 21. Januar 1930.

von der sich die Bauern abwenden sollten, um sich der Hitlerbewegung anzuschließen. Ihre Parole "Kämpfen oder herunter von den Pferden!"[1] war ebenso eindeutig gegen die "realpolitisch" eingestellten Landbundführer gerichtet. Die Nazipartei suchte die Zugkraft der Landbund-Ideologie auch dadurch zu übertrumpfen, daß sie ihre nationale Demagogie durch die soziale ergänzte und die Landbundführung zwang, sich mit pseudosozialistischen Thesen im Programm der NSDAP auseinanderzusetzen, besonders mit ihrer verschwommenen Stellung zum Privateigentum, zum Großgrundbesitz, zur Bodenreform und zur Sozialpolitik,[2] die das Mißtrauen der Großgrundbesitzer erregte.

Dennoch waren auch die von Anhängern M. Schieles geführten Landbünde bereit, bei der Anwendung der vom Bundesvorstand ausgegebenen Parole zur "Sammlung aller nationalen und christlichen Kräfte" die expansive Nazibewegung nicht auszuschließen, sondern mit ihr im Sinne einer "antimarxistischen" Frontverbreiterung zusammenzuarbeiten. Sie gaben zu verstehen, daß - sobald die Nazipartei sich mauserte - ein engeres Zusammenrücken beider Seiten möglich wäre, zumal sie durch die gleiche "nationale" Gesinnung miteinander verbunden seien. Direktor Evers vom Landbund Niederbarnim legte z.B. auf einer von der Nazipartei am 26. Dezember 1929 in Neuholland durchgeführten Versammlung dar, daß es der Landbund gern sähe, wenn sich die Nationalsozialisten an der von M. Schiele geschaffenen Grünen Front beteiligten. Eine solche Verstärkung der Front hielt er nicht nur für "dringend nötig, da man sich sonst nicht gegenüber... der Linken durchsetzen könne", sondern für glaubhaft möglich, da vieles im Programm der NSDAP enthalten sei, "dem jeder gute Deutsche durchaus zustimmen könne."[3] Zugleich bedauerte Evers, daß die Zusammenarbeit sowohl durch einige Programmpunkte als auch dadurch erschwert werde, daß die Nationalsozialisten selbst sie vorläufig noch ablehnten. Aber, so versicherte er, "wenn es gelänge, in diesen Punkten Änderungen in der Betätigung der Partei durchzusetzen, so würde der Landbund der erste sein,

---

1) Ebenda.
2) Vgl. Reichs-Landbund e.V.: Reichs-Landbund und Nationalsozialismus, Berlin, 8.Februar 1930 (gedr.), in: Pressearchiv des RLB, 45.N, Bd.1, Bl.3.
3) "Nationalsozialisten und Landbund", in: Landbund Niederbarnim, Nr.2 v. 12.1.1930.

der diese Verbreiterung seiner Kampffront durch die Partei freudigst begrüßt(e)."[1]

Auch die Landvolkpartei bekundete ihre grundsätzliche Bereitschaft, mit der Nazipartei im Sinne einer nationalistisch-profaschistischen Frontverbreiterung zusammenzuarbeiten. Im Organ des von K. Hepp geführten Nassauischen Landbundes hieß es:

> "Die Landvolkbewegung ist ein Teil der großen nationalen Bewegung, von der wir die entscheidende Neuordnung unseres Staatslebens, die Schaffung des 'dritten Reiches' erhoffen. Die Sehnsucht nach diesem...Staate eint uns mit vielen anderen Volksgruppen - z.B. auch mit den Nationalsozialisten -, und wir sind gewillt, mit ihnen allen in den großen Fragen der Nation kameradschaftlich zusammenzustehen."[2]

Gleichzeitig verteidigten die Landvolkpartei und die mit ihr korrespondierenden Landbünde die "realpolitische" Linie gegenüber der intransigenten Opposition, die von der NSDAP ebenso wie von Hugenbergs DNVP propagiert wurde. Der Nassauische Landbund erklärte:

> "...und wenn unsere 'Realpolitik' unter den gegebenen Verhältnissen auch nur darin bestehen könnte zu b r e m s e n , so wäre auch das verdienstvoller, als dem heranbrechenden Chaos untätig zuzusehen. Der nationalsozialistische Grundsatz 'erst muß sich das System zu Tode laufen, bevor wir die bessernde Hand anlegen' ist - von der bäuerlichen Haltung aus gesehen - v e r a n t w o r t u n g s l o s ."[3]

Einige Landbundführer sahen durch das zugespitzte demagogische Auftrumpfen der Nazipartei und deren Vormarsch auf dem Lande die eigene Organisation schon gefährdet und suchten die Führung des RLB zur Rückkehr in die "Front des Kampfes gegen den Youngplan" zu bewegen. In einem Schreiben vom 13. Januar 1930 an den Brandenburgischen Landbund[4] machte Rittergutsbesitzer Wilhelm Jacobs darauf aufmerksam, daß es von allen Seiten am Bestand des Landbundes "knabbere". Das Landvolk radikalisierte sich zusehends. Unter der Jungbauernschaft agitierten mit größtem Erfolg die Nazis; Schleswig-Holstein, Ostpreußen, Oldenburg-Hannover, ja sogar Schlesien gerieten unter den Einfluß der Landvolkbewegung, die Kündigung des Pommerschen Landbundes werde in Landbundkreisen viel besprochen - das seien Sturmzeichen! Jacobs

---

1) Ebenda.
2) Landvolk und Nationalsozialismus", in: Nassauische Bauernzeitung, Nr.5 v. 8.1.1930.
3) Ebenda.
4) DZA I, RLB, Nr.18, Bl.247 ff.

schlug vor, daß Schiele mit dem RLB dem Reichsausschuß offiziell wieder beitreten sollte, um dadurch den Wiedereintritt des Pommerschen Landbundes zu bewirken und die Gefolgschaft der Landbundführer mitzureißen.

Für die Sitzung des Bundesvorstandes des RLB am 15. Januar hatten sechs ostelbische Landbünde, darunter Pommern, beide Mecklenburg und Oberschlesien, einen schriftlichen Protest gegen den Austritt des RLB aus dem Reichsausschuß vorbereitet. Im Verlaufe der Sitzung wurde diese Kundgebung jedoch zurückgezogen, als eine Kompromißformel für eine Entschließung[1] gefunden wurde, die einerseits den Inhalt des Schreibens des Präsidiums des RLB vom 23. Dezember 1929 an A. Hugenberg billigte und damit die Proklamierung der parteipolitischen Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit des RLB bekräftigte, und andererseits feststellte, daß die Beteiligung von Landbund-Persönlichkeiten an irgendwie gearteten politischen Unternehmungen keinerlei Bindung für den RLB und die Landbünde als Organisationen bedeutete. Damit war dem politischen Engagement im RLB ein Spielraum gegeben, der sowohl den rechtsextremen Pommerschen Landbund zufriedenstellte und ihn zur Zurücknahme seiner Austrittserklärung bewog[2] als auch die Fortführung der Politik der Grünen Front sanktionierte.

Damit war auch der Schlußpunkt unter die Beteiligung des RLB an Hugenbergs Anti-Youngplan-Manöver gesetzt und seine künftige Politik ganz auf den "realpolitischen" Kurs der Führungsgruppe um L. Schiele festgelegt. Die Tatsache, daß deren taktische Konzeption im RLB nunmehr maßgebend sein sollte, wurde vom Brandenburgischen Landbund wie folgt erklärt:

> "Ist man der Auffassung, daß man von dem heutigen System nichts mehr erwarten kann, dann hat der parlamentarische Kampf mit Hilfe der Grünen Front keinen Wert mehr. Ist man dagegen der Auffassung, daß der Landwirtschaft sofort geholfen werden muß, dann bleibt vorläufig nur die Fortsetzung des parlamentarischen Kampfes mit Hilfe der Grünen Front...Die verantwortlichen Führer des Reichs-Landbundes haben sich zur Stunde für den zweiten Weg entschieden...Dieser Weg schließt dabei keineswegs aus, den Kampf gegen das System ebenfalls grundsätzlich fortzuführen...Es kann nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß auch der Reichs-Landbund das heutige unhaltbare System durch ein Staats- und Regierungssystem ersetzt haben will,

---

1) Vgl. ebenda, Nr.120a, Bl.65 f.
2) Vgl. WAP Szczecin, Regierung Stettin, Polizei, Nr.172, Bl.4 f.

das einem wahren Deutschen entspricht. Aber solange das heutige System noch nicht beseitigt worden ist, müssen auch mit den Mitteln dieses Systems alle Möglichkeiten bis zum letzten ausgeschöpft werden, um der landwirtschaftlichen Notlage zu steuern. Diese Zielsetzung bedingt es, daß der Reichs-Landbund an der Grünen Front festhält."1)

2.3. Die Rolle des RLB bei der Vorbereitung und Bildung des präfaschistischen Präsidial-Kabinetts Brüning

In dem Maße, wie einerseits in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus der deutsche Imperialismus wieder erstarkte und andererseits die Weltwirtschaftskrise sich abzeichnete und zu wirken begann, begann auch die Krise der Weimarer Republik.[2] Einflußreiche Kreise des Monopolkapitals, des Junkertums und der Reichswehr hielten die Zeit für gekommen, den Übergang von der parlamentarischen Demokratie zur offenen Gewaltherrschaft einzuleiten. Bereits im Frühjahr 1929, als sich Elemente einer neuen Wirtschaftskrise deutlicher abzuzeichnen begannen, waren sich führende Schwerindustrielle und Bankherren "darüber einig geworden, einen reaktionären Regierungskurs durchzusetzen."[3] Auch P. von Hindenburg hatte in einer Unterredung mit Kuno von Westarp die Möglichkeit besprochen, die Konservativen in eine neue Regierung einzubeziehen, um gegen die Sozialdemokratie regieren zu können.[4]

Nachdem die Weltwirtschaftskrise im Herbst 1929 offen ausgebrochen war, setzte der RDI das Signal für den Kurs auf die faschistische Diktatur, auf dessen außerordentlicher Mitgliederversammlung am 12. Dezember 1929 die Forderung nach einer "festen und beständigen Regierung" erhoben wurde, die Zivilcourage aufbrächte und "durchzugreifen ernsthaft gewillt" sei.[5]

Waren sich die treibenden Kräfte des Faschisierungskurses über das strategische Ziel einig, so gab es zwischen ihren verschiedenen Gruppierungen erhebliche Meinungsverschiedenheiten über Tempo und Methoden der Errichtung der faschistischen Diktatur,

---

1) Geschäftsbericht des Brandenburgischen Landbundes für das Jahr 1929, S.6 f.
2) Vgl. GdA, Bd.4, a.a.O., S.222 ff.
3) Ebenda, S.224.
4) Vgl. Karl D.Bracher, a.a.O., S.322 f.
5) Veröffentlichungen des RDI, H.49, Dez.1929, S.38.

auch darüber, auf welche Kräfte man sich dabei stützen sollte. Solche Divergenzen wurden auch im RLB zwischen den erwähnten zwei Gruppierungen ausgetragen: der von M. Schiele geführten bürgerlich-junkerlichen und der A. Hugenberg folgenden junkerlich-bürgerlichen Gruppierung, die das gemeinsame strategische Ziel - die Ablösung der parlamentarischen Republik durch die offene terroristische Diktatur- mit unterschiedlichen taktischen Konzeptionen anstrebten. Mit dem offenen Ausbruch der Weltwirtschaftskrise rückte die umstrittene Frage, ob man sich unter diesen Bedingungen an einer neuen Regierung beteiligen oder zunächst noch in der Oppositionsstellung verharren sollte, in den Mittelpunkt der taktischen Auseinandersetzungen.

Für die bürgerlich-junkerliche, taktisch wendigere Gruppierung ergab sich aus ihrer "realpolitischen" Einstellung, daß sie sich nicht damit begnügen wollte, die staatliche Agrarpolitik von außen her mittels der Grünen Front lediglich zu beeinflussen, sondern entschlossen war, sie aktiv und somit noch effektiver im Sinne der Großagrarier und Großbauern selbst zu gestalten. Deshalb wollte sie - auch gegen den Widerstand der intransigenten junkerlich-bürgerlichen Gruppierung - wieder hinein in den Staat, also in die Reichsregierung hinein.[1] In einem vom 10. Mai 1929 datierten Schreiben an den Vorsitzenden des Kreislandbundes Landsberg, Rittergutsbesitzer Honig, wies das Vorstandsmitglied von Hoepfner auf die sich bereits abzeichnenden Auseinandersetzungen um diese Frage hin. "Die deutschnationale Partei ist aus der Regierung herausgedrängt", heißt es dort, "Richtung S c h i e l e will mit allen Mitteln in die Ministerposten wieder herein, Richtung H u g e n b e r g ist dagegen."[2] In der zweiten Novemberhälfte kursierten in Landbundkreisen inoffizielle Informationen, denen zufolge seitens des Präsidenten Schiele "bereits Verhandlungen mit dem Ziel einer neuen Koalitionsregierung" aufgenommen seien und versucht werde, "das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft für Herrn Schiele freizubekommen."[3]

---

1) Vgl. M.Schiele, Für Ar und Halm, in: LandbundProvinz Sachsen, Nr.2 v. 12. Januar 1929.
2) DZA I, RLB, Nr.178, Bl.56.
3) Ebenda, Nr.18, Bl.264.

Die junkerlich-bürgerliche Gruppierung hingegen versteifte sich auf die kompromißlose "nationale" Opposition, wobei sie folgende Argumente ins taktische Kalkül einbezog. Erstens hielt sie eine Regierungsbildung unter Beteiligung der Deutschnationalen bei der bestehenden Zusammensetzung des Reichstages für unmöglich,[1] zumal andere bürgerliche Parteien Hugenbergs Bedingungen (Ablehnung des Youngplanes, totale Trennung von der Sozialdemokratie durch gleichzeitige Regierungsumbildung in Preußen) nicht entsprachen.[2] Zweitens würde die Beteiligung an einer Regierungskoalition unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise - selbst bei Anwendung eines Ermächtigungsgesetzes - nur Augenblickserfolge nach der Devise "2 Schritte vor, 3 Schritte zurück"[3] ermöglichen, die Partei und den Landbund indes nur mit einer unerwünschten Verantwortung belasten und vor dem "Entscheidungs-Kampf" politisch abnutzen. Drittens schienen die Wahlergebnisse und die Wahlerfolge der Nazipartei Ende des Jahres 1929 "deutlich darauf hinzuweisen", daß die nach einem Ausweg suchenden Wählermassen nicht zur Mitte, sondern zu den Flügeln hin tendierten.[4] Von solchen Überlegungen ausgehend, legte sich die ultrareaktionäre Gruppierung auf die starre, militant abenteuerliche Linie fest, die dahin zielte, die "staatsbürgerlichen" Parteien und die Sozialdemokratie sich in der Wirtschaftskrise total abwirtschaften zu lassen, um dann - an der Spitze der "nationalen" Opposition und gestützt auf die chauvinistisch radikalisierten Massen des Kleinbürgertums - die offene terroristische Diktatur in einem Zuge zu errichten. Diese Taktik der intransigenten Katastrophenpolitik brachte der Ostfriesische Landbund in einem Schreiben vom 11. März 1930 mit folgenden Worten zum Ausdruck:

> "Die Sozialdemokratie muß sich mit den bürgerlichen Mittelparteien bankrott regieren, eher gibt es keine gesunde Umkehr, die einen Wiederaufbau der Landwirtschaft ermöglicht. Es kann um der Zukunft der Landwirtschaft willen nicht verhindert werden, daß dabei ein kleiner Teil der Betriebe in nächster Zeit zusammenbricht...Im Interesse der Gesamtorganisation müssen wir daher fordern, daß die Leitung des RLB denjenigen Parteien und Parlamentariern keinen Vorschub

1) Vgl. DZA I, DNVP, Nr.72, Bl.41.
2) Vgl. ebenda, Nr.90, Bl.65.
3) Ebenda.
4) Vgl. ebenda, Nr.72, Bl.41.

leistet, die in die Regierung hineinwollen."[1]

Solcherart Katastrophenpolitik wurde von der taktisch wendigeren Gruppierung entschieden abgelehnt. Davon zeugt - über bereits angeführte Beispiele hinaus - auch die folgende vom Landbund Anhalt bekundete Auffassung:

> "Nationale Politik auf lange Sicht in allen Ehren (auch wir machen sie mit), aber wir haben nicht die Zeit, die Hände in den Schoß zu legen und auf das große Wunder zu warten, das uns irgendwann einmal rettet. Wir müssen ringen und kämpfen, den letzten Zusammenbruch abwehren, weil die Freiheit der Nation mit einem abgestorbenen Nährstande nicht erkämpft werden kann. Weil wir leben müssen, soll nicht alles im Bolschewismus untergehen, darum müssen wir immer wieder den Kampfwillen im Landvolke aufrütteln, den Organisationsgedanken und die Landbund-Disziplin vertiefen."[2]

Da der Weg der Katastrophenpolitik einerseits die optimale Durchsetzung wirtschaftspolitischer Interessen nicht zu gewährleisten schien, andererseits aber die Proletarisierung der Bauern und somit eine Gefährdung der bürgerlich-junkerlichen Massenbasis sowie innen- und außenpolitische Komplikationen befürchten ließ, setzte sich zunächst die taktisch wendigere Gruppierung durch, die auf die risikolosere Variante des Faschisierungskurses vertraute. Auf der erwähnten Mitgliederversammlung des RDI wurde nicht nur das Signal gesetzt, sondern es wurden auch die Weichen für jenen politischen Kurs gestellt, der in Deutschland tatsächlich eingeschlagen werden sollte. Es wurde dort bekräftigt, daß es jetzt "ums Prinzip, ums ganze System" ginge, und wenn das Parlament seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen sei, dann müsse an Stelle der fehlenden Gesetzgebung die Verordnung bzw. das Ermächtigungsgesetz gehandhabt werden.[3] Die hier postulierte taktische Schwerpunktverlagerung von der Legislative auf die Exekutive des Reiches bedeutete die Einleitung des schrittweisen Faschisierungskurses, beginnend mit der Entlassung der "in der Zügelführung abgenutzten"Sozialdemokratie[4] aus der Regierungsverantwortung und der Installierung eines Präsidialkabinetts, das entschlossen war, das wirtschaftspolitische Programm sowohl der Monopolbourgeoisie als auch der Großagrarier mit allen Mit-

---

1) DZA I, RLB, Nr.60, Bl.201.
2) Geschäftsbericht des Landbundes Anhalt E.V. für 1929/30, in: DZA I, RLB, Nr.14 b, Bl.309.
3) Veröffentlichungen des RDJ, a.a.O, S.6, S.38.
4) W.Ruge, Weimar - Republik..., S.294.

teln, einschließlich der Notverordnungsdiktatur, durchzusetzen.

Spätestens ab Dezember 1929 waren die Pläne zum Sturz der Regierung der Großen Koalition und zur Bildung eines Präsidial-Kabinetts mit dem Namen des Zentrum-Politikers Heinrich Brüning verbunden.[1] Es deutet vieles darauf hin, daß M. Schiele von diesen Plänen nicht nur gewußt hat, sondern auch an ihrer Realisierung aktiv beteiligt war. Das Ausscheiden des RLB aus der Anti-Youngplan-Kampagne erscheint unter diesem Aspekt erst in vollem Lichte. Die von der Schiele-Gruppe herbeigeführte "grundsätzliche Umstellung" der Politik des RLB, ihre Befreiung von der taktischen Einengung durch die Hugenberg-Doktrin sollte mehr ermöglichen als nur die Aktivierung der Agrarpolitik im Rahmen der Grünen Front aus der Oppositionsstellung heraus. Dahinter verbarg sich vielmehr die Entschlossenheit, im Zusammenwirken mit allen Kräften der taktisch wendigeren Fraktion der herrschenden Klasse die in Aussicht genommene Ablösung der sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierung durch ein Präsidialkabinett zu realisieren. Das spiegelt sich beispielsweise in der vom Nassauischen Landbund bekundeten Abgrenzung von der Katastrophenpolitik wider, deren bereits zitierte Passagen[2] auch die folgende aufschlußreiche Formulierung enthalten: "Wir sind nicht bereit, durch hemmungslose Opposition zuzulassen, daß die heutigen Machthaber unseren Staatskarren in den hoffnungslosen Sumpf rennen lassen. Es ist höchste Zeit z u z u p a c k e n." Das beweist auch die auf der Tagung des Bundesvorstandes am 11. Dezember 1929 beschlossene Orientierung auf die "Sammlung aller nationalen und christlichen Kräfte"[3] über die Grüne Front hinaus; denn die taktisch wendigere Gruppierung verstand unter der von ihr angestrebten antimarxistischen Frontverbreiterung, wie die deutschnationale Parteiführung bestätigte, "eine Neubildung der Regierung unter Abstoßung der Sozialdemokraten."[4] Davon zeugen schließlich auch die auf der erwähnten Tagung des Bundesvorstandes ausgegebene demagogische Alternativ-Parole "Deutsche Führung oder marxistische Diktatur!"[5] sowie das

---

1) Vgl. K.Mammach, Der Übergang..., a.a.O., S.194 f.
2) Anm.2 f auf S.113 der vorliegenden Arbeit.
3) Anm.1 auf S.108.
4) DZA I, DNVP Nr.72, Bl.41.
5) Anm.3 auf S.107 der vorliegenden Arbeit.

Schreiben des Präsidiums des RLB an A. Hugenberg, in welchem der Austritt aus dem Reichsausschuß damit begründet wird, den Kampf nunmehr auf breiterer Basis fortzusetzen, "um dadurch", wie ausdrücklich hinzugefügt wird, "die realen Voraussetzungen für eine deutsche Politik zu schaffen."[1] Die "deutsche Führung", die eine "deutsche Politik" ermöglichen sollte, war offensichtlich nichts anderes als das profaschistische Synonym für die von der taktisch wendigeren Fraktion der herrschenden Klasse konzipierte Installierung eines präfaschistischen Präsidialkabinetts.

Daß die auf diesen Kurs eingestellten Landbünde und die Landvolkpartei als Alternative zur parlamentarischen Republik tatsächlich nichts anderes als eine profaschistische Variante der offenen Gewaltherrschaft anstrebten, stellten Landbund und Landvolkpartei in Thüringen damals schon in der Praxis unter Beweis. Im Ergebnis der Landtagswahl vom 8. Dezember 1929 hatte sich im 5. Thüringer Landtag (1930/32) folgendes Kräfteverhältnis herausgebildet:[2]

Arbeiterparteien			Bürgerliche Parteien ohne		
KPD	SPD	Ges.	NSDAP	NSDAP	Ges.
6	18	24	23	6	29

Daraus ergab sich, daß die Nazipartei, die nach dem Landbund (9 Mandate) die zweitstärkste bürgerliche Fraktion stellte, im Landtag zum Zünglein an der Waage wurde, da die übrigen bürgerlichen Parteien nur mit ihrer Hilfe die Mehrheit gegenüber den Arbeiterparteien behaupten konnten. Die Landbundführer nutzten die "einzige Möglichkeit", die "Rückkehr einer roten marxistischen Regierung in Thüringen überhaupt unmöglich " zu machen [3] und auf der Grundlage der von ihnen beschworenen Gemeinsamkeiten zwischen Landvolk- und Nazipartei eine profaschistische Rechtsregierung zu installieren; und so wurde auf Vorschlag Ernst Höfers im Januar 1930 jene vom Landbund und von der Nazipartei getragene Regierung gebildet, in welcher der Landbundführer Erwin Baum den Vorsitz führte,[4] der Nazi Wilhelm Frick jedoch

---

1) Anm.1 auf S.109.
2) Vgl. Statistisches Jahrb. für das Deutsche Reich, 1930, S.564 f.
3) E.Höfer auf der 6. Sitzung des 5. Thür. Landtages am 23.1.1930. STA Weimar, Landtag von Thüringen, Nr.461, IV.Abtlg. Stenographische Berichte..., Bd.I, S.116.
4) E.Höfer auf der 14. Sitzung des Landtages am 27.3.1930: "Das Kabinett ist nicht...ein Kabinett Frick, wie es immer hinge-

als Minister für Inneres und Volksbildung eine Schlüsselposition innehatte.[1] Im Rückblick auf "Ein Jahr Regierung Baum"[2] konstatierte der Thüringer Landbund nicht ohne Genugtuung, daß er hinsichtlich der Bildung einer profaschistischen Koalitionsregierung in Deutschland "bahnbrechend gewesen" sei, zumal "jetzt von allen Rechtsparteien die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung gefordert" werde.[3]

Da aber zur damaligen Zeit, d.h. um die Jahreswende 1929/30, die Nazipartei im gesamten Reich politisch noch nicht ins Gewicht fiel und sich obendrein gleich der DNVP auf die intransigente Opposition festgelegt hatte, waren die weiterreichenden Bemühungen des RLB zur Sammlung der "nationalen und christlichen Kräfte" für die Realisierung der Pläne der taktisch wendigeren Fraktion um so bedeutungsvoller. M. Schiele und seine Gefolgsleute setzten alle verfügbaren Mittel ein, um den Prozeß der Ablösung der Regierung der Großen Koalition durch das Präsidialkabinett wirkungsvoll zu unterstützen. Ein solches Mittel war die Grüne Front, die Schiele in die sogenannte dritte Agrarschlacht führte, deren wesentliches Ziel darin bestand, die Position des demokratischen Reichsernährungsministers H. Dietrich und somit der gesamten Regierung zu erschüttern.

Der erste Vorstoß in dieser Richtung wurde in Form des Briefes der Grünen Front an den Ernährungsminister vom 9. Februar 1930 geführt. Darin wurden alle bisherigen staatlichen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft als ungenügend bzw. verspätet bewertet und Sofortmaßnahmen im Sinne weitergehender Forderungen der Grünen verlangt. Unter Hinweis auf die "fortschreitende Radikalisierung der Landwirtschaft" wurde abschließend zum Ausdruck gebracht:

> "Die weitere Verschärfung der landwirtschaftlichen Lage müßte, ob die Wirtschaft will oder nicht, schließlich dazu führen, daß monopolartige Regelungen mit Hilfe des Staates unvermeidlich werden, gegen die gerade Sie, Herr Minister, immer die stärksten grundsätzlichen Bedenken geäußert haben."[4]

---

stellt wird, sondern es ist ein Kabinett, das nach seinem Vorsitzenden den Namen Baum führt." Ebenda, S.303.

1) Vgl. ebenda, Nr.460, III.Abtlg.Beschlüsse des Fünften Landtags von Thüringen 1930/32, Nr.1 bis 219, S.3.
2) In: Der Thüringer Landbund, Nr.7 v. 24.1.1931.
3) Ebenda.
4) "Ein neuer Appell der Grünen Front an den Reichsernährungsminister" in: Der Pommersche Landbund, Nr.7 v.15.Febr.1930.

Diese Passage des Schreibens der Führer der Grünen Front weist eindeutig darauf hin, daß die Großagrarier sich bereits darauf eingestellt hatten, die Ablösung der Reichsregierung auf agrarpolitischem Sektor vorzubereiten. Was sie auf dem Posten des Reichsernährungsministers an Stelle des liberalen H. Dietrich brauchten, war ein Mann ihres Vertrauens, der bereit und entschlossen war, die Ermächtigung zu "monopolartigen Regelungen" im Sinne eines verstärkten staatlichen Agrarprotektionismus zu ihren Gunsten zu handhaben.

In Landbundkreisen blieb das in dieser Richtung angelegte politische Engagement der Schiele-Gruppe nicht unwidersprochen. Der Pommersche Landbund kommentierte den neuen Appell der Grünen Front an den Minister von der intransigent-skeptischen Position aus. Nach seiner Ansicht schien es immer deutlicher zu werden, daß der Grünen Front wirtschaftspolitische Erfolge solange versagt blieben, "als sie nicht politische Folgerungen aus der offenbaren Ablehnung ihrer sachlichen Vorschläge" zöge und "sich vielmehr damit begnügt(e), auf die anwachsende Radikalisierung des Landvolkes mit dem Ausdruck des Bedauerns hinzuweisen, anstatt sich auf die aktivistischen Kräfte im Lande zu stützen."[1] Die Rittergutsbesitzer W. Jacobs und von Bredow, Vorsitzende der Kreislandbünde Ruppin und Westhavelland, vertraten in getrennten, aber möglicherweise abgestimmten Schreiben vom 11. Februar an den Brandenburgischen Landbund[2] die im wesentlichen gleiche Auffassung, daß die Bemühungen M. Schieles, auf dem Wege der Grünen Front zum Erfolg zu kommen, vergeblich sein dürften. Jacobs verurteilte die "geradezu defätistische Einstellung der Führungsspitze des RLB,"[3] und von Bredow forderte, daß die Führung des RLB von der "Kompromißpolitik" zur "Politik der Tat" überginge und die "Gefolgschaft" einsetzte, um ihren Forderungen "den nötigen Nachdruck zu verleihen."[4] Zweifellos hatten solche Landbundführer im Auge, aus der intransigenten Oppositionsstellung heraus durch eine Neuauflage von Landbunddemonstrationen die Stimmung der Landbevölkerung gegen die "Mißwirtschaft des Systems" aufs neue zu schüren und ihre politische Radikalisierung in die militant abenteuerlich-profaschistische Richtung zu lenken.

1) Ebenda.
2) DZA I, RLB, Nr.18, Bl.199 ff.
3) Ebenda, Bl.200.
4) Ebenda, Bl.203.

Derartige Forderungen paßten offensichtlich nicht in das taktische Konzept der Führungsspitze des RLB. Erstens konnten neue Landbunddemonstrationen die politische Lage komplizieren und die bereits laufenden Vorbereitungen zur Ablösung der derzeitigen Reichsregierung behindern. Außerdem wußte sich die Landbundführung daran zu erinnern, daß einmal enttäuschte Bauern, die erst angestachelt, dann aber wieder nach Hause geschickt wurden, ohne daß sich ihre Lage gebessert hatte, nur schwer in der Gefolgschaft ihrer Führer zu halten waren. Zurückhaltung schien ihnen um so mehr geboten, als auf einer Konferenz in Würzburg am 5. Januar 1930 etwa 1 000 süddeutsche Bauern und Delegierte aus anderen Gebieten eine Agrarpolitik zugunsten der Klein- und Mittelbauern gefordert hatten. In der Diskussion war es zu stürmischen Auseinandersetzungen mit anwesenden Funktionären des Landbundes und anderer agrarischer Organisationen gekommen, die vergeblich an die Bauern appellierten, im festen Vertrauen zu ihren ältesten Organisationen und "bewährten Führern" zu halten.[1] Schließlich hatten die großagrarischen Landbundführer eine tiefe Abneigung gegen die "Politik der Straße". Wollte man bäuerliche Massendemonstrationen veranstalten, mußte man die Bauern in die Städte holen, wo sie mit der Arbeiterklasse in engere Berührung kommen konnten. Gerade das aber wollten die Großgrundbesitzer verhindern, zumal sie befürchten mußten, daß die zunehmende Radikalisierung der Bauern ihre Empfänglichkeit gegenüber sozialistischen Ideen erhöhen konnte. So hatten sie bereits den im Januar 1930 fälligen Reichslandbund-Tag zum ersten Mal ausfallen lassen, angeblich "mit Rücksicht auf die seit dem Vorjahr noch verstärkte Notlage der Landwirtschaft",[2] in Wirklichkeit jedoch, um einen Kontakt der Bauern mit der in Berlin konzentrierten revolutionären Arbeiterbewegung zu verhindern. Dies geht eindeutig aus einem Schreiben J. Nicolas' vom 13. Dezember 1929 an M. Schiele hervor, in dem es heißt:

> "Mir liegen auch von anderen Landbünden...Zuschriften vor, die es auf das lebhafteste begrüßen, daß endlich Schritte getan worden sind, um zu verhindern, daß im nächsten Jahr z.Z. der Grünen Woche wie in früheren Jahren unsere Landwirte in das rote Berlin kommen."[3]

---

1) Vgl. Die Rote Fahne v. 8.1.1930; Internationale Pressekorrespondenz v. 10.11.30.
2) RLB/AWS, Nr.2 v. 11.1.1930.
3) DZA I, RLB, Nr.18, Bl.260.

Indes ging am 15. Februar 1930 beim Präsidium des RLB ein Antrag ein, demzufolge M. Schiele eine Abordnung östlicher Kreise des Brandenburgischen Landbundes empfangen und ihr Gelegenheit geben sollte, "die bis zum Äußersten gespannte Situation des Ostens vorzutragen."[1] Der Besuch der "Brandenburger Kommission" beim Landbundpräsidenten wurde für den 19. Februar vereinbart.
M. Schiele bereitete sich auf die Aussprache, in der er sich mit kritischen Auffassungen zur Politik der Führungsspitze des RLB auseinanderzusetzen hatte, sorgfältig vor. Die Grundgedanken seiner Erklärung legte er in einem handschriftlichen Konzept nieder, das erhalten geblieben[2] und deshalb von besonderem Interesse ist, weil sich darin Prämissen und Grundzüge der von ihm vertretenen Taktik des vorsichtigeren, schrittweisen Faschisierungskurses klar abzeichnen. Das Resumé dieses taktischen Konzeptes bilden die folgenden Thesen:

(1) "Pseudoführer propagieren nur 'Ideen', veranstalten nur Demonstrationen mit Rücksicht auf die Stimmung im Lande, zeigen aber keinen eigenen Weg. Ich gehe den Weg, den ich für richtig halte."[3]

(2) "System" läßt sich "nicht von außen" und "auf einen Schlag" beseitigen, sondern "nur von innen" her und "durch zähe Arbeit."[4]

(3) "Schnelle Hilfe" für die Landwirtschaft ist "erforderlich"; jedoch nicht durch sofortigen "Systemwechsel und Streikparolen", sondern "nur parlamentarisch möglich." Bei der jetzigen politischen Machtkonstellation ist daher die Grüne Front "einziges politisches Machtinstrument."[5]

(4) Die landwirtschaftliche Not ist nur durch Zölle und zentrale Regulierungsmaßnahmen schnell zu beseitigen. Diese sind jedoch nur erfolgreich, "wenn wir die Exekutive in der Hand haben...Daher unser Ziel: nicht Opposition um jeden Preis, sondern Eroberung des Staates durch Übernahme von Verantwortungen."[6]

(5) "Die Stimmungen im Lande benutze ich als Druckmittel gegen die Regierung."[7]

(6) "Unmittelbar vor einer Kabinettskrisis. Hindenburgkabinett erster Schritt weg vom System. Grüne Front bereitet politisch das Hindenburgkabinett vor."[8]

---

1) DZA I, RLB, Nr.18, Bl.219.
2) Ebenda, Bl.215 ff. Obwohl direkte Hinweise auf den Verfasser fehlen, handelt es sich hier zweifellos um Aufzeichnungen M. Schieles.
3) Ebenda, Bl.215.
4) Ebenda, Bl.217.
5) Ebenda, Bl.215.
6) Ebenda, Bl.216 f.
7) Ebenda, Bl.215.
8) Ebenda, Bl.217.

Über die für sich selbst sprechenden Aussagen hinaus lassen sich aus diesem aufschlußreichen Dokument folgende historische Erkenntnisse ableiten bzw. vertiefen:

1. Die im RLB organisierten Großgrundbesitzer waren an der Organisierung des Faschisierungsprozesses in den letzten Jahren der Weimarer Republik von Anfang aktiv beteiligt. Sie spielten nicht nur bei der späteren Ablösung der zweiten Brüning-Regierung durch das Papen-Kabinett eine maßgebliche Rolle,[1] sondern bedienten - im Bunde mit den anderen Kräften der taktisch wendigeren Gruppierung - schon bei der Ablösung der sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierung durch das erste Präsidial-Kabinett die politischen Schalthebel. Die Weimarer Republik hat folglich n i c h t, wie G. Franz glauben machen will, s i c h gewissermaßen von selbst zur "Präsidial-Demokratie" u m g e b i l d e t,[2] sondern sie i s t von Monopolkapitalisten, Großgrundbesitzern und Militaristen planmäßig über die präfaschistischen Präsidial-Kabinette zur offenen terroristischen Diktatur u m g e b i l d e t w o r d e n.

2. In den Plänen der taktisch wendigeren Gruppierung nahm das Ehrenmitglied des RLB P. von Hindenburg einen zentralen Platz ein. Die Großagrarier kennzeichneten die vorgesehene Regierung nicht von ungefähr als Hindenburgkabinett, zusammengesetzt aus Männern "seines Vertrauens". Sie waren sich - hier noch in voller Übereinstimmung mit den historischen Tatsachen - vollauf bewußt, daß die Bildung eines solchen Kabinetts der erste entscheidende Schritt zur Überwindung des parlamentarischen Systems und zur Errichtung der offenen Gewaltherrschaft sein sollte; denn damit begänne die schrittweise Wiedereroberung des Staatsapparates durch die Rechtskräfte und die systematische staatspolitische Schwerpunktverlagerung von der Legislative auf die Exekutive, die zunehmende Handhabung der Ermächtigung an Stelle der parlamentarischen Gesetzgebung.

3. Es erwies sich bereits in der Startphase des planmäßig organisierten Faschisierungsprozesses, daß die Grüne Front nicht nur ein wirtschaftspolitischer Interessenverband war,[3] sondern

---

1) Vgl. S.315 ff.der vorliegenden Arbeit.
2) Vgl. S.XIII der vorliegenden Arbeit.
3) Vgl. S.86 ff.der vorliegenden Arbeit.

zugleich ein ausgesprochen politisches Instrument, das die Großagrarier zur Ingangsetzung und Forcierung dieses Prozesses benutzten.[1]

Der taktischen Konzeption M. Schieles entsprechend, setzte die Landbundführung alle Hebel in Bewegung, um das Hindenburg-Kabinett politisch vorzubereiten. Um die Notwendigkeit einer Präsidialregierung zu begründen, wandte sie eine agrarpolitische Variante der Ablösungstaktik an. Sie bestand im wesentlichen darin, die Notlage der Landwirtschaft zu dramatisieren, propagandistisch zuzuspitzen und gleichzeitig die Schwerfälligkeit des parlamentarischen Systems, seine Unfähigkeit, schnelle und durchgreifende Hilfe zu ermöglichen, zu demonstrieren. Dabei wurde die Stimmung der Unzufriedenheit auf den unteren Landbundebenen systematisch manipuliert, um sie, wie Schiele erklärt hatte, als Druckmittel gegen die derzeitige Regierung anzuwenden.

Der nächste Vorstoß in dieser Richtung wurde von einer Abordnung des Provinzsächsischen Landbundes ausgeführt. Nachdem sie am 25. Februar 1930 in Berlin eingetroffen und das taktische Vorgehen in der Zentrale des RLB abgesprochen war,[2] oblag es ihr, "den Parteien des Reichstags und der Regierung die Not der Landwirtschaft zu schildern und sie zu sofortigen und durchgreifenden Hilfsmaßnahmen aufzufordern."[3] In einem Schreiben an die "Fraktionen des Reichstags ausschließl. der Kommunistischen, Sozialdemokratischen und Volksrechtspartei",[4] mit welchem der Provinzsächsische Landbund das Erscheinen seiner Abordnung ankündigte, wurde der politische Auftrag derselben in folgender agrarpolitischer Verbrämung zum Ausdruck gebracht:

> "Weitester Kreise der Landbevölkerung der Provinz hat sich ...eine derartige Wut bemächtigt, daß das Schlimmste zu befürchten ist, wenn seitens der Parteien und Regierungen

---

1) Daß außer den Repräsentanten des RLB und des Landwirtschaftsrates zumindest noch die Vertretung der Vereinigung der christlichen Bauernvereine mit voller Bereitschaft dabei war, erklärt sich schon aus der Tatsache, daß das Zentrum gewissermaßen die politisch tragende Partei des Präsidial-Kabinetts Brüning sein sollte.

2) Vgl. DZA I, RLB, Nr.18, Bl.211. /sich

3) Ebenda. Bei allen angesprochenen Parteien handelte es offensichtlich um jene, um deren Zusammenschluß zu einer breiten "antimarxistischen" Front der RLB sich hier konkret bemühte.

4) Ebenda, Bl.212.

nicht endlich alle zur Beseitigung dieser Notlage möglichen und notwendigen Maßnahmen ergriffen werden. Dies den der Landwirtschaft nahestehenden Parteien klarzumachen, ist die Aufgabe der Abordnung."1)

Nach den Worten Schieles begann die letzte Phase des Kampfes des RLB zur Vorbereitung des Hindenburg-Kabinetts mit "ernsten Vorstellungen", die die Führer der Grünen Front am 28. Februar 1930 beim Reichskanzler Hermann Müller erhoben.2) Auf einer "Notkonferenz" der Grünen Front am 5. März wurden die gleichen Forderungen ihres neuen Sofortprogramms an den Reichsernährungsminister herangetragen.

Jene ostelbischen Landbünde, deren Führer dem politischen Kurs M. Schieles folgten, erwiesen sich als die stärksten und aktivsten Stützen bei der Durchführung seiner Kampagne zur politischen Vorbereitung des Hindenburg-Kabinetts. Dabei bedienten sie sich auch des Chauvinismus und Revanchismus, im besonderen gegen den östlichen Nachbarn, um auf ihre Weise zum Sturz der Regierung der Großen Koalition beizutragen. Angesichts der bevorstehenden Unterzeichnung eines deutsch-polnischen Liquidationsabkommens und eines Handelsvertrages unternahm der Brandenburgische Landbund Anfang März einen massiven Vorstoß gegen die angebliche "Preisgabe der deutschen Ostmark"3) durch die Hermann-Müller-Regierung. In Form eines Telegramms an den Reichspräsidenten richtete sein Gesamtvorstand "namens 100 000 märkischer Bauern" an P. von Hindenburg die "dringende Bitte, der von der Reichsregierung beabsichtigten Opferung des deutschen Ostens die Zustimmung zu versagen" und als der Sieger von Tannenberg Millionen deutsche Bauern, die "treu an Deutschlands Ostgrenzen Wacht" hielten, jetzt wieder "vor dem raubgierigen Gegner" zu schützen.4) Aufgefordert, den Sinn dieses Ersuchens genauer zu erläutern, antwortete J. Nicolas5) in aggressiv-chauvinistischer Manier, ganz im Geiste eines ostelbischen Großgrundbesitzers, daß durch den Liquidationsvertrag die "unmöglichen Ostgrenzen verewigt" würden. Solange aber der polnische Korridor bestünde und die Provinz Brandenburg Grenzmark bliebe,

---

1) Ebenda.
2) Vgl. Deutsche Tages-Zeitung, Nr.117 v. 10. März 1930.
3) DZA I, RLB, Nr.18, Bl.162 f.
4) Ebenda.
5) Ebenda, Bl.179 ff.

sei eine wirkliche Gesundung der ostdeutschen Landwirtschaft schwerlich zu erwarten, müsse der "Wall des Germanentums zusammenbrechen", den die ostdeutschen Bauern zu halten berufen seien. Nicolas schloß seine Erklärung mit den Worten:

> "Herr Generalfeldmarschall von Hindenburg hat uns bei Tannenberg vor der slawischen Dampfwalze gerettet. In unserer großen Not haben wir ihn daher angerufen, uns nicht zu verlassen und uns auch jetzt mit den ihm heute zu Gebote stehenden Machtmitteln zu helfen und zu schützen."1)

Zwei Tage später, am 9. März forderte M. Schiele auf einer Tagung des Hessischen Landbundes in Frankfurt a.M. eine sofortige, umfassende und durchschlagende Hilfe; denn die Landwirtschaft könne jetzt nicht mehr einen einzigen Tag warten, bis alle ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten überwunden seien. Der stärkste Feind, der sich den Bemühungen der Grünen Front entgegenstelle, sei, wie Schiele ausdrücklich und nicht von ungefähr hervorhob, "d a s g e g e n w ä r t i g e p o l i t i s c h e S y s t e m - die Schwerfälligkeit und die Unvollkommenheit der parlamentarischen Gesetzgebungsmaschine."2) Er kündigte an, daß der RLB in der bevorstehenden Woche auf eine Entscheidung drängen werde. Das war jene Woche, in der im Reichstag der Youngplan angenommen werden sollte. Nachdem die Sozialdemokratie die ihr hierbei noch zugedachte Rolle einer Zustimmung gespielt haben würde, sollte die Große Koalition gesprengt werden.

Das Forum, von dem aus der RLB auf die angekündigte Entscheidung drängte, war seine Vertreterversammlung vom 12. März 1930. In einer Entschließung zur Lage3) stellte sich das Gremium hinter die "Initiative" des Brandenburgischen Landbundes und sanktionierte seine Verlautbarungen, indem es bekräftigte, daß das Schicksal des Ostens durch die Annahme des für die Landwirtschaft unerträglichen polnischen Handelsvertrages und seine "vernichtenden Wirkungen...zunächst wirtschaftlich und in weiterer Folge auch nationalpolitisch besiegelt" würde. Hier zeigte sich erneut, wie weit das ostelbische Junkertum mit seiner ultrareaktionären Ideologie die Gesamtorganisation des RLB be-

---

1) Ebenda, Bl.181.
2) "Schiele vor dem hessischen Landbund. Grüne Front fordert Entscheidung!", in: Deutsche Tages-Zeitung, Nr.117 v. 10.3.1930.
3) RLB/AMS, Nr.11 v. 15. März 1930.

herrschte. Die Vertreterversammlung bekannte sich in der gleichen Entschließung in vollem Umfang auch zu den neuesten Forderungen der Grünen Front, die der Reichsregierung übermittelt worden waren und forderte darüber hinaus ein spezielles Notgesetz für den Osten. Da die in der Landwirtschaft "eingetretene Katastrophe" von den verantwortlichen Regierungsstellen nicht erkannt werde, verlangte die Vertreterversammlung offiziell die Neubesetzung des Reichsernährungsministeriums. Im Wortlaut der Entschließung heißt es:

> "Die Entwicklung wird bereits zur Gefahr für die Gesamtwirtschaft und die staatliche Ordnung...In letzter Stunde erwartet der Reichslandbund von berufener Stelle die Erschöpfung aller verfassungsmäßigen Möglichkeiten zur Abwendung namenlosen Unheils."[1]

Das war der unmißverständliche Appell des junkerlichen RLB an sein Ehrenmitglied P.von Hindenburg, die geplante Einsetzung eines Präsidial-Kabinetts so schnell wie möglich herbeizuführen. Um ihren Forderungen den notwendigen Nachdruck zu verleihen und im besonderen auch einflußreiche Kreise der Industrie von der Notwendigkeit einer durchgreifenden Hilfe für die Landwirtschaft zu überzeugen, rief die Vertreterversammlung die bäuerlichen Landbund-Mitglieder zur rücksichtslosen Durchführung der schon oft propagierten "Selbsthilfemaßnahmen" auf. Solange eine Besserung der Lage nicht fühlbar werde, sollten die Bauern ihre Ausgaben in den Wirtschaften auf das Äußerste beschränken, Kaufenthaltung üben und "mit den äußersten gesetzlichen Mitteln" untragbare Steuern und Lasten abwehren.[2]

Die Beschlüsse der Vertreterversammlung waren das Signal für die Landbünde, die zunehmende Hoffnungslosigkeit der Landbevölkerung hinsichtlich der staatlichen Agrarpolitik in geeigneter Form zu demonstrieren und das von M.Schiele angekündigte Drängen des RLB auf eine Entscheidung von unten her "überzeugend" zu motivieren. Der Provinzsächsische Landbund z.B. führte am 18. März eine in dieser Richtung angelegte "Notkundgebung" durch. Ihr Ergebnis war eine einstimmig angenommene Entschließung, die den Regierungen der Provinz, des Preußischen Staates und des Reiches sowie sämtlichen Fraktionen des Reichstages

---

1) Ebenda.
2) Ebenda.

und des Preußischen Landtages zugestellt wurde.[1] Davon ausgehend, daß durch die zögernde und unvollkommene Durchführung des Programms der Grünen Front das deutsche Landvolk in schwerste Not gebracht und weitestgehende Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit verbreitet habe, forderte der Landbund "in letzter Stunde" ausreichenden Zollschutz, Steuer- und Lastensenkung in weitestem Umfange sowie Schaffung eines Betriebserhaltungsfonds. Alle Landbündler wurden aufgerufen, die von der Vertreterversammlung beschlossenen Selbsthilfemaßnahmen in geschlossener Front durchzuführen.

Am Rande der Vertreterversammlung hatte sich eine Gruppierung ostelbischer Landbünde darüber verständigt, wie der Effekt der vom RLB eingeleiteten Kampagne zur politischen Vorbereitung des Hindenburg-Kabinetts durch weitergehende Initiativen erhöht werden konnte. Im Ergebnis einer Besprechung am 11. und 12. März 1930 bildeten der Landwirtschaftsverband Ostpreußen sowie die Landbünde Brandenburg, Pommern, Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz, Schlesien und Oberschlesien eine "Notgemeinschaft ostelbischer Landbünde".[2] Die Federführung übernahm der Brandenburgische Landbund. Die Notgemeinschaft sollte die "Landvolkbewegung des bedrohten Ostens" stärker aktivieren als dies beim RLB in Anbetracht seiner derzeitigen Zusammensetzung schon möglich war. In welcher Richtung sich die Aktivierung bewegen sollte, deutete sich in den wichtigsten Festlegungen der Besprechung an, zu welcher aus bestimmten Gründen auch die Landbünde Thüringens und Schleswig-Holsteins eingeladen waren. Die ostelbischen Landbünde sollten die Kaufenthaltung ihrer Mitglieder, die Steuerabwehr bis zum äußersten und Etatsablehnungen sofort organisieren. Die Landbünde Pommern, Mecklenburg-Schwerin und Brandenburg wollten hierfür besondere Richtlinien ausarbeiten. Ferner sollten, so wurde festgelegt, Ostpreußen die Frage "allgemeiner Konkursanmeldung" untersuchen, Thüringen "eine Zusammenstellung dessen bringen, was eine nationale Regierung für das Landvolk zu tun vermag, Brandenburg eine Zusammenstellung dessen, was unsere Linksregierung an der Landwirtschaft alles gesündigt hat."[3] Offensichtlich ging es der Not-

1) STA Magdeburg, Rep.C 20 Ib, Nr.2357, Bl.75 f.
2) DZA I, RLB, Nr.18, Bl.191 ff.
3) Eberda.

gemeinschaft ostelbischer Landbünde zunächst einmal darum, die Notwendigkeit einer umfassenden Hilfe für den "bedrohten Osten" durch dessen Landvolk nachdrücklich zu demonstrieren. Ebenso offensichtlich ist, daß es ihr um mehr ging als nur um neue agrarpolitische Initiativen, den eigenen Einflußbereich betreffend. Tendenziöse Materialsammlung zur forcierten Agitation gegen die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung mit dem Ziel, diese zu beseitigen; gezielte Verherrlichung der Tätigkeit präfaschistischer Landesregierungen von der Art des Baum-Frick-Kabinetts in Thüringen, um den Faschisierungsprozeß in ganz Deutschland einzuleiten - das war der tiefere politische Sinn solcher Beschlüsse und Initiativen der Notgemeinschaft ostelbischer Landbünde.

Vor und nach der Vertreterversammlung des RLB wurde auch von einzelnen Landbünden die Neubesetzung des Reichsernährungsministeriums gefordert. Diese gleichfalls organisierte Bewegung fand ihren Höhepunkt in einem vom 17. März datierten Schreiben des Schlesischen Landbundes an die Zentrale des RLB.[1] Darin wurde empfohlen, über die deutschnationale Partei den Reichsernährungsminister vor dem Staatsgerichtshof unter Anklage stellen zu lassen, und zwar wegen Verletzung der Weimarer Verfassung, insbesondere der Artikel 151, 153 und 163. Falls sich dieser Gedanke aus staatsrechtlichen Gründen nicht verwirklichen ließe, sollte gegen H.Dietrich zumindest ein Mißtrauensvotum eingebracht werden, um dessen Vermittlung sich P.von Richthofen-Boguslawitz persönlich bemühen würde. Sowohl der Appell des RLB an den Reichspräsidenten hinsichtlich der Ausschöpfung aller verfassungsmäßigen Möglichkeiten als auch die vom Schlesischen Landbund empfohlene politische Anklage gegen H.Dietrich unter Berufung auf die Weimarer Verfassung werfen ein bezeichnendes Licht auf das taktische Arsenal der Rechtskräfte im Lager der herrschenden Klasse. Zielstrebig und raffiniert zugleich bedienten sie sich auch der republikanischen Verfassung, um die offene Gewaltherrschaft zu errichten und somit die Republik samt ihrer Verfassung zu beseitigen.

P.von Hindenburg reagierte sowohl auf das Telegramm des Brandenburgischen Landbundes als auch auf die Entschließung der

1) Ebenda, Nr.22 a, Bl.176.

Vertreterversammlung und andere Hilfe-Appelle der Landbünde seinerseits mit einem Schreiben an den Reichskanzler Hermann Müller vom 18. März 1930, der sogenannten Osterbotschaft.[1] Darin wiederholte er seine kurz vorher geäußerte Ankündigung, daß der politische Kampf der letzten Monate nun einer entschlossenen Arbeit Platz machen müsse. Dabei eröffne sich als ganz bedeutsames Arbeitsgebiet die Hilfe für die Landwirtschaft. Die zur Beratung stehenden Agrarmaßnahmen, die besonders für den um seine Existenz schwer ringenden Osten notwendig seien, müßten "mit aller Beschleunigung und in einem Umfange" durchgeführt werden, daß den landwirtschaftlichen Betrieben "für die Dauer die Lebensfähigkeit" wiedergegeben werde. Für den Osten müßte, da die allgemeinen Maßnahmen allein nicht ausreichten, noch eine wirksame finanzielle Hilfsaktion hinzutreten, zu der auch die Industrie ihren Beitrag leisten sollte. Hindenburg hielt es für seine "Gewissenspflicht, die Reichsregierung eindringlich aufzufordern, mit aller Beschleunigung auf solcher Grundlage ein Ost-Programm aufzustellen und... durchzuführen."[2]

Ein derart weitgehendes Engagement Hindenburgs zugunsten der ostelbischen Junker und Großgrundbesitzer veranlaßte die Präsidenten sämtlicher ostdeutscher Landwirtschaftskammern, dem Reichspräsidenten in einem Telegramm für seine "väterliche Fürsorge" zu danken.[3] Einflußreichen Landbundführern paßte dieses Telegramm nicht in ihr taktisches Konzept. J.Nicolas sprach sich in einem Brief an den Rittergutsbesitzer von Oppen in Dannewalde, Präsident der Landwirtschaftskammer für Brandenburg und Berlin, dagegen aus, Hindenburg derart voreilig zu danken, da noch nicht sicher sei, daß er seine Bemühungen um ein umfassendes Agrarprogramm in der erforderlichen Weise fortsetzen werde. Wenn der Brief Hindenburgs an den Reichskanzler einen Nutzen bringen solle, erklärte Nicolas, werde man

> "jetzt den Druck auf den Reichspräsidenten unvermindert bestehen lassen müssen, der durch die Opposition von draußen gegen seine Unterschrift unter den Youngplan und die Polen-

1) Vgl. Deutsche Tages-Zeitung, Nr.132 v. 19.3.1930; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, München 1931, S.78 f.; H.Denecke, a.a.O., S.102 f.
2) Deutsche Tages-Zeitung, Nr.132 v. 19.3.1930.
3) Landwirtschafts-Verband Ostpreußen, Nr.13 v. 29.3.1930.

verträge entstanden ist, damit er seinerseits der Regierung keine Ruhe läßt."1)

Hindenburg seinerseits hatte schon in der Botschaft an den Reichskanzler nicht nur ein umfangreiches, sondern zugleich b e s c h l e u n i g t e s Ostprogramm gefordert, und das nicht von ungefähr: denn nun konnte er, sich auf diese Forderung berufend, die Regierung nach Belieben unter Druck setzen und ihre Ablösung beschleunigen. Sowohl die Tatsache, daß die Osterbotschaft als Resonanz auf die gezielte Kampagne des RLB in einer bestimmten historischen Situation zustande kam, als auch ihr Inhalt belegen die Feststellung, daß das "Eingreifen" Hindenburgs ein wohlüberlegter Schachzug der taktisch wendigeren Gruppierung der Großagrarier und ihrer Bundesgenossen war, nicht nur um die Wünsche der ostelbischen Junker und Großgrundbesitzer nach umfangreichen staatlichen Subventionen beschleunigt zu befriedigen, sondern zugleich den Sturz der Hermann-Müller-Regierung herbeizuführen.2)

Inzwischen waren die Verhandlungen hinter den Kulissen über die Bildung und Zusammensetzung des künftigen "Hindenburg-Kabinetts" so weit gediehen, daß der Sturz der Hermann-Müller-Regierung unmittelbar auf der Tagesordnung stand. Zwar gab sich dieselbe große Mühe, den Forderungen der Junker und Großgrundbesitzer weitgehend entgegenzukommen. M.Schiele erklärte jedoch am 25. März, als die Anträge der Regierungsparteien auf weitere Erhöhung der Agrarzölle und die Schaffung eines Maiseinfuhrmonopols im Reichstag in 3. Lesung zur Debatte standen, daß durch die vorgeschlagenen Gesetze dem Verlangen des Reichspräsidenten in keiner Weise Genüge getan werde. Die Deutschnationalen würden daher die Neuregelung der Agrarzölle ablehnen und sich bezüglich des Maismonopols der Stimme enthalten. Die Schuld an der Unzulänglichkeit der beabsichtigten Maßnahmen trüge die Reichsregierung, die trotz der Botschaft des Reichspräsidenten die "Rettungsaktion für das Landvolk den Rücksichten auf den Bestand der Koalition geopfert" hätte.3)

---

1) DZA I, RLB, Nr.18, Bl.151 f.
2) Auch später, unter der Präsidentschaft des Grafen E.von Kalckreuth, berief sich die Landbundführung immer wieder auf die Osterbotschaft Hindenburgs, um die Notwendigkeit einer "nationalen", d.h. offen terroristischen, ausgesprochen faschistischen Regierung zu begründen.
3) Vgl. Schulthess, a.a.O., S.78.

Das kompromißlose Auftreten M.Schieles vor dem Reichstag ist ein Beweis dafür, daß die Junker und Großgrundbesitzer durch keinerlei Zugeständnisse mehr zu bewegen waren, den Bestand der Großen Koalition länger zu dulden.[1] Es beweist zugleich, daß auch die Exponenten der taktisch wendigeren Gruppierung mitunter intransigente bzw. obstruktive Methoden anwandten, sofern es darum ging, günstigere Bedingungen für die langfristige Durchsetzung ihrer taktischen Grundkonzeption herbeizuführen.

Die Annahme der Agrargesetze im Reichstag mit den Stimmen der Regierungsparteien war die letzte bedeutende Amtshandlung der Regierung der Großen Koalition. Zwei Tage später wurde sie anläßlich der Auseinandersetzung über den Abbau der Arbeitslosenversicherung gestürzt.[2]

Mit der am 30. März 1930 ernannten Brüning-Regierung begann die Reihe jener Präsidial-Kabinette, die nach den Plänen bestimmter Kreise des Finanzkapitals und des Junkertums Etappen auf dem Wege zur Errichtung der faschistischen Diktatur darstellten. Martin Schiele, geschäftsführender Präsident des RLB, trat - den Auffassungen A.Hugenbergs zuwider - als Ernährungsminister in die Regierung Brüning ein und legte, um genügend Handlungsfreiheit zu haben, sein Reichstagsmandat und sein Amt im Vorstand der DNVP nieder. In einem vom 31. März datierten Brief an Hugenberg legte Schiele die Gründe dar, die ihn zum Eintritt in die Regierung bewogen hatten. Einmal habe er damit dem Verlangen maßgebender landwirtschaftlicher Berufsorganisationen entsprochen; zum anderen habe er sich besonders verpflichtet gefühlt,

> "dem persönlichen Wunsche des Herrn Reichspräsidenten Folge zu leisten, als Fachminister die in seinem Briefe an den Reichskanzler vom 18. März geforderte Hilfsaktion für die Landwirtschaft und den deutschen Osten durchzuführen."3)

In den Verhandlungen, die der Kabinettsbildung vorausgegangen waren, hatte Schiele seinen Eintritt in die Regierung von der

---

1) Im offiziellen Tätigkeitsbericht des RLB verschleierte die Landbundführung diese Tatsache jedoch durch folgende Version: "Die agrarpolitischen Beschlüsse des Reichstages vom 25. März konnten wegen ihrer Unzulänglichkeit die auf dem platten Lande vorhandene Verbitterung nur steigern...So stand die Landwirtschaft im schärfsten Kampfe gegen das Kabinett Müller-Severing-Dietrich."RLB/AWS, Nr.25 v.21.6.1930, S.298 f.
2) Vgl. K.Kammach, a.a.O., S.185 ff.
3) DZA I, DNVP, Nr.36, Bl.120.

Zusicherung abhängig gemacht, daß die von ihm vorgelegten Forderungen hinsichtlich eines umfassenden landwirtschaftlichen Sofort- und Ostprogramms[1] unbedingt durchzuführen seien. Nunmehr, so betonte er im Schreiben an Hugenberg, sehe er die Möglichkeit als gegeben, "mit Sicherheit Maßnahmen durchführen zu können, die geeignet" seien, "den Zusammenbruch der Landwirtschaft aufzuhalten und eine grundsätzliche Wendung in der Agrarpolitik wirksam anzubahnen."[2]

M.Schiele gedachte in der Regierung jedoch nicht nur das Agrarprogramm der Junker und Großgrundbesitzer, sondern auch deren politisches Programm optimal zu realisieren. Durch seine Agrarpolitik wollte er, wie er selbst erklärte, "dem Landvolke überhaupt erst die Möglichkeit geben, fern von verzweifeltem Radikalismus und berufsständischer Isolierung sich wirksam in den Dienst nationaler Befreiungspolitik zu stellen."[3] In welcher Richtung sich diese "Befreiungspolitik" bewegen sollte, deutete Schiele in einem Brief vom 29. März an den neuen Reichskanzler an. Darin wertete er es als eine entscheidende Bedingung seines Eintritts in das Kabinett, daß dasselbe entschlossen sei, die Forderungen, für die er sich als Ernährungsminister einzusetzen habe, "unter allen Umständen - wenn es sein muß also auch gegen eine Mehrheit des Reichstages - mit den verfassungsmäßigen Mitteln durchzusetzen."[4] Nach seiner Auffassung, bemerkte Schiele abschließend, sei

> "Voraussetzung jedes neuen Kabinetts, abgesehen von seiner parlamentarischen Unabhängigkeit, auch eine Änderung der Regierungsverhältnisse in Preußen unter Ausschaltung der Sozialdemokratie. Das Kabinett müßte es sich deshalb zur Aufgabe setzen, diese Änderung herbeizuführen."[5]

M.Schiele bezeugt hier selbst, daß er nicht als unpolitischer Fachminister, lediglich dem Rufe Hindenburgs ergeben folgend,

---

1) Zu den Forderungen des Sofortprogramms gehörten u.a. Ermächtigungen für den Ernährungsminister zur Handhabung der Zollsätze für Roggen und Weizen zwecks Sicherung hoher Getreidepreise und zur Einführung eines Beimischungszwanges von Roggen- zu Weizenmehl. Als Osthilfe forderte Schiele u.a. Bereitstellung von jährlich mindestens 200 Millionen Mk. für die nächsten 5 Jahre. Vgl. DZA I, Büro des Reichspräsidenten, Nr.46, Bl.10 ff.
2) DZA I, DNVP, Nr.36, Bl.120.
3) Ebenda, Bl.122.
4) DZA I, Büro des Reichspräsidenten, Nr.46, Bl.9.
5) Ebenda, Bl.14.

in die Präsidial-Regierung gekommen war, sondern als Exponent des von Junkern und Großgrundbesitzern beherrschten RLB, der auch über ein politisches Programm verfügte und seit Monaten darum bemüht war, eine breite profaschistische Einheitsfront zu schaffen, um mit ihrer Hilfe die Sozialdemokratie aus den Regierungen im Reich und in Preußen auszubooten, die parlamentarische Gesetzgebung systematisch durch die Ermächtigungsdiktatur zu ersetzen und auf diesem Wege schrittweise die offene Gewaltherrschaft zu errichten. Dies wurde, um keine Irrtümer aufkommen zu lassen, ein halbes Jahr später von den RLB-Präsidenten K.Hepp und A.Bethge in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Oberschlesischen Landbundes ausdrücklich betont. E.von Machui, der bezweifelt hatte, daß der RLB nach seinem Austritt aus dem Reichsausschuß für das Volksbegehren eine Verbreiterung der Kampffront erreicht habe, erhielt von Hepp und Bethge zur Antwort:

> "Es dürfte Ihnen in Erinnerung sein, mit welcher Stärke sich die Führung des Reichs-Landbundes während der politischen Auseinandersetzungen des März und April d.J. dafür eingesetzt hat, die tatsächlichen Voraussetzungen für eine Kampffront zu schaffen, die über die nationale Opposition hinaus die nationalen und christlichen Kräfte bis zum Zentrum einschließlich umfaßt. Der Erfolg dieser Bemühungen war der Sturz der Regierung Müller und der Eintritt des Reichs-Landbund-Präsidenten Schiele in die zur Durchführung des Hindenburg-Programms gebildete Regierung Brüning. Für den Reichs-Landbund handelt es sich bei dem Eintritt des Ministers Schiele n i c h t n u r um die Eroberung einer Kampfposition für die Rettung der L a n d w i r t s c h a f t, s o n d e r n a u c h darum, den im Reichs-Landbund konzentrierten nationalpolitischen Kampf- und Befreiungswillen in der p o l i t i s c h e n R e i c h s f ü h r u n g zum Einsatz zu bringen."[1]

Abschließend heißt es in diesem historisch aufschlußreichen Dokument, daß dem RLB durch diesen Einbruch in den entscheidenden Führerkreis des jetzigen Systems "der von ihm angestrebten b r e i t e r e n K a m p f b a s i s...v o n B r ü n i n g b i s H i t l e r...die B a h n g e ö f f n e t" sei. Der RLB werde "mit unbeirrbarer Zähigkeit und Sturheit"(!) jedes Mittel und jeden Weg verfolgen, "um sein nationalpolitisches Ziel der deutschen Befreiung zu erreichen."[2]

---

1) DZA I, RLB, Nr.60, Bl.125 f. (Hervorhebung von mir - K.N.)
2) Ebenda, Bl.126. (Hervorhebung von mir - K.N.)

2.4. Die Auseinandersetzungen um die Taktik des RLB nach dem Eintritt M. Schieles in das Brüning-Kabinett

In seiner Regierungserklärung vor dem Reichstag am 1. April 1930 verkündete Brüning, daß das vom Reichspräsidenten eingesetzte Kabinett mit dem Zweck gebildet worden sei, die für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen; es werde "der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstag durchzuführen."[1] Da die aus der Reichsregierung ausgebootete SPD in die Opposition gedrängt, das "rein bürgerliche" Brüning-Kabinett aber ohne Koalitionsbindung zustandegekommen war und sich im Reichstag nicht auf eine Mehrheit stützen konnte, wurde bei Abstimmungen im Reichstag die DNVP zwangsläufig zum "Zünglein an der Waage."[2] Auf Grund der neuen Lage war derselben das Lavieren erschwert. Sie sah sich vor die Entscheidung gestellt, entweder dem Kurs Hugenbergs zu folgen und - sekundiert von der Nazipartei - weiterhin aus der kompromißlosen Oppositionsstellung heraus eine totale "Systemänderung" zu fordern oder die Brüning-Schiele-Regierung und damit die Politik des allmählichen, schrittweisen Abbaus der Demokratie zu unterstützen. Mit den Auseinandersetzungen über diese taktische Frage erreichten die Krise in der DNVP und die Führungskrise im RLB ihren absoluten Höhepunkt.

Hugenberg und seine Anhänger erstrebten den sofortigen Sturz des Kabinetts und sofortige Neuwahlen.[3] Sie sahen in der durch die Bildung der Brüning-Regierung erfolgten Entlassung der Sozialdemokratie aus der Verantwortung einen schweren Fehler, "eine Tragödie des deutschen Bürgertums"[4] und wollten ihre eigene, bereits schwer angeschlagene Partei nicht mit der aus der Erfüllung des Youngplanes resultierenden Verantwortung belasten.[5] Sie werteten die DNVP als "einzige große Rechte", die Brüning-Regierung dagegen als ein Gemisch der Mitte, in dem

---

1) Schulthess, a.a.O., S.94; Vgl. W.Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, a.a.O. S.364.
2) DZA I, DNVP, Nr.11, Bl.40.
3) Ebenda.
4) P.Bang, Für Wahrheit und Freiheit, a.a.O., S.15.
5) Eben deshalb hatte sich M.Schiele vor Eintritt in das Brüning-Kabinett Hugenberg gegenüber schriftlich verpflichten müssen, sein Reichstagsmandat und seine Parteiämter zur Verfügung zu stellen.

Jesuiten, Gewerkschaftler und Demokraten den Ausschlag geben würden. Die Übernahme der Minister Curtius und Wirth aus dem Kabinett der Großen Koalition deutete nach ihrer Auffassung darauf hin, daß der außenpolitische Kurs der Erfüllungspolitik und die "marxistisch beeinflußte" Innenpolitik unter Brüning fortgesetzt werden und "daß nach wie vor die preußische Staatsgewalt hemmungslos den Marxisten ausgeliefert bleiben sollte."1)
Der Pommersche Landbund verkündete:

> "Wir haben k e i n e n F u n k e n V e r t r a u e n zu einem Z e n t r u m s r e i c h s k a n z l e r , der im Reich eine sogenannte Hindenburg-Regierung bildet, Preußen aber, das Kernstück Deutschlands, mit Hilfe des gleichen Zentrums, in den Händen des Marxismus läßt."2)

Andererseits lag es im Interesse der im RLB wie in der DNVP organisierten Junker und Großgrundbesitzer, daß M. Schiele als Minister für Ernährung und Landwirtschaft im Brüning-Kabinett die Gelegenheit nutzte, ihre agrarpolitischen Forderungen so schnell und so weitgehend wie möglich durchzusetzen. Deshalb nahm der Bundesvorstand des RLB, nachdem KPD und SPD im Reichstag Mißtrauensanträge gegen die Brüning-Regierung eingebracht hatten, am 2. April einstimmig folgende Entschließung an:

> "Der Bundesvorstand des Reichs-Landbundes spricht seinem Präsidenten, Minister Schiele, einmütig den Dank für sein mannhaftes Handeln aus, gelobt ihm die Unterstützung des deutschen Landvolkes mit allen Mitteln in seinem schweren Kampf für die Rettung der deutschen Landwirtschaft und erwartet demgemäß, im Gegensatz zu den Absichten der Sozialdemokratie, das Kabinett zu stürzen, von allen parlamentarischen Vertretern des Landvolkes eine Haltung, die dem Kabinett Brüning-Schiele die Möglichkeit zur Durchführung des Agrarprogramms gibt."3)

Die Führer des Pommerschen Landbundes, die nach wie vor zu den entschiedensten Anhängern Hugenbergs zählten, empfahlen eine Taktik, die sowohl die Durchführung der junkerlich-bürgerlichen Agrarpolitik durch M. Schiele als auch die Aufrechterhaltung der grundsätzlichen Hugenbergschen Oppositionspolitik gegenüber dem Brüning-Kabinett in seiner Gesamtheit ermöglichen sollte. In einer öffentlichen Verlautbarung des Landbundes hieß es:

---

1) DZA I, DNVP, Nr.16, Bl.62.
2) Der Pommersche Landbund, Nr.14 v. 5.April 1930 (Hervorhebung von mir - K.H.).
3) Geschäftsbericht des Reichs-Landbundes für 1930, in: RLB/AWS, Nr.5 v. 31.Januar 1931.

"Kurz ehe das Kabinett Brüning sich dem Reichstag vorstellte, rieten wir der nationalen Opposition, das Kabinett nicht unbesehen zu stürzen, sondern ihm eine B e w ä h r u n g s f r i s t zu geben. Während dieser Frist hätte die Opposition die Aufgabe, die Regierung zu überwachen und vorwärtszustoßen."1)

Dementsprechend gab Hugenberg am 3. April im Reichstag für die deutschnationale Fraktion eine widerspruchsvolle Erklärung ab, derzufolge die DNVP dem neuen "Parteikabinett der Mitte" mit Mißtrauen gegenüberstehe und zu gegebener Zeit die Folgerungen daraus ziehen werde, aber die Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten ablehne. Wir sehen, führte Hugenberg aus,

"keine Veranlassung, einem uns nahestehenden Wirtschaftsverbande wie dem Reichslandbund in den Arm zu fallen, wenn er Verantwortungen übernehmen will, wie es in diesem Augenblick höchster Not der Landwirtschaft und des Ostens geschehen ist."2)

So wurden mit den Stimmen aller deutschnationalen Abgeordneten die Mißtrauensanträge von einer Mehrheit des Reichstages abgelehnt. Nun mochte sich Schiele im Interesse der Junker und Großgrundbesitzer "bewähren". Die Taktik der Hugenberg-Gruppierung lief darauf hinaus, mit Hilfe der deutschnationalen Reichstagsfraktion die Agrargesetze sofort und zu allererst durchzusetzen, aber dem Finanzprogramm der Brüning-Regierung, das mit Rücksicht auf die Aufbringung der Youngplan-Tribute aufgestellt wurde, die Zustimmung zu versagen. Um die DNVP nicht mit der Verantwortung dafür zu belasten, wollten Hugenberg und seine Anhänger die Steuergesetze mit Hilfe des Artikels 48 erledigen lassen, danach aber die Frage ihrer Wiederaufhebung stellen. "Das hätte", so heißt es in einer Sondermitteilung der Parteizentrale der DNVP,

"in der Zwischenzeit die Gelegenheit gegeben, in aller Ruhe über die Frage der Lösung des Zusammengehens von Zentrum und Sozialdemokratie in P r e u ß e n und die Bildung einer wirklichen antimarxistischen Regierung in Preußen zu verhandeln."3)

Am 7. April kam im Kabinett eine grundsätzliche Einigung über das von M. Schiele vorgelegte "Gesetz zum Schutz der Landwirt-

---

1) Der Pommersche Landbund Nr.16 v. 19. April 1930 (Hervorhebung von mir - K.M.).
2) Schulthess, a.a.O., S.100.
3) DZA I, DNVP Nr.11, Bl.34.

schaft"[1] zustande. Am nächsten Tage wurde in Verhandlungen des Kabinetts mit den Führern der Regierungsparteien beschlossen, der Forderung der Deutschnationalen entsprechend die Agrargesetze noch vor Ostern zu verabschieden. Einige Regierungsparteien machten ihre Zustimmung jedoch davon abhängig, daß die Steuergesetze gleichzeitig verabschiedet würden. Dieses "Junktim" war ein taktischer Schachzug der Brüning-Regierung, darauf berechnet, die Pläne Hugenbergs zu durchkreuzen. Derselbe zog alle Register seines Einflusses, um die gesamte Fraktion der Deutschnationalen - auch die Gruppe um Schiele und Westarp, die eine Gefährdung der Agrargesetze vermeiden wollte - auf die Ablehnung der Steuergesetze und deren Verquickung mit dem Agrargesetz festzulegen. Am 8. und 9. April sprachen Parteivorstand und Parteivertretung dem Parteiführer Hugenberg und dem Fraktionsvorsitzenden Oberfohren demonstrativ ihr "vollstes Vertrauen" aus und forderten im Hinblick auf die bevorstehenden Entscheidungen eine einheitliche Haltung der Reichstagsfraktion.[2] Auch die Führer des Pommerschen Landbundes forderten, daß der RLB die Taktik Hugenbergs befolgen solle. Von der Feststellung ausgehend, daß der maßgebliche Grundsatz für den Pommerschen Landbund der Kampf gegen das liberal-marxistische System sei, wurde in einer Entschließung des Bundesausschusses des Pom-

1) Zu den wichtigsten Maßnahmen, die die Vorlage vorsah, gehörten: Zollerhöhungen für Getreide, Mehl, Vieh, Speck und Eier; eine Ermächtigung für die Regierung, Agrarzölle nach Bedarf festzusetzen; Einführung eines Roggenbeimahlungszwanges für Weizen; Aufhebung des zollfreien Gefrierfleischkontingentes. Als Sprecher der KPD wies Ernst Putz im Reichstag am 12. April 1930 nach, daß es keine gemeinsamen Interessen zwischen Großgrundbesitzern und der werktätigen Landbevölkerung gäbe. Jahrelang habe man Millionen werktätige Bauern draußen vertröstet; jetzt sei der große Retter Schiele da, jetzt werde das Landbundprogramm Gesetz. Es sei bezeichnend, erklärte Ernst Putz, daß dieses Programm dem entspreche, welches die Großagrarier vor 30, 40 Jahren auch schon vorlegten: "Lückenloser Schutzzoll die einzige Rettung! Andere Gedanken, neue Ideen werden und können von ihnen deswegen nicht vorgebracht werden, weil alle Schritte, die hier unternommen werden, Ausdruck sind der Interessen der 18 600 Großgrundbesitzerbetriebe und der etwa 200 000 großbäuerlichen Betriebe und nicht der Millionen klein- und zwergbäuerlichen Wirtschaften." Die Forderungen der Grünen Front vor dem Reichstag. Nach amtlichen Stenogrammen und Reichstagsdrucksachen, Berlin (o.J.), S.5 u. S.8.

2) DZA I, DNVP Nr.11, Bl.36.

merschen Landbundes vom 10. April festgestellt:

"Wirtschaftspolitisch steht zur Zeit die Durchführung eines durchgreifenden Agrar- und Ostprogramms im Vordergrund. Wir wünschen deshalb dem Versuch des Reichslandbundpräsidenten Schiele, im Kabinett Brüning das Programm des Reichslandbundes zur Durchführung zu bringen, vollen Erfolg. Wir erwarten jedoch, daß der Reichslandbund sich der Politik dieses Kabinetts gegenüber v o l l e H a n d l u n g s f r e i h e i t bewahrt...Jede Verkoppelung der Agrargesetze mit anderen Gesetzen, wie jeden Versuch, mit den Agrarmaßnahmen von uns eine Stützung des Kabinetts und einen Verzicht auf den Kampf gegen das System einzuhandeln, bekämpfen wir."1)

K. Hepp und A. Bethge wiesen als Präsidenten des RLB in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Pommerschen Landbundes dessen Bemühungen, den RLB auf die Taktik der Hugenberg-Gruppe festzulegen, zurück und betonten, daß die Entschließung des Pommerschen Landbundes "eine ausgesprochen parteipolitische Tendenz" enthalte und dem Beschluß des Bundesvorstandes des RLB vom 2. April widerspreche. Zu den Versuchen des Landbundes, pommersche Reichstagsabgeordnete zur Stimmabgabe gegen die Regierung Brüning-Schiele zu veranlassen, erklärten sie: "Wir halten eine Fortsetzung solcher Methoden des politischen Kampfes innerhalb der Reichs-Landbund-Organisation nicht für erträglich."2)

Am 12. April 1930 wurden im Reichstag mit einer Mehrheit von 11 Stimmen der besondere Junktim -Paragraph und am 14. April mit einer noch knapperen Mehrheit von nur 4 Stimmen die Steuergesetze angenommen, wobei 31 Deutschnationale mit Westarp dafür und 23 mit Hugenberg dagegen gestimmt hatten.3) In dem oben zitierten Schreiben hoben Hepp und Bethge hervor, daß die Ablehnung des Junktims am 12. April die parlamentarischen Voraussetzungen für die Durchführung des Schieleschen Agrarprogramms zerstört hätte, wenn nicht die Landvolkvertreter im Reichstag in ihrer überwiegenden Mehrheit - ohne Rücksicht auf ihre par-

---

1) Der Pommersche Landbund, Nr.16 v. 19. April 1930.
2) DZA I, RLB, Nr.60, Bl.179.
3) Zur Fraktionsmehrheit der "Ja-Sager" gehörten als Landbundvertreter: Bachmann (Bayern, zugleich Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Ausschusses der deutschnationalen Reichstagsfraktion), Heinrich Lind (Kurhessen), Prätorius Frhr.v. Richthofen (Schlesien), Staffehl (Brandenburg). Unter den mit "Nein" stimmenden Hugenberg-Anhängern befanden sich die Landbundvertreter: Dr. Agena, Hans Baron v. Goldacker (Provinz Sachsen), von Stubbendorf (Brandenburg). Vgl. ZdRLB, Sonderausgabe Nr.5 v. 12.4.1930.

teipolitische Zugehörigkeit - eine Haltung eingenommen hätten, die den Beschlüssen des Bundesvorstandes entsprach. Der Vorsitzende des Brandenburgischen Landbundes betonte gleichermaßen, daß infolge der ablehnenden Haltung der Hugenberg-Gruppe das Schicksal der Agrargesetze an einer Zufallsmehrheit von nur 4 Stimmen gehangen habe; denn die Ablehnung der Steuergesetze hätte auch die Agrargesetze zu Fall gebracht. Und P. Frhr. von Richthofen teilte in Schreiben vom 15. April mit, daß er, nachdem er gegen Hugenbergs "negative Oppositionsstellung" vergeblich angegangen sei, denselben und Oberfohren habe wissen lassen, daß er sie "nicht mehr als Führer anerkennen" könne und daß er "alle Mittel anwenden werde, um sie zu bekämpfen."[1]

Die Führer der DNVP bezeichneten dagegen das Junktim als "Spaltpilz" in ihrer Partei. Die Zustimmung der Fraktionsmehrheit dazu sei nichts anderes als "ein 'General-Junktim' zwischen (der) Landwirtschaft und dem heutigen System."[2] In einer Sondermitteilung der Parteizentrale verurteilte Hugenberg diese Zustimmung als "ein Im-Stich-Lassen der Führung,...eine Sabotage der Erfolgsaussichten der Partei und eine Schädigung ihres Ansehens."[3] Es war bereits offensichtlich, daß das Auseinanderfallen der Fraktion nicht mehr zu verhindern war, und von manchen Kreisen wurde bereits die Parole einer "kleinen, aber geschlossenen Partei" kolportiert.[4]

Zunächst aber suchte Hugenberg die opponierende Fraktionsmehrheit, die "Fronde", unter die Parteidisziplin, d.h. unter das Diktat seiner Führung zu zwingen. Am 25. April nahm der Parteivorstand mit Vierfünftel-Mehrheit eine Entschließung an, in der die Haltung der Fraktionsmehrheit bedauert und die Partei entschieden auf die Opposition gegen das Brüning-Kabinett orientiert wurde. Da die Fortsetzung der Handelspolitik und die "Fort-

---

1) DZA I, RLB, Nr.22 a, Bl.33 ff. Richthofen verfaßte unverzüglich eine Broschüre, in der er sich polemisch mit der Devise der Hugenberg-Anhänger: "Es ist höchste Zeit, daß endlich nationale Politik vor Speckzollpolitik geht!" auseinandersetzte und die taktische Position der Schiele-Gruppierung verteidigte. Frhr. v.Richthofen, Speckzölle über Nationalpolitik, a.a.O.
2) Unsere Partei, Nr.8 v. 16.4.1930.
3) DZA I, DNVP, Nr.11, Bl.32.
4) Vgl. Deutsche Tages-Zeitung v. 24. April 1930.

dauer der marxistischen Vorherrschaft in Preußen" eine Sanierung der Wirtschaft und die endgültige Rettung der Landwirtschaft nicht gewährleiste, könne die DNVP keinerlei Mitverantwortung für die Politik des Kabinetts übernehmen. Diese Oppositionsstellung verlange die unbedingte Zusammenarbeit von Partei und Fraktion und ein geschlossenes Auftreten bei entscheidenden Parlamentsabstimmungen. Ausdrücklich wurde betont, daß abweichende Stellungnahmen dem Entschluß der Partei- und Fraktionsführer überlassen blieben.[1)]

In einer Stellungnahme des RLB zu dieser Entschließung wurde bezweifelt, daß die "bäuerlichen" Abgeordneten "eine solche Bevormundung...in lebenswichtigen Fragen der Landwirtschaft ertragen" würden. Dies müsse schon deswegen mit größtem Nachdruck festgestellt werden, als vorauszusehen sei, daß die notwendige rasche parlamentarische Erledigung des Osthilfegesetzes die deutschnationale Reichstagsfraktion erneut vor schwerwiegende Entscheidungen stellen würde.[2)] Die Parteiführung erwiderte darauf, daß, wenn die Unterordnung unter die Führung und eine einheitliche Haltung der Fraktion bei den bevorstehenden Haushaltsberatungen nicht gegeben sein sollte, die "nationale Opposition" lahmgelegt und ihr weiterer Kampf für die Landwirtschaft und das Ostprogramm unmöglich gemacht werde. Wenn sich erst innerhalb der Fraktion eine Sonderfraktion bilde, die zu Sitzungen zusammentrete, dann werde "die 'Fraktion Schiele' als verlängertes Zentrum zur politischen Tatsache."[3)]

Diese "Tatsache" schien gegeben zu sein, als 28 Mitglieder der Fraktionsmehrheit mit K. von Westarp am 2. Mai in einem - auch in der Presse veröffentlichten - Brief bestritten, daß ihre Abstimmungen vom 12. und 14. April gegen das Parteiinteresse verstoßen hätten, und verkündeten, daß sie sich "in Wahrung der durch die Verfassung den Abgeordneten auferlegten eigenen Verantwortung auch für die Zukunft die Freiheit ihres Handelns vorbehalten"müßten.[4)] Wenn auch die formale Trennung dieser Gruppe von der Hugenberg-Partei bis zur nächsten Belastungsprobe ver-

---

1) DZA I, DNVP, Nr.15, Bl.36.
2) Grüne Wochenschau des Reichslandbundes, Nr.17 v. 26.4.1930, in: DZA I, RLB Nr.83, Bl.263.
3) Deutsche Zeitung, Nr.99 a v. 29. April 1930.
4) Kreuzzeitung, Nr.125 v. 3. Mai 1930.

tagt blieb, so war die erneute große Spaltung in der DNVP und damit auch der Bruch zwischen dem RLB und der Partei bzw. innerhalb des RLB selbst nicht zu übersehen, wobei sich in taktischen Auffassungen die Gruppierungen um Hugenberg - von Rohr einerseits und Westarp - Schiele andererseits gegenüberstanden.

J. Nicolas konstatierte in einem Rundschreiben des Brandenburgischen Landbundes,[1] daß sich im Ergebnis der zurückliegenden Auseinandersetzungen "zwei Grundanschauungen" gegenüberständen. Die Hugenberg-Gruppe behaupte, es sei nutzlos, um der Landwirtschaft willen parteipolitische Opfer zu bringen, weil eine durchgreifende Besserung erst nach Beseitigung des bestehenden Systems möglich werde, "d.h. daß erst zielbewußt das Chaos und der Zusammenbruch herbeigeführt werden" müßten. Demgegenüber stünde die Auffassung des RLB, daß das Eintreten des erstrebten Systemwechsels nicht mehr abgewartet werden könne, sondern daß unter allen Umständen versucht werden müsse, der Landwirtschaft sofortige Hilfe zu verschaffen. Wer das Chaos herbeiführe, müsse damit rechnen, daß "unendlich viel wertvolles Menschenmaterial, das für den Befreiungskampf notwendig" sei, verloren gehe. "Auch wir erstreben die Änderung des heutigen politischen und wirtschaftlichen Systems", bekräftigte J. Nicolas ein weiteres Mal,

> "aber durch eine Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte aus allen Lagern und Durchdringung der nichtmarxistischen Parteien mit unseren Gedanken für eine wirtschaftliche Befreiung und den politischen Wiederaufbau Deutschlands."[2]

Nach der Bildung des Brüning-Kabinetts erreichte die Schiele-Gruppe den Höhepunkt ihres politischen Einflusses im RLB, wobei sie sich vorwiegend auf die west- und mitteldeutschen Landbünde stützen konnte. Da Schiele durch sein Amt in der Regierung voll beansprucht war, wurde Tilo von Wilmowsky zur Teilnahme an der Bundesleitung als gleichberechtigter 3. Präsident herangezogen; nicht nur er persönlich war ein Anhänger und Verfechter der "Realpolitik" Schieles, sondern auch von ihm geführte provinzsächsische Landbund fühlte sich mit dem "Landsmann Schiele" seit langem besonders verbunden. Die Geschäftsführung im Präsidium des RLB ging nunmehr faktisch auf K. Hepp

---

1) DZA I, DNVP, Nr.36, Bl.43 ff.
2) Ebenda, Bl.46 f.

über, der als einer der prominenten Führer der Landvolkpartei nicht nur die Partei selbst, sondern auch die von ihr politisch geführten bzw. stark beeinflußten west- und mitteldeutschen Landbünde für die Propagierung und Durchführung der Schiele-Politik im RLB einsetzen konnte.

Die Führer des RLB verbreiteten unter den Massen ihrer unzufriedenen bäuerlichen Mitglieder die Illusion, "Kapitän" Schiele werde - "unterstützt von treuer Mannschaft - das Schiff 'Agraria' bald in den rettenden Hafen führen können."[1] Durch seinen Eintritt in das Kabinett habe er das Steuer der Agrarpolitik herumgeworfen, und mit Annahme der Agrargesetze im Reichstag sei der erste grundsätzliche, aber politisch schwierigste Schritt "zur Wendung der Not der Landwirtschaft" getan. Wenn die landwirtschaftliche Lage sich bessere, würden auch Mut- und Hoffnungslosigkeit auf dem Lande schwinden und einer Radikalisierung der Bauernschaft würde der Nährboden entzogen.[2] Wie aus einer Reihe von Briefen und Grußadressen an Schiele hervorgeht, vertrauten in der Tat viele im Landbund organisierte Bauern darauf, daß durch eine tatkräftige Agrarpolitik ihres Landbund-Ministers ihnen die erhoffte Hilfe aus wirtschaftlicher Not gebracht werde.[3]

Noch mehr sahen zahlreiche Junker und Großgrundbesitzer der ostelbischen Landbünde in Schiele ihren besten Vertreter in Fragen der Agrarpolitik. Die Vorstände des Schlesischen und des Brandenburgischen Landbundes stellten sich hinter Schiele, wobei sie ihre Sympathieerklärungen damit verbanden, den Minister auf die Inangriffnahme und beschleunigte Durchführung einer umfassenden Osthilfe zu drängen und ihm entsprechende Wünsche der Großagrarier zu unterbreiten.[4] In diesem Sinne wurde in einer vom Bundesvorstand des RLB am 30. April 1930 angenommenen Entschließung angekündigt, daß die selbstverständliche Fortsetzung des von Minister Schiele "begonnenen Rettungswerkes" ein umfassendes und durchgreifendes Ostprogramm zur Rettung des bedrohten Ostens und zur Gesundung der Landwirtschaft sein werde. Der endgültige Erfolg hinge jedoch entscheidend von der Art der

1) DZA I, RLB Nr.22 a, Bl.32.
2) Vgl. ZdRLB, Sonderausgabe, Nr.6 v. 14.4.1930.
3) Vgl. DZA I, RLB, Nr.14 a, Bl.137 ff; Nr.14 b, Bl.335 f.
4) Vgl. ebenda, Nr.22 a, Bl.32; Nr.18, Bl.145 f.

Durchführung des Agrar- und Ostprogramms ab. Dies erfordere umfassende Sachkenntnis, Energie und größte Beschleunigung. Deshalb müsse das Steuer der Agrarpolitik "in der Hand des Vertrauensmannes der Landwirtschaft" gesichert bleiben.[1)]

Indes warteten die Gegner Schieles im RLB auf ihre Stunde. Der Pommersche Landbund konstatierte bereits Mitte Mai, daß die Not der Landwirtschaft unverändert weitergehe. Das Ostprogramm drohe durch Verspätung und Unzulänglichkeit um seine Wirkung gebracht zu werden. Das "in weiten Landen in unbegreiflicher Vertrauensseligkeit dahinirrende Landvolk" werde schon wieder erwachen, wenn auch nur ein Landbund wie der Pommersche unverändert den "richtigen Weg" weise.[2)] Zu dieser Zeit hatte die Wirtschaftskrise auch in Deutschland voll zu wirken begonnen, und in dem Maße, wie sie sich vertiefte, verschärfte sich die Finanzkrise des Staates. Schon für Anfang Juni berechnete der Finanzminister ein neues Defizit im Reichshaushalt von 850 Mill. Rm und auf dieser Grundlage ein neues Finanzprogramm mit weiteren Steuererhöhungen.

Die Landbundführer, die unter den Bauern die Hoffnung genährt hatten, daß durch Schieles Agrarpolitik "dem Berufsstand von der Einnahmenseite her allmählich geholfen werde", gelangten nunmehr zu der Überzeugung, "daß bei den ewig wachsenden Ansprüchen der öffentlichen Hand die Lage der Landwirtschaft von der Ausgabenseite immer weiter verschlechtert werde."[3)] Deshalb distanzierte sich die Vertreterversammlung des RLB vom 20. und 21. Juni in Königsberg scharf von dem neuen Finanzprogramm der Brüningregierung,[4)] und der Brandenburgische Landbund gab M. Schiele bald darauf zu verstehen, daß es die Landbünde sehr begrüßen würden, wenn er als ihr "Vertrauensmann" von diesen Plänen abrückt.[5)] Schiele, der sich nach seiner Amtsübernahme als den nahenden Retter der Landwirtschaft selbst hatte feiern lassen, suchte nun den Optimismus zu dämpfen, um einer jähen Enttäuschung der Bauernmassen, die von seinen Widersachern bereits

1) RLB/AWS, Nr.18 v. 3. Mai 1930.
2) Der Pommersche Landbund, Nr.20 v. 17. Mai 1930.
3) Geschäftsbericht des RLB für 1930; in: RLB/AWS, Nr.5 v. 31. Januar 1931, S.47.
4) Vgl. ZdRLB, Nr.26 v. 20. Juni 1930.
5) DZA I, RLB, Nr.18, Bl.101.

einkalkuliert wurde, vorzubeugen. So erklärte er am 25. Juni vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat:

> "Wer überhaupt falsche Hoffnungen, gleichgültig, aus welchen Motiven, im Landvolk zu erwecken versucht, wer den Dingen nicht klar und folgerichtig ins Auge zu schauen bereit ist, der versündigt sich an unserem Berufsstande, der untergräbt das Vertrauen zur Führung und stört die Einigkeit in der Landwirtschaft."1)

Der Vorsitzende des Sächsischen Landbundes, R. Schladebach, wies in einem Brief an Schiele auf den Widerspruch zwischen dessen anfänglicher Zuversicht und der oben zitierten, die Landwirte erregenden Erklärung hin und stellte unter Hinweis auf die Agrarpreise fest, daß die Landwirtschaft in den Wochen der Schieleschen Amtsführung nicht einen Schritt nach vorwärts, sondern eine ganze Reihe Schritte rückwärts getan habe. Wenn Schiele mit seinen Agrargesetzen im Kabinett oder im Reichstag nicht durchkomme, dann solle der dem Reichspräsidenten den ihm erteilten Auftrag zur Rettung der Landwirtschaft als unerfüllbar zurückgeben.2)

In Auswertung der Königsberger Vertreterversammlung wurde am 4. Juli eine Abordnung des RLB, bestehend aus dem Präsidium und einigen Landbundführern, beim Reichskanzler vorstellig, um diesem in Gegenwart des Ernährungsministers Schiele die neuesten Forderungen der Junker und Großgrundbesitzer zu unterbreiten. Ihrer Erklärung zufolge lehnte der RLB die Vorschläge der Regierung zur Ausgleichung des Etats für 1930, insbesondere die geplanten Steuererhöhungen als untragbar ab, da sie der geforderten "Entlastung der Wirtschaft" zuwiderliefen. Ebenso wollte der RLB eine Verquickung der Zustimmung zur Steuererhöhung mit der Durchführung des Osthilfegesetzes nicht anerkennen, da letzteres keine zusätzliche Belastung des Etats bedeute und der Etat auf anderem Wege ausgeglichen werden könne. Außer weiteren agrarpolitischen Maßnahmen (Brotgesetz, Vermahlungszwang auf Inlandweizen, Wiedergewinnung der Zollautonomie usw.) forderte der RLB die Bereinigung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen, eine Reform der öffentlichen Verwaltung und die "Entlastung der öffentlichen Hand von der Durchführung von Aufgaben auf sozialem Gebiete, die auf die berufsständische Selbstverwaltung

---

1) DZA I, RLB, Nr.60, Bl.280.
2) Ebenda, Bl.283; vgl. auch Bl.276.

zu übertragen" seien.[1] Schließlich schilderten Führer der Landbünde Pommern, Brandenburg und Ostpreußen, um die Dringlichkeit der Osthilfe zu unterstreichen, die "gefahrdrohende Lage der landwirtschaftlichen Betriebe", die durch die Dürre der vergangenen Wochen eine unerhörte Verschärfung erfahren habe.

Der Pommersche Landbund wertete diesen Auftritt der Landbundführer, an dessen Vorbereitung und Durchführung er selbst offenbar maßgeblich beteiligt war,[2] als ein deutliches Abrücken des RLB von der Politik des Kabinetts und insbesondere als den Ausdruck größter Enttäuschung über die Unzulänglichkeit und Lückenhaftigkeit der agrarischen Maßnahmen. Es sei, so hieß es in seinem Kommentar, zwar sehr viel Reklame gemacht worden mit den Maßnahmen des Brüning-Kabinetts; im ganzen gesehen seien diese aber "weniger als das, was von dem vorangegangenen Kabinett schon durchgeführt" worden sei.[3]

Das Auftreten der Landbund-Abordnung vor dem Reichskanzler und der diesem Ereignis gewidmete Kommentar des Pommerschen Landbundes deuteten bereits das nahende Ende der Vorherrschaft der bürgerlich-junkerlichen Gruppierung unter der Führung M. Schieles und ihrer taktischen Konzeption der "Realpolitik" und die beginnende Umorientierung des RLB auf die junkerlich-bürgerliche Gruppierung und ihre taktische Linie der intransigenten "Katastrophenpolitik" an.[4] In der Tat waren einflußreiche Junker im Brandenburgischen Landbund, an führender Stelle Achim von Arnim-Cunersdorf und sein Vetter Dietloff Graf von Arnim-Boitzenburg,[5] bereits dabei, in Zusammenarbeit mit den junkerlichen Führern des Pommerschen Landbundes den dominierenden Einfluß der Schiele-Gruppe zurückzudrängen und im Landbund die Hugenberg-Richtung, seine "offen'systemfeindliche' (d.h. antire-

1) "Landbundführer beim Reichskanzler!", in: Der Pommersche Landbund, Nr.28 v. 12. Juli 1930.
2) Vgl. "Der Besuch der Landbundführer beim Reichskanzler und seine Hintergründe", in: Deutsche Bauernzeitung, Nr.29 v. 20. Juli 1930.
3) "Landbundführer beim Reichskanzler!", a.a.O.
4) Das Organ der Deutschen Bauernschaft vermerkte, "daß der Besuch der Landbundführer beim Reichskanzler von gewisser Seite als Vorstoß gegen den Herrn Reichsminister Schiele gedacht war." "Der Besuch...", a.a.O.
5) Vgl. K.Gossweiler/A.Schlicht, a.a.O., S.642 ff.

publikanische) Linie"[1] durchzusetzen.

Achim von Arnim teilte seinem Vetter in einem Schreiben[2] mit, daß sieben Gutsbesitzer am 2. Juli deswegen bei Hugenberg vorgesprochen hätten, der über solches Vorgehen recht erfreut gewesen sei. Es sei dort vereinbart worden, einen offiziellen Bruch mit dem Landbund zu vermeiden, solange die Hoffnung bestünde, daß die Hugenberg-Richtung sich durchsetze. Anfang August sollte eine Besprechung derselben Persönlichkeiten beim Führer der DNVP im Bezirk Potsdam stattfinden, um die Stärke dieser Richtung zu sondieren, die Führer unter einen Hut zu bringen und gemeinsame Kampfmethoden zu verabreden.

Graf von Arnim-Boitzenburg begrüßte in seinem Antwortschreiben[3] solcherart Initiative und unterstützte den Vorschlag, innerhalb des Landbundes Anhänger zu werben und dadurch die Leitung zu zwingen, eine andere Politik zu machen. Seine eigenen Forderungen zielten darauf ab, erstens den derzeitigen "ganz abwegigen" Vorsitzenden des Brandenburgischen Landbundes (d.h. J. Nicolas, der die politische Linie M. Schieles vertrat) abzukühren; zweitens eine klare Kampffront der Deutschnationalen und des Stahlhelms gegen das "System" zu schaffen, damit Abwerbungen aktiver Elemente durch die Nazipartei vermieden würden; drittens die Hugenbergsche Richtung so zu festigen, "daß dieser fähige Führer wirklich eine Macht hinter sich" bekäme.

Beide von Arnim versandten Einladungen für den 9. August zu einer "Besprechung über Landbundfragen" an zehn brandenburgische Großgrundbesitzer (davon acht adlige) sowie an H.J. von Rohr.[4] Als Ziel hatten sie ins Auge gefaßt, zunächst im Brandenburgischen Landbund eine Art Landwehr zu bilden - eine Organisation, die für die "Einhaltung des Rechtskurses im Landbund" sorgen und den Direktoren in der Zentrale "imponieren" sollte. Die eingeladenen Großgrundbesitzer sollten in ihren Einflußbezirken für die Vereinigung werben. Das fernere Ziel sollte "eine rechtsstehende Grüne Front" sein,[5] offenbar eine Zusammenfassung aller militant-profaschistischen Parteien und Ver-

---

1) d.Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, a.a.O., S.378.
2) STA Potsdam, 37 Herrschaft Boitzenburg, Nr.3840, Bl.117 f.
3) Ebenda, Bl.114 u.Rs.
4) Ebenda, Bl.107.
5) Ebenda, Bl.105.

bände unter der Führung A. Hugenbergs.

Der weitere Differenzierungs- und Umorientierungsprozeß im RLB wurde durch die Auflösung des Reichstages und den sich anschließenden Wahlkampf sowie durch den Ausgang der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 beschleunigt. Nachdem die Brüning-Regierung mit ihrem neuen Finanzprogramm am 16. Juli im Reichstag gescheitert war, wurden die neuen sozialreaktionären Steuern noch am gleichen Abend durch Notverordnung verkündet.[1] Am nächsten Tag wurde der Gesetzentwurf über die Osthilfe[2] in zweiter Lesung im Reichstag angenommen. Als der Reichstag am 18. Juli mit 236 gegen 221 Stimmen einem Antrag der SPD zustimmte und die Notverordnung wieder aufhob, löste Hindenburg ihn auf. Am 26. Juli setzte er unter Berufung auf den Artikel 48 der Weimarer Verfassung die neuen Steuern als "Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände" wieder in Kraft.[3]

Bei der Abstimmung am 18. Juli hatte eine Mehrheit der DNVP mit Hugenberg für, die Gruppe um Westarp aber mit 25 Abgeordneten gegen die Notverordnung gestimmt und anschließend die endgültige Trennung von der DNVP vollzogen.[4] M. Schiele beschuldigte in einem Appell an das Landvolk[5] die Hugenberg-Gruppe, das Stranden des Staatsschiffes kurz vor dem rettenden Nothafen - der Vollendung der Osthilfe und der Wiedergewinnung der finanziellen Bewegungsfreiheit - durch politische Unvernunft im Reichstag verschuldet zu haben. Damit seien, wie er feststellte, die Meinungsverschiedenheiten über die politischen Methoden im Lager der Rechten zu einer unüberbrückbaren Kluft in den staatspolitischen Grundauffassungen angewachsen. Deshalb sei für ihn und seine Gesinnungsfreunde der Austritt aus der DNVP zur unerläßlichen Selbstverständlichkeit geworden.[6] Ange-

---

1) Vgl. W.Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, a.a.O., S.368.
2) Vgl. "Das Ostprogramm des Hindenburgblocks und die Gegenoffensive der Werktätigen", in Edwin Hoernle - Ein Leben..., a.a.O., S.346 ff.
3) RGBl. I,1930, S.311 ff. Der dritte Abschnitt enthielt im wesentlichen Teile des Gesetzentwurfes über die Osthilfe, vor allem zur Kredithilfe für landwirtschaftliche Siedlung und einen Vollstreckungsschutz bis zum 31.12.1930. Vgl. auch W. Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, a.a.O., S.377.
4) Vgl. W.Ruge, DNVP, a.a.O., S.743.
5) ZdRLB, Nr.37 v. 12. August 1930.
6) In der Gefolgschaft Schieles verließen z.B. die pommerschen

sichts dieser Lage sei das politisch heimat- bzw. obdachlos gewordene Landvolk gezwungen, sich unter der berufsständischen Parole zu sammeln und sich eine eigene Plattform für seinen politischen Kampf zu schaffen.

Am 22. Juli nahm die Mehrheit des Bundesvorstandes des RLB eine Entschließung an,[1] in der festgestellt wurde, daß sich das Landvolk nunmehr, abgestoßen vom Parteihader und dem Gezänk der einzelnen Cliquen, auch für den parlamentarischen Kampf auf eigene Füße stelle. Unter bewußter Abkehr von der bisher geübten Methode wurden die Mitglieder aufgefordert, "der Sammelparole des Berufsstandes zu folgen und", soweit es die örtlichen Verhältnisse zuließen, "einzutreten für die Wahl auf Landvolklisten in allen Provinzen und Ländern." Die Landvolkpartei nahm diese Parole des RLB auf und beschloß, die Landvolklisten für die Reichstagswahl unter dem Namen "Deutsches Landvolk (Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei)" auf einer gemeinsamen Reichsliste zu vereinigen.[2]

Hugenberg und seine Anhänger bekämpften die auf die Landvolkpartei orientierte "Politisierung" des RLB mit allen, auch mit demagogischen Mitteln. Aus den Mitteilungen Nr. 13 der Parteizentrale der DNVP konnten die Landbündler entnehmen: Je stärker die DNVP sei, desto wirksamer werde ihr Eintreten für die Landwirtschaft im Reichstag sein können. Entziehe man jedoch der DNVP die landwirtschaftlichen Wähler, so werde aus ihr eine rein städtische, eine Torso-Partei, die ihre staatspolitischen Aufgaben kaum noch werde durchführen können. "Parteipolitische Isolierung und gesellschaftliche Emanzipation der Bauern wäre der größte politische Fehler der Nachkriegszeit."[3]

Im Brandenburgischen Landbund setzten hugenbergtreue Junker ihre Anstrengungen fort, um die Opposition gegen die Schiele- bzw. Landvolkrichtung zu formieren. Nach der erwähnten vorbereitenden Beratung einflußreicher Großgrundbesitzer fand am 24. August eine erweiterte Versammlung ausgewählter branden-

---

Landbündler von Flemming-Paatzig, von Flügge-Speok, von Knebel-Löberitz, von Oppenfeld-Reinfeld und Schlote-Charlottenhof sowie der schlesische Landbundführer P.von Richthofen-Boguslawitz die DNVP.

1) RLB/AWS, Nr.30 v. 26. Juli 1930.
2) ZdRLB, Nr.34 v. 31. Juli 1930.
3) DZA I, DNVP, Nr.16, Bl.110 ff.

burgischer Landbündler in Berlin statt. Eingeladen waren 60 Personen, überwiegend adlige Rittergutsbesitzer, dazu einige Gefolgsleute des "Mittel- und Kleinbesitzes."[1] In der von den Versammlungsteilnehmern angenommenen Entschließung[2] wurde darüber Klage geführt, daß seit dem Eintritt des Herrn Schiele in das Kabinett dem Landbund jede Stoßkraft genommen sei. "Alles Anpreisen der 'antimarxistischen rein bürgerlichen Regierung Brüning-Schiele' (sei) nichts als leeres Gerede; und die rote Gewaltherrschaft in Preußen (bliebe) unverändert fortbestehen." Die Versammelten mißbilligten es, daß der RLB unter Schieles Führung die vorgezeichnete Richtung aufgegeben und durch den Aufruf zu Landvolklisten den Weg zur Bildung einer politischen Partei eingeschlagen habe. "Wir wollen im Landbund bleiben", hieß es in der Entschließung. "Wir müssen aber fordern, daß der Landbund u n s e r e Berufsvertretung bleibt und die Parteipolitik denjenigen politischen Parteien überläßt, die immer für die nationalen Interessen der deutschen Landwirtschaft eingetreten sind."[3] Trotz der These von der parteipolitischen Neutralität des RLB, die nunmehr unter umgekehrten Vorzeichen[4] von den Gefolgsleuten Hugenbergs strapaziert wurde, konnten die Urheber dieser Willenskundgebung ihre tieferen Absichten nicht verbergen. Die intransigenten ostelbischen Junker wollten den Klassencharakter des RLB als i h r e s bedeutendsten wirtschaftspolitischen Interessenverbandes erhalten. Deshalb war es ihr Anliegen, die politische Unterwanderung des RLB durch die bäuerliche Landvolkpartei abzuwenden und statt dessen seine völlige politische Wiederausrichtung auf die Linie der "nationalen" Opposition unter Führung der DNVP Hugenbergscher Prägung durchzusetzen. Das Ergebnis der Versammlung war eine "Vereinigung zur Durchsetzung einer nationalen Politik in den Landbünden"[5] unter der Führung des Grafen Arnim-Boitzenburg - eine Art Fronde intransigenter Junker in dem von E. Schiele geführten RLB.

Schlesischen Großgrundbesitzern, die gleichfalls darüber besorgt waren, daß ihr Landbund seine "Überparteilichkeit" aufgegeben und sich zu 80 bis 90% in den Händen von Landvolkleuten befände,

---

1) Vgl. STA Potsdam, 37 Herrschaft Boitzenburg, Nr.3840, Bl.77.
2) Ebenda, Bl.67.
3) Ebenda (Hervorhebung von mir - K.L.).
4) Vgl. S.108 der vorliegenden Arbeit.
5) STA Potsdam, a.a.O., Bl.79.

und die sich - durch H.J. von Rohr informiert - nach der brandenburgischen Organisation junkerlicher Frondeure erkundigten,[1] informierte von Arnim-Boitzenburg über deren Absichten wie folgt:

> "Wir wollen ausdrücklich im Landbund bleiben, wollen aber Einfluß gewinnen auf die Politik, die in demselben getrieben wird...Vorläufig handelt es sich...um einen ganz losen Zusammenschluß aller derjenigen brandenburgischen Landwirte, die einen Einfluß auf die Besetzung der leitenden Stellen in der Provinzleitung des Landbundes ausüben wollen in der Richtung einer straffen oppositionellen Politik gegen das heutige System und die derzeitige Regierung. Es ist geplant, diese Vereinigung auch auszudehnen auf andere Provinzen, nachdem sie hier in der Provinz einigermaßen festen Fuß gefaßt hat. Es ist...Arbeit auf Zukunft und (es) wird sich, wie ich sehr hoffe, auch in Schlesien wohl bald Gelegenheit finden, in dieser Richtung wirksam vorzugehen...Ist dies der Fall und die Einigkeit erzielt, muß bei Neuwahlen die Zusammensetzung der Provinzial- und Kreislandbünde eine andere werden und damit auch die Wahl des Gesamtvorstandes des Reichslandbundes."[2]

Durch den Beschluß der Mehrheit des Bundesvorstandes vom 22. Juli und die Opposition der Anhänger Hugenbergs gegen die Orientierung auf eigene Landvolklisten trat der RLB in zwei Gruppen gespalten in den Wahlkampf.[3] Während die überwiegend bäuerlichen Landbünde Südwestdeutschlands und Thüringens seit Jahren eigene Landvolklisten aufstellten und jetzt mit der Landvolkpartei weitgehend konform gingen, zog sich mitten durch die ostelbischen Landbünde der Riß, der beide Gruppierungen voneinander trennte. Dennoch sprachen sich die Vorstände der ostelbischen Landbünde sowie der Landbünde Hannover, Westfalen, Rheinprovinz und Bayern, in denen die Gefolgsleute Hugenbergs den Ton angaben, für die Beibehaltung der Parole der parteipolitischen "Neutralität" und gegen die Aufstellung eigener Landvolklisten aus.[4]

Im Wahlkampf erreichten die Auseinandersetzungen um die Taktik des RLB ihren Höhepunkt. Sowohl die zentrale Landbundführung als auch die auf Schiele und die Landvolkpartei orientierten Landbünde mußten sich zunehmender Angriffe nicht nur seitens

---

1) Ebenda.
2) Ebenda, Bl.78.
3) Vgl. Protokoll der Vertreterversammlung des Schlesischen Landbundes am 30.9.1930, in: DZA I, RLB, Nr.23, Bl.4.
4) Vgl. Der Pommersche Landbund, Nr.32 v. 9. August 1930,

des Hugenberg-Flügels in der DNVP und im RLB[1], sondern auch der Nazipartei erwehren.

Die Polemik der Deutschnationalen und der Nazis gegen die Führung des RLB beruhte im wesentlichen auf folgenden Argumenten: Der Kampf des RLB um die Existenz der Landwirtschaft werde sowohl hinsichtlich seiner Taktik wie auch hinsichtlich seiner Frontstellung falsch geführt. Schieles Eintritt in die Reichsregierung und seine Unterstützung durch den RLB bedeute einen Abrutsch nach links. Schiele habe das Kampfinstrument der Grünen Front zerbrochen. Seine Bemühungen um Rettung der Landwirtschaft im Rahmen des bestehenden politischen Systems bedeuteten ein Voranstellen der "Speckzollpolitik" vor der "Nationalpolitik"; zielbewußte Agrarpolitik jedoch sei "Nationalpolitik"; erst Sturz des Systems, dann Hilfe für die Landwirtschaft!

Die zentrale Landbundführung faßte ihre Gegenargumente in den Druckschriften "Abwehr-ABC" vom 21. August[2] und "Landwirtschaft und Nationalsozialismus" vom 6.August 1930[3] zusammen. Martin Schiele nutzte darüber hinaus den Wahlkampf, um als Kandidat der Landvolkpartei in zahlreichen Landvolkversammlungen für seine Politik zu werben. Nachdem er am 24. August auf einer großen Landvolkkundgebung in Magdeburg den Wahlkampf eröffnet hatte[4], sprach er u.a. in Herford,[5] Görlitz[6] und Stettin.[7] Die Grundgedanken seiner Reden waren folgende: Schiele lehnte die vom jetzigen Führer der DNVP eingeschlagene Politik als destruktive Negation, als "Flugzeugpolitik" ab, die alles aus nebelhafter Ferne sehe, statt im Sturm der Zeit auf die Schanze zu steigen und den Grund und Boden zu verteidigen. Dieser Wahlkampf bedeute den Auftakt zu jener innenpolitischen Ent-

---

1) Die Anhänger Hugenbergs faßten ihre Polemik gegen den Schielekurs im RLB in der (offenbar von H.J. von Rohr inspirierten und verfaßten) deutschnationalen Flugschrift "Vorwärts" zusammen. In: DZA I, RLB, Nr.118, Bl.40 ff.
2) In: DZA I, RLB, Nr.118, Bl.33 ff. Vgl. auch "Der Landbund im Wahlkampf", in: RLB/AWS, Nr.34 v. 23. Augut 1930.
3) In: DZA I, RLB Nr.118, Bl.120 ff. Vgl. auch "Die verkehrte Front der Nationalsozialisten", in: RLB/AWS, Nr.32 v. 9. August 1930.
4) Vgl. ZdRLB, Sonderausgabe, Nr.11 v. 24. August 1930.
5) Vgl. Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr.449 v. 3. Sept.1930, Neue Westfälische Volkszeitung, Nr.206 v. 3. September 1930.
6) Vgl. Deutsche Tageszeitung v. 11. Sept. 1930; Neuer Görlitzer Anzeiger v. 12. Sept. 1930.
7) Vgl. Zeitungsdienst d.RLB, Nr.45 v. 5. Sept. 1930.

scheidung im Endkampf um die Macht im Staate, der "zwischen der Landwirtschaft und dem Marxismus" geführt würde. Wir stehen vor der Frage, erklärte Schiele, ob die Staatskrise v o n oder g e g e n uns gelöst werden soll, ob wir durch aktive Mitarbeit im Staate den Marxismus ausschalten. Mit der Parole "Alles oder nichts!" dürfe man sich nicht um die ernste Verantwortung herumdrücken und die Stunde des Handelns verpassen; deshalb laute die Parole des RLB: "Heran an die Verantwortung!" Er, Schiele, möchte "lieber heute als morgen das heutige System zum Teufel jagen, aber man müsse mit den Realitäten rechnen."[1] Damit warb Schiele für die Schaffung einer "Hindenburgfront", eines großen Rechtsblocks, dessen "grünes Herz" das Landvolk sein sollte, unter Heranziehung aller verwandten Parteien, auch des Zentrums. Vor dem pommerschen Landvolk rief Schiele aus:

> "Ergreifen wir die Macht, w o s i e s i c h u n s b i e t e t ! Wir werden unsere Ziele nicht im ersten Sturmangriff erreichen, aber wir müssen bereit sein, in ernster verantwortungsbewußter Arbeit den Staat für uns z u r ü c k z u e r o b e r n ."[2]

Ungeachtet ihrer taktischen Differenzen waren sich alle Landbünde im Wahlkampf darin einig, den "Marxismus" schlagen zu wollen. Noch nicht einig waren sie sich hinsichtlich ihrer Einstellung zur Nazipartei. Die Haltung der von der Landvolkpartei geführten und auf Schiele orientierten bäuerlichen Landbünde wurde zwangsläufig dadurch bestimmt, daß sie sich der zunehmenden Angriffe sowohl der DNVP Hugenbergscher Richtung als auch der NSDAP erwehren mußten.[3] In den ostelbischen Landbünden war die Situation zwiespältig. Während beispielsweise die Füh-

---

1) Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr.449 v. 3. Sept. 1930. Es war ein Novum in der Geschichte der Weimarer Republik, daß ein Reichsminister im Staatsdienst solches öffentlich erklären konnte, ohne eine Regierungskrise zu provozieren. Der Vorfall war ein Symptom der Krise der Weimarer Republik und ein Ausdruck des präfaschistischen Charakters des Präsidialkabinetts Brüning.

2) ZdRLB, Nr.45 v. 5. Sept. 1930.

3) So hieß es z.B. in einer Verlautbarung des Gauleiters Lohse zur Frage des Verhältnisses zwischen NSDAP und Schleswig-Holsteinischem Land- und Bauernbund, daß die Nazis ihre "bisherige neutrale und fördernde Haltung" gegenüber dem Bund aufgäben, nachdem einwandfrei festgestellt worden sei, daß die Organisation des Land- und Bauernbundes in den Dienst der Landvolkpartei gestellt werde. Über die Mitgliedschaft von Nazilandwirten sollte nach der Wahl entschieden werden. Vgl. Schleswig-Holsteinische Tageszeitung, Nr.212 v. 9. September 1930.

rung des ostpreußischen Landbundes die Schiele-Politik offiziell unterstützte und die agrarpolitischen Parolen der NSDAP ablehnte,[1] rief eine Gruppe einflußreicher ostpreußischer Großgrundbesitzer direkt dazu auf, die Nazipartei durch Geldspenden im Wahlkampf zu stärken.[2] Ähnlich war die Situation in anderen ostelbischen Landbünden, z.B. in Schlesien und Brandenburg, wo namhafte Landbundführer die Politik Schieles unterstützten, die den Großgrundbesitzern unmittelbar sichtliche Vorteile brachte.

Die Führung des Pommerschen Landbundes war die erste, die das Verhältnis zwischen einem Landbund und der Nazipartei im Sinne einer Begünstigung der letzteren klärte. Schon in einer Verlautbarung vom 15. März 1930 hatte der Pommersche Landbund zum Ausdruck gebracht:

> "Der Kampf des Landvolkes ist hoffnungslos, alle Tageserfolge bringen bestenfalls ein verlängertes Sterben, aber kein neues Leben, wenn das System bestehen bleibt, das Deutschlands Totengräber ist... Deshalb haben wir, als Hugenberg die große Deutschnationale Volkspartei neu zum Angriff formierte, dies freudig begrüßt. Deshalb sehen wir auch in jedem Nationalsozialisten, der zum Kampf gegen das System entschlossen ist, unseren Verbündeten. Jeder, der erkennt, daß dieses System fallen muß, und danach handelt, gehört zu uns und wir zu ihm."3)

Während der Wahlkampagne teilte die Führung des Pommerschen Landbundes mit, daß ihr Verhältnis zu den Nationalsozialisten, auf die im "Freiheitskampf" ohnehin Verlaß gewesen sei, inzwischen eine Klärung erfahren konnte, zumal Gauleiter Corswandt in einem Brief an H.J. von Rohr die Haltung der NSDAP auch zu den Gewerkschaften klargestellt habe. Nachdem die Landbundführung festgestellt hatte, daß die Einstellung der Nazipartei zur Rolle der Gewerkschaften in einem künftigen Dritten Reich mit der des Landbundes übereinstimmte,[4] konstatierte sie mit

---

1) "Zeigt uns doch mal, was Ihr denn nun eigentlich bisher für uns getan habt. Eure Versprechungen und Lockungen, was Ihr tun würdet, wenn Ihr mal die Macht im Staate habt, das hilft uns gar nichts. Bis dahin sind wir längst nicht mehr da, sind wir längst in Not und Elend verkommen. Uns tut schnelle Hilfe not." Landwirtschafts-Verband Ostpreußen, Nr.19 v. 10. Mai 1930.
2) Vgl. Die Rote Fahne, Nr.181 v. 6. August 1930; Vorwärts, Nr.399 v. 27. August 1930.
3) Der Pommersche Landbund, Nr.11 v. 15. März 1930.
4) Es drehte sich im wesentlichen darum, daß die Arbeiterorganisationen "innerhalb eines Berufsstandes der Wesensart

sichtlicher Befriedigung: "Somit liegt für diese Wahlen auch zwischen den Nationalsozialisten und uns alles im guten Sinne klar."[1]

3. Die taktische Einstellung des Reichslandbundes auf die offen profaschistische Linie der sogenannten nationalen Opposition

3.1. Die Umorientierung des RLB von der verdeckten auf die offen systemfeindliche Linie des Kampfes gegen die Weimarer Republik

3.1.1. Die Reaktion des RLB auf das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930

Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930[2] überraschte nicht nur im allgemeinen, sondern auch den RLB im besonderen. Die Wahlaufrufe sowohl des RLB als auch der einzelnen Landbünde, in denen die ländlichen Wähler zur "Abrechnung mit dem Marxismus" aufgefordert wurden, hatten sich nicht als geeignet erwiesen, den von der Reaktion gewünschten Einbruch in die Arbeiterbewegung zu erzielen.[3] Die KPD gewann gegenüber der Reichstagswahl 1928 1,3 Millionen oder 40,7% mehr Stimmen und wurde zur drittstärksten Partei im Reichstag. Die SPD verlor zwar 6,3% Wählerstimmen, blieb aber mit einem Anteil von 24,5% aller abgegebenen Stimmen die stärkste Partei. Der größte Gewinner dieser Wahl war die NSDAP, ihre Stimmenzahl erhöhte sich um 690,3%, die Zahl ihrer Abgeordneten von 12 auf 107. Die größten Gewinne erzielte sie in den agrarischen Gebieten Nord- und Ostdeutschlands, in den "Domänen des Herrn Schiele,"[4] wo ihr Anteil an den abgegebenen Stimmen jeweils beträchtlich über ihrem Reichsdurchschnitt (18,3%) lag. In diesen Ergebnissen kommt zum Ausdruck, daß große Teile der unter den Auswir-

---

des deutschen Volkes organisch angepaßt", daß Klassenhaß und Klassenkampf aus ihnen verbannt werden sollten und daß die Arbeiterseite sich "im Interesse des Ganzen einer höheren Staatsautorität unterordnet(e)." Vgl. Der Pommersche Landbund, Nr.33 v. 16. August 1930.

1) Ebenda.
2) Vgl. GdA, Bd.4, a.a.O., S.264 f.; W.Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, a.a.O., S.382 f.
3) Das mußten - wirklich überrascht - auch die Führer des Thüringer Landbundes eingestehen. Vgl. "Eine Rückschau", in: Der Thüringer Landbund, Nr.75 v. 17. September 1930.
4) Der Angriff, Nr.87 v. 30. Oktober 1930.

kungen der Krise leidenden Bevölkerung der Agrargebiete bei der Suche nach einem Ausweg der nationalen und sozialen Demagogie der Nazipartei zum Opfer gefallen waren.[1] Junker und Großgrundbesitzer hatten sowohl objektiv als auch subjektiv dazu beigetragen, die Entscheidung vieler Bauern zugunsten der Nazipartei zu beeinflussen. Gerade in den bezeichneten Agrargebieten hatten es die von Junkern beherrschten Landbünde abgelehnt, eigene Landvolklisten aufzustellen; statt dessen hatten sie die Parole der "parteipolitischen Neutralität" bekräftigt und es ihren Mitgliedern somit anheimgestellt, deutschnational oder nationalsozialistisch zu wählen. Im Wahlergebnis kam dann auch zum Ausdruck, daß das Gros jener ländlichen Wähler, die sich von der krisengeschüttelten DNVP enttäuscht fanden, nunmehr auf die NSDAP setzten, während die übrigen ihre Hoffnungen auf die Land-

Veränderung der Stimmenanteile
bei den Reichstagswahlen 1928/1930 (in Prozent)[2]

Wahlkreis	DNVP 1928	DNVP 1930	Landvolkp. 1928	Landvolkp. 1930	NSDAP 1928	NSDAP 1930
Schlesw.-Holstein	23,0	6,1	0,3	3,8	4,0	27,0
Mecklenburg	16,3	10,6	6,8	5,1	2,0	20,1
Pommern	41,5	24,8	0,3	3,2	1,5	24,3
Ostpreußen	31,4	19,6	-	1,4	0,8	22,5
Niederschlesien	23,7	8,8	0,3	4,0	1,1	22,5
Frankfurt/O.	29,6	13,2	2,2	3,2	1,0	22,7
Potsdam I	22,8	13,9	0,3	2,4	1,6	18,8
Potsdam II	21,4	14,9	0,1	0,8	1,8	16,7
Thüringen	8,2	4,3	11,5	9,5	3,7	19,3
Hessen-Nassau	10,0	3,2	7,6	6,3	3,6	20,8
Hessen-Darmstadt	3,5	1,6	13,4	7,7	1,9	18,5

1) In einer Verlautbarung der Landbund-Zentrale hieß es, die Agitation der Nationalsozialisten auf dem Lande habe die Forderungen des RLB noch zu übertrumpfen versucht (RLB/AWS, Nr. 38 v. 20.9.1930). Goebbels' Organ schrieb selbstgefällig, daß es der Nationalsozialismus durch unermüdliche Arbeit geschafft habe. Nicht nur die größten Dörfer, sondern auch die kleinsten Flecken seien systematisch bearbeitet worden. So sei es gelungen, "weite Kreise der Bauernschaft, besonders die Jungbauern, für die NSDAP zu gewinnen." Der Angriff, Nr.87 v. 30.10.1930.

2) Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 49.Jg. (1930), S.562 f.; 50.Jg. (1931), S.546 f.

volkpartei bzw. die von den Sezessionen gegründete Konservative Volkspartei bauten.

Die Landvolkpartei, die dem "konzentrischen Angriff" der Nationalsozialisten und Deutschnationalen ausgesetzt war,[1] konnte sich nicht nur behaupten, sondern auch Wählerstimmen und Mandate hinzugewinnen, obgleich nicht zu übersehen war, daß sie in ihren Stammgebieten Stimmen verloren hatte, offensichtlich vor allem an die Nazipartei. Insgesamt gesehen erwies sich das Wahlergebnis, wie die folgende Übersicht verdeutlicht, für die im RLB noch führende Schiele-Gruppe, die mit der DNVP gebrochen und alles auf die Landvolkpartei gesetzt hatte, als eine empfindliche Niederlage; denn die 19 Mandate der Landvolkpartei sowie 3 Sitze der Deutsch-Hannoverschen Partei und 4 der Konservativen Volkspartei blieben weit hinter den Erwartungen zurück und bedeuteten keine unmittelbare Stärkung der parlamentarischen Vertretung des RLB, die früher von 71 Abgeordneten in verschiedenen Fraktionen wahrgenommen worden war.

R e i c h s t a g s w a h l e n[2]

	1928			1930		
	S t i m m e n absolut	Anteil in %	Mandate	S t i m m e n absolut	Anteil in %	Mandate
Landvolkpartei	777 303	2,5	13[3]	1 108 043	3,2	19
Landbund	199 548	0,6	3			
Sächs. Landvolk	127 700	0,4	2			
Dt.-Hannov.Partei				) 457 083	1,3	3
Konserv.Volkspartei				)		4
Zusammen	1 104 651	3,5	18	1 565 126	4,5	26

Resigniert stellte Direktor Höfler vom Schlesischen Landbund fest:

> "Für die schlesische Landwirtschaft ist das Ergebnis dieser Wahlen ein trauriges. Sehen sie sich nur die schlesischen Vertreter der Landwirtschaft an. Nach diesem Wahlkampf haben wir kaum noch eine Vertretung in den großen politischen Parteien."[4]

1) Vgl. RLB/AWS, Nr.38 v. 20. September 1930.
2) Vgl. Statistisches Jahrbuch..., a.a.O.
3) davon 3 Mandate der Deutsch-Hannoverschen Partei.
4) Protokoll der Vertreterversammlung des Schlesischen Landbundes am 30. Sept. 1930, in: DZA I, RLB, Nr.23, Bl.4.

Ähnlich pessimistisch lautete der Wahlkommentar des Thüringer Landbundes bzw. der Landvolkpartei:

> " Der Bauer hat den Bauern zum Teil im Stich gelassen...Die Reichstagswahlen haben den Parteien, die sich für das Hindenburg-Programm der Osthilfe und der Rettung der Landwirtschaft, das der Regierung Brüning-Schiele gestellt war, keine Mehrheit gebracht. Im Gegenteil, die Plattform ist schmaler geworden."1)

Die politische Schlußfolgerung, die M. Schieles Anhänger im Landbund und in der Landvolkpartei daraus zogen, war der Ausbau der profaschistischen Präsidialdiktatur, zum Ausdruck gebracht mit den Worten: "Das System ist eben falsch! An die Stelle der Unzuverlässigkeit der Wähler wird das V e r a n t w o r t u n g s b e w u ß t s e i n d e r l e i t e n d e n P e r s ö n l i c h k e i t gesetzt werden müssen."2)

Die intransigenten Junker zogen aus dem Wahlergebnis noch weitergehende Schlußfolgerungen. Die Gefolgsleute Hugenbergs konnten im Grunde genommen nicht davon begeistert sein, daß die NSDAP die DNVP - noch dazu auf ihre Kosten - deutlich überflügelt hatte. Indem sie jedoch die Rivalität beider Parteien im Hinblick auf ihre geistige Verwandtschaft sowie ihre gemeinsame politische Linie zurückstellten, feierten sie den Wahlausgang als Niederlage der Kompromißpolitik der Schiele-Gruppe und als Bestätigung der offen "systemfeindlichen" Linie der kompromißlosen "nationalen Opposition" gegenüber der parlamentarischen Republik. Nach einem Kommentar des Pommerschen Landbundes z.B. hatte der Wahlausgang "einen vollen Sieg der (profaschistischen - K.N.) nationalen Front gebracht",3) was in Pommern nicht rot sei, so hieß es dort, stehe weltanschaulich fast "zur Hälfte hinter Hugenberg, zur anderen hinter Hitler."4) Darauf bauend, daß die profaschistische "nationale Revolution in ganz Deutschland marschiere",5) nahmen diese Kräfte die Reichstagswahl zum Anlaß, um die Ziele der in Brandenburg bereits formierten junkerlichen "Vereinigung zur Durchsetzung einer nationalen Poli-

---

1) "Das Wahlergebnis", in: Der Thüringer Landbund, Nr.75 v. 16. September 1930.
2) Ebenda.
3) Der Pommersche Landbund, Nr.39 v. 27. September 1930.
4) Ebenda, Nr.38 v. 20. September 1930.
5) Protokoll der Vertreterversammlung des Schlesischen Landbundes am 30. Sept. 1930, a.a.O., Bl.11.

tik in den Landbünden" durchgängig zu realisieren, den RLB wieder in das politische Kielwasser der Parteien Hugenbergs und Hitlers zu lenken und auf die Politik der militant systemfeindlichen "nationalen Opposition", die Politik des Frontalangriffs gegen die Weimarer Republik mit pointierter "antimarxistischer" Stoßrichtung festzulegen.

In diesem Sinne begrüßte der Gesamtvorstand des Brandenburgischen Landbundes in einer am 17. September angenommenen Entschließung auf das lebhafteste den Wahlausgang und wertete ihn - den Tatsachen widersprechend - als "eine entschiedene nationale Schwenkung" des deutschen Volkes "gegen den Marxismus". Er erwartete "auf das bestimmteste", daß daraus parlamentarisch die Folgerungen gezogen würden, und zwar dergestalt, daß "im Reich eine Regierung unter Einbeziehung der nationalistischen, deutschnationalen und Landvolkpartei gebildet" würde und daß in Preußen umgehend Neuwahlen stattfänden.[1)]

In der von der Vertreterversammlung des Schlesischen Landbundes am 30. September einstimmig angenommenen Entschließung zur politischen Lage wurde es als besondere Aufgabe des Landbundes bezeichnet, alle "auf nationalem Boden stehenden Elemente der Landbevölkerung" mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu sammeln und den in der Wahl bekundeten "nationalen Willen im Kampfe gegen den Nation und Wirtschaft zerstörenden Marxismus" rücksichtslos einzusetzen. Der Schlußsatz der Entschließung lautete:

> "Das Wahlergebnis darf uns nicht Endpunkt, sondern muß Ausgangspunkt unseres Kampfes sein, der nicht ruhen darf, bis die Macht des Marxismus im Reich, in den Ländern und in den Kommunen gebrochen ist."2)

Der Landbund Mecklenburg-Schwerin faßte seine Schlußfolgerungen aus dem Wahlausgang gleichfalls in einer Entschließung zusammen, die von der Vertreterversammlung am 11. Oktober angenommen wurde. Darin hieß es, daß das Landvolk unter dem derzeitigen System viele schöne Versprechungen und hin und wieder kleine Augenblickshilfen, aber keine wirklich wirksame nachhaltige Hilfe erhalte. Der Landbund wolle weiter um jede Erleichterung kämpfen, sich aber stets dessen bewußt sein, "daß die Rettung des deutschen Ostens und damit der deutschen Zukunft

1) DZA I, RLB, Nr.185, Bl.5.
2) Protokoll der Vertreterversammlung..., a.a.O., Bl.13.

überhaupt die Beseitigung des liberalistisch-demokratisch-parlamentarischen Systems erfordert."[1] Die Willenskundgebung der mecklenburgischen Landbündler klang in dem folgenden profaschistischen Bekenntnis aus:

> "Auf zum gemeinsamen großen Kampf gegen den volks- und staatszerstörenden Marxismus...! Wir begrüßen die Revolutionierung der Geister, wir wollen mit allen Nationalisten den freien deutschen Staat erkämpfen."[2]

Der Pommersche Landbund, dessen Führer neben den Exponenten der intransigenten Junker in Brandenburg als "Vorkämpfer" und energischste Verfechter der taktischen Umorientierung des RLB auftraten, konzentrierte seine politischen Schlußfolgerungen aus der Reichstagswahl auf folgende Forderungen:

(1) Der RLB müsse sich von der derzeitigen Reichsregierung distanzieren und damit seine "Freiheit zur unabhängigen Kritik" wiedergewinnen.

(2) Alle im Wahlkampf abgesplitterten Gruppen müßten wieder an die Front der "nationalen Opposition" herangeführt werden.

Dementsprechend beauftrage der Kreisvertretertag des Pommerschen Landbundes am 20. September seine Führer, "bei den bevorstehenden Verhandlungen im RLB dieser grundsätzlichen Forderung in stärkster Weise Nachdruck (zu) verleihen", damit die "der Lage entsprechenden notwendigen Folgerungen im Sinne des Pommerschen Landbundes" gezogen würden.[3]

Die Entschlossenheit der ostelbischen Junker, nicht nur ihre Landbünde, sondern die Gesamtorganisation des RLB auf die politische Linie der "nationalen Opposition" festzulegen, wird auch durch einen Brief des Grafen von Arnim-Boitzenburg vom 16. September an den Rittergutsbesitzer Thilo belegt, in welchem es heißt:

---

1) DZA I, RLB, Nr.212, Bl.150.

2) Daß die Führer des Landbundes unter dem von ihnen offiziell erstrebten "freien deutschen Staat" eine faschistische Diktatur verstanden, überlieferten sie aktenkundig. In der internen Entwurf-Fassung lautete der letzte Satz der zitierten Entschließung, der offenbar aus taktischen Gründen der Öffentlichkeit so noch nicht präsentiert werden durfte, wie folgt: "Wir begrüßen die Revolutionierung der Geister u n d w o l l e n d e n d e u t s c h e n F a s c h i s m u s." Ebenda (Hervorhebung von mir - K.N.).

3) Der Pommersche Landbund, Nr.39 v. 27. September 1930.

"Die Situation ist durch die Wahl glaube ich so, daß die Rechtsopposition jetzt den Einfluß auf das Handeln gewonnen hat, und daß auch in bezug auf die Führung des Reichslandbundes von dort aus Forderungen gestellt und berücksichtigt werden, die sich in dem von uns gewünschten Sinne bewegen."1)

Diesem Einfluß der instransigenten Junker und ihren Forderungen tatsächlich folgend, zog auch der Bundesvorstand auf seiner Sitzung am 23. September aus dem Ergebnis der Reichstagswahl entsprechende Schlußfolgerungen für das künftige politische Verhalten des RLB gegenüber der parlamentarischen Weimarer Republik. In einer Entschließung, deren Tendenz schon durch die Überschrift "Gegen das System des Parteienstaates" gekennzeichnet war, forderte der RLB unter Berufung auf den Wahlausgang eine neue Regierung, die er folgendermaßen begründete und charakterisierte:

"Die Regierungen in Reich und Preußen in ihrer jetzigen Zusammensetzung stellen nicht den Führerkreis dar, der die deutschen Reform-Aufgaben auf allen Gebieten des äußeren, inneren, Wirtschafts-, Kultur- und Sozialpolitik erfolgreich durchzuführen vermag.
Wir fordern eine Regierung, in der Männer sind, die die Durchführung der notwendigen Maßnahmen gewährleisten. Der Reichs-Landbund erwartet die Rettung Deutschlands und seiner Landwirtschaft nicht von Partei-Koalitionen und Partei-Arithmetik, sondern von der Berufung unabhängiger, willensstarker, tatbereiter nationaler Führer durch den Reichspräsidenten. Das seit der Revolution in Deutschland herrschende System von 'Parteien-Staat' und 'Partei-Regierung' hat sich als unfähig zur Erfüllung der deutschen Führungsaufgaben erwiesen."2)

Der Pommersche Landbund kommentierte diese Entschließung unter der bezeichnenden Überschrift "Wendung im Reichslandbund"3)und wertete sie nicht von ungefähr als die wichtigste neben anderen, die der Bundesvorstand am gleichen Tage angenommen hatte. Ein Vergleich dieser Entschließung mit denen der ostelbischen Landbünde läßt erkennen, daß es den Junkern im Zuge der unmittelbaren politischen Auswertung der Reichstagswahl gelungen war, die Führung des RLB - obwohl in personeller Hinsicht alles noch unverändert war - auf ihre extrem reaktionäre, militant profaschistische Politik festzulegen. Damit war die taktische Umorientierung des RLB von der verdeckt antirepublikanischen, profaschistisch wendigeren Linie auf die offen systemfeindliche,

---

1) STA Potsdam, 37 Herrschaft Boitzenburg, Nr.3840, Bl.71 Rs.f.
2) RLB/AWS, Nr.39 v. 27. September 1930.
3) Der Pommersche Landbund, Nr.40 v. 4. Oktober 1930.

profaschistisch abenteuerliche Linie eingeleitet und die Ära Schieles bzw. der Landvolkpartei im RLB faktisch zu Ende.

3.1.2. Die Wahl des Grafen von Kalckreuth zum Präsidenten des RLB - ein Sieg der intransigenten ostelbischen Junker über die Landvolkpartei

Wollten die intransigenten, hugenbergtreuen und nazifreundlichen Junker den RLB geschlossen in die Front der sogenannten nationalen Opposition wieder hineinführen, mußten sie den Streit, durch den der RLB vor allem während des Wahlkampfes zerrissen war,[1] beenden. Die Ursache dieser Zerrissenheit sahen sie zum ersten im Auftreten einer politischen Berufspartei (d.h. der Landvolkpartei), die sich direkt an denselben Personenkreis wandte, der "überparteilich" im Landbund zusammengefaßt war, zum zweiten in der Tatsache, daß M. Schiele und andere führende Persönlichkeiten des RLB sich mit dieser Partei identifizierten und für sie einsetzten.[2] Wie sehr die Junker daran interessiert waren, diesen für sie unerträglichen Zustand, der die Durchsetzung ihrer taktischen Konzeption behinderte, aus der Welt zu schaffen, gab z.B. von Heydebrandt-Dammer zu verstehen, als er auf der erwähnten Vertreterversammlung des Schlesischen Landbundes ausführte:

> "Wenn die Dinge so weiter bleiben und nicht Klarheit geschaffen wird, so bleibt das Gefühl bestehen, daß das Schiff des Landbundes gesteuert wird von einem Viertel oder einem Drittel der Mitglieder (d.h. den Vertretern der Landvolkpartei- K.N.) und daß den übrigen (den Junkern und ihren Gefolgsleuten - K.N.) der Kurs, der auf der Kommandobrücke genommen wird, nicht paßt. Dieses Gefühl zu beseitigen, ist unerläßliche Aufgabe, von deren Erfüllung es wesentlich abhängen wird, ob und in welcher Stärke eine Gegenwirkung gegen den in letzter Zeit gesteuerten Kurs in Erscheinung treten wird oder nicht."3)

---

1) Davon zeugt auch ein Schreiben des Vorsitzenden des Thüringer Landbundes, E. Höfer, vom 18. September 1930 an die Zentrale des RLB. Darin setzt sich Höfer mit der "eigentümlichen Haltung des Pommerschen Landbundes und seines Vorsitzenden" von Rohr gegenüber dem RLB und dem Minister Schiele auseinander, die er als "unverantwortlich und nicht tragbar" bezeichnet. Zu dieser Auffassung habe ihn "nicht nur die Einstellung des Herrn v. Rohr im Wahlkampf, sondern auch das Verhalten in der letzten Bundesvorstandssitzung in Berlin" veranlaßt, das zum "Zusammenstoß" zwischen den Herren v.Rohr, Hepp und v. Wilmowsky geführt habe. Höfer war der Meinung, daß v. Rohr "mit seiner Vielschreiberei" (d.h. seiner Aktivität zur Durchsetzung der Hugenbergschen Richtung im Landbund K.N.) den RLB untergrabe. Vgl. DZA I, RLB, Nr.60, Bl.142.

In diesem Sinne forderten die Junker eine Reform des RLB an Haupt und Gliedern.[4] Ihr Grundanliegen bestand darin, einerseits den politischen Einfluß der Landvolkpartei und der hinter ihr stehenden west- und mitteldeutschen bäuerlichen Landbünde auf die Führung des RLB zu beseitigen und jegliche Propaganda des RLB zugunsten dieser Partei zu unterbinden, andererseits die politische Monopolstellung der DNVP - nunmehr Hugenbergscher Prägung - im RLB wiederherzustellen. Den Kampf um den bestimmenden politischen Einfluß im RLB führten die Junker nach außen hin unter der Parole der "Entpolitisierung" des RLB bzw. der Wiederherstellung seiner "parteipolitischen Neutralität", aber in Wirklichkeit, wie der Thüringer Landbund durchaus zutreffend bemerkte, "um den früher den Deutschnationalen gefügigen Wahlapparat auf dem Lande", um den RLB zu einem Hugenbergschen "Parteiinstrument" zu machen.[5]

Die entscheidende Maßnahme der von den ostelbischen Junkern betriebenen Reform des RLB war die Abkürung der auf den politischen Kurs M. Schieles und der Landvolkpartei orientierten Landbundführer, in erster Linie die personelle Umbesetzung der Spitzenposition im Präsidium des RLB. Der Pommersche Landbund brachte in seinem Kommentar zur Bundesvorstandssitzung vom 23. September zum Ausdruck, daß die Entschließung des RLB "eine Entwicklung zum Guten einleiten" könnte. Nunmehr komme es darauf an, daß der RLB selbst "wieder eine f r e i e F ü h r u n g" erhalte. Die enge Verbindung zwischen Reichsernährungsminister und RLB sei, wie die zurückliegenden Monate zur Genüge gezeigt hätten, eine Unmöglichkeit. Hieraus ergebe sich mit aller Deutlichkeit, "in welcher Richtung die Politik des Pommerschen Landbundes in der nächsten Zeit weiterzuführen" sei.[6] Schon am 4. September hatte die Führung des Pommerschen Landbundes in einem Schreiben an das Präsidium des RLB gefordert, daß das von Schiele ausgeübte Amt des geschäftsführenden Präsidenten schnellstens wieder besetzt werde, daß die Grüne Front unter eigener, vom Ernährungsminister unabhängigen Führung den Kampf für die Landwirtschaft wieder aufnehme, und daß

2) Vgl. ebenda, Nr.23, Bl.7.
3) Ebenda.
4) Vgl. ebenda.
5) "Präsidentenwahl im Reichs-Landbund", in: Der Thüringer Landbund, Nr.86 v. 25. Oktober 1930.
6) "Wendung im Reichslandbund", a.a.O.

schließlich der RLB und die ihm nahestehende Presse zum Standpunkt freimütiger Kritik gegenüber der Reichsregierung zurückkehre.[1]

Nachdem Graf von Arnim-Boitzenburg erfahren hatte, daß M. Schiele vom Posten des geschäftsführenden Präsidenten des RLB zurücktreten wolle, schrieb er am 16. September, daß im Hinblick auf die fälligen Neuwahlen rechtzeitig Vorbereitungen getroffen werden müßten, "damit nicht wieder ein Mann der Richtung Schiele an die Spitze des RLB tritt."[2] Arnim hielt es für geboten, wenigstens in kleinerem Kreise unverzüglich zusammenzukommen, um die durch die Reichstagswahl geschaffene Situation "eingehend zu besprechen und die notwendigen Schritte zu unternehmen. Man muß das Eisen schmieden, solange es heiß ist," fügte er hinzu.[3]

Die namentlich von pommerschen und brandenburgischen Junkern betriebene Wahl eines neuen geschäftsführenden Präsidenten bedeutete keineswegs, daß M. Schiele als Reichsernährungsminister das Vertrauen der Großagrarier bereits verloren hatte. Im Gegenteil. Der Bundesvorstand des RLB dankte in seiner Sitzung am 23. September in einer einstimmig gefaßten Entschließung dem Minister Schiele dafür, "daß er trotz aller Schwierigkeiten des parlamentarischen Systems seine ganze Persönlichkeit für die Durchführung des Hindenburg-Auftrages zur Rettung der Landwirtschaft" eingesetzt habe, und er gab seiner Hoffnung Ausdruck, "daß den unermüdlichen Anstrengungen des Vorkämpfers der Grünen Front endgültig der Erfolg beschieden" werde.[4] Auf der Vertreterversammlung des Schlesischen Landbundes am 30. September forderte, von lautem Beifall begleitet, der "Hugenbergmann" Fletscher, daß Schiele, der das Vertrauen aller genieße, auch in einer neuen Regierung wieder Ernährungsminister werden müsse; denn er habe die gesamte deutsche Landwirtschaft von der Weltagrarkrise abgehangen, so daß sie davon relativ unberührt geblieben sei.[5]

Nach dem Willen der ostelbischen Junker und Großgrundbesitzer sollte Schiele in der Reichsregierung sich weiterhin als ihr

---

1) DZA I, RLB, Nr.60, Bl.145.
2) STA Potsdam, 37 Herrschaft Boitzenburg, Nr.3840, Bl.71 Rs.
3) Ebenda, Bl.70.
4) "Einstimmiger Dank für Schiele", in: RLB/AWS, Nr.39 v. 27. Sept. 1930.
5) DZA I, RLB, Nr.23, Bl.11.

Vertrauensmann für die Durchführung ihrer agrarpolitischen Forderungen einsetzen. Jedoch als Führer des RLB schien er ihnen aus verschiedenen Gründen nicht mehr tragbar zu sein. Zunächst ergab sich eine Neuwahl schon daraus, daß Schiele seit seinem Eintritt in das Kabinett das Amt des geschäftsführenden Präsidenten nur formell ausübte. Außerdem hatte er die an seine Wahl zum geschäftsführenden Präsidenten geknüpften Erwartungen nicht erfüllt, nämlich daß es ihm gelingen würde, die "im RLB vorhandenen politischen Strömungen auf ein für die Organisation erträgliches Maß zu mildern, vor allem aber die Arbeit des Bundesvorstandes...von politischen Auseinandersetzungen zu entlasten."[1] Im Gegenteil, im Verlauf der mehr oder minder scharfen parteipolitischen Auseinandersetzungen, von denen weder der Bundesvorstand noch die Organisation des RLB verschont blieben, hatte sich Schiele in den Augen der intransigenten Junker zu sehr kompromittiert. Er hatte sich nicht nur allzu konsequent von Hugenberg und seiner Partei distanziert,[2] sondern als vielfacher Spitzenkandidat der Landvolkpartei dazu beigetragen, den Einfluß dieser von Deutschnationalen und Nazis gleichermaßen bekämpften Konkurrenzpartei im RLB zu erhöhen. Den Junkern ging es nun darum, innerhalb des RLB die "Gefahr, daß der Osten vom Westen überrant werden"könne,[3] zu beseitigen, d.h. den gewachsenen Einfluß der Landvolkpartei auf die politische Führung des RLB wieder zurückzudrängen und an die Spitze der Organisation einen absoluten Vertrauensmann der ostelbischen Landbünde zu stellen, mit dessen maßgeblicher Hilfe die von ihnen angestrebte taktische Umorientierung auf die politische Linie A. Hugenbergs reibungsloser verwirklicht werden konnte. Die jetzt erneut strapazierte Parole der "Entpolitisierung" bzw.

---

1) Vgl. ebenda, Nr.18, Bl.76.
2) Auf dem außerordentlichen Parteitag des Landesverbandes Pommern der DNVP in Stettin am 24. Oktober 1930 machte A.Hugenberg "in längeren Ausführungen besonders den Minister Schiele für die Spaltung der DNVP verantwortlich." Außerdem hätten die Wahlen gezeigt, daß "gerade durch das Verhalten der Ausgeschiedenen die Nationalsozialisten gestärkt worden seien." Schließlich, so erklärte Hugenberg, habe Minister Schiele dazu beigetragen, daß Hindenburg zu der Auffassung gelangen konnte, er sei (bei den Bemühungen um eine Präsidialregierung unter maßgeblicher Beteiligung der Konservativen -K.N.) "von der DNVP im Stich gelassen worden." WAP Szczecin, Reg. Stettin, Polizeipräsidium, Nr.196, Bl.26 f.
3) DZA I, RLB, Nr.23, Bl.8.

der "Überparteilichkeit" des RLB war lediglich der künstliche Nebelschleier, in dessen Schutz die Junker ihren Vorstoß zur Zurückdrängung des in der Landvolkpartei verkörperten Einflusses der west- und mitteldeutschen Landbünde im RLB führten.

Die neue Führung des RLB sollte aber nicht nur parteipolitisch "neutral", sondern auch "frei" gegenüber der Regierung sein, die der Landbund so lange kompromißlos bekämpfen sollte, bis die Junker ihr strategisches Ziel erreicht sahen. Die Personalunion zwischen Ernährungsminister und Landbundpräsident, wie sie bei M. Schiele gegeben war, hatte die "Freiheit" des RLB eingeengt und sollte nunmehr aufgehoben werden. Eine solche Konsequenz zogen die Junker offenbar auch mit Rücksicht auf die Mißstimmung in den Landbünden, die sich in dem Maße wieder belebte, wie die bäuerlichen Mitglieder auch von der neuen Reichsregierung enttäuscht wurden. Auf die Dauer ließ sich der Klassencharakter der Schieleschen Agrarpolitik nicht verbergen. Wenn die Junker und Großgrundbesitzer Schiele in dieser Hinsicht nach wie vor ihr Vertrauen schenken konnten, so mußte die Masse der Bauern allmählich feststellen, daß seine Politik ihnen nicht nur keine oder ungenügende Hilfe brachte, sondern sie oft sogar direkt schädigte. Nachdem der Hannoversche Landbund z.B. noch im Juni öffentlich erklärt hatte, daß es keine unsinnigere Behauptung geben könne als die, der Landbund wolle durch Schieles Gerstenzoll die Schweinemast vom bäuerlichen Westen nach dem großagrarischen Osten verlegen, mußte er Anfang Oktober solcherart "Behauptung" als Tatsache anerkennen, vor der er dann allerdings "von Anfang an gewarnt" haben wollte.[1] Das Organ der Deutschen Bauernschaft hatte schon Ende August in einem Artikel unter der Überschrift "Schiele - der Vertreter der Landwirtschaft?" festgestellt, "daß die bäuerliche Veredlungsproduktion bis auf den heutigen Tag das Stiefkind der Agrarpolitik des Landbundministers Schiele geblieben ist."[2] Auch aus den ostelbischen Landbünden häuften sich im Herbst 1930 die Klagen der Bauern, die unter den Auswirkungen der Krise und der Agrarpolitik der herrschenden Klasse litten. So beklagten es laut

1) Vgl. Hannoverscher Landbund, Nr.26 v. 28. Juni; Nr.40 v. 4. Oktober; Nr.41 v. 11. Oktober 1930.
2) Deutsche Bauernzeitung, Nr.85 v. 31. August 1930.

Schreibens an den Brandenburgischen Landbund[1] die am 28. September versammelten Mitglieder der Ortsgruppe Seefeld des Kreislandbundes Weststernberg, daß der Roggen zum größten Teil gleich nach der Ernte zu Schleuderpreisen verkauft worden und auch die Kartoffelernte als letzte Rettung unter solchen Bedingungen kaum zu verwerten sei. Dagegen sei die Belastung der Landwirtschaft immer noch erhöht worden. Die Mitglieder forderten, daß der Landbund zu der Absatz- und Wirtschaftsnot, die besonders in den Roggen- und Kartoffelanbaugebieten um sich gegriffen habe, endlich Stellung nehmen solle.[2] Auch der Oberschlesische Landbund teilte dem RLB in einem Schreiben vom 3. Oktober[3] mit, daß die Unruhe im Lande in bedenklichem Maße zunähme. Das Schlimmste an dieser Entwicklung sei, daß das Vertrauen zum Reichsernährungsminister immer mehr verloren ginge, was gleichzeitig Vertrauensverlust dem Landbund gegenüber bedeute. "Was dann kommt, lassen wir dahingestellt," hieß es wörtlich in dem Schreiben des Landbundes. So weit wollten die Junker allerdings die Entwicklung nicht treiben lassen, daß die bäuerlichen Mitglieder den Landbund in Scharen verließen! Deshalb sollte Schiele als unabhängiger Fachminister in der Reichsregierung auch in Zukunft ihre agrarpolitischen Interessen primär vertreten und durchsetzen, nur durfte er den RLB nicht mehr mit der Verantwortung für die Vernachlässigung bäuerlicher Interessen belasten.

Am 3. Oktober fand in Berlin in Gegenwart von M. Schiele und Graf von Kalckreuth eine Zusammenkunft der "Kampfgemeinschaft ostelbischer Landbünde" statt, auf der die von pommerschen und brandenburgischen Junkern geforderte und organisierte Umbesetzung der Führungsspitze des RLB offenbar direkt vorbereitet

---

1) DZA I, RLB, Nr.18, Bl.43; vgl. auch Bl.39 ff. u. 89 f.
2) Auch die Klagen der im Landbund organisierten Bauern bestätigen, was E.Hoernle über die Benachteiligung der bäuerlichen Betriebe gegenüber den Großagrariern feststellte: "Es kommt beim Absatz der Erzeugnisse noch die leidige Tatsache hinzu, daß derbäuerliche Familienbetrieb durchschnittlich bedeutend geringere Preise löst als der Großbetrieb...wegen der Abhängigkeit vom lokalen Zwischenhandel, der Unfähigkeit, günstige Konjunkturen zu erkennen und abzuwarten. Dies ist auch ein Grund, warum Zölle und Preisstützungen für den kleinen Bauern immer zu spät kommen, denn der Bauer verkauft nicht wie der Kapitalist spekulativ, sondern notgedrungen, um Zinsen, Steuern, Pachten und die Notdurft des Lebens zu bestreiten." "Die Krise der Bauernwirtschaft", in: Edwin Hoernle - Ein Leben..., a.a.O., S.376.
3) DZA I, RLB, Nr.22 b, Bl.504.

wurde. Graf von Kalckreuth, der 1928 den Posten des Landbund-präsidenten zugunsten Schieles geräumt hatte, rief nun in einer Rede das Landvolk dazu auf, aus der müden Resignation herauszutreten und sich - statt eine falsche Politik mitzumachen - zur Wehr zu setzen. Die Regierung aber sollte die "Forderungen der Landwirtschaft", die Kalckreuth dort entwickelte, auf dem Wege der Notverordnung unverzüglich durchführen. Der Pommersche Landbund lobte die in dieser Erklärung zum Ausdruck gebrachte Abkehr von der Rücksichtnahme auf die Regierung und begrüßte in Kalckreuth seinen "Bundesgenossen im Kampf."[1)]

Am 11. Oktober trat Schiele als Präsident des RLB zurück. Drei Tage später kam es in der Sitzung des Bundesvorstandes, die sich u.a. mit der Vorbereitung der Neuwahl des Präsidiums des RLB beschäftigte, zu Auseinandersetzungen zwischen führenden Vertretern der west- und mitteldeutschen Landbünde einerseits und der ostelbischen andererseits. Während K.Hepp und E.Höfer die Wiederherstellung der früheren Präsidialverfassung mit zwei gleichberechtigten Präsidenten forderten, von denen der eine den west- und mitteldeutschen Besitz und der andere den ostelbischen Großgrundbesitz vertreten sollte, lehnte der Brandenburgische Landbund dies grundsätzlich ab. Mit größtem Eifer setzte er sich statt dessen für die Beibehaltung der von ihm selbst inspirierten Regelung aus dem Jahre 1928 ein, derzufolge einem von drei gewählten Präsidenten die Geschäftsführung oblag. Solange M. Schiele auf diesem Posten als Repräsentant der DNVP galt, war er auch in den Augen der intransigenten Junker der geeignete Mann; als er sich aber als Parteigänger der Landvolkpartei präsentierte, "schlug (das) dem Faß den Boden aus,"[2)] zumal K. Hepp, der als zweiter Präsident zeitweilig die Geschäfte führte, zugleich als stellvertretender Vorsitzender der Landvolkpartei fungierte. Indem sich der Brandenburgische Landbund darauf berief, daß Hepp sich in den Sommermonaten überwiegend mit Parteipolitik beschäftigt und seine Amtsgeschäfte als Präsident des RLB vernachlässigt habe, postulierte er im Hinblick auf die von den Junkern betriebene Neuwahl, daß der

1) "Unser Bundesgenosse: Graf Kalckreuth!", in: Der Pommersche Landbund, Nr.41 v. 11. Oktober 1930.
2) "Präsidentenwahl im Reichs-Landbund", a.a.O.

geschäftsführende Präsident "kein Parteimann" sein dürfe.[1] Der geeignete Kandidat der ostelbischen Junker für die Spitzenfunktion im RLB war nunmehr E. Graf von Kalckreuth, von dem der Pommersche Landbund sagen konnte, daß er nicht Mitglied einer Partei sei, sondern nur "Landbündler und weiter nichts."[2] Am 22. Oktober 1930 wurde vom Bundesvorstand das neue Präsidium des RLB gewählt. K. Hepp und A. Bethge wurden durch Wiederwahl in ihren Ämtern bestätigt, für den ausgeschiedenen M. Schiele wurde E. von Kalckreuth ins Präsidium und alsdann von einer Dreiviertelmehrheit[3] zum vorsitzführenden Präsidenten gewählt. Aus Protest dagegen trat K. Hepp von seinem Posten zurück; auch E. Höfer zog die Konsequenzen und legte seinen Sitz im Bundesvorstand nieder.[4] Die vakante dritte Präsidentenstelle wurde später durch den 2. Vorsitzenden des Kurhessischen Landbundes Heinrich Lind besetzt.

Führende Kreise der Landvolkpartei werteten die Präsidentenwahl im RLB in Übereinstimmung mit den Tatsachen als "das Er-

1) DZA I, RLB, Nr.18, Bl.70; Vgl. auch ebenda, Bl.73 ff.
2) "Unser Bundesgenosse: Graf Kalckreuth!", a.a.O.
Mit Schiele und anderen Landbundführern war auch Kalckreuth Anfang August 1930 aus der DNVP ausgetreten (vgl. Der Thüringer Landbund, Nr.63 v. 6.8. u. Nr.78 v. 29.10.1930),aber er hatte sich in dieser Situation nicht exponiert und seine reaktionäre deutschnationale Gesinnung keinesfalls preisgegeben. Jetzt konnten die intransigenten Junker seine Kandidatur mit dem Hinweis auf seine parteipolitische "Neutralität" besonders begründen. Daß Kalckreuth in Wahrheit ihr Interessenvertreter war, wird aus der folgenden zeitgenössischen treffenden Charakteristik ersichtlich: "Von altadligem Geblüt, Ostdeutscher, Latifundienbesitzer und als solcher Exponent der Großagrarier im Landbund, deutschnational 'bis aufs Mark', für Hugenbergs 'Politik' also wie geschaffen. Von jeher maßlos in seinen agrarpolitischen Forderungen, kurz, der Typ des dem Landvolk so schädlichen, unbelehrbaren Scharfmachers, der da meint, ein Industrie- und Handelsstaat habe nach der Pfeife einiger hundert Rittergutsbesitzer zu tanzen." Vossische Zeitung, Nr.506 v. 9. Nov.1930.
3) Die west- und mitteldeutschen Landbünde sahen sich bei dieser schwerwiegenden Abstimmung unfair an die Wand gedrückt, zumal die den ostelbischen Landbünden zugebilligten hohen Stimmzahlen auf Beitragssummen zurückgeführt wurden, die größtenteils nur auf dem Papier stünden. Der thüringische Landbundführer E. Baum forderte deshalb unter Bezugnahme auf die Präsidentenwahl eine Änderung des Wahlsystems im RLB und eine Berechnung der Stimmzahlen entsprechend den tatsächlich gezahlten Beiträgen. Vgl. Altenburger Landeszeitung, Nr.262 v. 7.11.1930.
4) Vgl. "Führerwahl", in: RLB/AWS, Nr.43 v. 25.10.1930; "Höfer tritt aus dem Bundesvorstand des Reichs-Landbundes aus", in: Der Thüringer Landbund, Nr.88 v. 1.11.1930.

gebnis eines wohl vorbereiteten Vorstoßes östlicher deutschnationaler Kräfte,"[1] denen auch daran gelegen war, über den RLB jene ländlichen Wähler zurückzugewinnen, die dem Einfluß der Hugenberg-Partei bereits entglitten waren. Sie waren vor allem davon berührt, daß offensichtlich Kräfte am Werk waren, welche glaubten, "über eine sogenannte Entpolitisierung des RLB...die Landvolkbewegung zurückdrängen zu können."[2] K. Hepp erklärte vor der Vertreterversammlung der Nassauischen Bezirksbauernschaft, daß es sachlich und psychologisch falsch gewesen sei, einen ostelbischen adligen Großgrundbesitzer zum alleinigen Führer einer Organisation zu machen, die zu 85% aus Bauern bestünde und fast ausschließlich von den bäuerlichen Bezirkslandbünden finanziert würde.[3] Der Thüringer Landbund versicherte, er werde nicht dulden, "daß die bäuerliche Richtung im RLB zerschlagen wird."[4]

Die Wahl des Grafen von Kalckreuth zum geschäftsführenden Präsidenten war in der Tat ein Sieg jener intransigenten ostelbischen Junker, welche die taktische Umorientierung des RLB von der Linie des verdeckten, schrittweisen Faschisierungskurses, des langfristigen, stufenweisen Abbaus des Parlamentarismus auf die offen systemfeindlich-profaschistische Linie, die Linie des Frontalangriffs gegen die Weimarer Republik, der Errichtung der offenen Gewaltherrschaft in einem Zuge erstrebten. Eben deshalb wertete die Hugenberg-Presse diese Wahl als deutliches Zeichen für die "Abkehr des Reichs-Landbundes von der verfehlten Politik des letzten Jahres" und brachte ihre Genugtuung über die "Umkehr im Reichs-Landbund" zum Ausdruck.[5] In ähnlicher Richtung bewegten sich die Kommentare der Nazi-Presse. R.W. Darrè schrieb, daß die Nationalsozialisten wohl nicht fehl gingen in der Annahme, daß der Rücktritt der Präsidenten Schiele und Hepp einen klaren Kurswechsel des RLB anzeige und daß sich aus der Wahl Kalckreuths zweifellos "eine neue Lage für die NSDAP" ergäbe. Er kündigte die Bereitschaft der Nazipartei an, denjenigen Kräften, die offenbar "ehrlich an einer Säuberungsaktion

1) Vossische Zeitung, Nr.503 v. 24.10.1930.
2) "Für eine freie wirtschaftspolitische Organisation", in: Der Thüringer Landbund, Nr.89 v. 5.11.1930.
3) Nassauische Bauernzeitung, Nr.285 v. 10.12.1930.
4) "Zum Rücktritt des Präsidenten Hepp", in: Der Thüringer Landbund, Nr.87 v. 29.10.1930.
5) "Umkehr im Reichs-Landbund", in: Deutsche Zeitung, Nr.249 a v. 23.10.1930.

im Landbund" arbeiteten und die Entpolitisierung des RLB erstrebten, "kameradschaftliche Unterstützung" zu gewähren. In ostentiöser Manier fügte er hinzu:

> "Vielleicht erleben wir dann in nicht allzuferner Zeit eine Präsidentschaft im Reichslandbund und in den Provinzen und Ländern, an denen wir als immerhin stärkste Partei des nationalen Deutschland nichts auszusetzen haben."[1]

Die intransigenten Junker waren sehr wohl entschlossen, den politischen Einfluß der Landvolkpartei nicht nur in der Führungsspitze des RLB, sondern auch auf den unteren Ebenen der Landbünde zu beseitigen und Anhänger des Schiele-Kurses oder schwankende Elemente zu verdrängen und durch hugenbergtreue bzw. nazifreundliche Kräfte zu ersetzen. In Brandenburg war dies das Hauptanliegen der sog. Vereinigung zur Durchsetzung einer nationalen Politik in den Landbünden. Ihr Anführer Graf von Arnim-Boitzenburg kennzeichnete sie als losen Zusammenschluß derjenigen brandenburgischen Landwirte, "die einen Einfluß auf die Besetzung der leitenden Stellen in der Provinzleitung des Landbundes ausüben woll(t)en in der Richtung einer straffen oppositionellen Politik gegen das heutige System und die derzeitige Regierung."[2] H.J. von Rohr, mit dem von Arnim deswegen korrespondierte, wußte darauf zu verweisen, daß es zu den brandenburgischen Bestrebungen hinsichtlich einer "national-aktivistischen Beeinflussung" des Landbundes fast überall im Reich Parallelerscheinungen gäbe. Allerdings hielt er, von Rohr, es für notwendig, in größerer Einheitlichkeit und Geschlossenheit vorzugehen, sich dabei nicht auf den Großgrundbesitz zu beschränken, vor allem aber "möglichst wenig (zu) reden und möglichst schnell und kraftvoll (zu) handeln."[3] Dabei wollte er "den ehrlichen Makler spielen" und alle Personen, die sich in dieser Richtung betätigten, am 14. Oktober in Berlin zusammenfassen, um alle diese Fragen zu klären und das Vorgehen zu koordinieren.[4]

Nachdem Graf von Kalckreuth zum geschäftsführenden Präsidenten gewählt war, war gewissermaßen grünes Licht für die "Säuberungsaktion" auf den unteren Ebenen des RLB gegeben. Im Kreis Oberbarnim organisierte eine Gruppe Landbündler eine Unterschriften-

---

1) Völkischer Beobachter, Nr.254 v. 25. Oktober 1930.
2) STA Potsdam, 37 Herrschaft Boitzenburg, Nr.3840, Bl.78.
3) Ebenda, Bl.65.
4) Ebenda.

sammlung, um auf dem Posten des Kreisvorsitzenden die Ablösung des Domänenpächters Roloff, der als Vertreter der Landvolkpartei bekannt war, durch den Rittergutsbesitzer von Oppen-Tornow durchzusetzen. In ihrem Aufruf hieß es:

> "Mit der Wahl des Grafen Kalckreuth zum Reichs-Landbundpräsidenten allein ist es nicht getan. Schon drängen die pflaumenweichen Persönlichkeiten wieder an das Präsidium heran, die bisher das Versagen des Landbundes verschuldet haben. Auch im Brandenburgischen und im Oberbarnimer Landbund brauchen wir kampfesfreudige Männer unseres Vertrauens."1)

In einem vom 1. Oktober 1930 datierten Schreiben vertraute Graf von Arnim-Boitzenburg dem H.J. von Rohr an, daß es den intransigenten Junkern in Brandenburg vor allem darauf ankam, den Rittergutsbesitzer J. Nicolas-Rostin als Vorsitzenden des Landbundes "zu beseitigen", der nach ihrer Ansicht ungeeignet war, die Führung in der Hand zu behalten, weil er "vollständig auf Schieles Seite" stünde und Propaganda für die Landvolkpartei gemacht habe. Wörtlich fügte von Arnim hinzu:

> "Eine Neuwahl des Vorsitzenden findet Anfang des neuen Jahres statt und (es) müßte bis dahin eine Mehrheit gegen ihn zustande gebracht sein...Dieses Ziel aber möchte die brandenburgische Vereinigung der Herren, die gegen die jetzige Politik des Landbundes sind, auf jeden Fall erreichen."2)

Eben deshalb berief der Rittergutsbesitzer von Arnim-Cunersdorf eine Anzahl ausgesuchter Landbündler - fast ausschließlich Großgrundbesitzer - zum 27. November nach Berlin ein. Die Einladung enthielt als "Hauptgegenstand der Besprechung: Durchsetzung unserer Richtung in den Kreislandbünden, Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten, Vorbereitung der Wahl zum Brandenburgischen Landbund."3) Der stellvertretende Vorsitzende des Kreislandbundes Niederbarnim berichtete,4) daß die Besprechung, an der er vertretungsweise teilgenommen hatte, parteipolitisch von den Deutschnationalen unter Hinzuziehung nationalsozialistischer Anhänger aufgezogen worden sei und den Eindruck einer Stahlhelmversammlung gemacht habe. Von Arnim-Cunersdorf selbst habe sie als eine in ihrer Tendenz gegen die Richtung Schiele eingestellte, ausgesprochen rechtsgerichtete Vereinigung im Landbund bezeichnet. Es sei dort ferner zum Ausdruck gebracht

---

1) DZA I, RLB, Nr.18, Bl.1.
2) STA Potsdam, 37 Herrschaft Boitzenburg, Nr.3840, Bl.73.
3) Ebenda, Bl.58.
4) DZA I, RLB, Nr.18, Bl.8 ff.

worden, daß man sich angesichts der ungeheuren Zuspitzung der Verhältnisse für den gegebenen Zeitpunkt (!) rüsten müsse. Dafür brauche man "ganze Männer". Graf Kalckreuth stünde zwar auf dem Boden der in der Versammlung vertretenen Richtung, müsse aber von eben solchen Männern umgeben werden, die ihn unterstützten. Deshalb wollten die versammelten Großgrundbesitzer auch in der Leitung des Brandenburgischen Landbundes einen Kurswandel herbeiführen, zumal sie sowohl J. Nicolas wie auch seinen Stellvertreter W. Gauger als für ihre Posten ungeeignet, weil zu weich und unentschlossen, ablehnten. Arnim präsentierte den Rittergutsbesitzer von Stubbendorf-Zapel, einen kompromißlosen Gefolgsmann Hugenbergs, als geeigneten Nachfolger Nicolas.' Die Teilnehmer, so wurde betont, sollten sich als Hecht im Karpfenteich betrachten und dafür Sorge tragen, daß die Ziele der Versammlung durchgesetzt würden. Für den 7. Januar 1931 war eine weitere Zusammenkunft geplant, auf der die Situation in den Kreislandbünden und die bevorstehende Neuwahl der Führungsspitze des Brandenburgischen Landbundes unmittelbar erörtert werden sollten.[1] Offensichtlich ging es auch um die gleichen Fragen, als der neue geschäftsführende Präsident Graf Kalckreuth die brandenburgischen Rittergutsbesitzer von Arnim-Cunersdorf, Dr. von Bredow, von Wedemeyer-Pätzig, von York-Golzow, W. Stubbendorf-Zapel und W. Jacobs-Genewikow zum 11. Dezember 1930 in seine Wohnung einlud, um bei einer Tasse Kaffe "einige innere Angelegenheiten des Brandenburgischen Landbundes (zu) besprechen."[2]

Dennoch führte die von den intransigenten brandenburgischen Junkern sorgfältig geplante Aktion zur Ablösung J. Nicolas' bei der Neuwahl des Vorstandes am 28. Januar 1931 nicht zum angestrebten Ergebnis. Einem schriftlichen Bericht zufolge, den W. Stubbendorf dem Grafen von Arnim-Boitzenburg übermittelte,[3] hatte eine Probeabstimmung mit den Vorsitzenden der Kreislandbünde vor der Vertreterversammlung das "überraschende Resultat" erbracht, daß z.B. die Kreislandbünde Lebus und Jüterbog, die von den Junkern als Gegner Nicolas' beurteilt worden waren, für denselben stimmten. Die endgültigen Abstimmungen in der Vertreter-

1) Vgl. ebenda, Bl.18. Zu einer letzten "Vorbesprechung der Wahlen zum Brandenburgischen Landbund" ließ von Arnim-Cunersdorf für den 27. Januar 1931 einladen. Vgl. STA Potsdam, 37 Herrschaft Boitzenburg, Nr.3840, Bl.48.
2) DZA I, RLB, Nr.30 a, Bl.217 u. 264.
3) STA Potsdam, a.a.O., Bl.45 f.

versammlung[1] hatten zwar im 1. Wahlgang die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht gebracht, aber im 2. Wahlgang habe die einfache Mehrheit für eine Wiederwahl Nicolas' genügt. Diese Mehrheit erklärt sich nicht nur daraus, daß die von Nicolas bisher unterstützte "Landvolk"-Richtung unter den bäuerlichen Mitgliedern populär war, sondern daß auch ein bedeutender Teil der Großgrundbesitzer seine Verdienste hinsichtlich der Vertretung ihrer Interessen sehr wohl zu schätzen wußten. Außerdem verstand es Nicolas, sich der neuen Situation rechtzeitig anzupassen und von Schiele, dessen politische Linie er bisher unterstützt hatte, nunmehr als einer der "Enttäuschten" abzurücken.[2] Schließlich drohten dem Brandenburgischen Landbund schwere innere Erschütterungen, zumal - falls Nicolas' Wiederwahl verhindert wurde - auch seine Stellvertreter A. Bethge und W. Gauger, die einen bedeutenden Rückhalt in den bäuerlichen Landbundmitgliedern besaßen, ihre Ämter niederlegen wollten. Auch jene Großgrundbesitzer, die den deutschnationalen Rittergutsbesitzer von Stubbendorf an die Spitze des Brandenburgischen Landbundes schieben wollten, mochten nicht unbedingt daran interessiert sein, die Gegensätze zwischen bäuerlichen und großagrarischen Landbundmitgliedern bis aufs äußerste zuzuspitzen. W. Stubbendorf selbst bezeichnete auf der Vertreterversammlung die Wiederwahl als "ein Unglück für den Brandenburgischen Landbund." Nicolas, so führte er weiter aus, zeige jetzt "eine starke Haltung", aber die bisherige rechtfertige die Befürchtung, daß er in kritischen Situationen weiterhin den "Weg schwächlichen Kompromisses zum Schaden...des Brandenburgischen Landbundes" gehen würde. Stubbendorf und seinesgleichen würden "im Verfolg dieser (ihrer) Einstellung pflichtgemäß weiter dafür kämpfen, daß, wenn nicht jetzt, so doch zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung in der Führung des Brandenburgischen Landbundes einträte."[3]

Im Schlesischen Landbund dagegen gestaltete sich der Triumph der hugenbergtreuen Landbündler über die Anhänger Schieles und der Landvolkpartei weniger kompliziert und vollkommener. Prätorius Frhr. von Richthofen, der während der taktischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppierungen völlig mit Hugen-

---

1) Vgl. Sonderprotokoll über das Ergebnis der Wahlen auf der Vertreterversammlung des Brandenburgischen Landbundes am 28. Januar 1931, in: STA Potsdam, a.a.O., Nr.1896.
2) Vgl. DZA I, RLB? Nr.14 a, Bl.60 ff.
3) STA Potsdam, a.a.O., Nr.3840, Bl.46.

berg gebrochen hatte und gegen dessen politischen Kurs auch öffentlich vorgegangen war, hatte schon in der Vertreterversammlung am 30. September seinen Rücktritt als Vorsitzender des Schlesischen Landbundes angekündigt. Zu seinem Nachfolger wurde im Januar 1931 der Rittergutsbesitzer Kurt von Rohr-Manze, ein Vetter des Hans Joachim von Rohr und erklärter Gegner des Schiele-Kurses, gewählt.

3.1.3. Der 10. Reichslandbund-Tag - das Signal zum Frontalangriff auf die Weimarer Republik

Die taktische Umorientierung des RLB nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930, insbesondere nach der Wahl des Grafen von Kalckreuth zum geschäftsführenden Präsidenten, kam nicht nur in den politischen Verlautbarungen, sondern auch in der geradezu hektischen agrarpolitischen Aktivität der Landbundführung zum Ausdruck. Kalckreuth stellte sich als Exponent der intransigenten Junker bewußt darauf ein, die letzten Regierungen der Weimarer Republik durch eine Flut hemmungsloser agrarpolitischer Forderungen unter permanentem Druck zu halten, um einerseits für die Junker ein Maximum an staatlichem Agrar-Protektionismus herauszuholen und andererseits die Stellung der Regierung gegenüber den unzufriedenen Bauern zu erschüttern und "nachzuweisen", daß unter dem parlamentarischen System eine wirkliche, anhaltende Rettung der Landwirtschaft nicht möglich sei. In dem Maße, wie sich die Wirtschafts- und Agrarkrise verschärfte und hinzog, sollte diese Agrarpolitik, die von der Schiele-Gruppe als "Katastrophenpolitik" abgelehnt wurde, aber der politischen Linie der Hugenberg- und der Nazipartei entsprach, die Massen der Landbevölkerung psychologisch auf die von der Landbundführung geforderte Berufung "tatbereiter nationaler Führer" in die Regierung vorbereiten. Um den Druck auf die Regierung zu verstärken, "warnten" die Landbundführer um Kalckreuth fortgesetzt "in letzter Stunde" vor dem endgültigen Zusammenbruch der Landwirtschaft; sie drohten mit der "Verzweiflungsstimmung" unter der Landbevölkerung, die sie - je nach Bedarf und in den ihnen gebotenen Grenzen - selbst schürten, und sie aktivierten wieder - allerdings unter neuen taktischen Aspekten - die Grüne Front,[1] die M. Schiele nach seinem Eintritt in das Brüning-

1) Dabei ging es ihnen auch darum, ihre agrarpolitischen For-

Kabinett hatte einschlafen lassen.[1]

Am 23. September hatte der Bundesvorstand des RLB außer der erwähnten politischen Willenskundgebung eine wirtschaftspolitische Entschließung angenommen,[2] der eine umfangreiche Zusammenstellung weitgehender zoll-, handels- und steuerpolitischer sowie besonderer Forderungen angefügt war.[3] Dazu gehörten vor allem die Ersetzung der bisherigen Osthilfe durch ein neues, besseres Gesetz mit weitergehenden Maßnahmen sowie die restlose Wiederherstellung der Zollautonomie für landwirtschaftliche Erzeugnisse in kürzester Frist, vornehmlich durch einen grundsätzlichen Wandel in der Zoll- und Handelspolitik, "erforderlichenfalls durch Kündigung entgegenstehender Handelsverträge." Am 8. Oktober überreichte das Präsidium dieses "Aktionsprogramm des RLB" der Reichsregierung, wobei es ausdrücklich betonte, daß die darin gestellten Forderungen keinen Aufschub vertrügen und in allerkürzester Zeit, gegebenenfalls auch durch Inanspruchnahme des Artikels 48 der Reichsverfassung durchgeführt werden müßten, "wenn sich die Lage der Landwirtschaft nicht vollends zu einer Katastrophe und damit zu einer Gefahr für den Staat und die öffentliche Ordnung auswachsen" sollte.[4] In einem zeitgenössischen Presseartikel stellte E. Topf fest, daß das neueste agrarische Notprogramm nicht überraschend, sondern vielmehr - zumal wenige Tage vor dem Zusammentritt des neuen Reichstages- erwartet gekommen sei. Trotzdem habe es "mit seinen wahrhaft radikalen Formulierungen eine gewisse Bestürzung" in jenen Kreisen der Industrie hervorgerufen, welche "die 'Fortführung der Handelspolitik auf der bisherigen Linie' oder die 'klare und stetige Weiterverfolgung des grundsätzlich bewährten han-

---

derungen nach wie vor als Anträge "der Landwirtschaft" zu deklarieren und dem Vorwurf zu begegnen, den auch die SPD-Führung zu erheben sich wiederholt veranlaßt sah, es handele sich um "uferlose Anträge" der ewig unersättlichen Junker und Großgrundbesitzer. Graf Kalckreuth begrüßte das Festhalten an der Grünen Front mit der Bemerkung: "Die Einigung der Grünen Front über unsere sachlichen Aufgaben ist vor allem insofern wertvoll, als dann die Regierung nicht einen gegen den anderen ausspielen kann." DZA I, RLB, Nr.145, Bl.36.

1) Vgl. "Kämpft die 'Grüne Front' noch?", in: Der Pommersche Landbund, Nr.34 v. 23. August 1930.
2) Vgl. RLB/AWS, Nr.39 v. 27. Sept. 1930.
3) Ebenda, Nr.40 v. 4. Okt. 1930.
4) Ebenda; vgl. auch: "Ein Aktionsprogramm des Reichs-Landbundes. Appell an Reichspräsidenten und Reichsregierung", in: ZdRLB, Sonderausgabe, Nr.12 v. 10. Okt. 1930.

delspolitischen Systems' als wirtschaftliche Lebensnotwendigkeit" anerkannten.[1)]

Das neue "Aktionsprogramm" war in der Tat ein Ausdruck der sich vollziehenden taktischen Umorientierung des RLB, und zwar unter zwei Aspekten. Einmal markierte es seine agrarpolitische Umstellung von der bürgerlich-junkerlichen auf die junkerlich-bürgerliche Variante. Das bedeutete, daß die Forderungen des RLB nach staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen primär nicht mehr von den kapitalistischen rationeller wirtschaftenden Großgrundbesitzern bestimmt wurden, die um einen gewissen Interessenausgleich bemüht waren,[2)] sondern von den rückständigen und bornierten Krautjunkern, welche entschlossen waren, ihre ökonomischen Sonderinteressen auch auf Kosten der Exportindustriellen durchzusetzen.[3)] Zum anderen war die agrarpolitische Umstellung des RLB mit seiner allgemeinen politischen Umorientierung aufs engste verbunden. E. Topf vermutete durchaus richtig, daß die Aufstellung des neuen Notprogramms des RLB "ganz bewußt mit dem politischen Ziele erfolgt" sei, seine Beziehungen zum derzeitigen Reichskabinett zu lösen und sich auf die Seite der "konsequenten Opposition" zu schlagen, "in die Hugenberg-Linie einzuschwenken."[4)] Der Pommersche Landbund hatte diese politisch militante Stoßrichtung des "Aktionsprogramms" des RLB bereits sichtbar werden lassen, als er schrieb:

> "Was nützen die wichtigsten wirtschaftspolitischen Forderungen, wenn man sie nicht unablässig der Regierung und der Öffentlichkeit i n d i e O h r e n b r ü l l t , wenn man nicht zur Anwendung stärkster K a m p f m i t t e l entschlossen ist."5)

Am 14. Oktober bekräftigte der Bundesvorstand in einer Entschließung zur Lage die Frontstellung des RLB gegen die Brüning-Regierung, die er nach der Reichstagswahl erstmalig am 23. Sep-

---

1) E.Topf, Das neueste agrarische Notprogramm, in: Berliner Tageblatt v. 14. Okt. 1930.
2) Vgl. S.15 ff. der vorliegenden Arbeit.
3) Vgl. S.9 ff. der vorliegenden Arbeit. Unter diesem Aspekt betrachtet, war es kein Zufall, daß alsbald Hugenbergs "Plan zur Entschuldung der Landwirtschaft" erschien (vgl. H.Denecke, a.a.O., S.145 ff.), der - im Unterschied zum "Silverberg-plan" - nicht nur den rentablen, sanierungs"würdigen" Grundbesitz, sondern "grundsätzlich den Bestand des gesamten reaktionären Junkertums und des Großgrundbesitzes sichern" sollte (ebenda, S.151).
4) E.Topf, Das neueste agrarische Notprogramm, a.a.O.
5) Der Pommersche Landbund, Nr.40 v. 4. Okt. 1930.

tember bezogen hatte. Er wiederholte die These, daß die Regierung in ihrer Zusammensetzung nicht mehr dem Wahlergebnis entspräche und warf ihr vor, sich durch parlamentarisch-parteipolitische Konjunkturpolitik, im besonderen durch die Bindung an die Sozialdemokratie und die "Aufrechterhaltung der marxistischen Herrschaft in Preußen", Zugeständnisse erkaufen zu wollen.[1] Da der Vorstand des RLB auch darauf verweisen zu können glaubte, daß der staatliche Sanierungsplan die zur Heilung der Agrarnot erforderlichen durchgreifenden Maßnahmen vermissen lasse, kündigte er an, daß die Regierung "weder für ihre Gesamtpolitik noch für das Sanierungsprogramm Vertrauen und Gefolgschaft vom deutschen Landvolk (zu) erwarten" habe; und er appellierte an alle dem Landvolk nahestehenden Parteien und Abgeordneten, "auf die Schaffung einer führungsfähigen Reichsleitung an Stelle des jetzigen Kabinetts hinzuwirken."[2]

Die in der Regierungserklärung Brünings am 16. Oktober vor dem neuen Reichstag angekündigten agrarpolitischen Maßnahmen - vornehmlich Erweiterung des Zollschutzes, Sicherung eines Mehrverbrauchs an Roggen und Kartoffeln und volle Durchführung der Osthilfe durch ein entsprechendes Gesetz - wertete der RLB als entgegenkommende Versprechungen, die jedoch nicht darüber hinwegtäuschen könnten, daß eine Heilung der Agrarnot ohne wesentliche Änderung der deutschen Handelspolitik unmöglich sei. Ein Kabinett aber, das die Widerstände gegen eine solche Änderung von sich aus nicht überwinden könne, sei nicht die führungsfähige Reichsleitung, wie er sie gefordert habe.[3] Die Vertagung des Reichstages bis Anfang Dezember nahm das Präsidium des RLB zum Anlaß, um in einem Schreiben vom 20. Oktober an den Reichskanzler seine Forderungen nach unverzüglicher Durchfüh-

---

1) In Wirklichkeit war die Brüning-Regierung ein aktiver Wegbereiter der faschistischen Diktatur (Vgl. K.Neumann, Das Brüning-Regime als Wegbereiter der faschistischen Diktatur in Deutschland, Staatsexamensarbeit an der PH Potsdam, 1961,MS). Aber den ungeduldigen Junkern war selbst die (der Form nach scheinparlamentarische, dem Wesen nach präfaschistische) Präsidialregierung noch zu parlamentarisch. Sie - die Verfechter der intransigenten, offen systemfeindlich-profaschistischen Linie - wollten gleich aufs ganze gehen, die offene Gewaltherrschaft in einem Zuge!

2) ZdRLB, Nr.51 v. 15. Okt. 1930; Landwirtschafts-Verband Ostpreußen, Nr.42 v. 18. Okt. 1930.

3) "Um eine führungsfähige Reichsleitung", in: RLB/AWS, Nr.42 v. 18. Okt. 1930.

rung der agrarpolitischen Maßnahmen auf dem Wege der Notverordnung erneut zu begründen und dabei suggestiv zu unterstreichen, daß "jedes weitere Zögern zu einer ernsten Gefahr für das ganze deutsche Volk werden" müsse.[1)]

Solcherart hektische Aktivität der Landbundführung, welche die taktische Umorientierung des RLB auf die intransigente Linie signalisierte, erschöpfte sich nicht in der von den Junkern inspirierten Flut maßloser agrarpolitischer Forderungen, sondern war zugleich darauf gerichtet, die Masse ihrer Landbundmitglieder aus der Gefolgschaft M. Schieles herauszulösen und als Druckmittel gegen die Brüning-Regierung einzusetzen, um die Entwicklung weiter nach rechts zu treiben und den Faschisierungsprozeß zu beschleunigen. Ein Ausdruck dieser Bestrebungen war z.B. das vom 3. Oktober datierte Schreiben des Rittergutsbesitzers Spielvogel aus Gebersdorf, welches über die Geschäftsstellen des Kreislandbundes Jüterbog und des Brandenburgischen Landbundes auch das Präsidium des RLB erreichte. Spielvogel machte darauf aufmerksam, daß mit Telegrammen und offenen Briefen an den Reichspräsidenten oder irgendwelche Minister die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten sei und die Landbundführung sich nicht wundern dürfe, wenn die ländlichen Massen ihr eines Tages aus der Hand glitten. Und er warf die Frage auf:

> "Wo ist der starke Mann in der Führung des Landbundes, der es versteht, mit einer zugkräftigen...Parole die Masse der ländlichen Bevölkerung...hinter sich zu bekommen,...der jeden zum willfährigen Instrument in der Hand der Führung macht, um den ganzen Berufsstand und damit unser ganzes Volk zu retten!"[2)]

Nachdem Graf Kalckreuth, der "starke Mann" der intransigenten Junker und Großgrundbesitzer, bald darauf zum geschäftsführenden Präsidenten gewählt war, verkündete er am 28. Oktober 1930 in einem Aufruf, daß jetzt die Stunde gekommen sei, in welcher der RLB beweisen müsse,

> "daß er der Fels ist, an dem die Wogen der Verzweiflung zerschellen, daß er den immer noch ungebrochenen Lebenswillen der Landwirtschaft an e n t s c h e i d e n d e r S t e l l e zum e n t s c h e i d e n d e n K a m p f e einsetzen kann."[3)]

---

1) "Der Reichs-Landbund an den Reichskanzler", in: ebenda, Nr.43 v. 25. Okt. 1930.
2) DZA I, RLB, Nr.18, Bl.57 ff.
3) RLB/AWS, Nr.43 v. 25. Okt. 1930.

Der Pommersche Landbund, dessen Führung an der taktischen Umorientierung des RLB maßgeblich beteiligt war, knüpfte an die Präsidentschaft Kalckreuts die Erwartung, daß "der neue Führer" die Stimmung richtig erkennen und beweisen möge, daß er das Instrument, das ihm in die Hand gegeben sei - die Organisation des RLB -, meistere. Dieses Instrument sei keine Schalmei, sondern ein Horn, hieß es in der Betrachtung; und sie schloß nicht von ungefähr mit der Frage: "Wann tönt das Signal zum Avancieren?"1)

Graf Kalckreuth blies offenbar schon auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes in dieses Horn. Der Direktor des Landbundes Anhalt, Schule, berichtete am 20. November dem Präsidium des RLB:

> "Entsprechend der Aufforderung des Herrn Grafen Kalckreuth in der letzten Bundesvorstandssitzung bemüht sich gegenwärtig der Landbund Anhalt, die Stimmung innerhalb der Mitglieder unseres Landbundes n e u z u b e l e b e n und a n z u h e i z e n ."2)

Er fügte hinzu, daß dadurch bei vielen Landbündlern das Vertrauen zum RLB unzweifelhaft neu erweckt worden sei, bat aber dringend, die großangelegte energische Aktion nicht wieder abzublasen; denn vor zwei Jahren sei es nur sehr schwer gelungen, die Rückschläge aufzufangen, die infolge des plötzlichen Abstoppens der seinerzeit großangelegten agrarpolitischen Kampfaktion entstanden waren.

Der Brandenburgische Landbund, der am 15. November "im ganzen Osten" Demonstrationsversammlungen durchzuführen gedachte, konnte aus vorher angeforderten Stimmungsberichten entnehmen,3) daß papierne Anträge und lange Resolutionen die Mitglieder nur ermüdeten. Sie wollten wissen, wie sie sich praktisch verhalten, wie sie ihren Roggen, ihre Kartoffeln verwerten sollten und ob sie die Zahlung der Steuern verweigern konnten! Für Demonstrationen in den Kreisstädten waren viele nur noch zu haben, wenn sie weitergeführt würden zu einem Marsch auf Berlin. Die Führer des Kreislandbundes Niederbarnim z.B. versprachen sich von einer Kampftagung in Berlin, daß sie Trennendes zurückdrängen und "die Geister wieder wecken" könnte. Der Vorsitzende des

---

1) "Der neue Führer", in: Der Pommersche Landbund v. 1.11.1930.
2) DZA I, RLB, Nr.14 b, Bl.290.
3) Vgl. ebenda, Nr.18, Bl.46 ff.

Kreislandbundes Ruppin teilte dem Grafen Kalckreuth mit, daß auch er seine Gefolgschaft im Kreise auf baldigen Einsatz eingestellt habe. Er bekräftigte die Auffassung, daß solches Vorgehen der einzige Weg wäre, um die Mitglieder zusammenzuhalten und ihnen den Glauben an den Landbund zu bewahren.[1)]

Dem Signal Kalckreuths folgend, wurden am 28. November in allen Kreisstädten Niederschlesiens Demonstrationsversammlungen des Landbundes durchgeführt.[2)] Am Tage zuvor hatten der stellvertretende Vorsitzende und der Hauptgeschäftsführer des Schlesischen Landbundes beim Oberpräsidenten in Breslau vorgesprochen, um ihm ihre Forderungen vorzutragen und zu erklären, daß der Erregungszustand der Bauern in sämtlichen Kreisstädten zum Ausdruck kommen werde und daß die Führung des Landbundes keine Möglichkeit und - bei der zugespitzten Lage - auch keine Verpflichtung für sich sähe, für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einzutreten. In Namslau drangen die Landbündler dann auch in das Finanzamt ein, nachdem sie die Türen eingebrochen hatten.

Die "Belebung" bzw. das "Anheizen" der Stimmung der Bauern durch die intransigenten Landbundführer war nach wie vor klassenmäßig begrenzt. Sie wollten - weiter gehend als vorher schon M. Schiele - ihre bäuerlichen Mitglieder nur als Druckmittel gegen die Regierung und zur Beseitigung des "Systems" benutzen, aber nicht so weit revolutionieren, daß die Grundlagen der Ausbeuterordnung gefährdet wurden. In einem Bericht des Preußischen Ministers des Innern an den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten wurde vermerkt, daß sich besonders in den östlichen Provinzen die Anzeichen dafür mehrten, daß die Notlage der Landwirtschaft von rechtsradikaler Seite, vor allem von Landbundorganisationen dazu ausgenützt würde, "durch eine bedenkenlose Hetze eine Verzweiflungsstimmung hervorzurufen" und sie in geschickter Weisegegen den preußischen Staat zu lenken.[3)]

Der Pommersche Landbund entwickelte in dieser Richtung eine besonders große Aktivität. Auf einer Führerbesprechung in Stettin

---

1) Vgl. ebenda, Bl.4 ff.
2) Vgl. Schlesischer Landbund, Nr.49 v. 4. Dez. 1930.
3) DZA II, Rep.87 B, Nr.19315, Bl.340; vgl. auch Bl.344.

wurden Richtlinien für einen neuen "Landvolksturm" festgelegt. Einem Bericht der "Vossischen Zeitung" zufolge wollte der Pommersche Landbund nach den vorliegenden Anzeichen den politischen Machtkampf noch mehr als vor zwei Jahren zur Verzweiflungsaktion des gesamten Landvolkes stempeln.[1] H.J. von Rohr war auch außerhalb des eigenen Landbundes bemüht, die Stimmung der ländlichen Bevölkerung gegen das "System" anzuheizen. Am 17. Dezember trat er z.B. als Redner auf der Hauptversammlung der Kreisbauernschaft in Frankenberg in Hessen auf. Er bedauerte, daß hier noch keine kämpferischen Handlungen vorgekommen seien und erklärte, daß die Politik des Schweigens aufhören müsse; wer konservativ sei und die derzeitigen Machthaber vom Thron stürzen wolle, der müsse für den Umsturz sein. Rohr schloß seine Rede mit dem profaschistischen Ruf: "Herunter mit der roten Fahne vom Bau des Staates!"[2]

Inzwischen war die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 erschienen, die in ihrem achten Teil Maßnahmen zum Schutz der Landwirtschaft enthielt.[3] Der RLB bezeichnete diese Maßnahme als die denkbar härteste Enttäuschung für die Landwirtschaft, als "ein Stückwerk, das der Berufsstand geradezu als Mißhandlung empfinden mußte," zumal das agrarpolitisch nicht Gebotene ebenso enttäuschte wie das Unzulängliche des Gebotenen.[4] Angesichts der Wiederaufnahme der Reichstagsverhandlungen intervenierte der RLB bei der Regierung, die sich zu ergänzenden Maßnahmen bereit fand, aber deren sofortige parlamentarische Erledigung durch den Einspruch exportindustrieller Kreise verhindert wurde.[5]

---

1) Vgl. Vossische Zeitung, Nr.587 v. 13. Dez. 1930.
2) Deutsche Zeitung, Nr.295 B v. 17. Dez. 1930.
3) Vgl. RGBl. I 1930, Nr.47, S.517 ff, bes. S.600 ff.
4) Vgl. RLB/AWS, Nr.49 v. 6. Dez. 1930.
5) Vgl. S.12 der vorliegenden Arbeit; vgl. auch Geschäftsbericht des RLB für 1930, a.a.O., S.48. Im Reichskabinett zeichnete sich immer deutlicher ab, daß Schieles Agrarpolitik, die einseitig auf die Interessen der Junker ausgerichtet war und mit denen der Exportindustriellen kollidierte, auf zunehmenden Widerspruch stieß. Seine Agrarpolitik wurde bereits als weitgehend gescheitert betrachtet und als wesentliche Ursache dafür angesehen, daß die Landwirtschaft bald vor dem Zusammenbruch stehe. Deshalb wurde verschiedentlich auch schon Schieles Rücktritt als Reichsernährungsminister gefordert. Vgl. W.Müller/J.Stockfisch, die "Veltenbriefe", a.a.O., S.1575 ff.

Die Landbundführung erwartete nunmehr von der Regierung, daß sie auf dem Wege einer neuen, ergänzenden Notverordnung ihre weitergehenden agrarpolitischen Forderungen erfülle. Nicht von ungefähr erschien am 9. Dezember eine Abordnung des RLB, bestehend aus den drei Präsidenten sowie den Direktoren A.Kriegsheim und H. von Sybel, beim Reichspräsidenten, um ihm eine Zusammenstellung vordringlicher Forderungen des RLB zu überreichen und zu erläutern;[1] eine Woche später waren es - nach längerer Pause wieder - die Repräsentanten der Grünen Front, Kalckreuth, Brandes, Hermes und Fehr, die P. von Hindenburg die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer agrarpolitischer Maßnahmen zu begründen sich bemühten.[2]
Auf dem Empfang der Abordnung des RLB hatte A. Kriegsheim die Ausführungen der Präsidenten ergänzt und auf die verbitterte Stimmung der ländlichen Bevölkerung verwiesen, die zur Sorge hinsichtlich gewaltsamer Ausbrüche Anlaß böte. Er behauptete scheinheilig, der RLB wirke beruhigend, um die Landwirtschaft vor selbstzerstörenden Handlungen zu bewahren. Gewiß mußte auch die Landbundführung daran interessiert sein, die zunehmende Radikalisierung der ländlichen Bevölkerung in den Grenzen der bürgerlich-junkerlichen Ausbeuterordnung zu halten. Aber zur Politik der intransigenten Junker, welche den RLB insgesamt wieder beherrschten, gehörteals taktisches Mittel auch die manipulierte "Verzweiflungsstimmung" der Bauern, d. h. die von ihnen planmäßig angeheizte "systemfeindliche" Stimmung der Mitglieder, dazu geeignet, einerseits die eigene Massenbasis zu erhalten, die Fluktuationsbewegung im Landbund aufzuhalten und einer "marxistischen" Radikalisierung der Mitglieder vorzubeugen,[3] andererseits dieselben in die militant pro-

---

1) Vgl. DZA I, Büro des Reichspräsidenten, Nr.331, Bl.169 ff.
2) Vgl. ebenda, Bl.177 ff.
3) Der Vorsitzende des Kreislandbundes Bunzlau teilte dem Grafen Kalckreuth in einem Schreiben vom 21.Januar1931 mit: "Größte Erbitterung hat die Bauern erfaßt, das Vertrauen zur Führung schwindet. Dieses zeigt sich an den zahlreichen Austritten vieler langjähriger treuer Mitglieder des Landbundes unter der ganz offen ausgesprochenen Begründung, weil sie vom Reichslandbund nichts mehr erhoffen. Sie wenden sich den verschiedensten radikalen Strömungen zu, es entsteht eine heillose Verwirrung und Zersplitterung. Von den Führern des Reichslandbundes dürfte auf keinen Fall von Bauernrevolution gesprochen werden, wenn dem Wort nicht die Taten folgen." DZA I, RLB, Nr.23, Bl.29.

faschistische Richtung zu lenken, durch ihre gezielte Mobilisierung die profaschistische Entwicklung zu beschleunigen und sie für den "Endkampf" um die offene Gewaltherrschaft bereit zu halten. Deshalb kündigte H.J. von Rohr an:

> "Wenn nicht alle Zeichen täuschen, rückt 1931 das Landvolk erneut in den Vordergrund der Politik...An der Schwelle zum neuen Jahr ist jeder Funke von Vertrauen zur Regierung Brüning im Landvolk auszulöschen. Für 1931 gibt es nur ein Ziel: Scharf heran an die Freiheitsfront vom 14. September!"[1]

Unter diesem Aspekt wurde der 10. Reichslandbund-Tag, einberufen zum 2. Februar 1931 nach Berlin, vorbereitet. Einem Aufruf des Grafen Kalckreuth zufolge[2] sollte dies "der Tag der Abrechnung" werden,[3] an dem der Landbund vor aller Öffentlichkeit festzustellen hatte, was aus der Hindenburg-Botschaft vom 18. März 1930 geworden sei. Offenbar hatte die Landbundführung, um die beabsichtigte massenpsychologische Wirkung zu erreichen, berücksichtigt, was zwei Jahre zuvor bei der Auswertung des 9. RLB-Tages empfohlen worden war. Da die bäuerliche Zuhörerschaft damals "meist kalt und gleichgültig geblieben" war, sollten künftig kürzere Reden gehalten werden und nur solche Persönlichkeiten auftreten, die "eine starke suggestive Wirkung auf die Massen" von vornherein gewährleisteten. Es sollte auch "die planmäßige Stimmungsmache aus der Versammlung heraus durch besondere geeignete Leute" (auch durch Beamte der Landbund-Zentrale) "organisiert werden. Diese Beifallsklatscher und Zwischenrufer hätten in lebhaftester Weise auf die Ausführungen sämtlicher Redner zu reagieren."[4]

Erzreaktionäre Landbundideologie, auf solche Weise an den Mann gebracht, wirkte sich auf dem 10. RLB-Tag, wie der stenographische Bericht beweist,[5] in einer ausgesprochen profaschi-

---

1) (H.J.) von Rohr, Drei Schicksalsjahre der Landwirtschaft, in: Der Tag, Nr.2 v. 2.Januar 1931.
2) DZA I, RLB, Nr.48, Bl.390.
3) Es ist bezeichnend, daß der Pommersche Landbund die Berichterstattung über den RLB-Tag mit folgenden Schlagzeilen begann: "Reichslandbund spricht Regierung Brüning 'schuldig'. Gerichtsstätte: Landbundtag im Zirkus Busch...Richter: Tausende von Bauern...Kläger: Die Präsidenten des RLB. Angeklagter: Die Reichsregierung..."
Der Pommersche Landbund, Nr.6 v. 7. Febr. 1931.
4) DZA I, RLB, Nr.47 a, Bl.434.
5) Vgl. RLB/AWS, Nr.6 v. 7.Febr. 1931.

stischen Atmosphäre aus. Der geschäftsführende Präsident von Kalckreuth löste eine gerade antikommunistische Pogromstimmung aus, als er in die Landbund-Versammlung hineinrief:

> "Die Revolution von 1918 war das größte Verbrechen (Tosende, sich immer wiederholende Bravorufe und Händeklatschen), war das größte Verbrechen, das je am deutschen Volke begangen worden ist (Zuruf: An den Galgen mit den Kerls!)."1)

Und er machte Stimmung gegen die scheinparlamentarische Brüning-Regierung und für die offen systemfeindliche, militant profaschistische Linie der intransigenten Junker, als er ausführte:

> "Ich habe versucht, Ihnen klarzumachen, was die Regierung Brüning getan hat (Lebhafte Rufe: Nichts!), und habe versucht, Ihnen klarzumachen, was sie versäumt hat. (Wiederholte Rufe: Alles!)...Wird das Kabinett Brüning solche Aufgaben lösen können? (Wiederholte Rufe: Nein, nein! Abtreten!) Solche Aufgaben sind nur zu lösen, wenn ich mich loslöse von dem Zwange des Parlaments oder wenn ich mich auf solche parlamentarische Gruppen stütze, deren nationaler Schwung und nationale Begeisterung bereit und in der Lage ist, dem deutschen Volke auch Unbequemlichkeiten zuzumuten. (Wiederholter stürmischer Beifall).2)

Auch der Präsident A. Bethge nutzte seinen Status als Repräsentant des ostelbischen bäuerlichen Grundbesitzes, um die profaschistische Manipulierung der bäuerlichen Mitglieder auf dem 10. RLB-Tag mit einem Schlußwort zu vollenden, das in folgenden aufreizenden Parolen ausklang:

> "Nicht Leisetreterei, nicht Beruhigungspillen, nicht Kompromisse können uns retten, sondern nur der Kampfgeist. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Die nationale Bewegung...wird, glaube ich, das einzige Mittel sein, um uns vor dem jetzigen System, von Kompromissen und von der Krämerpolitik zu befreien, (wiederholtes lebhaftes Bravo und Händeklatschen) und zugleich auch die Selbstversorgung Deutschlands aus eigener Scholle zu erkämpfen. (Wiederholte Rufe: Sehr richtig!) Auf denn, deutsche Landwirtschaft, zum Kampfe! Fort mit diesem System! (Wiederholte lebhafte Zustimmung) Kampf dieser Regierung! (Stürmisches Bravo und Händeklatschen). Zurück zur Bismarckpolitik (Erneuter stürmischer Beifall), zu einer Politik der Bodenständigkeit! Der alte preußische Grundsatz: 'Jedem das Seine' muß auch für die Landwirtschaft wieder zu Ehren kommen. (Lebhafter Beifall) Vorwärts denn zu einem neuen Reich! Aufwärts zu Deutschlands Freiheit! (Heilrufe.)"3)

Es ist auch bemerkenswert, wie die Landbundführer auf dem 10.

---

1) Ebenda, S.81.
2) Ebenda.
3) Ebenda, S.82.

RLB-Tag die "Geschlossenheit" ihrer Organisation demonstrierten. Es gab keine Diskussion; außer den drei Präsidenten kam niemand zu Wort, erst recht keine Bauern. Die vorher zu einer Kampftagung versammelten Vertreter der Provinzial- und Kreislandbünde konstituierten sich als "Reichsführergemeinschaft" und erklärten, daß sie geschlossen hinter der Führung des RLB stünden und erwarteten, daß die Gesamtheit der Organisation einmütig die zu beschließenden Maßnahmen befolgen werde.[1)]

Der 10. RLB-Tag vollendete jene taktische Umorientierung des RLB, die unmittelbar nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 begonnen und in der Wahl des Grafen Kalckreuth zum geschäftsführenden Präsidenten ihren sichtbarsten Ausdruck gefunden hatte. Die profaschistisch wendigere, verdeckt antirepublikanische Linie, die bürgerlich-junkerliche "Realpolitik" Martin Schieles, der den von innen her und durch "zähe Arbeit" angestrebten "Systemwechsel" mit einer - klassenmäßig begrenzten - effektiveren Agrarpolitik verbinden wollte, war vollends ad acta gelegt. Im RLB triumphierte die taktisch orthodoxe, profaschistisch abenteuerliche Linie der intransigenten Junker und ihrer schwerindustriellen Bundesgenossen, der offen systemfeindliche Kurs der kompromißlosen "nationalen" Opposition. Das Signal für den Frontalangriff auf die Weimarer Republik war nunmehr gesetzt, der Kurs zur beschleunigten Errichtung eines dritten Reiches der offenen Gewaltherrschaft eingeschlagen.

Sehr bald wurde auch in der Praxis sichtbar, daß sich der RLB wieder in der Gefolgschaft der "nationalen" Opposition bewegte, deren Taktik der altkonservative Graf Westarp als "sinnlose Obstruktion" kennzeichnete.[2)] Am 9. Februar 1931 verließen mit den Fraktionen der NSDAP und der DNVP auch die Landbundvertreter den Reichstag; ihnen schlossen sich noch 4 von 20 Mitgliedern der Fraktion der Landvolkpartei an. Als M. Schiele an Kalckreuth appellierte, der RLB möge die Sezessionisten zur Rückkehr in den Reichstag bewegen, um die Realisierung der neuen agrarpolitischen Projekte nicht zu gefährden, erhielt er eine Absage. Das Präsidium veröffentlichte am 11. Februar eine

---

1) Vgl. ebenda, S.76.
2) Vgl. Egelhaafs Historisch-politische Jahresübersicht für 1931, Stuttgart 1932, S.100.

Erklärung, in der es hieß, daß der RLB es ablehne, zu den Vorgängen im Parlament im einzelnen Stellung zu nehmen und auf Abgeordnete einzuwirken. Sein Kampf gelte der Regierung, und er begrüße jeden als Bundesgenossen, der mit ihm die der Landwirtschaft durch die Regierung und die Parlamentsmehrheit drohenden Gefahren mit äußerster Energie bekämpfe.[1)]

Nachdem das Brüning-Kabinett den Entwurf zu einem neuen Osthilfegesetz verabschiedet hatte, versammelten sich am 24. Februar die Ostlandbünde in Berlin, um "nach eingehender Prüfung" zu dem Ergebnis zu gelangen, daß auch der neue Osthilfegesetz-Entwurf "für die östliche Landwirtschaft wiederum eine schwere Enttäuschung" bedeute, zumal die Voraussetzung für sein Wirksamwerden, die Wiederherstellung der Rentabilität der gesamten deutschen Landwirtschaft, nicht gegeben sei. Zusammenfassend vertraten sie die Ansicht, daß der Entwurf in keiner Weise der Botschaft des Reichspräsidenten vom 18. März 1930 entsprechen und nicht zur Rettung des Ostens beitragen würde.[2)] Am gleichen Tage gab Minister Schiele seine neue Agrarvorlage bekannt. Darin war im besonderen die Ausdehnung der Ermächtigungszölle vorgesehen; ihr Geltungsbereich sollte nicht mehr nur die Getreidewirtschaft, sondern alle Produktionszweige umfassen. In seiner Stellungnahme zur Agrarvorlage sah sich das Präsidium des RLB angesichts solch weitgehender Maßnahmen veranlaßt, von einer "Öffnung des Weges zur nationalen Wirtschaftspolitik" zu sprechen. Zugleich berief es sich auf die "schweren Enttäuschungen" der Landwirtschaft und bekundete - seiner prinzipiell intransigenten Einstellung entsprechend - die Absicht, "Wert oder Unwert der Regierungsaktion" danach zu beurteilen, ob und wie weit "ein wirkliches Beschreiten dieses Weges" (der sog. nationalen Wirtschaftspolitik - K.N.) tatsächlich folgen würde.[3)] So hielt sich die Landbundführung die Möglichkeit offen, die taktische Linie der kompromißlosen "nationalen" Opposition modifiziert anzuwenden und mit ihrer agrarpolitischen Variante zwei Absichten wechselseitig zu verwirklichen: einer-

1) DZA I, RLB, Nr.111, Bl.29; ZdRLB, Nr.6 v. 11.Febr.1931.
2) "Ostlandbünde und Osthilfe", Anlage 1 zur Grünen Wochenschau des RLB, Nr.7 a v. 24.Febr.1931, in: DZA I, RLB, Nr.111, Bl.212.
3) "Das Präsidium des Reichs-Landbundes zur Agrarvorlage", Anlage 2 zur Grünen Wochenschau..., a.a.O.

seits unter Berufung auf die sog. Osterbotschaft des Reichspräsidenten das Klassenkompromiß zwischen Monopolbourgeoisie und Junkertum funktionsfähig zu erhalten und die Reichsregierung zu immer weitergehenden agrarprotektionistischen Maßnahmen zu drängen, andererseits durch fortgesetzte Kritik an der unzureichenden Verwirklichung der Forderungen "der Landwirtschaft" den Ruf des RLB nach einer rechtsradikalen "führungsfähigen Reichsleitung" zu begründen.

Am 10. März 1931 trat der Bundesvorstand zusammen, um zur politischen Linie des RLB nach dem 10. RLB-Tag Stellung zu nehmen. In einer Entschließung[1] billigte der Vorstand zunächst mit einer Mehrheit von 1 100 gegen 700 Stimmen die Haltung, die das Präsidium in Übereinstimmung mit der Linie des Landbundtages eingenommen hatte. Sodann bezeichnete es die Agrarvorlagen einschließlich der Osthilfe als unzureichend und sagte allen innerhalb und außerhalb der Reichsregierung zutage tretenden "landwirtschaftsfeindlichen Tendenzen" den schärfsten Kampf an. Der Vorstand lehnte es ab, die Parteien (die den Reichstag verlassen hatten - K.N.) politisch zu beeinflussen; und er machte von vornherein für die derzeitige Lage und die weitere Entwicklung der Gesetzgebung ausschließlich das Reichskabinett und die hinter ihm stehenden Parteien verantwortlich. Der Pommersche Landbund bemerkte, daß der Bundesvorstand damit den Versuchen der Regierung, die Verantwortung von sich auf die nationale Opposition abzuwälzen, eine deutliche Absage erteilt hatte.[2]

Die Annahme dieser umkämpften Entschließung im Bundesvorstand bestätigte endgültig, daß sich die intransigente, offen systemfeindliche Linie und der Grundsatz der Priorität der Politik gegenüber der Ökonomie in der Landbundführung durchgesetzt hatten. Nachdem K. Hepp in seinen Bemühungen, den RLB noch einmal auf den früheren Kurs zurückzuführen, am Wiederstand der ostelbischen Landbünde gescheitert war, versuchte er, jene west- und mitteldeutschen Landbünde, die weiterhin an der Schiele-Politik festhielten, für eine Lostrennung vom RLB zu gewinnen. Er fand

---

1) DZA I, RLB, Nr.111, Bl.195.
2) "Die Verantwortung liegt beim Reichskabinett!", in: Der Pommersche Landbund, Nr.11 v. 14.März1931.

jedoch, wie Kalckreuth mit sichtlicher Befriedigung feststellte, auch in Thüringen, Bayern und Kurhessen "wenig Gegenliebe."[1)]

Dennoch besaß M. Schiele nach wie vor starken Rückhalt in den südwest- und mitteldeutschen Landbünden, vornehmlich in Thüringen, Hessen-Nassau, Bayern, Württemberg und Rheinland. Das kam z.B. auf einer "Heerschau" des Thüringer Landbundes am 15. März 1931 in Weimar zum Ausdruck, die ein besonderes Gepräge durch das Rededuell Schiele - Kalckreuth erhielt. Während M. Schiele sich scharf gegen diejenigen wandte, die seinesgleichen "in dieser elementaren Not den Rücken kehrten" und durch unentwegte Obstruktion dazu beitrügen, daß Verzweiflung und Verhetzung bereits vor keiner Autorität mehr Halt machten, verteidigte Kalckreuth jene Landbundführer, die den Rücktritt einer Regierung forderten, die nicht sofort und ungeschmälert die Forderungen des RLB zur Tat machte. Während Schieles Rede großen Beifall fand, wurde Kalckreuth ein unfreundlicher Empfang bereitet. In einer Entschließung bekannte sich der Thüringer Landbund zur Politik Schieles, mißbilligte dagegen aufs schärfste, daß die Thüringer Bauern in ihrer Not vom Osten im Stich gelassen und der "Willkür internationaler Parteien" ausgeliefert würden.[2)]

Auch namhafte ostelbische Großgrundbesitzer hielten weiterhin zu M. Schiele, z.B. T. von Wilmowsky, R.von Flemming, P.von Richthofen und Graf Robert Keyserlingk. Letzterer hatte vor dem 10. RLB-Tag Kalckreuth davor gewarnt, Schiele nunmehr als Sündenbock hinzustellen und zu opfern; denn dadurch würde sich die Stimmung in den Landbünden noch weiter verschlechtern. Dabei sah er für die Großgrundbesitzer darin "die größte Gefahr, die Führung in der Bauernschaft zu verlieren".[3)] Die intransigenten Junker indes waren entschlossen, im forcierten, kompromißlosen

---

1) Schreiben Kalckreuths vom 21.März an Baron M.von Goldacker, in: DZA I, RLB, Nr.14 a, Bl.60 f. Goldacker hatte am 11. März in einem Telegramm an Kalckreuth im Namen der Kreisbauernschaftstagung in Langensalze die "Kampfentschließung" des Bundesvorstandes "ausdrücklich" gebilligt und die Auffassung bekräftigt, daß der RLB in die Front der "nationalen" Opposition gehöre. Ebenda, Bl.34.

2) Vgl. Der Thüringer Landbund, Nr.23 v. 21.3.1931; Nassauische Bauernzeitung, Nr.64 v. 18.3.1931; Cuno Horkenbach, Das deutsche Reich von 1918 bis heute, Jg. 1931, S.98.

3) Schreiben an Graf Kalckreuth v. 23.1.1931, in: DZA I, RLB, Nr.23, Bl.30.

Kampf gegen die parlamentarische Republik alle Mittel, die ihrer politischen Linie entsprachen, anzuwenden, auch das der persönlichen Rücksichtslosigkeit gegenüber eigenen "Vorkämpfern", ihrer politischen Desavouierung. H.J. von Rohr gab die Parole aus: "Rücksichten persönlicher und sachlicher Art gibt es für einen aufrechten Charakter im Kampf gegen das System nicht mehr,"[1] und er verkündete: "Auch das Vertrauen zum Minister Schiele ist entzwei."[2] J. Nicolas bekräftigte nach dem 10. RLB-Tag seine Abwendung von M.Schiele, indem er öffentlich den sofortigen Rücktritt des Ministers forderte. Er begründete dies mit der Bemerkung, daß die Regierung Brüning verspielt habe; denn die Ostbotschaft des Reichspräsidenten sei bisher nicht erfüllt und werde von diesem Kabinett auch nicht erfüllt werden.[3]

3.2. Die zunehmende Verständigung zwischen dem RLB und der faschistischen Partei

Nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 ging die NSDAP unverzüglich daran, ihre Massenbasis systematisch auszubauen und zu erweitern, das um so mehr, als die damals bestimmenden Kräfte der herrschenden Klasse noch nicht bereit waren, diese Partei in die Reichsregierung einzubeziehen.[4] Indem die faschistische Partei davon ausging, daß die Zugkraft ihrer demagogischen Parolen in den östlichen ländlichen Gebieten am wirksamsten zur Geltung gekommen war (vor allem unter den Mittelschichten der kleinen und mittleren Städte, während auf den Dörfern Landbund und Stahlhelm ihre Anhänger relativ fest in der Hand hatten[5] und überwiegend deutschnational beeinflußten), konzentrierte sie ihre besondere Aufmerksamkeit darauf, die mit der "Parteiamtlichen Kundgebung über die Stellung der NSDAP zum Landvolk und zur Landwirtschaft" vom 6. März 1930 eingeleitete spezifische agrarpolitische Arbeit zielstrebig weiter-

---

1) Vossische Zeitung, Nr.887 v. 13.Dez.1930.
2) "Drei Schicksalsjahre der Landwirtschaft", a.a.O.
3) Der Brandenburgische Landbund, 12.Jg., Nr.6 (Febr. 1931).
4) Vgl. GdA, Bd.4, a.a.O., S.266 f.
5) Vgl. "Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei", Denkschrift des Preuß. MdI v. Mai 1930, in: DZA II, Rep.87 B, Nr.19315, Bl.49.

zuführen, um ihren politischen Einflußbereich auch auf die Masse der bäuerlichen Bevölkerung auszudehnen und auf dem flachen Lande eine dominierende politische Position zu erobern.

Anfang August 1930 war bei der Reichsleitung der NSDAP innerhalb der Organisationsabteilung II eine Abteilung für Landwirtschaft eingerichtet worden, deren Leitung R.W.Darré übernahm.[1] Damit begann der Aufbau des "Agrarpolitischen Apparates" der NSDAP, mit dem die Reichsleitung nach den Worten Darrés eine Waffe für die schnelle und nachdrücklichste Verwendung im "agrarpolitischen Angriffs- und Abwehrkrieg" erhalten sollte.[2] Er selbst legte alsbald einen Plan "für das Arbeitsgebiet einer agrarpolitischen Abteilung" sowie "für den Ausbau eines agrarpolitischen Netzes über das ganze Reichsgebiet" vor,[3] in welchem - trotz des verdunkelnden "Blut und Boden" - Mystizismus - unmißverständlich wesentliche Prämissen, Ziele und Aufgaben faschistischer Agrarpolitik formuliert sind. Von der These ausgehend, "Wer die deutsche Landwirtschaft in der Hand hat, der hat die deutsche Zukunft", bezeichnete Darré es als eine "Lebensfrage der NSDAP", "dem gesamten deutschen Landwirtschaftsproblem eine besondere Beachtung" zu schenken, den Kampf um die Ernährungsgrundlagen des deutschen Volkes und um die Erfassung der deutschen Landwirtschaft aufzunehmen.[4]

Außenpolitisch bedeutete dies, den Kampf um die "Schaffung von neuem Siedlungsland" aufzunehmen, den "Blick vom Westen fort und nach dem Osten (zu) richten,...den Kampf auf Leben und Tod um den geopolitischen Ostraum auszufechten" und "das Schicksal deutscher Länder östlich der Weichsel" zu entscheiden,[5] d.h. den großen Raub- und Eroberungskrieg gegen die östlichen Nachbarn vorzubereiten.

Innenpolitisch hieß das, "den Landstand...zum Eckstein des Staatsaufbaus" zu machen, d.h. ihn zunächst organisatorisch zu erfassen und im "Kampf um den Staat", den Staat faschistischer Prägung, einzusetzen.[6] Deshalb bezeichnete es Darré auch als eine "Lebensfrage der NSDAP", ob es ihr gelänge, das "Bauern-

---

1) Vgl. Völkischer Beobachter, Nr.205 v. 29.Aug.1930.
2) DZA I, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr.386, Bl.58.
3) Ebenda, Bl.44 ff. und 52 ff.
4) Ebenda, Bl.59.
5) Ebenda, Bl.49 f.
6) Ebenda, Bl.48 u. 44.

tum" sowie die "kleineren und mittleren Gutsbesitzer in ihre Hände zu bekommen", d.h. "die Bauernschaft Deutschlands so zu organisieren, daß sie zu einer Waffe von entscheidender Bedeutung im innenpolitischen Kampf um den Staat" würde, als "Waffe gegen eine verstädterte Republik-Regierung...zum Sturz des heutigen Systems" einzusetzen wäre.[1)]

Die Erfassung der deutschen Landwirtschaft sollte durch eine Organisation vorbereitet werden, die wie ein Netz das ganze Reich überzöge. Von oben nach unten sollten "Landwirtschaftliche Fachberater" (Reichs-, Gau-, Bezirks- und Kreisfachberater sowie örtliche Vertrauensleute) ernannt und den jeweiligen Parteiführern unterstellt werden. Sie sollten die landwirtschaftlichen Verhältnisse in ihren Bereichen genau beobachten, um die faschistische Ideologie selbst in den entlegensten Winkeln des Reiches sowohl einheitlich als auch den örtlichen Bedingungen angepaßt verbreiten zu können und ihr "gebührenden Einfluß zu verschaffen." Außerdem sollten durch die Herausgabe landwirtschaftlicher Beilagen zu den Gauzeitungen geeignete Instrumente geschaffen werden, "um einen sehr einheitlich geführten landwirtschaftlichen Propagandafeldzug zu organisieren."[2)]

Von entscheidender Bedeutung für das weitere Vordringen der Nazipartei auf dem Lande war auch die Entwicklung ihres Verhältnisses zum RLB als der größten und einflußreichsten agrarpolitschen Organisation. R.W.Darré anerkannte im Landbund von vornherein "eine machtvolle Organisation, weitgehendst mit mittelbaren und unmittelbaren Handhaben versehen, um den Bauern in der Hand zu behalten,...eine Organisation, dazu geschaffen, um jedes Aufbegehren des Bauerntums rechtzeitig im Keime ersticken zu können."[3)]

Deshalb hielt es die Nazipartei nicht für opportun, eine eigene agrarpolitische Massenorganisation zu schaffen, die sich g e g e n diese machtvolle Organisation durchzusetzen und zu behaupten hätte, sondern für zweckmäßiger, den RLB für sich zu erobern bzw. sein Erbe anzutreten. Das war zunächst, solange

---

1) Ebenda, Bl.63 u. 65 f.
2) Ebenda, Bl.57; vgl. auch Bl.52,58 u. 59 ff.
3) Ebenda, Bl.65 f.

er noch den Schiele-Kurs steuerte, schwierig; darum zählte Darré diesen RLB auch zu den Gegnern im agrarpolitischen Kampf.[1] Um dessen Einfluß zu paralysieren, orientierte er darauf, ihn weltanschaulich zu bekämpfen und auf das Gebiet rein "berufsständischer Wirtschaftsfragen" abzudrängen.[2]

Die Wahl des Grafen Kalckreuth zum geschäftsführenden Präsidenten des RLB begünstigte die Verwirklichung des Planes der faschistischen Partei, die deutsche Bauernschaft in die Hand zu bekommen. Darré hatte nicht von ungefähr angedeutet, daß sich aus diesem Ereignis eine neue Lage für die NSDAP ergäbe. Sie war dadurch bestimmt, daß nunmehr die intransigenten Junker den Kurs des Landbundes bestimmten und sichtlich bemüht waren, ihn wieder auf die Politik der kompromißlosen "nationalen" Opposition festzulegen. Wenn dabei die Mehrzahl der Junker um Kalckreuth auch im Auge hatte, den RLB in die unmittelbare Gefolgschaft der Hugenbergschen DNVP zurückzuführen, so lenkten sie ihn zugleich in die politische Gefolgschaft der Nazipartei als der zweiten, jedoch zunehmend stärkeren Säule der "nationalen" Opposition. Darré zog aus der neuen Lage die Schlußfolgerung, daß die NSDAP ihre Taktik gegenüber dem RLB ändern müsse. In einem Rundschreiben an die Landwirtschaftlichen Gaufachberater vom 16. Dezember 1930[3] orientierte er darauf, den RLB nun nicht mehr frontal von außen her anzugreifen, sondern von innen heraus zu erobern. Ihn von außen anzugreifen wäre ein Fehler, denn der Abwehrkampf würde die maßgeblichen Landbundführer nur zusammenschweißen. Den Landbund von innen her zu erobern hieße, ihn durch eine Art Betriebszellentaktik fest in die Hand zu bekommen und alsdann vollständig der politischen Zielsetzung der Partei (der Errichtung der offenen Gewaltherrschaft und der Integration des gesamten "Landstandes" in das faschistische dritte Reich) dienstbar zu machen.

Die neue Taktik der faschistischen Partei gegenüber dem RLB war aus verschiedenen Gründen erfolgversprechend. Erstens bot sich der Nazipartei die Eroberung des RLB von innen her als eine

---

1) Vgl. ebenda, Bl.57.
2) Ebenda, Bl.66.
3) Vgl. "Geheimabkommen zwischen Nazi und Landbund", in: Neue Deutsche Bauernzeitung, 4.Jg. (1931), Nr.10; Der Thüringer Landbund, Nr.5 v. 17.Jan.1931.

relativ leichte Aufgabe an, weil es zwischen beiden wesentliche Gemeinsamkeiten bzw. Anknüpfungspunkte gab: ihre klassenmäßige Bindung an die reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals und der Gutsbesitzer, die gleichen politischen Ziele und viele Gemeinsamkeiten in der Ideologie sowie die daraus resultierende gemeinsame Zugehörigkeit zur profaschistischen "nationalen" Opposition. Zweitens wurde der Nazipartei das Eindringen in die Landbundorganisationen und ihre Führungsgremien dadurch erleichtert, daß die taktische Umorientierung des RLB unter der Devise der parteipolitischen Neutralität vollzogen wurde, die Graf Kalckreuth z.B. auf einer Vertreterversammlung des Brandenburgischen Landbundes mit den Worten ausdrückte: "Ob in dieser oder jener Partei, wir Landwirte kämpfen doch alle um das gleiche Ziel."[1] Die Führer der Nazipartei wollten sich allerdings nicht damit begnügen, den politischen Einfluß im Landbund mit der Hugenbergpartei etwa im Hinblick auf das gemeinsame Ziel partnerschaftlich zu teilen, sondern sie wollten ihn weitestgehend f ü r s i c h erobern, um mit seiner Hilfe ihre eigene Hegemonie sowohl in der profaschistischen "nationalem" Opposition als auch im faschistischen dritten Reich durchsetzen zu können. Der Naziführer von Leers kleidete diesen Totalitätsanspruch der faschistischen Partei in die Worte:

> "Es muß dafür gesorgt werden, daß unser Vormarsch in der Bauernschaft anhält...Der Bauer ist unsere große Reserve - sie darf durch eine Konsolidierung der bürgerlichen Rechten nicht der Reaktion anheimfallen, sondern muß durch unseren Radikalismus sturmbereit gehalten werden."2)

Schließlich wurde die nazifaschistische Infiltration des RLB auch dadurch begünstigt, daß nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 immer mehr Landbundführungen es für opportun hielten, dem Beispiel des Pommerschen Landbundes zu folgen und sich mit den Führungen der NSDAP über ihre gegenseitigen Beziehungen und eine Zusammenarbeit zu verständigen.

Der Oberschlesische Landbund teilte der Reichsleitung der NSDAP auf ihre Anfrage, wie sich der Landbund zur Parteipolitik stelle, mit, daß er auch in Zukunft parteipolitisch neutral blei-

---

1) Deutsche Tageszeitung, Nr.524 v. 6.Dez.1930.
2) Führer- und Schulungsbriefe des Gaues Berlin der NSDAP, Zit. in der Denkschrift "Legalität oder Putsch, welchen Weg geht die NSDAP?", in: DZA I, RMdI, IAN, Nr.26063, Bl.342 ff.

ben und auch der NSDAP des Gaues Oberschlesien "freundschaftlich" gegenüberstehen wolle, insbesondere auch aus der Erwägung heraus, daß Mitglieder der Partei zugleich Landbundmitglieder seien und in Oberschlesien "ein fester Zusammenhalt der nationalen Rechten" mehr als anderswo am Platze sei.[1]

Am 9. Dezember verhandelten die NSDAP und der Provinzsächsische Landbund über die Gestaltung ihrer Beziehungen. Im Ergebnis der Verhandlungen erklärte sich der Landbund grundsätzlich bereit, seinen Mitgliedern neben der DNVP und der Landvolkpartei auch die NSDAP als Partei zu empfehlen, zu seinen Sitzungen die in seinem Bereich zuständigen landwirtschaftlichen Fachberater einzuladen, um "eine gedeihliche Zusammenarbeit zu fördern", und schließlich die NSDAP nicht anzugreifen, wenn sie im Reichs- oder Landtag aus taktischen Gründen Anträge einbrächte, die der Landbund öffentlich nicht gutheißen könnte.[2] Am nächsten Tag sprach R.W.Darré vor den Vertrauensleuten des Kreislandbundes Bitterfeld. Wie der "Völkische Beobachter" bemerkte, war es das erste Mal, daß ein führender Nationalsozialist die Möglichkeit hatte, auf einer Veranstaltung des Landbundes zu sprechen. Darré hatte es von vornherein abgelehnt, auf Tagesfragen, die von anwesenden Vertretern der Landvolkpartei aufgeworfen wurden, einzugehen. Ihm kam es lediglich darauf an, die "große Linie" der Einstellung der NSDAP zur Landwirtschaft darzulegen, z.B. zu sagen, daß die Erhaltung der Landwirtschaft eine Lebensfrage für das deutsche Volk und das Landvolk "der Jungbrunnen des Volkes und das Rückgrat der Wehrkraft" sei.[3]

Auf der Generalversammlung des Kreislandbundes Liegnitz am 19. Dezember erklärte der Hauptgeschäftsführer des Schlesischen Landbundes, Höfler, daß der Landbund sich in die große "nationale Bewegung" einordnen müsse, die von der nationalsozialistischen Partei getragen werde und gegen die kommunistische Bewegung gerichtet sei.[4] Der hemmungslose Antikommunismus also - das war das entscheidende Attribut, durch das sich die "Natio-

1) Völkischer Beobachter, Nr.253 v. 24.Okt.1930; vgl. auch: Oberschlesischer Landmann, Nr.44 v. 2.Nov.1930.
2) "Geheimabkommen zwischen Nazi und Landbund", a.a.O.
3) Völkischer Beobachter, Nr.306/307 v. 25./26./27.Dez.1930.
4) Vgl. DZA I, RLB, Nr.60, Bl.305; Schlesischer Landbund, Nr.52 v. 25.Dez.1930.

nalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" in den Augen der reaktionären Landbundführer auszeichnete und als bürgerliche Partei, als "nationale Partei der bürgerlichen Rechten" auswies. Eine solche "dem Marxismus todfeindliche Partei" stand ihnen, wie auch der Oberschlesische Landbund bekannte, näher als jede andere bürgerliche Partei der "Mitte", die "auf Leben und Tod mit dem Marxismus verheiratet" sei "wie die Zentrumspartei."[1] Die erwähnte Erklärung Höflers machte darüber hinaus sichtbar, daß die sich abzeichnende Umorientierung verschiedener Landbundführer auf die NSDAP auch konjunkturpolitisch bedingt war, d.h. daß sie in der Nazipartei nach der Reichstagwahl die in der profaschistisschen "nationalen" Opposition bereits dominierende Bewegung sahen.

Viele Junker hegten allerdings immer noch Bedenken gegenüber den angeblich sozialistischen Ideen der NSDAP, besonders gegenüber ihrem Agrarprogramm. Graf Kalckreuth sprach deshalb auf der 28. Vertreterversammlung des Brandenburgischen Landbundes die Hoffnung aus, daß die NSDAP sich nicht nur in politischen, sondern auch in w i r t s c h a f t l i c h e n Fragen als zuverlässig erweisen werde.[2] Wenig später gab er auf einer Tagung des Landbundes im Regierungsbezirk Magdeburg seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich auch die Nationalsozialisten in wachsendem Maße zu den wirtschaftlichen Anschauungen des Landbundes bekennen würden.[3] Zu der von Werner Willikens verfaßten und mit einem Geleitwort von R.W.Darrè versehenen Schrift über "Nationalsozialistische Agrarpolitik" wurde in der agrarpolitischen Wochenschrift des RLB mit Genugtuung festgestellt:

> "Was Willikens' Arbeit für den Leser aus Landbundkreisen sympathisch macht, ist die in erheblichen Teilen des Buches zu beobachtende Ü b e r n a h m e v o n a l t e m L a n d b u n d - G e d a n k e n g u t."[4]

Eben deshalb, um sich auch von der wirtschaftspolitischen Zuverlässigkeit der Nazipartei zu überzeugen, bemühten sich prominente Junker um direkten Kontakt mit deren Führungsspitze. So lud der Rittergutsbesitzer von Oppen-Tornow zu einer Bespre-

---

1) Oberschlesischer Landmann, Nr.44 v. 2.Nov.1930.
2) Vgl. Deutsche Tageszeitung, Nr.524 v. 6.Nov.1930.
3) Vgl. ebenda, Nr.557 v. 26.Nov.1930; Magdeburger Zeitung, Nr.277 v. 26.Nov.1930.
4) RLB/AWS, Nr.13 v. 28.März 1931.

chung mit Hitler am 15. Dezember 1930 in der Wohnung eines von Zwehl in Berlin ein.[1] Außer A. Hitler sollten noch G. Strasser und R.W. Darré die NSDAP vertreten. Als Landbundvertreter waren geladen: alle drei Präsidenten sowie die Direktoren H.von Sybel und A.Kriegsheim, dazu Brandes als Präsident der Landwirtschaftskammer, ferner von Rohr, von Miquel, von Zastrow, die Grafen Pfeil und Hardenberg, dazu J.Nicolas und W.Stubbendorf; schließlich Oberlt. Schulz und Dr. von Winterfeld, letztere offenbar als Vertreter der DNVP. Da Hitler "plötzlich verhindert" war und absagte,[2] fand die vorgesehene Besprechung am 21. Januar 1931 statt.[3] Graf von Arnim Boitzenburg, der gleichfalls Gelegenheit erhielt, in dieser "kleinen Privatversammlung" Hitler "über seine Zwecke und Ziele sprechen zu hören", fand, daß dessen Vortrag "ganz ausgezeichnet war und zu irgend einer Beanstandung keinen Anlaß bot."[4] Die Zusammenkunft führte offenbar zu dem Ergebnis, "der Hitlerbewegung im Landbund weiteste organisatorische und politische Bewegungsfreiheit zu geben."[5] Das war durchaus kein einseitiges Zugeständnis der Landbundführung an die NSDAP; denn wenn auf der einen Seite die Führer der Nazipartei den RLB als organisatorischen Rahmen für den Ausbau und die Erweiterung ihres Masseneinflusses auf dem Lande zu benutzen gedachten, so waren auf der anderen Seite die Landbundführer daran interessiert, die Zugkraft der Nazidemagogie auf dem Lande auszunutzen, um den Einflußbereich des Landbundes zu stabilisieren oder gar auszuweiten, unzufriedene Bauern und Landarbeiter von einer Linksschwenkung abzuhalten oder mit Hilfe der Nazipartei dem Landbund überhaupt erst zuzuführen.

Drei Tage nach dem Auftreten vor der Landbund-Prominenz nahm Hitler in einem Interview, das er dem Fürsten Eulenburg-Hertefeld gewährte,[6] erneut die Gelegenheit wahr, um die in Kreisen der Großgrundbesitzer noch vorhandenen Vorbehalte gegenüber dem nationalsozialistischen Agrarprogramm und einem Beitritt zur NSDAP

---

1) Vgl. DZA I, RLB, Nr.30 a, Bl.263.
2) Vgl. ebenda, Bl.262.
3) Vgl. K.Gossweiler/A.Schlicht, Junker und NSDAP 1931/32,a.a.O., S.651.
4) Ebenda, S.655.
5) Volksecho, Nr.42 v. 19.Febr.1931.
6) Aufzeichnung des Fürsten Eulenburg-Hertefeld in: DZA I, RMdI IAN, Nr.26127 Bl.312 f.; K.Gossweiler/A.Schlicht, a.a.O., S.653 ff.

als unbegründet nachzuweisen. Am Schluß der Unterredung versicherte Hitler den Junkern, daß er mit allen, auch den äußersten Mitteln rücksichtslos und ohne Erbarmen den Kampf gegen den Marxismus "bis ans Ziel" führen werde. Fürst Eulenburg-Hertefeld, der sich offensichtlich im Ergebnis der letzten Reichstagswahl davon überzeugt hatte, daß die NSDAP die DNVP überflügelt hatte und in der beiderseits angestrebten faschistischen Diktatur als potentielle Regierungspartei ihre "Vorkämpfer" besser honorieren könnte, verbreitete das Interview mit Hitler unter den Großgrundbesitzern, damit sie seinem Beispiel folgten und rechtzeitig den Übertritt von der Deutschnationalen zur Nazipartei vollzögen.

Ein bedeutender Teil des intransigenten Flügels der Junker, unter ihnen H.J.von Rohr und Graf Arnim-Boitzenburg, hielten es allerdings nicht für opportun, einen solchen Übertritt zu vollziehen. Arnim-Boitzenburg wertete die DNVP als "wesentlich fundierter", den Nationalsozialismus dagegen als eine der "nicht ganz einwandfrei fundierten Bewegungen",[1] deren Zerfall ihm deshalb auch "nur eine Frage der Zeit zu sein" schien.[2] Er hegte nach wie vor Bedenken gegen Hitlers "bisher wenig durchdachtes Programm, dessen Propagierung in völlig uneinheitlicher Form durch einzelne Volksredner geschähe, die es vielfach so auslegten, wie sie es verstanden."[3] Abwartend verhielt sich von Arnim im besonderen gegenüber der von Hitlers "landwirtschaftlichem Sachverständigen" R.W.Darré propagierten Idee eines "neuen Adels aus Blut und Boden". Als echter konservativer Junker und Verfechter traditioneller Grund- und Adelsverhältnisse hielt er es für "außerordentlich bedenklich", Grundbesitz zur Handelsware zu machen und den Erwerb von Adelstiteln auf kommerzieller Basis zu befördern.[4] Außerdem schien Arnim die von den Nazis

---

1) K.Gossweiler/A.Schlicht, a.a.O., S.656.
2) STA Potsdam, 37 Herrschaft Boitzenburg, Nr.3840, Bl.29.
3) K.Gossweiler/A.Schlicht, a.a.O., S.659 f. In Wirklichkeit waren diese verschiedenen Auslegungen eine Komponente der nationalen und sozialen (einschließlich der agrarpolitischen) Demagogie der Nazipartei. Es war dies gerade die Aufgabe der landwirtschaftlichen Fachberater, die konkreten Verhältnisse und die Stimmung der Bauern in ihren Bereichen genau zu studieren, um den "landwirtschaftlichen Propagandafeldzug" der NSDAP den jeweiligen konkreten Bedingungen anpassen zu können.
4) Vgl. ebenda, S.658.

beim Zusammentrommeln der Massen angewandte Methode der sozialen Demagogie zu riskant, weil dabei unnötige Konzessionen und allerlei Versprechungen gemacht würden, deren Einlösung eines Tages zur Debatte stünde.[1] Er bevorzugte die von den Ausbeuterklassen bereits erprobte geistige Niederhaltung der Unterdrückten mittels der Religion, die er durch Hitler - im Unterschied zu Hugenberg - zu wenig berücksichtigt fand, ohne die aber, wie er unterstrich, "überhaupt kein Volk der Erde mehr zu regieren sei."[2] Auf diese Weise bekräftigte von Arnim Lenins Feststellung, daß ausnahmslos alle unterdrückenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zweier sozialer Funktionen bedürften: "der Funktion des Henkers und der...des Pfaffen."[3] Und er gab damit zu verstehen, daß die klerikal verbrämte monarchofaschistische Diktatur jene Variante der offenen Gewaltherrschaft war, welche die deutschnational-konservative Gruppe der intransigenten Junker erstrebte. Schließlich war nach Arnims Auffassung Hitler zwar ein "Volksredner" und "sehr guter Trommler", aber kein Staatsmann.[4] Er versprach sich "auf die Dauer mehr von einer konservativen Parteirichtung" und wollte "daher dieser treu bleiben" und weiterhin "der umsichtigen Führung Hugenbergs" vertrauen."[5] Andererseits gab von Arnim eindeutig zu verstehen, daß er der Nazipartei durchaus Sympathie entgegenbrächte und "in weitgehendem Maße mit ihr einverstanden" sei, insbesondere mit Hitlers antikommunistischer Zielsetzung.[6] Und er betonte, daß es um des gemeinsamen Zieles willen - der Vernichtung der parlamentarischen Republik und der Zerschlagung der Arbeiterbewegung - notwendig sei, Nazis und Deutschnationale "trotz mancher abweichenden Ansicht in Einzelheiten im großen und ganzen Schulter an Schulter kämpfen" zu lassen.

Die zitierten Äußerungen des Grafen von Arnim-Boitzenburg und des Fürsten Eulenburg-Hertefeld beweisen, daß es sich bei diesen beiden typischen Vertretern des intransigenten Flügels der Junker keineswegs um politische Gegner, sondern lediglich um Verfechter zweier Varianten der faschistischen Diktatur handel-

---

1) Vgl. ebenda, S.659.
2) Ebenda, S.655 f.
3) W.I.Lenin, Werke, Bd.21, Berlin 1960, S.226.
4) K.Gossweiler/A.Schlicht, a.a.O., S.660 f.
5) Ebenda, Bl.656 f.
6) Ebenda, Bl.655.
7) Ebenda, Bl.656.

te, bei deren Verwirklichung bzw. Ausübung jeweils einer der beiden politischen Hauptparteien des schwerindustriellen Monopolkapitals und des Junkertums die führende Rolle zufallen sollte. Je nachdem, wie sie die Chancen derselben als potentielle Regierungsparteien der offenen Gewaltherrschaft berechneten, orientierten sie sich entweder "rechtzeitig" auf die NSDAP wie Fürst Eulenburg-Hertefeld und seinesgleichen, oder hielten sie nach wie vor an der DNVP fest wie etwa Graf von Arnim-Boitzenburg, H.J.von Rohr u.a.

Am 8. Februar 1931 traten zum ersten Mal die Landwirtschaftlichen Fachberater aller Gau- und Bezirksorganisationen der NSDAP zu einer Tagung in Weimar zusammen. Die nicht öffentlichen Fachberatungen beschäftigten sich mit Maßnahmen zur Ausbreitung des Einflusses und mit Fragen des taktischen Vorgehens der Partei auf dem Lande sowie mit ihrem Verhältnis zu den landwirtschaftlichen Berufsorganisationen und den hinter ihnen stehenden Parteien.[1] Der Gegenstand der Tagung war also die Realisierung des von R.W.Darré vorbereiteten Planes zur organisatorischen "Erfassung der deutschen Landwirtschaft", einer wesentlichen Komponente der Strategie und Taktik der faschistischen Partei zur Eroberung der politischen Herrschaft. Sie entsprach offensichtlich auch der von Darré postulierten These:"Bauerntum ist eine Frage der Weltanschauung, aber durchaus keine Frage der Wirtschaft."[2] Im Anschluß an die Fachberatung erklärte K.Hierl auf einer öffentlichen Kundgebung im Deutschen Nationaltheater, daß eine gründliche Hilfe für das Landvolk nur kommen könne, wenn das ganze System falle, und die von den Nazis angeführte "nationale" Opposition sei bereit und dabei, das bestehende System zu stürzen. A.Hitler, der als Hauptredner der profaschistischen Bauern werbung auftrat, strapazierte die These von der

---

1) Vgl. Deutsche Zeitung, Nr.33 B v. 9.Jan.1931.
2) R.W.Darré, Landvolk in Not und seine Rettung durch Adolf Hitler, München 1932, S.31. Darrè betonte später rückschauend, daß die erste Tagung der Landwirtschaftlichen Fachberater in Weimar die erste deutsche agrar p o l i t i s c h e Tagung schlechthin bedeutet habe, "wenn man unter Agrarpolitik das Primat der Politik gegenüber dem Landwirtschaftlichen" verstehe. Rede des Reichsbauernführers und Reichsernährungsministers R.W.Darré, gehalten auf dem Ersten deutschen Reichsbauerntag in Weimar am 21.Hartung 1934, Berlin o.J., S.6 (Hervorhebung von mir - K.N.).

Landwirtschaft als "Grundbasis der Nation" und bekräftigte die aggressive Stoßrichtung der faschistischen agrarpolitischen Konzeption, wobei er verkündete, daß im "Endkampf" d i e Nation die besten Aussichten haben werde, welche die meisten Bauernbataillone besitze.[1] Es war bezeichnend, daß an dieser Tagung auch prominente Vertreter des RLB teilnahmen, so z.B. A.Kriegsheim und H.J.von Rohr sowie Baron Hans von Goldacker, Vorsitzender des Landbundes im Regierungsbezirk Erfurt und Intimus des Grafen von Kalckreuth.

Unmittelbar nach der Tagung in Weimar forcierten die Gauleitungen der NSDAP den Ausbau des Netzes der Landwirtschaftlichen Fachberater, um die noch vorhandenen Lücken auf den unteren Parteiebenen zu schließen.[2] Auf einer Versammlung in München gab Hitler offiziell die Parole aus: "Hinein in den Landbund!" Den Nazi-Landwirten rief er zu:

> "Tretet ein in den Landbund! Unbedingt wertvolle Kräfte arbeiten in dieser großen Organisation, die auch im Dritten Reich gute Arbeit leisten können, wenn sie an richtiger Stelle eingesetzt werden."

Und an den Landbund und seine Führer richtete Hitler die Aufforderung: "Reicht uns die Hand zum Kampf gegen den Marxismus und seine Schleppenträger."[3] Überall dort, wo die Landbünde die Parole der parteipolitischen Neutralität propagierten, forderten die Landwirtschaftlichen Fachberater der NSDAP ihre ländlichen Mitglieder auf, dem Aufruf Hitlers zu folgen und in die Landbundorganisationen einzutreten. Zur gegebenen Zeit, d.h. wenn die organisatorische Infiltration eines Landbundes genügend fortgeschritten war, forderten die Nazi-Landbündler die Aufnahme ihrer Vertreter in die Führungsgremien, so z.B. Ende März 1931 in den Vorstand des Kreislandbundes Harburg.[4] Sobald sich die Nazis (zunächst vor allem auf den unteren Ebenen) führende Positionen in den Landbünden gesichert hatten, nutzten sie diese aus, um Hitlers Aufruf gewissermaßen umzukehren und die Landbündler in verstärktem Maße zum Eintritt in ihre Partei zu bewegen. So schrieb z.B. Martin Wendt, Vorsitzender des Kreislandbundes Ostpriegnitz und erster Vertreter der NSDAP auf

---

1) Vgl. Der Thüringer Landbund, Nr.12 v.11.Febr.1931.
2) Vgl. Westdeutscher Beobachter, Nr.38 v. 14.Febr.1931.
3) Niederdeutscher Beobachter, Nr.38 v. 13.Febr.1931.
4) Vgl. Harburger Kreiszeitung v. 26.März 1931.

einem solchen Posten im Brandenburgischen Landbund:

> "Bauern, hinein in die nationalsozialistische Bewegung! Wenn wir dann überall erst soweit sind, wie in unserem Kreise, wo die Mehrheit der Landbundmitglieder Nationalsozialisten sind, dann wird unser oberster Führer wissen, was er zu tun hat."1)

Die junkerlichen Führer begünstigten die nazifaschistische Infiltration des Landbundes nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv durch ein profaschistisch engagiertes Auftreten. Graf von Kalckreuth ging als geschäftsführender Präsident in dieser Richtung "beispielgebend" voran. Er gestattete den Nazis, wenn sie es schafften, den RLB von innen her völlig zu erobern; sie durften nur eines nicht: diese von den Junkern zur "Selbstbehauptung der Landwirtschaft" und zur Beherrschung der Bauern und Landarbeiter geschaffene Organisation zu zerstören. Auf der Generalversammlung der Vereinigten freien rheinhessischen Bauernschaft am 1. März 1931 in Mainz bekannte sich Kalckreuth zu den politischen Erfolgen der Nazipartei, und er versicherte, daß er, wenn er jung wäre, auch Nationalsozialist sein würde, da die NSDAP die Partei der Jugend sei.2) Die Nazis versäumten ihrerseits nicht, Kalckreuths politisches Auftreten, das die völlige Faschisierung des RLB wesentlich erleichterte, gelegentlich entsprechend anzuerkennen. So kündigte z.B. das Pfälzer Naziorgan "Die Grüne Front" das Auftreten Kalckreuths auf dem Bundestag des Pfälzer Junglandbundes am 30. August 1931 an, indem es auf der Titelseite außer einem Artikel auch ein Porträt des Landbundpräsidenten veröffentlichte, unter welchem zu lesen stand:

> "Graf Kalckreuth kommt anläßlich der Tagung des Junglandbundes als Präsident des Reichs-Landbundes in die Pfalz. Wir begrüßen ihn, weil er den Kurs des Reichs-Landbundes in ein Fahrwasser gebracht hat, das die Einigung aller deutschen Bauern auf der Grundlage der Forderungen des Nationalsozialismus hoffen läßt. Ein entschlossenes Weiterschreiten auf diesem Wege bis zur letzten Konsequenz wird als Erfüllung die erfolgreiche Vertretung des Bauernstandes im Ständeparlament Adolf Hitlers und damit die Lösung der Existenzfrage der Landwirtschaft bedeuten."3)

Dem Beispiel Kalckreuths folgten viele andere junkerliche Land-

---

1) Nationalsozialistischer Parlaments-Dienst v. 8.Mai 1931.
2) Vgl. Deutsche Zeitung, Nr.52 a v. 3.März 1931; Nassauische Bauernzeitung, Nr.51 v. 3.März 1931.
3) Die Grüne Front. Das Bauernblatt der deutschen Westmark, v. 28.Aug.1931.

bundführer auf der Ebene der Provinzial- und Kreislandbünde. Auf einem Bauernabend des Kreislandbundes Süderdithmarschen bekundete der stellvertretende Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbundes, Graf von Kielmannsegg, seine innere Verbundenheit mit der Nazipartei. Er sei gekommen, so erklärte er, um zu sagen, daß äußerster Kampf notwendig sei. Er sei zwar kein Nationalsozialist, aber er setze die letzte Karte auf diese Partei; verliere sie, so sei alles verloren.[1] Auf dem Schlesischen Junglandbund-Tag in Brieg gab der neue Vorsitzende des Schlesischen Landbundes, Kurt von Rohr-Manze, gleichfalls die Parole für Hitler aus.[2]

Immer häufiger kam es jetzt vor, daß in Landbundversammlungen prominente Nazi- und Landbundführer nebeneinander als Hauptredner auftraten, nicht um gegeneinander zu polemisieren und sich zu bekämpfen, sondern einander zu ergänzen. So sprachen auf dem erwähnten Bundestag des Pfälzer Junglandbundes außer Kalckreuth noch der berüchtigte Gauleiter Sauckel[3], und auf einer Tagung des Landbundes Jerichow II im März 1931 außer A.Kreigsheim auch R.W. Darré.[4]

Infolge der frühzeitigen profaschistischen Orientierung durch seinen Führer H.J. von Rohr war die nazifaschistische Infiltration des Pommerschen Landbundes besonders weit fortgeschritten. Am 6. Februar 1931 berichtete der Landrat des Kreises Anklam nach Stettin, daß verschiedentlich Bauernversammlungen der NSDAP bereits in Landbundhäusern stattfänden und auf Lehrgängen des Landbundes "fast ausschließlich politische Erfahrungen im Sinne der NSDAP-Propaganda" vermittelt würden.[5] W.Bloedorn, Landwirtschaftlicher Gaufachberater für Pommern, zugleich Vorsitzender des Kreislandbundes Cammin und Mitglied des Bundesausschusses des Pommerschen Landbundes sowie der Pommerschen Landwirtschaftskammer, stellte anerkennend heraus, daß der Pommersche Landbund einer der wenigen Landbünde sei, die mit Genugtuung von sich sagen könnten, immer den richtigen Weg gegangen und dem starken nationalsozialistischen Einfluß gefolgt zu

---

1) Vgl. Schleswig-Holsteinische Tageszeitung v. 4.Febr.1931.
2) Vgl. Vossische Zeitung, Nr.117 v. 10.März 1931.
3) Vgl. Der Angriff, Nr.172 v. 3.Sept.1931.
4) Vgl. Deutsche Tageszeitung, Nr.127 v. 16.März 1931.
5) WAP Szczecin, Reg.Stettin, Polizeipräsidium, Nr.3, Bl.38.

sein. Auch im Reichslandbund, so fügte er hinzu, habe sich erfreulicherweise der Einfluß der "pommerschen Richtung" nach langem Kampfe als die richtige durchgesetzt.[1]

Jenen Landbünden, die ihre Beziehungen zur Nazipartei im profaschistischen Sinne bereits fixiert hatten, gesellte sich bald der Schleswig-Holsteinische Land- und Bauernbund hinzu. Gauleiter Lohse teilte am 20. August 1931 den Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppenleitern des Gaues Schleswig-Holstein in einem Rundschreiben folgendes mit:

> "Im gegenseitigen Interesse haben wir mit dem Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbund ein Abkommen getroffen, nach dem wir unseren bäuerlichen Parteigenossen empfehlen, in vorgenannte Organisation einzutreten, wohingegen die Mitglieder des Land- und Bauernbundes von ihrer Leitung aufgefordert werden, der NSDAP beizutreten. Da wir auch programmatisch den berufsständischen Gedanken vertreten, ist der Beitritt zu einer berufsständischen Organisation ja nur die logische Folgerung aus dieser Einstellung. Ebenso ist es unseren Parteigenossen aus den Kämpfen der letzten Jahre bekannt, daß als berufsständische Organisation für uns nur der Schleswig-Holsteinische Land- und Bauernbund in Frage kommt. Auf der anderen Seite bedeutet es für uns eine erhebliche Verstärkung, wenn nun auch die Mitglieder des Bauernbundes, insbesondere der Jungbauernschaft, in die NSDAP eintreten und dadurch besonders die SA und SS verstärken."[2]

Jene Landbünde hingegen, die sich weiterhin auf die Landvolkpartei und M.Schiele orientierten, wurden vornehmlich von der NSDAP mit zunehmender Schärfe attackiert. Dabei konzentrierte die Nazipartei ihre Angriffe vor allem gegen den Thüringer Landbund und seine Führer Ernst Höfer und Erwin Baum, zumal beide zu den Begründern und maßgeblichen Führern der Landvolkpartei zählten und ihr Landbund als deren Domäne galt.[3] Höfer und Baum waren jedoch objektiv keine ernsthaften Gegner der Nazipartei, ja sie wollten es von sich aus auch gar nicht sein. Sie waren nicht nur formelle Mitglieder des RLB, sondern bejahten und propagier-

---

1) W.Bloedorn, Bauer, das geht Dich an! Presseausschnitt vom 30.Mai 1931, in "Pressearchiv des BdL", 492 L, Bd.2, Bl.187.
2) DZA II, Rep.87 B, Nr.20629, Bl.46.
3) E.Höfer, Landtagsabgeordneter und Staatsrat in Thüringen, Begründer und Führer des dortigen Landbundes, war seit 1930 zugleich 1. Vorsitzender der Landvolkpartei. Als er im Juni 1931 an den Folgen eines Unfalles starb, rückte E.Baum aus Rauschwitz (36 ha) im Thüringer Landbund an seine Stelle. 1. Vorsitzender der Landvolkpartei wurde der oberschlesische Rittergutsbesitzer Wolfgang von Hauenschild-Tscheidt. Vgl. Landwirtschafts-Verband Ostpreußen, Nr.25 v. 20.Juni 1931; Deutsche Zeitung, Nr.189 a v. 4.Aug.1931.

ten nach wie vor dessen reaktionäre, profaschistische Ideologie und Ziele als großbäuerliche Führer der Landvolkpartei ebenso wie die ostelbischen Junker und Großgrundbesitzer. Auf dem Parteitag der Landvolkpartei am 2. Dezember 1930 in Berlin forderte E.Höfer z.B. die Gleichstellung in der Rüstungsfrage, eine starke Wehrmacht als Grundlage der Außenpolitik und die Korrektur der "unnatürlichen und unerträglichen Grenzziehung" im Osten.[1] Er bekräftigte die prononciert antikommunistische Grundeinstellung seiner Partei und erklärte, auf ihr Verhältnis zu anderen Parteien eingehend: von der Deutschnationalen Volkspartei trenne sie nicht das Ziel, wohl aber der Weg dahin, vom Nationalsozialismus dessen Wirtschaftseinstellung und Eigentumsbegriff, aber der Kampf "um die Freiheit und alle außenpolitischen Fernziele", so betonte Höfer, mache eine "gemeinsame Front aller nationalen Kräfte" notwendig.[2]

Wiederholt bekräftigten die Führer des Thüringer Landbundes bzw. der Landvolkpartei ihre Bereitschaft, "gern mit den Nationalsozialisten zusammen den Weg der nationalen Befreiung" gehen zu wollen.[3] E.Baum, der mit dem Nazi W.Frick nun schon seit mehr als einem Jahr an der Spitze der profaschistischen Landesregierung stand, sprach in einer Landbundversammlung in Eheleben am 4. Februar 1931 sein allertiefstes Bedauern über den von den Nationalsozialisten heraufbeschworenen "Bruderkampf" aus; und er rief ihnen beschwörend zu: "Zersprengt nicht die Einheitsfront, sondern gliedert euch mit uns in diese Front ein!"[4] Wenig später erklärte er auf dem Ostthüringer Bauerntag in Altenburg: Es habe keinen Sinn, wenn die Nationalsozialisten versuchten in die Landvolkbewegung einzudringen, da die thüringischen Landbündler nicht nationaler zu machen seien, als sie es schon wären. Sie sollten den Kampf besser in jene Reihen tragen, "in denen der nationale Gedanke noch nicht lebendig" sei,[5] d.h. sich mehr darum bemühen, mit Hilfe ihrer nationalen (und sozialen) Demagogie vor allem in die Reihen der Arbeiterbewegung einzubrechen.

---

1) Deutsche Tageszeitung, Nr.567 v. 2.Dez.1930.
2) Ebenda.
3) Vgl. Der Thüringer Landbund, Nr.97 v. 3.Dez.1930.
4) Ebenda, Nr.10 v. 4.Febr.1931.
5) Deutsche Tageszeitung, Nr.77 v. 14.Febr.1931.

Zur Rede A.Hitlers anläßlich der Tagung der Landwirtschaftlichen Fachberater am 8.Februar 1931 in Weimar schrieb der Thüringer Landbund: "Hitler hat das Programm der Landvolkvertretung genau so entwickelt, wie es Höfer, Baum, kurz unsere Führer seit 10 Jahren tun."[1] Immer, so heißt es in dem Kommentar weiter, hätten die Landvolkführer erklärt: ohne Nahrungsmittelfreiheit keine politische Freiheit, ohne Erhaltung des Bauerntums sei Deutschland verloren. Höfer habe fast in jeder Rede die Rückkehr zum Agrarstaat verlangt; nun sage es Hitler auch, wenn auch mit anderen Worten. Und, so fragte das Organ des Landbundes und der Landvolkpartei verständnislos: "Warum zanken wir uns also, warum gehen die Nationalsozialisten gegen uns vor?"[2]

Die Nazis bezeichneten die Gründung und die Politik der Landvolkpartei als geschichtlichen Irrtum und bekämpften dieselbe im wesentlichen aus zwei Gründen.

Erstens erwies sich die Landvolkpartei als eine unbequeme Konkurrenzpartei, die das Bestreben der NSDAP, den RLB von innen her möglichst rasch zu erobern und somit die Masse der Bauern unter ihren direkten Einfluß zu bekommen, beträchtlich behinderte; denn solange die bäuerlichen Landbündler sich bei Wahlen für die Landvolkpartei als ihre berufsständische Interessenvertreterin entschieden, mußte die Nazipartei unberücksichtigt bleiben. Deshalb forderten die Nazis immer wieder, daß die Losung von der parteipolitischen "Neutralität" des RLB von allen Landbündlern akzeptiert und auf allen Ebenen realisiert werde. Damit verfolgten sie das Ziel, die überwiegend bäuerlichen Landbünde von der Landvolkpartei zu trennen,[3] der letzteren auf diese Weise den Boden für ihre weitere Existenz zu entziehen und die Abwerbung der bäuerlichen Landbündler durch die NSDAP zu erleichtern.

---

1) Der Thüringer Landbund, Nr.12 v. 11.Febr.1931.
2) Ebenda.
3) An die Adresse des Thüringer Landbundes gerichtet, verkündeten die Nazis: "Wir werden auch nicht ruhen, bis das Ziel erreicht ist, das Ziel - wir wollen es zum x(ten) Mal wiederholen - Trennung des Landbundes von der Christlich-Nationalen Landvolkpartei, Herausnahme des Landbundes aus der Politik, Beschränkung auf die Aufgaben, die ihm als berufsständische Vertretung zukommen. Und, Landbund, wir werden dieses Ziel erreichen, verlaß Dich darauf!" Der Nationalsozialist (Weimar), v. 14.Febr.1931.

Zweitens sahen die Nazis in der Landvolkpartei eine "Interessenpartei" bzw. einen "Interessenhaufen",[1] der die Befriedigung wirtschaftlicher Augenblicksinteressen v o r die Erkämpfung der politischen Macht stelle und dessen Taktik - das Aufhalten des Zusammenbruchs der Bauernwirtschaft und die allmähliche Aushöhlung der Weimarer Republik durch Mitarbeit im gegenwärtigen Staat - bewirke, die von der NSDAP erstrebte politische Radikalisierung der bäuerlichen Massen zu verzögern und die Zugkraft ihrer Bauerndemagogie dadurch zu beeinträchtigen. Der Nazi-Landwirt und spätere Landwirtschaftliche Gaufachberater für Thüringen, Rudolf Peuckert, brachte dies so zum Ausdruck:

> "Im heutigen zusammenbrechenden System sind die Interessen-Parteien nur Hindernisse im politischen Macht- und Auseinandersetzungskampf mit dem Marxismus, weil sie...wertvolle Menschen aus der Landwirtschaft und Mittelstand zunächst abhalten, in der klaren Front der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung zu marschieren."[2]

Um das Ziel, den Landbund von innen her zu erobern, schneller zu erreichen, erteilte R.W.Darré mehrere Anweisungen in der Richtung, die nicht nazihörigen Landbundführer, vornehmlich die Repräsentanten der Landvolkpartei, systematisch zu verleumden und sie z.B. als Lügner oder als "Bolschewisten" hinzustellen.[3] Die Bezeichneten wehrten sich ihrerseits gegen die Angriffe der Nazis allein von einer defensiven Position aus, wobei es lediglich darum ging, ihre eigene Existenz zu behaupten. Als z.B. der Junglandbündler Rudolf Peuckert aus dem Thüringer Landbund ausgeschlossen wurde, geschah dies nicht etwa wegen seiner Zugehörigkeit zur Nazipartei und aktiver faschistischer Betätigung, sondern "wegen Unbotmäßigkeit gegen die Führer des Land-

---

1) Auf einer Bauernkundgebung in Arnstadt am 6. und 7. Juni 1931 rief Werner Willikens, stellv. Landwirtschaftlicher Fachberater der Reichsleitung der NSDAP, aus: "Rettet den Landbund, zerschlagt die Christlich-Nationale Bauernpartei!... Wir erkennen den Landbund vollkommen an, müssen aber gegen ihn kämpfen, wenn er seine Aufgabe mißachtet, um sich irgendwelchen Parteien zuzuwenden... Sorgen Sie dafür, daß der Thüringer Landbund nicht mehr unter Mißachtung der Satzungen des Reichslandbundes dazu gemacht wird, was er heute in Thüringen ist, ein Interessenhaufen."
Ebenda, Nr.100 v. 10.Juni 1931.

2) Völkischer Beobachter v. 1.Aug.1931, Landwirtschaftliches Beiblatt Nr.7.

3) Vgl. Neue Deutsche Bauernzeitung, 4.Jg.(1931), Nr.8.

bundes und wegen Verleumdung."[1] Der Thüringer Landbund beteuerte vergeblich, daß in seinem Organ noch keine Zeile gestanden hätte, die ein Angriff gegen die NSDAP gewesen wäre. "W i r h a b e n u n s n u r u n s e r e r H a u t g e w e h r t", erklärte er, "wenn die verfluchte Parteipolitik in unsere Reihen getragen werden sollte, und wenn unsere Führer schamlos beschimpft wurden."[2] Als im Gefolge eines Zerwürfnisses zwischen der NSDAP und der DVP im Thüringer Landtag am 1. April 1931 den Naziabgeordneten W.Frick und W.Marschler das Vertrauen entzogen wurde und beide aus der profaschistischen Koalitionsregierung ausscheiden mußten, beauftragte der Gesamtvorstand des Thüringer Landbundes seine Vertreter im Landtag, die gegen den Mißtrauensantrag gestimmt hatten, durch ihr Verbleiben in der Regierung "die Gewähr...für die Beibehaltung des nationalen Kurses in Thüringen" zu geben.[3] Die Führung der Nazipartei verschärfte indes die Angriffe gegen ihren früheren Koalitionspartner. Das kam darin zum Ausdruck, daß A.Hitler am 14. April R.W.Darré zum kommissarischen Landwirtschaftlichen Gaufachberater in Thüringen ernannte und ihm besondere Vollmachten erteilte, "um den in Thüringen notwendig werdenden Kampf mit aller Energie zum erfolgreichen Ende führen zu können."[4]

Gegenüber der planmäßig organisierten Offensive der NSDAP hatte die Landvolkpartei, nachdem sie ihren Einfluß auf die Politik des RLB weitgehend eingebüßt hatte, kaum noch Chancen, ihre Position in den Landbünden, ja selbst in ihren Hochburgen auf die Dauer zu behaupten. Zwar hatte K.Hepp sich dahin gehend geäußert, daß gegenüber der neuen Entwicklung im RLB, die durch ein Wettlaufen mit den radikalen Bestrebungen der Nationalsozialisten charakterisiert sei, ein "sehr zurückhaltender Bauernstolz" am Platze wäre; denn wer die Nationalsozialisten mit Geschrei übertreffen wollte, würde von ihnen "ebenso aufgefressen wie die Partei Hugenbergs."[5] Aber damit bot die Landvolkpartei den nach einem Ausweg suchenden werktätigen Bauern keineswegs eine Alternative zur nazifaschistischen Demagogie. Einerseits trug sie selbst durch ihre antikommunistische Grund-

1) Der Thüringer Landbund, Nr.6 v.21.Jan.1931.
2) Ebenda, Nr.12 v. 11.Febr.1931.
3) Der Thüringer Landbund, Nr.29 v. 11.April 1931.
4) Völkischer Beobachter v. 17.April 1931.
5) Nassauische Bauernzeitung, Nr.285 v.10.Dez.1930.

einstellung nicht unwesentlich dazu bei, die Trennung der Bauern von der Arbeiterklasse zu vertiefen und viele Bauern davon abzuhalten, sich auf den von der KPD gewiesenen Weg des Kampfes gegen die drohende faschistische Diktatur zu orientieren. Andererseits konnten die Nazis die Beteuerungen der Landvolkführer, daß sie mit Hitler weitgehend übereinstimmten, dazu ausnutzen, um die noch unter dem Einfluß der Landvolkpartei stehenden Bauern aufzufordern, daraus erst recht die Konsequenzen zu ziehen und sich ihnen anzuschließen.[1)]

Die Folge davon war, daß die defensiv orientierte, "stolze Zurückhaltung" übende Landvolkpartei immer mehr in die politische Sackgasse gedrängt wurde und selbst in den von ihr einst völlig beherrschten Landbünden in dem Maße an Boden verlor, wie die nazifaschistische Infiltration des RLB auch hier - zwar später und langsamer als in den von Junkern geführten ostelbischen Landbünden, aber doch unaufhaltsam - sich durchsetzte. Die Führer der Nazipartei konstatierten den sich abzeichnenden Niedergang der Landvolkpartei mit geradezu hämischer Freude. R.W.Darré selbst verhöhnte z.B. in einem Presseartikel die Landvolkpartei mit folgenden Worten:

> "Wir Nazis sehen uns den platzenden Laden, genannt Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, mit unverhohlener Schadenfreude an... Die deutschen Bauern haben eigentlich viel Geduld... Denn sonst müßten (sie) sich... einige Haselstecken so richtig handgerecht zuschneiden, sie schön und liebevoll glätten und dann euch Häuptlingen von der Landvolkpartei samt euren Kreaturen den Hintern derart vollhauen, daß ihr vermeint, die Engel jubilieren zu hören. Ihr gottverdammten Bauernführer, ihr!"[2)]

---

1) R.W.Darré schrieb beispielsweise: "Daher, Bauern, wenn Höfer jetzt zugeben muß, daß ihn sachlich nichts von Hitler trennt, so ist das ein vernichtendes Urteil für den 'Führer' Höfer. Zieh' daraus Folgerungen und tritt ein in die Kampf- und Freiheitsbewegung unseres Führers Adolf Hitler." Der Nationalsozialist (Weimar) v. 14.Febr.1931.

2) NS-Landpost, Folge 9 v. 31.Okt.1931.

3.3. Die Rolle des RLB beim Kampf der ultrareaktionären Kräfte um die Herrschaft in Preußen

Nachdem der 10. RLB-Tag das Signal zum Frontalangriff auf die Weimarer Republik gegeben hatte, entfalteten die Landbund-Organisationen eine lebhafte, auf den "Systemwechsel" orientierte politische Aktivität. Der erste sichtbare Ausdruck dieser Politik des offenen, direkten Angriffs auf die Weimarer Republik war die aktive Unterstützung des deutschnational-faschistischen Volksentscheides gegen die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung durch den RLB im Frühjahr und Sommer 1931.[1] Der Stahlhelm hatte bereits auf seiner Koblenzer Tagung am 30. Oktober 1930 die Beseitigung der "unfruchtbaren marxistischen Diktatur in Preußen" gefordert und am 24. Dezember die Einreichung des Volksbegehrens zwecks Auflösung des preußischen Landtages angekündigt;[2] am 4. Februar 1931 reichte er beim preußischen Innenminister offiziell einen entsprechenden Antrag ein. Der RLB sagte sofort zu, die Aktion energisch zu unterstützen.[3]

Die aktive Teilnahme des RLB am Vorstoß gegen die Preußenregierung ergab sich aus vielerlei Gründen, zunächst einmal aus der Tatsache, daß der Landbund durch ein Netz von Fäden mit jenen reaktionären Parteien und Verbänden verknüpft war, die zu den Initiatoren und Trägern dieser Aktion vornehmlich gehörten: erstens mit der DNVP und der NSDAP, welche sie dirigierten, sowie mit der Landvolkpartei, die sie unterstützte; zweitens mit dem Stahlhelm, der die Vorbereitung und Durchführung der Aktion übernommen hatte und dessen Organisationen in den ostelbischen Gebieten vielerorts mit denen der Landbünde weitgehend identisch oder zumindest durch Personalunion in der Führung sowie durch enge Zusammenarbeit verbunden waren; schließlich mit solchen Organisationen wie den Vereinigten vaterländischen Verbänden Deutschlands, der Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung, der Deutschen Adelsgenossen-

---

1) Vgl. W.Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, a.a.O., S.410.
2) Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Jg.1930, München 1931, S.200 u. 245.
3) Vgl. Der Pommersche Landbund, Nr.7 v. 14.2.1931; Landwirtschaftverband Ostpreußen, Nr.7 v. 14.2.1931.

schaft, der Nationalen Nothilfe u.a.[1], denen der RLB als Mitglied angeschlossen oder in deren Führung er stark vertreten war. Bestimmend waren jedoch die politischen Motive und Ziele, die den RLB als Bundesgenossen der anderen extremreaktionären Kräfte bewogen, sich beim Vorstoß gegen die Preußenregierung fest zu engagieren und die Aktion zu seiner eigenen Sache zu machen.

Die Aktion der ultrareaktionären Kräfte gegen die Preußenregierung ließ sichtbar werden, daß der deutsche Imperialismus und Militarismus bereits im Begriff war, den Übergang von der Restauration zur Politik der Expansion zu vollziehen. Der Stahlhelmführer Theodor Duesterberg wies während seiner Ostpreußenreise, die er im März 1931 zur Propagierung des Volksbegehrens unternahm, auf den Zusammenhang zwischen der innenpolitischen Aktivität der deutschen Reaktion und ihren außenpolitischen Zielen hin, wobei er ausführte:

> "Das Jahr 1931 ist ein Vorbereitungsjahr ernstester Art **für die kommenden großen außen- und innenpolitischen Entscheidungen** im Jahr 1932. Für diese Entscheidungen, die in der Abrüstungskonferenz in Genf, in der Revision der Tributlasten und in der Reichspräsidentenwahl bestehen, **brauchen wir auch in Preußen eine nationale Regierung**, die nicht ihrerseits der Reichsregierung in den Rücken fällt."[2]

In der endgültigen Abschüttelung der Reparationslasten sowie in der Wiederherstellung der "deutschen Wehrhoheit", die anläßlich der Genfer Konferenz "mit aller Macht" gefordert werden sollte,[3] sahen die Imperialisten und Militaristen entscheidende außenpolitische Voraussetzungen, um die von ihnen seit Jahren angestrebte Revision der Ergebnisse des ersten Weltkrieges nunmehr schrittweise in die Tat umzusetzen.

Dafür wollten sie auch die günstigsten innenpolitischen Voraussetzungen schaffen, und zwar durch den Übergang zur offenen Gewaltherrschaft, jedoch - belehrt durch historische Erfahrungen - nicht mehr über riskante Putschversuche, sondern

---

1) Vgl. Liste der am Volksbegehren beteiligten Parteien und Verbände in: Landwirtschaftsverband Ostpreußen, Nr.9 v. 28.2.1931.
2) Landwirtschaftsverband Ostpreußen, Nr.12 v. 21.März 1931 (Hervorhebung von mir -K.N.).
3) Vgl. ebenda.

auf scheinlegalem Wege, durch Ausnutzung aller Möglichkeiten, die sich aus den Schwächen der Weimarer Republik und ihrer Verfassung ergaben. Solche Möglichkeiten sahen die reaktionären Kräfte z.B. in grundlegenden Verfassungsänderungen,[1] in der Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, in der zunehmenden Ausschaltung des Reichstages und im systematischen Ausbau der Präsidialdiktatur sowie in der Schaffung einer profaschistisch orientierten kleinbürgerlichen Massenbasis unter Ausnutzung von Parlamentswahlen, Volksentscheiden usw. Offenbar ging H.J. von Rohr von historischen Erfahrungen aus, die den Junkern vornehmlich während des Kapp-Putsches vermittelt wurden, als er auf der 13. Mitgliederversammlung des Pommerschen Landbundes am 20. Februar 1931 in Stettin ausrief:

> "Und schließlich müssen wir erklären, w i e überhaupt der Angriff auf das heutige System zu führen ist. Will man n i c h t die blutige Revolution, dann gibt es n u r den Angriff auf die schwache Stelle des heutigen Systems, die durch seine eigene demokratische Verfassung gegeben ist. Es gilt, die Machthaber von heute durch ein Vorwärtstreiben der Freiheitsbewegung, durch Volksbegehren und Wählerstimmen aus dem Sattel zu werfen."[2]

Seiner großen Bedeutung wegen spielte Preußen in den Plänen der ultrareaktionären Kräfte eine besonders wichtige Rolle. Gemäß den Parolen "Haben wir Preußen, haben wir alles!"[3] bzw. "Haben wir Preußen, haben wir das Reich!"[4] hofften sie über den Volksentscheid gegen die Preußenregierung jene Schlüsselposition wieder ausschließlich in ihre Gewalt zu bekommen, von der aus sie, unter weitgehender Vermeidung eines Bürgerkrieges, das ganze Reich zu erobern und zu beherrschen gedachten. Im einzelnen ging es ihnen darum,

1. "die Sozialdemokratie aus der Schlüsselposition ihrer Macht in Preußen zu verdrängen";[5]
2. der Arbeiterklasse die Möglichkeit zu nehmen, sich im Falle innerer Auseinandersetzungen zwischen den profaschistischen und den demokratischen Kräften auf den preußischen

---

1) Vgl. S.52 ff. der vorliegenden Arbeit.
2) Deutsche Zeitung, Nr.43 b vom 20.2.1931 (Hervorhebung von mir -K.N.).
3) "Zehn Jahre Reichs-Landbund", in: RLB/AWS, Nr.1 v.3.1.1931.
4) "Um die Herrschaft in Preußen", ebenda, Nr.28 v.11.7.1931.
5) ZdRLB, Nr.14 v. 8.4.1931.

Machtapparat (den größten Verwaltungsapparat der Weimarer Republik und eine annähernd 100 000 Mann zählende, als republiktreu geltende Polizei zu stützen;

3. die Unterdrückung der KPD zu verschärfen und ihren Vormarsch zu stoppen;[1)]
4. durch die Veränderung des Kräfteverhältnisses in Preußen zugunsten der äußersten Reaktion auch die Reichspolitik im profaschistischen Sinne unbehindert zu bestimmen.

Die Nazis z.B. rechneten sich aus, daß ihnen eine durch den Volksentscheid erzwungene vorzeitige Neuwahl den bestimmenden Einfluß im neuen Preußischen Landtag und in der Regierung, folglich auch die Beherrschung des preußischen Machtapparates sichern und sie damit der Errichtung der faschistischen Diktatur in ganz Deutschland entscheidend näherbringen würde.[2)] Die Landbundführer äußerten die Erwartung, daß die Veränderung des Kräfteverhältnisses im Landtag zugunsten der "nationalen Opposition" nicht nur die Gesetzgebung in Preußen, sondern auch im Reich entsprechend beeinflussen würde, zumal über Preußen die Zusammensetzung des Reichsrates wesentlich verändert und seine Rolle als Gegengewicht gegenüber dem Reichstag erhöht werden könnte.[3)]

Im Vorstoß gegen die Preußenregierung sahen die profaschistischen Parteien und Verbände eine Gelegenheit, um dem Weimarer System, das sie in der "schwarz-roten Koalition" in Preussen sowie in der Tolerierung der Brüning-Regierung durch die Sozialdemokratie verkörpert sahen, die Axt an die Wurzel zu setzen.[4)] Durch die Verdrängung der Sozialdemokratie aus ihrer

---

1) Graf Kalckreuth begründete das Vorgehen des RLB gegen die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung auch mit dem Hinweis darauf, daß diese Regierung bestrebt sei, "mit dem Kommunismus zu paktieren", wie ihre "schwankende Haltung in der Frage der kommunistischen Spartakiade" beweise. Vgl. RLB/AWS, Nr.28 v. 11.Juli 1931.

2) Wilhelm Kube, Führer der faschistischen Fraktion im Preußischen Landtag, verkündete am 9. Januar 1931 auf einer Massenversammlung der Ortsgruppe Groß-Essen der NSDAP: "Die Nationalsozialisten hätten es nicht mehr nötig, auf krummen Wegen ihr Ziel - Deutschland - zu erreichen". Zur gegebenen Zeit würde das Volksbegehren in Preußen steigen. "Und dann gehöre ihnen... das preußische Innenministerium und das Reich." DZA II, Rep77, Titel 4043, Nr.283, Bl.176.

3) Vgl. Landwirtschaftsverband Ostpreußen,Nr.12 v.21.März1931.

4) Vgl. "Dem Reichs-Landbund zum Abschied", in: Deutsche Zeitung, Nr.9 a v. 11. Januar 1934.

Schlüsselstellung in Preußen wollten sie Brüning den Rückhalt nehmen, den er über diese Koalition in der Sozialdemokratie besaß, um auf diese Weise schneller eine noch weiter rechts stehende, von ihnen selbst direkt beherrschte "nationale" Reichsregierung bilden zu können. Ein von der Sozialdemokratie toleriertes Reichskabinett konnte in den Augen der ultrareaktionären Kräfte nie als die von ihnen erstrebte "nationale" Regierung gelten, selbst wenn sie, wie unter Brüning, durch Wiedereinführung und Ausbau der Notverordnungsdiktatur den Faschisierungsprozeß durchführte und begünstigte. Deshalb verkündeten die Junker: "Erst wenn die sozialistische Diktatur in Preußen gebrochen ist, kann auch die Reichspolitik von ihren roten Fesseln befreit werden."[1] Der Landbevölkerung gegenüber begründeten sie ihre Kampfansage an Brüning mit dem Argument, daß eine "durchgreifende deutsche Agrarpolitik" erst unter einer von sozialdemokratischen Fesseln befreiten Regierung möglich sei.[2] Zugleich gaben sie zu verstehen, daß sie jede von der Sozialdemokratie tolerierte Regierung bekämpfen würden, auch dann, wenn sie, wie es beim Brüning-Schiele-Kabinett weitgehend der Fall war, ihre wirtschaftspolitischen Forderungen zu erfüllen sich bemühte. Diese prinzipiell intransigente Haltung der Junker bekräftigte H.J. von Rohr in geradezu klassischer Form, als er auf der erwähnten Tagung des Pommerschen Landbundes am 20. Februar 1931 ausrief:

> "U n d w e n n m a n m i r a l l e S c h ä t z e d e r E r d e v e r s p r i c h t , e i n m i t d e m M a r x i s m u s v e r b ü n d e t e s S y s t e m s t ü t z e i c h n i c h t !"[3]

Schließlich nutzten die profaschistischen Kräfte den Vorstoß gegen die Preußenregierung auch als Gelegenheit, um eine neue nationalistische Welle hochzuspielen und ihre kleinbürgerlich-chauvinistische Massenbasis zu erweitern. Der Pommersche Landbund verwies darauf, daß es ohne das Youngplan-Volksbegehren

---

1) Schlesischer Landbund, Nr.13 v.26.März 1931. Ähnlich der Pommersche Landbund, der offen erklärte, "daß die Eroberung der politischen Macht im Reiche unmöglich ist, solange Preußen in den Händen der Roten ist," und der in diesem Sinne die Losung ausgab: "Preußen heißt das Feldgeschrei, Deutschland die Parole!" Der Pommersche Landbund, Nr.11 v. 14.März 1931. Vgl. auch Landwirtschaftsverband Ostpreußen, Nr.9 v.28.Febr.1931.

2) Vgl. ZdRLB, Nr.14 v. 8.April 1931.

3) Deutsche Zeitung, Nr.43 b v. 20.Febr.1931.

1929 nicht das Ergebnis der Septemberwahl 1930 gegeben hätte, und er zog die Schlußfolgerung, daß nunmehr das Volksbegehren gegen die Preußenregierung die profaschistische "Freiheitsfront erneut zum Schlagen und zum Siege führen" würde.[1] Die militaristischen Stahlhelmer und die sie "kameradschaftlich" unterstützenden Landbündler[2] nutzten diese Kampagne im besonderen dazu aus, antidemokratische, militaristische und revanchistische Stimmungen unter den Massen zu verbreiten. Franz Seldte z.B. kleidete seine Aufforderung, den Parlamentarismus zu vernichten, auf einer Kundgebung am 20.Oktober 1930 in die Worte: "Frontsoldaten setzt euch zusammen und ordnet diese verquatschte Erde."[3] T.Duesterberg war bei der Propagierung des Volksbegehrens während seiner Ostpreußenreise zugleich darum besorgt, die Erinnerung an die alte Wehrmacht hochzuhalten und im deutschen Volk den Wehrwillen zu stärken, wobei er die Wiederherstellung der Wehrmacht damit begründete, den deutschen Osten vor der "slawischen Flut des Polentums" zu retten, da sich die Polen angeblich nicht an die Bestimmungen der Liga für Menschenrechte hielten.[4] Die antipolnische Hetze der Junker und Militaristen erreichte während der Kampagne gegen die Preußenregierung auf dem 13. Reichs-Frontsoldatentag am 30. und 31. Mai 1931 in Breslau ihren Höhepunkt. Der Schlesische Landbund kündigte dieses Ereignis mit einem Bekenntnis an, demzufolge Stahlhelm und Landbund "nach wie vor als treue Kameraden Schulter an Schulter...im Kampf um die Rettung des deutschen Ostens" stehen würden.[5] Die von F.Seldte in aggressiver Manier zum Ausdruck gebrachten Revancheforderungen gegenüber Polen[6] kommentierte der Landbund mit den Worten: "Fürwahr, es waren große erhebende Tage für den deutschen Osten, für Sohlesien."[7]

---

1) Der Pommersche Landbund, Nr.11 v. 14.März 1931.
2) Der Kreislandbund Lebus z.B. forderte seine Mitglieder auf, besonders dort, wo keine Stahlhelm-Ortsgruppe vorhanden sei, "sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen,...daß möglichst alle Wahlberechtigten sich in die Listen für das Volksbegehren" eintrügen. STA Potsdam, 37 Neu-Hardenberg, Nr.1896 (Schreiben vom 26.März 1931).
3) Schulthess'..., a.a.O., S.216 f.
4) Vgl. Landwirtschaftsverband Ostpreußen, Nr.11 v.14.März1931.
5) Schlesischer Landbund, Nr.22 v.28.Mai 1931.
6) Vgl. W.Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, a.a.O., S.415.
7) Schlesischer Landbund, Nr.23 v. 4.Juni 1931.

In der deutschnational-faschistischen Kampagne gegen die Preußenregierung kam also, insgesamt gesehen, die Entschlossenheit der ultrareaktionären Kräfte zum Ausdruck, den Faschisierungsprozeß in Deutschland voranzutreiben.

Nachdem das Volksbegehren vom Stahlhelm beantragt und die Eintragungsfrist vom 8. bis 21. April 1931 festgesetzt worden war, entfalteten der RLB und seine Organisationen eine intensive propagandistische und organisatorische Tätigkeit zugunsten des Volksbegehrens. Monatelang wurde in der zentralen und regionalen Landbundpresse fortlaufend Stimmung für den Volksentscheid gegen die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung gemacht. Besonders aktiv waren hierbei die ostelbischen Landbünde, die die Aktion des Stahlhelms zu ihrer eigenen Sache machten.

Allen voran marschierte wiederum der Pommersche Landbund. Seine 13. Mitgliederversammlung stand, wie schon angedeutet, ganz im Zeichen der ideologischen Vorbereitung des mit dieser Kampagne eingeleiteten offenen Angriffs auf die Weimarer Republik. Landbund-Präsident A.Bethge wiederholte hier seine auf dem 10. RLB-Tag formulierte Kampfansage gegenüber "diesem System" und "dieser Regierung" und bekräftigte seine Auffassung, daß allein der Kampfgeist der "nationalen Bewegung" das einzige Mittel sei, um ihn und seinesgleichen "von dem jetzigen System von Kompromissen und von der Krämerpolitik zu befreien."[1] H.J. von Rohr äußerte sich zuversichtlich, daß im "Kampf zwischen Revolution und Gegenrevolution" in Deutschland die letzte Entscheidung bei der Landwirtschaft liegen werde, und er rief die pommerschen Landbündler dazu auf, "das Sturmbataillon der Landwirtschaft" zu bilden, das den andern den Weg bahnen, in die Front der Feinde einbrechen und "dem Marxismus ins Herz" stoßen (d.h. die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung beseitigen -K.N.) sollte.[2] Mit Gustav Mörke, seinem zweiten Stellvertreter, unternahm von Rohr während der Werbekampagne für das Volksbegehren ausgedehnte Versammlungsreisen, um auch im Bereich anderer Land-

1) Vgl. Der Pommersche Landbund, Nr.9 v. 28.Febr.1931.
2) Vgl. Deutsche Zeitung, Nr.43 b v. 20.Febr.1931.

bünde die notwendige Gefolgschaft zu mobilisieren.[1]

Um die Schlüsselstellung der Sozialdemokratie in Preußen ideologisch zu unterminieren, waren die Junker während dieser Kampagne vor allem darauf bedacht, die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung vor der ländlichen Bevölkerung systematisch und intensiver als je zuvor als Feind der deutschen Landwirtschaft schlechthin darzustellen. Zu diesem Zwecke stellte Graf von Kalckreuth dem Stahlhelm einen entsprechenden, von ihm selbst verfaßten Beitrag zur Verfügung, der unter der Überschrift "Reichs-Landbund und Volksbegehren" auch in der gesamten Landbundpresse abgedruckt wurde.[2] Darin behauptete er u.a., daß die derzeitige Preußenregierung stets bemüht gewesen sei, alle Maßnahmen, die von verschiedenen Reichsregierungen zum Schutze der deutschen Landwirtschaft, besonders des schwer ringenden Ostens, getroffen werden sollten "zu sabotieren oder sie so umzubiegen, daß aus wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen politische Machtmittel wurden."[3] Und er forderte die Beseitigung des Landtages, der immer noch jene preußische Regierung stütze, die es in den 12 Jahren ihres Bestehens nicht verstanden habe, ihren nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben gerecht zu werden. Die Junker suchten die vorzeitige Auflösung des Preußischen Landtages - d.h. nur ein Jahr vor Ablauf der Legislaturperiode - vor der Landbevölkerung konkret damit zu begründen, daß ein neuer, "nationaler" Landtag der Landwirtschaft unverzüglich Vorteile bringen würde, z.B. die "unverfälschte" Handhabung des vom Reichstag am 26. März 1931 angenommenen Zollermächtigungsgesetzes durch eine "nationale" preußische Regierung, die Möglichkeit einer rentablen Verwertung der Ernte des Jahres 1931[4] und die Bereitstellung noch größerer Subventionen im Haushalt für 1932. Deshalb müsse die Beseitigung der "so-

1) Vgl. Der Pommersche Landbund, Nr.15 v. 11.April 1931.
2) Vgl. ZdRLB Nr.14 v. 8.4.1931; RLB/AWS, Nr.15 v.11.4.1931; Schlesischer Landbund, Nr.16 v. 16.4.1931; Landwirtschaftsverband Ostpreußen, Nr.16 v. 18.4.1931.
3) RLB/AWS, Nr.15 v. 11.April 1931.
4) Die Junker verstanden darunter in erster Linie weitere protektionistische Maßnahmen zugunsten von Kartoffeln und Getreide. H.J.von Rohr z.B.: Packt man Roggen und Kartoffeln nicht richtig an, ist alle Osthilfe vergebliche Liebesmühe." Deutsche Zeitung, Nr.43 b v. 20.Febr.1931.

zialistischen Diktatur in Preußen...s o s c h n e l l w i e m ö g l i c h erfolgen."[1])

Geschickt nutzten die Landbundführer für die forcierten Angriffe gegen die Preußenregierung die schwachen Positionen der Sozialdemokratie aus, z.B. die traditionelle Unterschätzung der Bauernfrage, die ausgerechnet vom Sozialdemokratischen Parteitag, der vom 31. Mai bis 5. Juni 1931 in Leipzig stattfand, aufs neue "überzeugend" demonstriert wurde. Sehr aufschlußreich ist der im Protokoll des Parteitages unter der Nr. 133 verzeichnete folgende Antrag aus Magdeburg:

> "Der Bezirksparteitag Magdeburg bittet den Parteivorstand, eine Bauernzeitung herauszugeben. Weite Kreise der Bauernschaft haben zum Reichslandbund das Vertrauen verloren, da die Politik dieses Verbandes offensichtlich vom Großgrundbesitz bestimmt wird. Die Partei ist verpflichtet, die Kleinbauern und kleinen Pächter mit den Zielen der Partei bekanntzumachen und die Taten des Reichslandbundes anzuzeigen. Unsere Parteipresse kommt an diese Schichten nicht heran; es muß ein Blatt sein, welches auf die Verhältnisse dieser bäuerlichen Schichten eingehen kann."2)

Mit sichtlicher Genugtuung konstatierte der RLB in einem Artikel über "Die Sozialdemokratie in Leipzig":

> "Die von den Ortsgruppen für den diesjährigen sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig gestellten Anträge haben den 'Vorwärts' vier (engbedruckte) Seiten gekostet. Aber vergeblich sucht man einen Antrag, der sich mit der N o t d e r L a n d w i r t s c h a f t befaßt...Das freie deutsche Bauerntum befindet sich in einer Not ohnegleichen, aber zu diesem Proletarisierungsprozeß schweigt die Sozialdemokratie auf ihrem Leipziger Parteitag."3)

In der Tat sah sich auf dem Parteitag Franz Petrich aus Gera als Diskussionsredner zu der Feststellung veranlaßt, daß die Massen draußen ungeduldig warteten, daß ihnen gesagt werde, welcher Weg aus dem gegenwärtigen Elend herausführen könne, daß aber das, was man hier zu hören bekommen habe, "sehr stark wirklichkeitsfern gewesen" sei.[4])

Die Junker übersahen auch nicht die Tatsache, daß die Sozial-

---

1) "Der Kampf um Preußen", in: ZdRLB, Nr.14 v. 8.April 1931; vgl. auch: "Was ist vom Stahlhelm-Volksbegehren zu erwarten?", in: Landwirtschaftsverband Ostpreußen, Nr.12 v. 12.März 1931.
2) Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931. Protokoll, Berlin 1931, S.298.
3) ZdRLB, Nr.21 v. 27.Mai 1931.
4) Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag..., S.60.

demokratie sich durch die Koalitions- und Tolerierungspolitik politisch belastete und in der Praxis als eine bauernfeindliche Partei kompromittierte, zumal sie die Brüningsche Notverordnungspolitik in Preußen mit vollem Eifer durchführte[1] und somit zur Verschärfung der Not der werktätigen Massen, folglich auch der Bauernschaft, das Ihre dazu beitrug, ja sogar die Machtmittel des preußischen Staates einsetzte, um die Durchführung von "Recht und Gesetz", z.B. bei Zwangsversteigerungen und Exmittierungen auf dem Lande, zu garantieren.[2] Solche Tatsachen nahmen Landbündler wie Nazis immer wieder zum Anlaß, um mit raffinierten Mitteln und demagogischen Parolen den ohnehin geringen Einfluß der Sozialdemokratie unter der Landbevölkerung noch mehr zu untergraben.[3] H.J. von Rohr sprach es öffentlich aus, daß die Sozialdemokratie daran zerbräche, "daß sie, um in Preußen nicht gestürzt zu werden, im Reich ihre Grundsätze verleugnet."[4]

---

1) Vgl. Fritz Arndt, Die Politik der preußischen Regierung während der beiden Brüning-Kabinette (April 1930 bis Mai 1932), Phil.Diss., Berlin 1965 (MS), S.133 ff.

2) Vgl. E.Liening, Das Bauernhilfsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands..., a.a.O., S.95 ff.

3) Auch die Appelle des Landbundpräsidenten von Kalckreuth und des Vorsitzenden der "Nationalen Nothilfe", von Oppen-Tornow, die Bauern sollten ihre Vorkämpfer Klaus Heim und dessen Kameraden nicht im Stich lassen und die Nationale Nothilfe durch finanzielle Mittel zu unterstützen, waren eine Komponente der Taktik des RLB, die Bauern gegen die Sozialdemokratie und die parlamentarische Republik aufzubringen und sie ideologisch auf den "Systemwechsel" einzustimmen. Vgl. RLB/AWS, Nr.15 v. 11. April 1931.

4) Deutsche Zeitung, Nr.43 b v. 20.Febr.1931. Daß die Sozialdemokratie mit ihrer Tolerierungspolitik den Faschisierungsprozeß begünstigte, bestätigten später auch die an die Macht geschobenen Nazis. Einer ostentiös rückschauenden Darstellung zufolge hätten sie durch ihren Auszug aus dem Reichstag die Sozialdemokratie in eine Stellung hineinmanövriert, in der sie schwere Verluste erlitt. Wollte sie die Stellung halten, mußte sie sich mit dem Zentrum gutstellen, und das bedeutete Tolerierung des Zentrumkanzlers im Reich, und das ließ die Sozialdemokraten alles schlucken, sogar den Bau eines Panzerschiffes. So sei es durch diesen Schachzug gelungen, die SPD für die Nazis Agitation treiben zu lassen, und die "Mitläufer dieser Schaukelpartei rächten sich" bei den nächsten Wahlen "sehr gründlich." Vgl. A.Gimbel, So kämpften wir! Schilderungen aus der Kampfzeit der NSDAP im Gau Hessen-Nassau, Frankfurt a.M. 1941, S.115.

Dennoch hielten sich die Junker nicht nur an die Tatsachen, die sich ihnen infolge der verhängnisvollen und ausweglosen Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie von selbst anboten; sie waren skrupellos genug, auch durch beharrliche Verbreitung unbegründeter Behauptungen und tendenziöser Verallgemeinerungen, bei denen z.B. auf eine Differenzierung zwischen Großgrundbesitzern und werktätigen Bauern bewußt verzichtet wurde, die Auffassung zu suggerieren, daß die Sozialdemokratie schlechthin eine "landwirtschaftsfeindliche" Politik betriebe. Diese Taktik fand ihren sichtbarsten Ausdruck in einem von der gesamten Landbundpresse veröffentlichten Artikel, den Präsident von Kalckreuth unter der bezeichnenden Überschrift "Um die Herrschaft in Preußen" eigens zur Vorbereitung des Volksentscheides verfaßt hatte. Darin führte er aus, daß gerade die letzten Wochen nach dem Volksbegehren erneut bewiesen hätten, wie notwendig der Kampf für die Schaffung einer preußischen Regierung sei, die ihrer geschichtlichen Aufgabe wieder gerecht werde, und er behauptete:

> "Das völlige Versagen der Osthilfe ist in erster Linie auf die bewußte Sabotagepolitik der preußischen Regierung zurückzuführen, die jede Gelegenheit benutzt, um gerade das Landvolk, den stärksten Widerstandsblock gegen die sozialdemokratischen Herrschaftsgelüste, ihrer Parteidiktatur zu unterwerfen."[1]

Das war der in Preußen regierenden Sozialdemokratie dann doch zuviel! Unter Berufung auf die Notverordnung "Zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen" zwang Otto Braun die Landbundpresse, eine Entgegnung der preußischen Regierung ohne Kommentar zu veröffentlichen, in der konkret nachgewiesen wurde, daß die preußische Regierung "von Anfang an und eifrigst" an allen Hilfsmaßnahmen für den Osten mitgearbeitet habe.[2] Da die Landbundpresse fortfuhr, die Anschuldigungen Kalckreuths zu wiederholen und der preußischen Regierung vorzuwerfen, daß sie "von jeher der eifrigste Feind der Landwirtschaft gewesen" sei, wurden die aggressivsten Landbund-Presseorgane vorübergehend verboten[3] und ein Beleidigungsprozeß

---

1) RLB/AWS, Nr.28 v. 11.Juli 1931.
2) Vgl. B.Buchta, Die Junker, a.a.O., S.108 f.
3) Unter ihnen die agrarpolitische Wochenschrift des RLB sowie das Organ des Pommerschen Landbundes.

gegen den Leiter der Presseabteilung des RLB, G. Pacyna, sowie gegen den Verlagsleiter Dr. Kluge angestrengt.[1] Kalckreuth konnte seine Behauptung, daß die preußische Regierung die Osthilfe sabotiere, trotz angestrengter Bemühungen nicht beweisen,[2] und so ging dieser "Osthilfe-Prozeß" für Pacyna und den RLB verloren.

Dennoch hatte die Sozialdemokratie keinen Grund, einen politischen Sieg zu feiern. Die neue Erfahrung hätte ihr vielmehr die Erkenntnis vermitteln müssen, daß ihre Koalitions- und Tolerierungspolitik zwangsläufig in die politische Sackgasse führe, deren einzigen Ausgang die profaschistischen Kräfte abzuriegeln im Begriff waren. Auf der einen Seite waren die intransigenten Junker, wie H.J. von Rohr versichert und auch der Prozeß Braun/Pacyna bestätigt hatte, selbst durch Milliardensubventionen nicht dafür zu gewinnen, die parlamentarische Republik im allgemeinen und einen staatlichen Einfluß der Sozialdemokratie im besonderen anzuerkennen. Auf der anderen Seite trieb die Sozialdemokratie durch ihre Tolerierungspolitik die nach einem Ausweg suchenden Massen der ländlichen Bevölkerung der faschistischen Reaktion in die Arme. Außerdem erschwerte sie das Zustandekommen der Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und die Schaffung einer wirksamen antifaschistischen Einheitsfront.

Der Volksentscheid vom 9. August 1931 scheiterte, da von den erforderlichen 13,7 Millionen Stimmen (50%) nur 9,8 Millionen (36,8%) aufgebracht wurden; dennoch registrierten die ostelbischen Landbünde mit Genugtuung, daß die Ergebnisse in ihren Gebieten erheblich über dem Durchschnitt in Preußen

---

1) Vgl. Grüne Wochenschau des RLB, Nr.50 v. 19.Dez.1931, in: DZA I, RLB, Nr.85, Bl.20 ff.

2) Auch der Direktor des Pommerschen Landbundes, von Oertzen, konnte dem Grafen von Kalckreuth kein Beweismaterial liefern. Er schrieb demselben: "Von Herrn v. Rohr erhielten wir Ihr oben angezogenes Schreiben mit der Bitte, für den Beleidigungsprozeß Braun/Pacyna einige markante Fälle des völligen Versagens der Osthilfe anzugeben und die entsprechenden Zeugen zu benennen. Nach Rücksprache mit dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer sind wir leider zu dem Ergebnis gekommen, daß solche Fälle, aus denen einwandfrei eine Sabotage der Osthilfe durch die preußischen Stellen hervorgeht, nicht zu beschaffen sind." DZA I, RLB, Nr.86, Bl.151.

(37%) lagen.[1] Der Landwirtschaftsverband Ostpreußen nannte das Gesamtergebnis einen "Pyrrhussieg" der Sozialdemokratie und verwies darauf, daß "kein Baum auf den ersten Streich" fiele.[2] Ähnlich optimistisch schloß der Pommersche Landbund seine Nachbetrachtung zum Volksentscheid: dieser habe den erhofften Sturz der Sozialdemokratie zwar nicht gebracht, aber "Preußen wird wieder preußisch werden!", versicherte er.[3] In gleichem Sinne konstatierte der Brandenburgische Landbund, daß mit dem Volksentscheid die erforderliche Mehrheit noch nicht erreicht wurde, "aber es war e i n g r o ß e r S c h r i t t v o r w ä r t s getan zur Befreiung Preußens vom schwarz-roten Joch der marxistischen Herrschaft."[4] Und die Führung des RLB schließlich sah im preußischen Volksentscheid lediglich "e i n e Gelegenheit zur Zusammenfassung derjenigen Kräfte, die künftig den Staat zu tragen" hätten.[5] In der Tat: Die extreme Reaktion hatte auf dem Wege zur Errichtung der offenen Gewaltherrschaft in Deutschland ihr nächstes Ziel, die Eroberung der Schlüsselstellung Preußen, im ersten Anlauf zwar noch nicht erreicht, aber sie hatte sich darauf gewissermaßen eingeschossen und nicht unwesentlich zur ideologischen Vorbereitung jenes Staatsstreiches beigetragen, durch den Papen ein Jahr später die Braun-Severing-Regierung in Preußen abzusetzen vermochte.

---

1) Pommern an der Spitze mit 53,5%, Ostpreußen auf dem 5. Platz mit 47,1%. Vgl. Landwirtschaftsverband Ostpreußen, Nr.33 v. 15.Aug.1931. Diese Ergebnisse waren nicht nur auf die besonders massive Propaganda der ostelbischen Landbünde zugunsten des Volksbegehrens und des Volksentscheides, sondern auch auf die beherrschende Machtstellung der Junker zurückzuführen. Besonders dort, wo der Stahlhelm Großgrundbesitzer zu seinen Beauftragten für die Durchführung der Kampagne bestellt hatte, wurde bekannt, daß ländliche Wähler in großer Zahl durch wirtschaftlichen Druck zur Einzeichnung gezwungen wurden. Vgl. WAP Szczecin, Regierung Stettin, Polizeipräsidium, Nr.49, Bl.39 u. 49.
2) Landwirtschaftsverband Ostpreußen, Nr.33 v. 15.Aug.1931.
3) Der Pommersche Landbund, Nr.34 v. 29.Aug.1931.
4) Geschäftsbericht des Brandenburgischen Landbundes für 1931, o.O.u.J., Abschnitt G. Die Organisation (Hervorhebung von mir - K.N.).
5) Geschäftsbericht des Reichs-Landbundes für 1931, in: RLB/AWS, Nr.5 v. 30.Jan.1932 (Hervorhebung von mir - K.N.).

Schicksalsverbundenheit des Ostens werde "der Wille zur Macht wieder erstehen."[1)]

H.J. von Rohr hielt auf dem 10. Reichsparteitag der DNVP am 20. September 1931 in Stettin eine Rede,[2)] in der er die deutschnationale Kampfparole "Der deutsche Osten" und damit zugleich die junkerliche Ideologie von der "nationalen Sendung des deutschen Ostens" interpretierte, deren Grundthesen am prägnantesten in folgenden Sätzen zum Ausdruck kommen:[3)]

(1) "Hier [illegible]en -KW) wuchs ein kärgliches Brot, aber es wuchs [illegible]leich die b e s t e S t a a t s i d e e der We[illegible]

(2) "Hier we[illegible]auher Wind, aber es wuchs unter ihm zugleich do[illegible]e S o l d a t der Welt."

(3) Die besten [illegible]ler deutschen Stämme hätten in der Geschichte i[illegible]be darin gesehen, Preußens Diener zu sein und s[illegible]n Osten zu orientieren. Unter Hugenbergs Füh[illegible]er Kampf der "nationalen Opposition" entsprechen[illegible]stellt und - wie selbstverständlich - stünden "h[illegible]ten seine s t ä r k s t e n B a t a i l l o n e

(4) Hier würde "die Mach[illegible]ng durch die nationale Opposition etwas ande[illegible]r ein Wechsel von Ministersitzen", hier würde sie[illegible]t i o n a l e n R e v o l u t i o n" führen.

Letzteres unverblümt ausgedrü[illegible] hier würde die von den ostelbischen Junkern postul[illegible]chergreifung durch die extreme Reaktion zur radikale[illegible]g der parlamentarischen Republik, zur Errichtung d[illegible]eschränkten Diktatur" junkerlich-preußischer/monarc[illegible]tischer Prägung führen.

Diesen "Systemwechsel" kündigten die L[illegible]ologen zugleich als den Beginn für Deutschlands a[illegible]lichen Wiederaufstieg an. Aufgabe derjenigen Landbündler, die Führer sein

1) Ebenda
2) (H.J.) von Rohr-Demmin, Der deutsche Osten (Deutschnationale Flugschrift, Nr.355), Berlin (1931)
3) Ebenda, S.2 und S.8. (Hervorhebung von mir -KW)
4) Die Mehrheit der Junker orientierte sich zunächst auf die